

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/201177]

1. MÄRZ 2021 — Dekret über die Mediendienste und die Kinovorstellungen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

TITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Europaklausel

Dieses Dekret dient der teilweisen Umsetzung folgender Richtlinien, soweit sie in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen:

1. Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten;

2. Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung);

3. Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Allgemeiner Anwendungsbereich

§ 1 - Dieses Dekret findet Anwendung auf:

1. Mediendienste;
2. die Bereitstellung von in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallenden, zur Übertragung von Mediendiensten geeigneten elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten und zugehörigen Einrichtungen;
3. für den Empfang von linearen audiovisuellen und auditiven Mediensignalen vorgesehene Verbrauchergeräte und
4. für die Veranstaltung von Kinovorstellungen im deutschen Sprachgebiet vorgesehene Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden.

§ 2 - Unterliegen den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets:

1. das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
2. Mediendienstanbieter, die im deutschen Sprachgebiet niedergelassen sind,
3. Unternehmen, die öffentliche elektronische Kommunikationsnetze und -dienste einschließlich zugehöriger Einrichtungen und zugehöriger Dienste in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anbieten, sowie Unternehmen, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft neue Fahrzeuge der Klasse M zum Verkauf oder zur Miete anbieten.

§ 3 - Anbieter von audiovisuellen und auditiven Mediendiensten gelten in folgenden Fällen als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen:

1. der Mediendienstanbieter hat seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die redaktionellen Entscheidungen über den audiovisuellen oder auditiven Mediendienst werden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft getroffen;
2. der Mediendienstanbieter hat seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die redaktionellen Entscheidungen über den audiovisuellen oder auditiven Mediendienst werden jedoch in einer anderen Gemeinschaft oder einem anderen Mitgliedstaat getroffen, aber ein wesentlicher Teil des mit der Durchführung der programmbezogenen Tätigkeiten des audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes betrauten Personals ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig.

Ist ein wesentlicher Teil des Personals des audiovisuellen oder auditiven Mediendienstanbieters, das mit der Ausübung der sendungsbezogenen Tätigkeiten betraut ist, sowohl in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch in einer anderen Gemeinschaft oder in einem anderen Mitgliedstaat tätig, gilt der Mediendienstanbieter als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist.

Ist ein wesentlicher Teil des Personals des audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes, das mit der Ausübung der sendungsbezogenen Tätigkeiten betraut ist, weder in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch in einer anderen Gemeinschaft oder in einem anderen Mitgliedstaat tätig, gilt der Mediendienstanbieter als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn er zuerst mit seiner Tätigkeit nach Maßgabe des Rechts der Deutschsprachigen Gemeinschaft begonnen hat, sofern eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht;

3. der Mediendienstanbieter hat seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Entscheidungen über den audiovisuellen oder auditiven Mediendienst werden jedoch in einem Drittland getroffen, oder umgekehrt, aber ein wesentlicher Teil des mit der Bereitstellung des audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes betrauten Personals ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig.

Anbieter von audiovisuellen und auditiven Mediendiensten, auf die Absatz 1 nicht anwendbar ist, gelten als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn sie nicht in einem Mitgliedstaat oder in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums niedergelassen sind, aber eine im deutschen Sprachgebiet gelegene Satelliten-Bodenstation für die Aufwärtsstrecke nutzen.

§ 4 - Ein Video-Sharing-Plattform-Anbieter, der nicht im deutschen Sprachgebiet im Sinne des Artikels I.18 Nummer 4 des Wirtschaftsgesetzbuches niedergelassen ist, gilt als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn er:

1. ein Mutterunternehmen oder ein Tochterunternehmen hat, das im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist, oder
2. Teil einer Gruppe ist, wobei ein anderes Unternehmen dieser Gruppe im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist.

Für die Zwecke von Absatz 1 versteht man unter:

1. "Mutterunternehmen": ein Unternehmen, das ein oder mehrere Tochterunternehmen kontrolliert;
2. "Tochterunternehmen": ein von einem Mutterunternehmen kontrolliertes Unternehmen, einschließlich jedes mittelbar kontrollierten Tochterunternehmens eines Mutterunternehmens;
3. "Gruppe": ein Mutterunternehmen, alle seine Tochterunternehmen und alle anderen mit ihnen wirtschaftlich und rechtlich verbundenen Unternehmen.

§ 5 - Sind das Mutterunternehmen, das Tochterunternehmen oder die anderen Unternehmen der Gruppe jeweils in verschiedenen Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten niedergelassen, gilt der Video-Sharing-Plattform-Anbieter als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn:

1. sein Mutterunternehmen im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist oder, mangels einer solchen Niederlassung,
2. sein Tochterunternehmen im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist oder, mangels einer solchen Niederlassung,
3. das andere Unternehmen der Gruppe im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist.

§ 6 - Gibt es mehrere Tochterunternehmen und ist jedes dieser Tochterunternehmen in einer anderen Gemeinschaft oder einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen, gilt der

Video-Sharing-Plattform-Anbieter als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn

eines der Tochterunternehmen im deutschen Sprachgebiet zuerst seine Tätigkeit aufgenommen hat, sofern eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht und, insofern andere Gemeinschaften betroffen sind, der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich der Mediendienste im deutschen Sprachgebiet liegt.

Gibt es mehrere andere Unternehmen, die Teil der Gruppe sind und von denen jedes in einer anderen Gemeinschaft oder in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist, gilt der Video-Sharing-Plattform-Anbieter als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn eines dieser Unternehmen zuerst seine Tätigkeit im deutschen Sprachgebiet aufgenommen hat, sofern eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht und, insofern andere Gemeinschaften betroffen sind, der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich der Mediendienste im deutschen Sprachgebiet liegt.

§ 7 - Für die Zwecke der §§ 5 und 6 sind die Artikel XII.3, XII.4, XII.6 und XII.17 bis XII.20 des Wirtschaftsgesetzbuches auf Video-Sharing-Plattform-Anbieter anwendbar, die gemäß § 4 als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen gelten.

Art. 4 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. Allgemeingenehmigung: den rechtlichen Rahmen, mit dem gemäß diesem Dekret Rechte für die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze oder

-dienste gewährleistet werden und in dem sektorspezifische Verpflichtungen festgelegt werden, die für alle oder für bestimmte Arten von elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten gelten können;

2. Anwendungsprogramm-Schnittstelle: die Software-Schnittstelle zwischen Anwendungen, die von Sendeanstalten oder Diensteanbietern zur Verfügung gestellt werden, und den Anschlüssen in den erweiterten digitalen Fernsehgeräten für digitale Fernseh- und Rundfunkdienste;

3. audiovisuelle kommerzielle Kommunikation: Bilder mit oder ohne Ton, die der unmittelbaren oder mittelbaren Förderung des Absatzes von Waren und Dienstleistungen oder des Erscheinungsbilds natürlicher oder juristischer Personen, die einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, dienen. Diese Bilder sind einer Sendung oder einem nutzergenerierten Video gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung beifügt oder darin enthalten. Zur audiovisuellen kommerziellen Kommunikation zählen u. a. Fernsehwerbung, Sponsoring, Teleshopping und Produktplatzierung;

4. audiovisueller Mediendienst: eine wirtschaftliche Dienstleistung, bei der der Hauptzweck der Dienstleistung oder ein trennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, unter der redaktionellen Verantwortung eines Mediendienstanbieters der Allgemeinheit Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung über elektronische Kommunikationsnetze bereitzustellen. Bei diesen audiovisuellen Mediendiensten handelt es sich entweder um lineare audiovisuelle Mediendienste oder um nichtlineare audio-audiovisuelle Mediendienste und/oder um audiovisuelle kommerzielle Kommunikation;

5. audiovisueller Mediendienstanbieter: die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte des Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden;

6. auditive kommerzielle Kommunikation: Ton, der der unmittelbaren oder mittelbaren Förderung des Absatzes von Waren und Dienstleistungen oder des Erscheinungsbilds natürlicher oder juristischer Personen, die einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, dient. Dieser Ton ist einer Sendung gegen Entgelt, eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung beifügt bzw. darin enthalten. Zur auditiven kommerziellen Kommunikation zählen u. a. Hörfunkwerbung, Sponsoring und Produktplatzierung;

7. auditiver Mediendienst: eine wirtschaftliche Dienstleistung, bei der der Hauptzweck der Dienstleistung oder ein trennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, unter der redaktionellen Verantwortung eines Mediendiensteanbieters der Allgemeinheit Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung über elektronische Kommunikationsnetze bereitzustellen. Bei diesen auditiven Mediendiensten handelt es sich entweder um lineare auditive Mediendienste oder um nichtlineare auditive Mediendienste und/oder um auditive kommerzielle Kommunikation;

8. auditiver Mediendiensteanbieter: die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der auditiven Inhalte des Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden;

9. Beirat: das in Artikel 127 erwähnte Gremium;

10. Bereitstellung eines elektronischen Kommunikationsnetzes: das Betreiben, der Betrieb, die Kontrolle oder die Zurverfügungstellung eines derartigen Netzes;

11. Betreiber: ein Unternehmen, das ein öffentliches elektronisches Kommunikationsnetz oder eine zugehörige Einrichtung bereitstellt oder zur Bereitstellung hiervon befugt ist;

12. BMM-Leitlinien: die Leitlinien der Europäischen Kommission zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht gemäß dem

EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste

Nr. 2018/C 159/01;

13. BRF: das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

14. elektronischer Kommunikationsdienst: einen in der Regel gegen Entgelt erbrachten Dienst, der ganz oder überwiegend in der Übertragung von Signalen für die Verbreitung von Mediendiensten über elektronische Kommunikationsnetze besteht, mit Ausnahme der Dienste, die Inhalte über elektronische Kommunikationsnetze und -dienste anbieten oder eine redaktionelle Kontrolle über diese ausüben;

15. elektronische Kommunikationsnetze: Übertragungssysteme, ungeachtet dessen, ob sie auf einer permanenten Infrastruktur oder zentralen Verwaltungskapazität basieren, und gegebenenfalls Vermittlungs- und Leitweeinrichtungen sowie anderweitige Ressourcen, einschließlich der nicht aktiven Netzbestandteile, die die Übertragung von Signalen über Kabel, Funk, optische oder andere elektromagnetische Einrichtungen ermöglichen, insofern sie für die Verbreitung von Mediendiensten genutzt werden;

16. elektronischer Programmführer: ein elektronisches Computerprogramm, mit dessen Hilfe das empfangbare lineare audiovisuelle Programmangebot aufgelistet wird und das die Nutzung dieses Angebots ermöglicht;

17. Empfehlung: die Mitteilung der Europäischen Kommission in Bezug auf relevante

Produkt- und Dienstmärkte, die die Europäische Kommission gemäß Artikel 64 Absatz 1 des Kodex veröffentlicht;

18. Endnutzer: einen Nutzer, der keine öffentlichen elektronischen Kommunikationsnetze oder öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdienste bereitstellt;

19. erweitertes digitales Fernsehgerät: Set-Top-Box zur Verbindung mit Fernsehgeräten und integriertes digitales Fernsehgerät zum Empfang digitaler interaktiver Fernsehdienste;

20. ESBJ: die Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

21. europäische Werke:

a) Werke aus den Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten;

b) Werke aus europäischen Drittländern, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates sind, sofern in den betreffenden Drittländern keine diskriminierenden Maßnahmen gegen Werke aus Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten bestehen;

c) Werke, die im Rahmen der zwischen der Europäischen Union und Drittländern im audiovisuellen Bereich geschlossenen Abkommen in Koproduktion hergestellt werden und die den in den einzelnen Abkommen jeweils festgelegten Voraussetzungen entsprechen, sofern in den betreffenden Drittländern keine diskriminierenden Maßnahmen gegen Werke aus Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten bestehen.

Werke aus Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten oder Werke aus europäischen Drittländern, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates sind, sind Werke, die im Wesentlichen in Zusammenarbeit mit in einem oder mehreren der in diesen Staaten ansässigen Autoren und Arbeitnehmern geschaffen wurden und eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- sie sind von einem oder mehreren in einem bzw. mehreren dieser Staaten ansässigen Hersteller(n) geschaffen worden oder

- ihre Herstellung wird von einem oder mehreren in einem bzw. mehreren dieser Staaten ansässigen Hersteller(n) überwacht und tatsächlich kontrolliert oder

- der Beitrag von Koproduzenten aus diesen Staaten zu den Gesamtproduktionskosten beträgt mehr als die Hälfte und die Koproduktion wird nicht von einem bzw. mehreren außerhalb dieser Staaten niedergelassenen Hersteller(n) kontrolliert.

Werke, die keine europäischen Werke im Sinne der Buchstaben a), b) und c) sind, jedoch im Rahmen von bilateralen Koproduktionsverträgen zwischen Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten und Drittländern hergestellt werden, werden als europäische Werke betrachtet, insofern die Koproduzenten aus der Europäischen Union einen mehrheitlichen Anteil der Gesamtproduktionskosten tragen und die Herstellung nicht von einem oder mehreren außerhalb des Hoheitsgebiets der Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten niedergelassenen Hersteller(n) kontrolliert wird;

22. Fernsehveranstalter: einen Mediendiensteanbieter, der lineare audiovisuelle Mediendienste bereitstellt;

23. Fernsehwerbung: jede Äußerung bei der Ausübung eines Handels, Gewerbes, Handwerks oder freien Berufs, die im Fernsehen von einem öffentlich-rechtlichen oder privaten Anbieter oder einer natürlichen Person entweder gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung gesendet wird mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt zu fördern;

24. Filmforum: die Aufführung von mindestens acht künstlerisch wertvollen Filmen pro Jahr, die jugendfrei sind und von mindestens einer Filmbewertungsstelle aus einem Mitgliedstaat als wertvoll eingestuft worden sind;

25. Filmtage: die Aufführung von mindestens vier verschiedenen Filmen zu einem Thema innerhalb einer Woche;

26. Förderkopie: eine vom Kinobetreiber finanzierte Kopie eines Films, der spätestens zwei Wochen nach dem Landesstart in Belgien oder in der Bundesrepublik Deutschland zur Aufführung gelangt;
27. funktechnische Störung: einen Störeffekt, der für das Funktionieren eines Funknavigationsdienstes oder anderer sicherheitsbezogener Dienste eine Gefahr darstellt oder einen Funkdienst, der im Einklang mit den geltenden internationalen, gemeinschaftlichen oder nationalen Vorschriften betrieben wird, anderweitig schwerwiegend beeinträchtigt, behindert oder wiederholt unterbricht;
28. GEREK: das gemäß der Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Errichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 eingesetzte Gremium;
29. Kinobetreiber: die natürlichen und juristischen Personen, die im deutschen Sprachgebiet ein Filmtheater betreiben, in dem sie gegen Entgelt Filme vorführen;
30. Kodex: die Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation;
31. kommerzielle Kommunikation: audiovisuelle und auditive kommerzielle Kommunikation;
32. Kontrollfunktion: ein Verfahren, das es erlaubt, das Zugangsberechtigungssystem zu ändern, ohne dabei das verschlüsselte Signal eines Mediendienstes zu ändern;
33. länderübergreifende Märkte: von der Europäischen Kommission festgelegte Märkte, die die Europäische Union oder einen wesentlichen Teil davon, der in mehr als einem Mitgliedstaat liegt, umfassen;
34. linearer Mediendienst: einen Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter für den zeitgleichen Empfang von Sendungen auf der Grundlage eines Sendeplans bereitgestellt wird;
35. Mediendienst: einen Dienst oder eine andere Aktivität, der oder die mittels elektronischer Kommunikationsnetze übertragen wird, der oder die aus dem Blickwinkel desjenigen, der sendet, öffentliche, audiovisuelle oder auditive Informationen verbreitet, die für die Öffentlichkeit im Allgemeinen oder einen Teil davon bestimmt ist und nicht vertraulicher Art ist, selbst wenn er oder sie auf individuelle Anfrage hin gesendet wird und ungeachtet der für deren Senden benutzten Technik. Dienste, die individualisierte und durch eine Form der Vertraulichkeit gekennzeichnete Informationen liefern, gehören hingegen nicht zu den Mediendiensten;
36. Medienrat: den in Titel 4 Kapitel 1 erwähnten Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
37. Mitgliedstaat: einen Mitgliedstaat der Europäischen Union;
38. Netzabschlusspunkt: den physischen Punkt, an dem einem Teilnehmer der Zugang zu einem öffentlichen elektronischen Kommunikationsnetz bereitgestellt wird. In Netzen, in denen eine Vermittlung oder Leitwegbestimmung erfolgt, wird der Netzabschlusspunkt anhand einer bestimmten Netzadresse bezeichnet, die mit der Nummer oder dem Namen eines Teilnehmers verknüpft sein kann;
39. nichtlinearer Mediendienst: einen Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter für den Empfang zu dem vom Nutzer gewählten Zeitpunkt und auf dessen individuellen Abruf hin aus einem vom Mediendienstanbieter festgelegten Katalog bereitgestellt wird;
40. Nutzer: eine natürliche oder juristische Person, die einen öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdienst in Anspruch nimmt oder beantragt;
41. nutzergeneriertes Video: eine Abfolge von bewegten Bildern mit oder ohne Ton, die unabhängig von ihrer Länge einen Einzelbestandteil darstellt und von einem Nutzer erstellt und von diesem oder einem anderen Nutzer auf eine Video-Sharing-Plattform hochgeladen wird;
42. öffentlich zugängliche elektronische Kommunikationsdienste: der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehende elektronische Kommunikationsdienste;
43. öffentliches elektronisches Kommunikationsnetz: ein elektronisches Kommunikationsnetz, das ganz oder überwiegend der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste dient, die die Übertragung von Informationen zwischen Netzabschlusspunkten ermöglichen;
44. Personen mit Unterstützungsbedarf: die in Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erwähnten Personen;
45. Produktplatzierung: jede Form audiovisueller kommerzieller Kommunikation, die darin besteht, gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung ein Produkt, eine Dienstleistung oder die entsprechende Marke einzubeziehen bzw. darauf Bezug zu nehmen, sodass diese innerhalb einer Sendung oder eines nutzergenerierten Videos erscheinen;
46. Rahmenbeschluss 2008/913/JI: den Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit;
47. redaktionelle Entscheidung: eine Entscheidung, die regelmäßig im Zuge der Ausübung redaktioneller Verantwortung getroffen wird und in Zusammenhang mit dem Tagesgeschäft des audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes steht;
48. redaktionelle Verantwortung: die Ausübung einer wirksamen Kontrolle sowohl hinsichtlich der Zusammenstellung der Sendungen als auch hinsichtlich ihrer Bereitstellung entweder anhand eines chronologischen Sendeplans im Fall von linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten oder mittels eines Katalogs im Fall von nichtlinearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten;
49. Richtlinie 2010/13/EU: die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) sowie abgeändert durch die Richtlinie (EU) 2018/1808;
50. Richtlinie 2011/93/EU: die Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates;
51. Richtlinie 2013/11/EU: die Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG;

52. Richtlinie (EU) 2017/541: die Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates;

53. Richtlinie (EU) 2018/1808: die Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten;

54. Schleichwerbung in der kommerziellen Kommunikation: die Erwähnung oder Darstellung von Waren, Dienstleistungen, Namen, Marken oder Tätigkeiten eines Herstellers von Waren oder eines Erbringers von Dienstleistungen in Sendungen, wenn sie vom audiovisuellen oder auditiven Mediendiensteanbieter absichtlich zu Werbezwecken vorgesehen ist und die Allgemeinheit hinsichtlich des eigentlichen Zwecks dieser Erwähnung oder Darstellung irreführen kann. Eine Erwähnung oder Darstellung gilt insbesondere dann als beabsichtigt, wenn sie gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung erfolgt;

55. Sendung: eine Abfolge von bewegten Bildern mit oder ohne Ton bzw. von Tönen, die Einzelbestandteil, unabhängig von seiner Länge, eines von einem audiovisuellen oder auditiven Mediendiensteanbieter erstellten Sendeplans oder Katalogs ist. Beispiele für Sendungen sind u. a. Hörspiele, Konzerte, Spielfilme, Videoclips, Sportberichte, Fernsehkomödien, Dokumentationen, Kindersendungen und Originalfernsehspiele;

56. Sponsoring: jeden Beitrag von nicht im Bereich der Bereitstellung von audiovisuellen oder auditiven Mediendiensten oder Video-Sharing-Plattform-Diensten oder in der Produktion von audiovisuellen Werken tätigen öffentlichen oder privaten Unternehmen zur Finanzierung von audiovisuellen Mediendiensten, Video-Sharing-Plattform-Diensten, nutzergenerierten Videos oder Sendungen mit dem Ziel, ihren Namen, ihre Marke, ihr Erscheinungsbild, ihre Tätigkeit oder ihre Leistungen zu fördern;

57. Teleshopping: Sendungen direkter Angebote an die Öffentlichkeit für den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt;

58. Übertragungssystem: aufeinander folgende Vorgänge zur Behandlung der Audio-Signale, der Video-Signale und der damit verbundenen Daten eines Rundfunkdienstes, die dazu bestimmt sind, diesen Signalen Gestalt zu geben und sie bis zum Publikum zu befördern. Das Übertragungssystem umfasst folgende Bestandteile: Gestaltung der Programmsignale (Quellkodierung der Audio-Signale und der Video-Signale, Multiplizierung der Signale) sowie Anpassung an die Übertragungsmedien (Kanalkodierung, Modulation und gegebenenfalls Verteilung der Energie);

59. Verbraucher: jede natürliche Person, die einen öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdienst zu anderen als gewerblichen oder beruflichen Zwecken nutzt oder beantragt;

60. Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden: Geräte, deren Hauptzweck es ist, Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten zu bieten;

61. Verordnung (EU) 2015/2120: die Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten sowie der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union;

62. Verschlüsselung: die Behandlung der Audio-Signale und Video-Signale von Rundfunkdiensten mit dem Ziel, diese zu verschlüsseln und somit für jeden, der nicht über die erforderliche Zugangsberechtigung verfügt, unverständlich zu machen;

63. Video-Sharing-Plattform-Anbieter: die natürliche oder juristische Person, die einen Video-Sharing-Plattform-Dienst betreibt;

64. Video-Sharing-Plattform-Dienst: eine wirtschaftliche Dienstleistung, bei der der Hauptzweck der Dienstleistung oder eines trennbaren Teils der Dienstleistung oder eine wesentliche Funktion der Dienstleistung darin besteht, Sendungen oder nutzergenerierte Videos, für die der Video-Sharing-Plattform-Anbieter keine redaktionelle Verantwortung trägt, der Allgemeinheit über elektronische Kommunikationsnetze zur Information, Unterhaltung oder Bildung bereitzustellen, und deren Organisation vom Video-Sharing-Plattform-Anbieter bestimmt wird, auch mit automatischen Mitteln oder Algorithmen, insbesondere durch Anzeigen, Tagging und Festlegung der Abfolge;

65. wirtschaftlicher Mediendienst: einen Mediendienst im Sinne der Artikel 56 und 57 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Eine solche Dienstleistung wird vermutet, wenn der Anbieter der Registrierung der Zentralen Datenbank der Unternehmen, eingeführt durch das Gesetz vom 16. Januar 2003 zur Schaffung einer Zentralen Datenbank der Unternehmen, zur Modernisierung des Handelsregisters, zur Schaffung von zugelassenen Unternehmensschaltern und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen, unterworfen ist für Aktivitäten, die sich u. a. auf Mediendienste beziehen;

66. Zugang: die ausschließliche oder nicht ausschließliche Bereitstellung von Einrichtungen und/oder Diensten für ein anderes Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zur Erbringung von elektronischen Kommunikationsdiensten, insofern sie zur Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft oder Rundfunkinhaltsdiensten verwendet werden. Dies umfasst u. a. Folgendes: Zugang zu Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen, wozu auch der feste oder nicht feste Anschluss von Geräten gehören kann. Dies beinhaltet insbesondere den Zugang zum Teilnehmeranschluss sowie zu Einrichtungen und Diensten, die erforderlich sind, um Dienste über den Teilnehmeranschluss zu erbringen, den Zugang zu physischen Infrastrukturen wie Gebäuden, Leitungsrohren und Masten, den Zugang zu einschlägigen Softwaresystemen, einschließlich Systemen für die Betriebsunterstützung, den Zugang zu informationstechnischen Systemen oder Datenbanken für Vorbestellung, Bereitstellung, Auftragserteilung, Anforderung von Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Abrechnung, den Zugang zu Zugangsberechtigungssystemen für Digitalfernsehdienste und den Zugang zu Diensten für virtuelle Netze;

67. Zugangsberechtigungssysteme: technische Verfahren oder Vorrichtungen, die die erlaubte Nutzung geschützter Hörfunk- und Fernsehdienste von einem Abonnement oder einer individuellen Erlaubnis abhängig machen;

68. zugehörige Dienste: diejenigen mit einem elektronischen Kommunikationsnetz und/oder einem elektronischen Kommunikationsdienst verbundenen Dienste, die die Bereitstellung, Eigenerbringung oder automatisierte Erbringung von Diensten über dieses Netz und/oder diesen Dienst ermöglichen und/oder unterstützen bzw. dazu in der Lage sind. Hierzu gehören u. a. Systeme zur Nummernumsetzung oder Systeme, die eine gleichwertige Funktion bieten, Zugangsberechtigungssysteme und elektronische Programmführer sowie andere Dienste wie Dienste im Zusammenhang mit Identität, Standort und Präsenz des Nutzers;

69. zugehörige Einrichtungen: diejenigen mit einem elektronischen Kommunikationsnetz und/oder einem elektronischen Kommunikationsdienst verbundenen zugehörigen Dienste, physischen Infrastrukturen oder sonstigen Einrichtungen oder Komponenten, die die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz und/oder diesen Dienst

ermöglichen und/oder unterstützen bzw. dazu in der Lage sind. Hierzu gehören u. a. Gebäude oder Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Masten, Einstiegsschächte und Verteilerkästen;

70. Zusammenschaltung: einen Sonderfall des Zugangs, der zwischen Betreibern öffentlicher Netze hergestellt wird, und zwar mittels der physischen und logischen Verbindung öffentlicher elektronischer Kommunikationsnetze, um Nutzern eines Unternehmens die Kommunikation mit Nutzern desselben oder eines anderen Unternehmens oder die Inanspruchnahme von Diensten eines anderen Unternehmens zu ermöglichen. Dienste können von den beteiligten Parteien erbracht werden oder von anderen Parteien, die Zugang zum Netz haben. Die Zusammenschaltung wird zwischen Betreibern öffentlicher Netze hergestellt.

Art. 5 - Zielsetzung

§ 1 - Ziel des vorliegenden Dekrets ist:

1. die Förderung von Medienpluralismus, kultureller und sprachlicher Vielfalt, Medienkompetenz, Barrierefreiheit, Diskriminierungsfreiheit, reibungslosem Funktionieren des Binnenmarktes und fairem Wettbewerb bei der Bereitstellung wirtschaftlicher Mediendienste;

2. hinsichtlich der Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste:

a) die Förderung der Konnektivität von sowie des Zugangs zu und der Nutzung von Netzen, einschließlich Festnetz-, Mobilfunk- und Drahtlosnetzen mit sehr hoher Kapazität durch alle Bürger und Unternehmen der Europäischen Union;

b) die Förderung des Wettbewerbs bei der Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und zugehöriger Einrichtungen, einschließlich eines effizienten infrastrukturbasierten Wettbewerbs, und des Wettbewerbs bei der Bereitstellung elektronischer Kommunikationsdienste und zugehöriger Dienste;

c) die Leistung eines Beitrags zur Entwicklung des Binnenmarkts, indem es verbleibende Hindernisse für Investitionen in elektronische Kommunikationsnetze, elektronische Kommunikationsdienste, zugehörige Einrichtungen und zugehörige Dienste sowie für deren Bereitstellung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft abbauen hilft und die Schaffung konvergierender Bedingungen hierfür erleichtert, gemeinsame Regeln und vorhersehbare Regulierungskonzepte entwickelt und ferner die wirksame, effiziente und koordinierte Nutzung von Funkfrequenzen, offene Innovationen, den Aufbau und die Entwicklung transeuropäischer Netze, die Bereitstellung, Verfügbarkeit und Interoperabilität europäischer Dienste und die durchgehende Konnektivität fördert;

d) die Förderung der Interessen der Bürger, indem es die Konnektivität und breite Verfügbarkeit und Nutzung von Netzen mit sehr hoher Kapazität wie auch von elektronischen Kommunikationsdiensten gewährleistet, indem es größtmögliche Vorteile in Bezug auf Auswahl, Preise und Qualität auf der Grundlage eines wirksamen Wettbewerbs ermöglicht sowie die Wahlmöglichkeiten und den gleichwertigen Zugang für Endnutzer mit Unterstützungsbedarf berücksichtigt.

§ 2 - Bei der Wahrnehmung der in den Bestimmungen der Titel 2 und 3 festgelegten regulatorischen Aufgaben trifft der Medienrat alle angezeigten Maßnahmen, die zur Erreichung der in § 1 vorgegebenen anwendbaren Ziele jeweils erforderlich und verhältnismäßig sind.

TITEL 2 — SENDUNGEN IN MEDIENDIENSTEN

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 6 - Anwendungsbereich

Unbeschadet des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft findet dieser Titel, mit Ausnahme von Kapitel 3 Abschnitt 4, Anwendung auf audiovisuelle und auditive Mediendienste des BRF und auf die wirtschaftlichen Mediendienste von sonstigen audiovisuellen und auditiven Mediendiensteanbietern und Video-Sharing-Plattform-Anbietern.

In Abweichung von Absatz 1 gilt Artikel 7 für alle Anbieter von Mediendiensten.

Art. 7 - Meinungsfreiheit, Beschränkungen

§ 1 - Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist für Mediendienste in der Deutschsprachigen Gemeinschaft garantiert.

Jeder ist frei, Mediendienste anzubieten, und kann vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Dekrets für die Anbieter von wirtschaftlichen Mediendiensten keiner Formanforderung oder vorherigen Prüfung unterworfen werden.

§ 2 - Den Mediendiensteanbietern ist es untersagt, folgende Mediendienste bereitzustellen:

1. diejenigen, die die Gesetze verletzen und solche, die die Staatssicherheit, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten gefährden;

2. diejenigen, die öffentlich provozieren, eine terroristische Straftat gemäß Artikel 5 der Richtlinie (EU) 2017/541 zu begehen;

3. diejenigen, die zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt wegen eines der gemäß Artikel 3 Nummer 1 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung geschützten Merkmale bzw. der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit anstiften.

§ 3 - Dieser Artikel berührt nicht Artikel XII.19 und XII.20 des Wirtschaftsgesetzbuches.

Art. 8 - Meldepflicht

§ 1 - Private Mediendiensteanbieter haben für jeden Mediendienst, den sie anzubieten beabsichtigen durch andere Mittel als ein selbst betriebenes elektronisches Kommunikationsnetz unter Nutzung einer Funkfrequenz gemäß Artikel 58, einer Meldepflicht beim Medienrat nachzukommen. Die Tätigkeit darf frühestens 15 Tage nach Empfang der Bestätigung der Meldung des Medienrats aufgenommen werden.

Die in Absatz 1 genannte Meldung enthält:

1. den Namen des Anbieters;

2. gegebenenfalls die Unternehmensnummer und die Satzung des Anbieters;

3. die geografische Anschrift der Hauptniederlassung des Anbieters in der Europäischen Union, falls einschlägig, und jeder etwaigen Zweigniederlassung in einem Mitgliedstaat;

4. einen Ansprechpartner und Kontaktangaben, d. h. Angaben, die es ermöglichen, mit dem Mediendienstanbieter schnell Kontakt aufzunehmen und unmittelbar und wirksam mit ihm zu kommunizieren, einschließlich seiner E-Mail-Adresse und/oder seiner Website;

5. die Art und Beschreibung des Mediendienstes einschließlich der Beschreibung des eventuell vorgesehenen Informationssystems sowie gegebenenfalls des Nachweises der Beschäftigung von Journalisten;

6. das vorgesehene Datum, ab dem der Mediendienst bereitgestellt wird;

7. gegebenenfalls die Modalitäten der Vermarktung des Mediendienstes, wenn der private Anbieter den Mediendienst selber betreibt;

8. eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret, seine Ausführungsbestimmungen und die Gesetze im Allgemeinen zu beachten.

§ 2 - Im Fall von juristischen Personen müssen Anbieter von audiovisuellen und auditiven Mediendiensten in der in § 1 genannten Meldung außerdem die folgenden Informationen angeben:

1. der Ort, wo die redaktionellen Entscheidungen über den audiovisuellen oder auditiven Mediendienst getroffen werden;

2. der Prozentsatz des mit der Durchführung der programmbezogenen Tätigkeiten des audiovisuellen und auditiven Mediendienstes betrauten Personals, das in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig ist;

3. falls der Mediendienstanbieter seine Tätigkeit zuerst im deutschen Sprachgebiet aufgenommen hat, Informationen darüber, ob eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht.

§ 3 - Im Fall von juristischen Personen müssen Anbieter von Video-Sharing-Plattform-Diensten in der in § 1 genannten Meldung außerdem die folgenden Informationen angeben, wenn ihre Hauptverwaltung nicht im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist:

1. Angabe darüber, ob der Anbieter Teil einer Gruppe ist und ein anderes Unternehmen dieser Gruppe im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist;

2. falls der Mediendienstanbieter selbst nicht im deutschen Sprachgebiet, im Sprachgebiet einer anderen Gemeinschaft oder in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist, aber mehrere Tochterunternehmen oder andere Unternehmen, die zur selben Gruppe gehören, im Sprachgebiet verschiedener Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten niedergelassen sind, und eines dieser Unternehmen zuerst seine Tätigkeit im deutschen Sprachgebiet aufgenommen hat, ob eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung besteht zwischen diesem Unternehmen und der Wirtschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 4 - Der Medienrat stellt ein Anmeldeformular auf seiner Website zur Verfügung.

§ 5 - Die beabsichtigte Einstellung privater Mediendienste sowie geplante Veränderungen, die die in § § 1 bis 3 genannten Bedingungen betreffen, sind vor ihrer Durchführung schriftlich dem Medienrat anzuzeigen.

Art. 9 - Tätigkeitsbericht

§ 1 - Der private Anbieter von Mediendiensten reicht jährlich einen Tätigkeitsbericht beim Medienrat ein. Dieser enthält mindestens:

1. Angaben zum beschäftigten und zum mitarbeitenden Personal;

2. die Bilanzen und Jahresrechnungen in Bezug auf das vergangene Jahr, sofern der Anbieter verpflichtet ist, diese gemäß dem Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen zu erstellen.

Private Anbieter von linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten müssen zusätzlich in ihrem Tätigkeitsbericht angeben:

1. das wöchentliche Sendungsschema samt Angaben über Sendungswiederholungen, zugeliferte und unmoderierte Sendungsanteile;

2. Angaben zur Einhaltung der Verpflichtungen gemäß Artikel 24.

Private Anbieter von nichtlinearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten müssen zusätzlich in ihrem Tätigkeitsbericht angeben:

1. Tätigkeiten des Vorjahres;

2. Angaben zu der Förderung von europäischen Werken gemäß Artikel 30.

Anbieter von Video-Sharing-Plattformen müssen zusätzlich in ihrem Tätigkeitsbericht eine Beschreibung der Maßnahmen gemäß Artikel 32 § 3 angeben.

§ 2 - Der Medienrat legt das Datum fest, an dem der Bericht bei ihm eingehen muss.

KAPITEL 2. — BESTIMMUNGEN FÜR AUDIOVISUELLE UND AUDITIVE MEDIENDIENSTE

Art. 10 - Aufzeichnungspflicht, Einsichtnahmerecht

Die Sendungen sind von linearen Mediendienstanbietern vollständig aufzuzeichnen und aufzubewahren. Bei Sendungen, die unter Verwendung einer Aufzeichnung oder eines Films verbreitet werden, kann abweichend die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt oder die Wiederbeschaffung sichergestellt werden.

Die in Absatz 1 genannten Pflichten enden drei Monate nach dem Tag der Verbreitung. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, enden die Pflichten erst, wenn die Beanstandung durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung oder durch eine Schlichtung entschieden ist.

Der Medienrat kann innerhalb der in Absatz 2 genannten Fristen Mitschnitte der Sendungen, Aufzeichnungen und Filme jederzeit kostenlos einsehen oder ihre kostenlose Übersendung verlangen.

Wer schriftlich glaubhaft macht, in seinen Rechten berührt zu sein, kann vom Mediendienstanbieter innerhalb der in Absatz 2 genannten Fristen Einsicht in die Mitschnitte der Sendungen, Aufzeichnungen und Filme verlangen. Auf Antrag sind ihm gegen Erstattung der Selbstkosten Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.

Art. 11 - Sicherung der Meinungsvielfalt

§ 1 - Eine marktbeherrschende Stellung im audiovisuellen Bereich, die ein Anbieter von audiovisuellen und auditiven Mediendiensten hat oder mehrere solche Anbieter haben, die durch denselben Aktieninhaber kontrolliert werden, darf die Freiheit des Publikums, Zugang auf ein pluralistisches Angebot an audiovisuellen Mediendiensten zu haben, nicht beeinträchtigen.

Unter "pluralistisches Angebot" versteht man ein Medienangebot, das durch eine Vielzahl von unabhängigen und eigenständigen Medien, die die breiteste Meinungsvielfalt widerspiegeln, gekennzeichnet ist.

§ 2 - Stellt der Medienrat fest, dass ein Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung hat, untersucht er die Vielfalt des Angebots in den audiovisuellen Mediendiensten der in § 1 genannten Anbieter.

Eine marktbeherrschende Stellung wird vermutet, wenn insbesondere:

1. eine natürliche oder juristische Person, die mit mehr als 24 % am Kapital eines Anbieters audiovisueller Mediendienste beteiligt ist, mit mittelbar oder unmittelbar mehr als 24 % am Kapital eines anderen Anbieters audiovisueller Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft beteiligt ist;

2. eine natürliche oder juristische Person, die mit mehr als 24 % am Kapital eines Anbieters auditiver Mediendienste beteiligt ist, mit mittelbar oder unmittelbar mehr als 24 % am Kapital eines anderen Anbieters auditiver Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft beteiligt ist;

3. der Zuschaueranteil von mehreren Anbietern audiovisueller Mediendienste 20 % der Zuschauer sämtlicher Anbieter audiovisueller Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft erreicht und eine einzige natürliche oder juristische Person an diesen Anbietern audiovisueller Mediendienste mittelbar oder unmittelbar, mehrheitlich oder minderheitlich beteiligt ist;

4. ein Anbieter audiovisueller Mediendienste mehr als ein Viertel der für private lineare audiovisuelle Mediendienste vorgesehenen Funkfrequenzen nutzt;

5. der Zuhöreranteil von mehreren Anbietern auditiver Mediendienste 20 % der Zuhörer sämtlicher Anbieter auditiver Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft erreicht und eine einzige natürliche oder juristische Person an diesen Anbietern auditiver Mediendienste mittelbar oder unmittelbar, mehrheitlich oder minderheitlich beteiligt ist;

6. ein Anbieter auditiver Mediendienste mehr als ein Viertel der für auditive Mediendienste vorgesehenen Funkfrequenzen nutzt.

§ 3 - Stellt der Medienrat fest, dass die Freiheit des Publikums, Zugang auf ein pluralistisches Angebot an audiovisuellen und auditiven Mediendiensten zu haben, beeinträchtigt ist, teilt er dem Betroffenen seine Beanstandungen mit und leitet einen Konzertierungsprozess mit ihm ein, der auf die Vereinbarung von Maßnahmen abzielt, die die Einhaltung der Vielfalt des Angebots ermöglichen.

Kommt binnen sechs Monaten nach Einleitung des Konzertierungsprozesses keine Vereinbarung über Maßnahmen zustande, die gemäß Absatz 1 die Einhaltung der Vielfalt des Angebots ermöglicht, oder werden die vereinbarten Maßnahmen nicht eingehalten, kann der Medienrat Sanktionen gemäß Artikel 138 auferlegen.

§ 4 - Für die Zwecke dieser Bestimmung kann sich der Medienrat von den Wettbewerbsbehörden beraten lassen.

§ 5 - Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind nicht auf den BRF anwendbar.

Art. 12 - Allgemeine Bestimmung zur kommerziellen Kommunikation

Kommerzielle Kommunikation darf nicht:

1. die Menschenwürde verletzen;

2. Diskriminierungen aufgrund eines der gemäß Artikel 3 Nummer 1 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung geschützten Merkmale bzw. der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit beinhalten oder fördern;

3. Verhaltensweisen fördern, die die Gesundheit oder die Sicherheit gefährden;

4. Verhaltensweisen fördern, die den Schutz der Umwelt in hohem Maße gefährden bzw. der einschlägigen europäischen Gesetzgebung im Bereich des Umweltschutzes widersprechen;

5. die religiösen, philosophischen oder politischen Überzeugungen verletzen.

Art. 13 - Regelung der kommerziellen Kommunikation

Anbieter von audiovisuellen und auditiven Mediendiensten, die kommerzielle Kommunikation enthalten, müssen folgenden Kriterien entsprechen:

1. die kommerzielle Kommunikation muss leicht als solche zu erkennen sein und vom redaktionellen Inhalt unterscheidbar sein. Sie muss durch optische und/oder akustische Mittel von anderen Sendungsteilen abgesetzt sein. Schleichwerbung in der kommerziellen Kommunikation ist verboten;

2. in der kommerziellen Kommunikation dürfen keine Techniken der unterschweligen Beeinflussung eingesetzt werden;

3. kommerzielle Kommunikation für alkoholische Getränke darf nicht speziell an Minderjährige gerichtet sein und darf nicht den übermäßigen Genuss solcher Getränke fördern;

4. jede Form der kommerziellen Kommunikation für Zigaretten und andere Tabakerzeugnisse sowie elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter ist untersagt;

5. kommerzielle Kommunikation für Arzneimittel und medizinische Behandlungen, die nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind, ist untersagt.

Art. 14 - Schutz Minderjähriger bei kommerzieller Kommunikation

Kommerzielle Kommunikation darf nicht zur körperlichen oder seelischen Beeinträchtigung Minderjähriger führen. Sie darf keine direkten Aufrufe zum Kaufen oder Mieten von Waren oder Dienstleistungen an Minderjährige richten, die deren Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit ausnutzen, Minderjährige nicht unmittelbar dazu auffordern, ihre Eltern oder Dritte zum Kauf der beworbenen Ware oder Dienstleistung zu bewegen, nicht das besondere Vertrauen

ausnutzen, das Minderjährige zu Eltern, Lehrern und anderen Vertrauenspersonen haben, oder Minderjährige nicht ohne berechtigten Grund in gefährlichen Situationen zeigen.

KAPITEL 3 — SONDERBESTIMMUNGEN FÜR AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 15 - Mindestinformationen

Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten machen den Empfängern eines Dienstes mindestens die nachstehend aufgeführten Informationen leicht, unmittelbar und ständig zugänglich:

1. Namen des Mediendienstanbieters;
2. die geografische Anschrift, unter der der Mediendienstanbieter niedergelassen ist;
3. Angaben, die es ermöglichen, mit dem Mediendienstanbieter schnell Kontakt aufzunehmen und unmittelbar und wirksam mit ihm zu kommunizieren einschließlich seiner E-Mail-Adresse und/oder seiner Website;
4. die Angabe, dass der Dienst der Aufsicht des Medienrats untersteht.

Art. 16 - Maßnahmen in Bezug auf bestimmte audiovisuelle Mediendienste

§ 1 - Audiovisuelle Mediendienste aus anderen Gemeinschaften oder Mitgliedstaaten oder eines anderen Staats des Europäischen Wirtschaftsraums genießen die Freiheit des Empfangs und der Übertragung im deutschen Sprachgebiet.

§ 2 - Unbeschadet § 1 darf der Medienrat vorläufige Maßnahmen erlassen betreffend die Freiheit des Empfangs oder der Übertragung eines bestimmten audiovisuellen Mediendienstes, der von einem Mediendienstanbieter unter der Gerichtsbarkeit einer anderen Gemeinschaft oder eines anderen Mitgliedstaats bereitgestellt wird, unter folgenden Bedingungen:

1. in den letzten zwölf Monaten hat der Mediendienstanbieter bereits mindestens zweimal offenkundig, schwerwiegend und erheblich gegen Artikel 7 § 2 Nummer 3 oder Artikel 17 verstoßen oder eine Beeinträchtigung oder eine ernsthafte und schwerwiegende Gefahr der Beeinträchtigung für die öffentliche Gesundheit dargestellt;
2. der Medienrat hat den Mediendienstanbieter, die Gemeinschaft oder den Mitgliedstaat, der für diesen Anbieter zuständig ist, und die Europäische Kommission schriftlich über die mutmaßlichen Verstöße und die angemessenen Maßnahmen informiert, die der Medienrat beabsichtigt zu ergreifen, falls ein solcher Verstoß erneut auftritt;
3. der Medienrat hat die Rechte der Verteidigung des Mediendienstanbieters eingehalten und diesem insbesondere die Möglichkeit gegeben, sich zu den mutmaßlichen Verstößen zu äußern und
4. Konsultationen mit der bzw. dem für den Mediendienstanbieter zuständigen Gemeinschaft oder Mitgliedstaat und mit der Europäischen Kommission haben innerhalb eines Monats nach Eingang der in Nummer 2 genannten Mitteilung bei der Europäischen Kommission nicht zu einer gütlichen Einigung geführt.

§ 3 - Unbeschadet § 1 darf der Medienrat vorläufige Maßnahmen erlassen, wenn ein bestimmter audiovisueller Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter unter der Zuständigkeit einer anderen belgischen Behörde oder eines anderen Mitgliedstaats erbracht wurde, offenkundig, schwerwiegend und erheblich gegen Artikel 7 § 2 Nummer 2 verstoßen hat oder ein schwerwiegendes und erhebliches Risiko für die öffentliche Sicherheit darstellt, einschließlich der Wahrung der nationalen Sicherheit und Verteidigung.

Diese Ausnahmeregelung unterliegt den folgenden Bedingungen:

1. in den letzten zwölf Monaten hat der Mediendienstanbieter mindestens einmal zuvor das im Absatz 1 genannte Verhalten gezeigt;
2. der Medienrat hat den Mediendienstanbieter, die Gemeinschaft oder den Mitgliedstaat, der für diesen Anbieter zuständig ist, und die Europäische Kommission schriftlich über die mutmaßlichen Verstöße und die angemessenen Maßnahmen informiert, die der Medienrat beabsichtigt zu ergreifen, falls ein solcher Verstoß erneut auftritt. Der Medienrat gibt diesem Anbieter die Möglichkeit, sich zu den mutmaßlichen Verstößen zu äußern.

Der Medienrat kann in dringenden Fällen spätestens einen Monat nach der mutmaßlichen Zuwiderhandlung von den in Absatz 1 Nummern 1 und 2 festgelegten Bedingungen abweichen. In diesem Fall sind die getroffenen Maßnahmen in der kürzest möglichen Zeit der Europäischen Kommission und der Gemeinschaft oder dem Mitgliedstaat, unter dessen Zuständigkeit der Mediendienstanbieter fällt, mitzuteilen, unter Angabe der Gründe, weswegen der Medienrat die Dringlichkeit für erforderlich hält.

§ 4 - Der Übertragung im deutschen Sprachgebiet von audiovisuellen Mediendiensten, die nicht in die Zuständigkeit einer anderen Gemeinschaft oder eines Mitgliedstaats oder eines anderen Staats des Europäischen Wirtschaftsraums fallen, ist frei, falls der Medienrat im Voraus informiert wird.

Der Medienrat verfügt über eine Frist von 60 Tagen, um sich der Weiterverbreitung eines linearen audiovisuellen Mediendienstes zu widersetzen, falls diese Maßnahme erforderlich ist, um die Sicherheit des Landes, die territoriale Integrität oder die öffentliche Sicherheit, die Wahrung der Ordnung und die Vorbeugung von Verbrechen, den Schutz der Gesundheit und Moral, die Wahrung des guten Rufs oder der Rechte von Dritten zu gewährleisten, um die Verbreitung von vertraulichen Informationen zu verhindern oder die Autorität und die Unparteilichkeit der richterlichen Gewalt zu gewährleisten oder wenn ein Verstoß gegen Artikel 7 vorliegt.

§ 5 - Buch XI des Wirtschaftsgesetzbuches bleibt von den Bestimmungen des vorliegenden Artikels unberührt.

Art. 17 - Schutz von Minderjährigen

Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten ergreifen geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass audiovisuelle Mediendienste, die die körperliche, geistige oder moralische Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen können, insbesondere unentgeltliche Gewalt und Pornografie, nur so zur Verfügung gestellt werden, dass Minderjährige sie normalerweise nicht hören oder sehen, im Verhältnis zum potenziellen Schaden der betreffenden Sendung.

Personenbezogene Daten von Minderjährigen, die von Anbietern erhoben oder anderweitig gewonnen werden, dürfen nicht für kommerzielle Zwecke wie etwa Direktwerbung, Profiling und auf das Nutzungsverhalten abgestimmte Werbung verwendet werden.

Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten geben den Zuschauern ausreichende Informationen über Inhalte, die die körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen können. Hierzu nutzen die Anbieter ein System, mit dem die potenzielle Schädlichkeit des Inhalts eines audiovisuellen Mediendienstes beschrieben wird.

Art. 18 - Audiovisuelle kommerzielle Kommunikation für alkoholische Getränke

Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten, die audiovisuelle kommerzielle Kommunikation für alkoholische Getränke enthalten, müssen folgenden Kriterien entsprechen:

1. sie dürfen nicht speziell an Minderjährige gerichtet sein und insbesondere nicht Minderjährige beim Alkoholgenuss darstellen;
2. es darf keinerlei Verbindung zwischen einer Verbesserung der physischen Leistung und Alkoholgenuss oder dem Führen von Kraftfahrzeugen und Alkoholgenuss hergestellt werden;
3. es darf nicht der Eindruck erweckt werden, Alkoholgenuss fördere sozialen oder sexuellen Erfolg;
4. sie dürfen nicht eine therapeutische, stimulierende, beruhigende oder konfliktlösende Wirkung von Alkohol suggerieren;
5. Unmäßigkeit im Genuss alkoholischer Getränke darf nicht gefördert oder Enthaltensamkeit oder Mäßigung nicht negativ dargestellt werden;
6. die Höhe des Alkoholgehalts von Getränken darf nicht als positive Eigenschaft hervorgehoben werden.

Die in Absatz 1 genannten Anforderungen gelten nicht für Sponsoring und Produktplatzierung, soweit es sich um nichtlineare audiovisuelle Mediendienste handelt.

Art. 19 - Sponsoring

Gesponserte audiovisuelle Mediendienste oder Sendungen müssen folgenden Anforderungen genügen:

1. ihr Inhalt und, bei Fernsehsendungen, ihr Programmplatz dürfen keinesfalls so beeinflusst werden, dass die redaktionelle Verantwortung und Unabhängigkeit des Mediendienstanbieters beeinträchtigt wird;
2. sie dürfen nicht unmittelbar zu Kauf, Miete oder Pacht von Waren oder Dienstleistungen anregen, insbesondere nicht durch spezielle verkaufsfördernde Hinweise auf diese Waren oder Dienstleistungen;
3. die Zuschauer müssen eindeutig auf das Bestehen einer Sponsoring-Vereinbarung hingewiesen werden. Gesponserte Sendungen sind, beispielsweise durch den Namen, das Firmenemblem und/oder ein anderes Symbol des Sponsors, etwa einen Hinweis auf seine Produkte oder Dienstleistungen oder ein entsprechendes unterscheidungskräftiges Zeichen, in angemessener Weise zum Beginn, während und/oder zum Ende der Sendung eindeutig zu kennzeichnen.

Beim Sponsoring von audiovisuellen Mediendiensten oder Sendungen durch Unternehmen, deren Tätigkeit die Herstellung oder den Verkauf von Arzneimitteln und medizinischen Behandlungen umfasst, darf für den Namen oder das Erscheinungsbild des Unternehmens geworben werden, nicht jedoch für bestimmte Arzneimittel oder medizinische Behandlungen, die nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind.

Nachrichtensendungen und Sendungen zur politischen Information dürfen nicht gesponsert werden.

Audiovisuelle Mediendienste oder Sendungen dürfen nicht von Unternehmen gesponsert werden, deren Haupttätigkeit die Herstellung oder der Verkauf von Zigaretten und anderen Tabakerzeugnissen sowie von elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern ist.

Art. 20 - Produktplatzierung

§ 1 - Produktplatzierung ist in allen audiovisuellen Mediendiensten gestattet, außer in Nachrichtensendungen und Sendungen zur politischen Information, Verbrauchersendungen, Sendungen religiösen Inhalts und Kindersendungen.

Sendungen, die Produktplatzierung enthalten, müssen mindestens alle folgenden Voraussetzungen erfüllen:

1. ihr Inhalt und ihr Programmplatz, bei Fernsehsendungen oder in einem Katalog, im Fall von audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf, dürfen keinesfalls so beeinflusst werden, dass die redaktionelle Verantwortung und Unabhängigkeit des Mediendienstanbieters beeinträchtigt wird;
2. sie dürfen nicht unmittelbar zu Kauf, Miete bzw. Pacht von Waren oder Dienstleistungen auffordern, insbesondere nicht durch spezielle verkaufsfördernde Hinweise auf diese Waren oder Dienstleistungen;
3. sie dürfen das betreffende Produkt nicht zu stark herausstellen;
4. die Zuschauer müssen eindeutig auf das Bestehen einer Produktplatzierung hingewiesen werden. Sendungen mit Produktplatzierung sind zu Sendungsbeginn und

-ende sowie bei Fortsetzung einer Sendung nach einer Werbeunterbrechung angemessen zu kennzeichnen, um jede Irreführung des Zuschauers zu vermeiden. Diese Voraussetzung findet lediglich Anwendung auf Sendungen, die vom Mediendienstanbieter selbst oder von einem mit dem Mediendienstanbieter verbundenen Unternehmen produziert oder in Auftrag gegeben wurde.

Sendungen dürfen unter keinen Umständen die folgenden Produktplatzierungen enthalten:

1. Produktplatzierung zugunsten von Zigaretten und anderen Tabakerzeugnissen sowie von elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern oder zugunsten von Unternehmen, deren Haupttätigkeit die Herstellung oder der Verkauf dieser Erzeugnisse ist;
2. Produktplatzierung zugunsten bestimmter Arzneimittel oder medizinischer Behandlungen, die nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind.

§ 2 - Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels gelten nur für Sendungen, die nach dem 19. Dezember 2009 produziert werden.

Art. 21 - Personen mit Unterstützungsbedarf

§ 1 - Die audiovisuellen Mediendienstanbieter verbessern kontinuierlich und zunehmend die Zugänglichkeit ihrer Dienste für Personen mit Unterstützungsbedarf durch angemessene Maßnahmen und berücksichtigen die von der Regierung auf Vorschlag der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erlassenen Bestimmungen über die Zugänglichkeit von Diensten für Personen mit Unterstützungsbedarf, insofern diese keine unverhältnismäßige Belastung für sie bewirken.

Mediendienstanbieter erstatten alle drei Jahre ab dem Datum ihrer Meldung Bericht an den Medienrat über die Umsetzung der in Absatz 1 genannten Maßnahmen.

§ 2 - Notfallinformationen, einschließlich öffentlicher Kommunikation und Ankündigungen in Naturkatastrophensituationen, die der Öffentlichkeit über audiovisuelle Mediendienste zur Verfügung gestellt werden, werden auf eine Weise bereitgestellt, die für Personen mit Unterstützungsbedarf zugänglich ist.

§ 3 - Die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben stellt die im Rahmen dieses Artikels relevanten Informationen bereit und nimmt Beschwerden über alle in diesem Artikel genannten Zugänglichkeitsprobleme entgegen.

Art. 22 - Signalintegrität

Gemäß Buch XI des Wirtschaftsgesetzbuches werden audiovisuelle Mediendienste, die von Mediendiensteanbietern bereitgestellt werden, ohne die ausdrückliche Zustimmung dieser Anbieter nicht für kommerzielle Zwecke überlagert oder geändert.

Art. 23 - Kinospielefilme

Gemäß Buch XI des Wirtschaftsgesetzbuches dürfen die audiovisuellen Mediendiensteanbieter Kinospielefilme nicht zu anderen als den mit den Rechteinhabern vereinbarten Zeiten zeigen.

*Abschnitt 2 — Sonderbestimmungen für lineare audiovisuelle Mediendienste***Art. 24 - Europäische Werke und sonstige Anforderungen**

§ 1 - Zur Darstellung der Vielfalt im deutschsprachigen und europäischen Raum und zur Förderung von europäischen Film- und Fernsehproduktionen sollen die Anbieter von linearen audiovisuellen Mediendiensten den Hauptteil ihrer Sendezeit, der nicht aus Nachrichten, Sportberichten, Spielshows oder Werbe- und Videotextleistungen sowie Teleshopping besteht, den Sendungen von europäischen Werken entsprechend dem europäischen Recht vorbehalten.

Dieser Anteil soll unter Berücksichtigung der Verantwortung der Anbieter gegenüber ihrem Publikum in den Bereichen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung schrittweise anhand geeigneter Kriterien erreicht werden.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten dieser Verpflichtung fest.

§ 2 - Die Anbieter von linearen audiovisuellen Mediendiensten behalten mindestens 10 % ihrer Sendezeit, die nicht aus Nachrichten, Sportberichten, Spielshows oder Werbe- und Videotextleistungen sowie Teleshopping besteht, europäischen Werken vor oder alternativ 10 % ihrer Haushaltsmittel für die Programmgestaltung der Sendung europäischer Werke von Herstellern, die von den Anbietern unabhängig sind. Dazu muss ein angemessener Anteil neueren Werken vorbehalten bleiben, d. h. Werke, die innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach ihrer Herstellung ausgestrahlt werden.

Art. 25 - Übertragung von Großereignissen

§ 1 - Die Regierung kann eine Liste der nationalen und nicht nationalen Ereignisse erstellen, die von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung sind und daher nicht auf Ausschließlichkeitsbasis in der Weise übertragen werden, dass einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit die Möglichkeit vorenthalten wird, das Ereignis im Wege direkter oder zeitversetzter Berichterstattung in einer frei zugänglichen Fernsehsendung zu verfolgen.

Die Regierung bestimmt, ob diese Ereignisse als direkte Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, falls aufgrund des öffentlichen Interesses aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen, als zeitversetzte Gesamt- oder Teilberichterstattung verfügbar sein sollen.

Die Regierung teilt der Europäischen Kommission unverzüglich alle Maßnahmen mit, die sie gemäß diesem Paragraphen getroffen hat oder in Zukunft treffen wird.

§ 2 - Die Anbieter von linearen audiovisuellen Mediendiensten dürfen die von ihnen erworbenen ausschließlichen Rechte nicht in der Weise ausüben, dass einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit in einem anderen Gliedstaat oder Mitgliedstaat die Möglichkeit vorenthalten wird, die von diesem anderen Gliedstaat oder Mitgliedstaat gemäß Artikel 14 der Richtlinie 2010/13/EU bezeichneten Ereignisse als direkte Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, insofern im öffentlichen Interesse aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen, als zeitversetzte Gesamt- oder Teilberichterstattung in einer frei zugänglichen Sendung zu verfolgen, wie dies von dem anderen Gliedstaat oder dem anderen Mitgliedstaat gemäß Artikel 14 derselben Richtlinie festgelegt worden ist.

Art. 26 - Kurzberichterstattung

Jeder Anbieter von linearen audiovisuellen Mediendiensten, der in der Europäischen Union oder einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums niedergelassen ist, hat zum Zweck der Kurzberichterstattung einen fairen, angemessenen und diskriminierungsfreien Zugang zu Ereignissen zu gestatten, die von großem öffentlichen Interesse sind und die von einem der Rechtsinhaber der Gliedstaaten oder Mitgliedstaaten unterworfenen Anbieter exklusiv übertragen werden.

Wenn ein anderer Anbieter von linearen audiovisuellen Mediendiensten, der in derselben Gemeinschaft oder demselben Mitgliedstaat wie der um Zugang ersuchende Anbieter von linearen audiovisuellen Mediendiensten niedergelassen ist, ausschließliche Rechte für das Ereignis von großem Interesse für die Öffentlichkeit erworben hat, ist der Zugang bei diesem Anbieter zu beantragen.

Den Anbietern ist es erlaubt, kurze Ausschnitte aus dem Sendesignal des übertragenden Anbieters frei auszuwählen, wobei die Anbieter von linearen audiovisuellen Mediendiensten dabei zumindest ihre Quelle angeben müssen, insofern dies nicht aus praktischen Gründen unmöglich ist.

Kurze Ausschnitte werden ausschließlich für allgemeine Nachrichtensendungen verwendet und dürfen in nichtlinearen audiovisuellen Mediendiensten nur verwendet werden, wenn die gleiche Sendung von demselben Mediendiensteanbieter zeitversetzt angeboten wird.

Die unentgeltliche Kurzberichterstattung ist auf eine dem Anlass entsprechende nachrichtenmäßige Kurzberichterstattung beschränkt. Die zulässige Dauer bemisst sich nach der Länge der Zeit, die notwendig ist, um den nachrichtenmäßigen Informationsgehalt der Veranstaltung oder des Ereignisses zu vermitteln. Bei kurzfristig und regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen vergleichbarer Art beträgt die Obergrenze der Dauer in der Regel einhalb Minuten. Werden Kurzberichte über Veranstaltungen vergleichbarer Art zusammengefasst, muss auch in dieser Zusammenfassung der nachrichtenmäßige Charakter gewahrt bleiben. Die Regierung kann die Kostenregelungen festlegen.

Art. 27 - Fernsehwerbung und Teleshopping

Fernsehwerbung und Teleshopping müssen als solche leicht erkennbar und vom redaktionellen Inhalt unterscheidbar sein. Unbeschadet des Einsatzes neuer Werbetechniken müssen Fernsehwerbung und Teleshopping durch optische und/oder akustische und/oder räumliche Mittel eindeutig von anderen Sendungsteilen abgesetzt sein. Einzeln gesendete Werbespots und Teleshopping-Spots müssen, außer bei der Übertragung von Sportveranstaltungen, die Ausnahme bilden.

Durch in laufende Sendungen eingefügte Fernsehwerbung oder Teleshopping-Spots dürfen der Zusammenhang der Sendungen unter Berücksichtigung der natürlichen Sendungsunterbrechungen sowie der Dauer und Art der Sendung nicht beeinträchtigt und die Rechte von Rechteinhabern nicht verletzt werden.

Art. 28 - Sendezeitanteil Fernsehwerbung und Teleshopping

§ 1 - Der Sendezeitanteil der Fernsehwerbespots und Teleshopping-Spots zwischen 6 Uhr und 18 Uhr darf 20 % dieses Zeitraums nicht überschreiten. Der Sendezeitanteil der Fernsehwerbespots und Teleshopping-Spots zwischen 18 Uhr und 24 Uhr darf 20 % dieses Zeitraums nicht überschreiten.

Gelten nicht als Werbung im Sinne von Absatz 1:

1. Hinweise des Fernsehveranstalters auf eigene Sendungen und auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Sendungen abgeleitet sind, oder auf Sendungen und audiovisuelle Mediendienste anderer Teile derselben Sendergruppe;

2. Sponsorenhinweise;

3. die Produktplatzierung;

4. neutrale Einzelbilder zwischen redaktionellen Inhalten und Fernsehwerbung oder Teleshoppingspots sowie zwischen einzelnen Spots.

§ 2 - Teleshopping-Fenster müssen optisch und akustisch klar als solche gekennzeichnet sein und eine Mindestdauer von fünfzehn Minuten ohne Unterbrechung haben.

§ 3 - Nachrichten und Sendungen religiösen Inhalts dürfen nicht durch Werbung und Teleshoppingspots unterbrochen werden.

Die Übertragung von Fernsehfilmen, mit Ausnahme von Serien, Reihen und Dokumentarfilmen, Kinospielefilmen und Nachrichtensendungen, darf für jeden programmierten Zeitraum von mindestens dreißig Minuten einmal für Fernsehwerbung und/oder Teleshopping unterbrochen werden. Die Übertragung von Kindersendungen darf für jeden programmierten Zeitraum von mindestens 30 Minuten einmal für Fernsehwerbung unterbrochen werden, sofern die Gesamtdauer der Sendung nach dem Sendeplan mehr als 30 Minuten beträgt. Die Übertragung von Teleshopping ist während Kindersendungen untersagt.

§ 4 - Die Bestimmungen dieses Dekrets gelten entsprechend für reine Werbe- und Teleshopping Fernsehkanäle sowie für Fernsehkanäle, die ausschließlich der Eigenwerbung dienen. Die Artikel 24, 27 § 2 und 28 § 1 dieses Dekrets gelten nicht für solche Kanäle.

Abschnitt 3 — Sonderbestimmungen für nichtlineare audiovisuelle Mediendienste**Art. 29** - Grundsatz

Jeder kann gemäß den Bedingungen des vorliegenden Kapitels nichtlineare audiovisuelle Mediendienste anbieten, insofern der Dienst den Anforderungen des vorliegenden Titels genügt und der Dienst unabhängig von einer politischen Partei ist.

Diese Dienste können ganz oder teilweise in Form von verschlüsselten Signalen ausgestrahlt werden. Der Empfang kann gebührenpflichtig sein.

Art. 30 - Europäische Werke

§ 1 - Nichtlineare audiovisuelle Mediendienste, die von angemeldeten Anbietern bereitgestellt werden, fördern die Produktion europäischer Werke und den Zugang hierzu. Sie sichern mindestens 30 % der europäischen Werke in ihren Katalogen und stellen die Bekanntheit dieser Werke sicher.

Diese Förderung kann sich auch u. a. auf den finanziellen Beitrag solcher Dienste an der Produktion europäischer Werke und am Erwerb von Rechten an europäischen Werken oder auf den Anteil und/oder die Herausstellung europäischer Werke in dem von diesem nichtlinearen audiovisuellen Mediendienst angebotenen Katalog beziehen.

Die Regierung legt nähere Modalitäten fest. Sie kann andere adäquate Formen der Förderung festlegen.

§ 2 - Nichtlineare audiovisuelle Mediendienste, deren Zielgruppen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind, die jedoch in einem anderen Mitgliedstaat oder einer anderen Gemeinschaft ansässig sind, können auch verpflichtet werden, finanzielle Beiträge gemäß § 1 zu leisten, die verhältnismäßig und nicht diskriminierend sind.

Der finanzielle Beitrag basiert nur auf den in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erzielten Einnahmen und ist im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere den Vorschriften für staatliche Beihilfen.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

§ 3 - Die Verpflichtungen gemäß den §§ 1 und 2 gelten nicht für Mediendienstanbieter mit geringem Umsatz oder geringem Publikum.

Abschnitt 4 — Sonderbestimmungen für die Übertragung öffentlicher Sitzungen und Veranstaltungen des Parlaments**Art. 31** - Sitzungen und Veranstaltungen des Parlaments

Übertragungen öffentlicher Sitzungen und Veranstaltungen des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen keine Fernsehwerbung beinhalten. Gesponserte Sendungen und Produktplatzierung sind unzulässig.

Die Sendungen unterliegen nicht der Aufsicht der Regierung oder des Medienrats.

KAPITEL 4 — SONDERBESTIMMUNGEN FÜR VIDEO-SHARING-PLATTFORM-DIENSTE

Art. 32 - Verpflichtungen für Video-Sharing-Plattformen

§ 1 - Anbieter von Video-Sharing-Plattform-Diensten ergreifen angemessene Maßnahmen zum Schutz:

1. Minderjähriger gemäß Artikel 17 vor Sendungen, nutzergenerierten Videos und audiovisueller kommerzieller Kommunikation, die ihre körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung beeinträchtigen können;

2. der Allgemeinheit vor Sendungen, nutzergenerierten Videos und audiovisueller kommerzieller Kommunikation, in denen zu Gewalt oder Hass gegen eine Gruppe von Personen oder gegen ein Mitglied einer Gruppe wegen eines der gemäß Artikel 3 Nummer 1 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung geschützten Merkmale bzw. der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit angestiftet wird;

3. der Allgemeinheit vor Sendungen, nutzergenerierten Videos und audiovisueller kommerzieller Kommunikation mit Inhalten, deren Verbreitung gemäß Unionsrecht eine Straftat darstellt, nämlich die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie (EU) 2017/541, Straftaten im Zusammenhang mit Kinderpornografie im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2011/93/EU und rassistische und fremdenfeindliche Straftaten im Sinne des Artikels 1 des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI.

§ 2 - Anbieter von Video-Sharing-Plattform-Dienstleistungen erfüllen die Anforderungen der Artikel 12 bis 14 in Bezug auf audiovisuelle kommerzielle Kommunikation, die von diesen Anbietern von Video-Sharing-Plattformen vermarktet, verkauft oder zusammengestellt werden.

Anbieter von Video-Sharing-Plattform-Dienstleistungen ergreifen geeignete Maßnahmen, um die Anforderungen in Artikel 12 bis 14 in Bezug auf audiovisuelle kommerzielle Kommunikation zu erfüllen, die von diesen Anbietern von Video-Sharing-Plattformen nicht vermarktet, verkauft oder zusammengestellt werden, wobei der Tatsache, dass die Video-Sharing-Plattform-Anbieter nur eine begrenzte Kontrolle über eine solche audiovisuelle kommerzielle Kommunikation ausüben, Rechnung zu tragen ist.

Anbieter von Video-Sharing-Plattform-Dienstleistungen weisen Benutzer eindeutig auf Sendungen und nutzer-generierte Videos hin, die audiovisuelle kommerzielle Kommunikation enthalten, vorausgesetzt, dass eine solche Kommunikation gemäß § 3 Absatz 3 Nummer 3 erklärt wurde oder der Anbieter Kenntnis davon hat.

§ 3 - Für die Zwecke der §§ 1 und 2 werden die angemessenen Maßnahmen in Anbetracht der Art der fraglichen Inhalte, des Schadens, den sie anrichten können, der Merkmale der zu schützenden Personenkategorie sowie der betroffenen Rechte und berechtigten Interessen, einschließlich derer der Video-Sharing-Plattform-Anbieter und der Nutzer, die die Inhalte erstellt oder hochgeladen haben, sowie des öffentlichen Interesses bestimmt.

Diese Maßnahmen müssen durchführbar und verhältnismäßig sein und der Größe des

Video-Sharing-Plattform-Dienstes und der Art des angebotenen Dienstes Rechnung tragen. Solche Maßnahmen dürfen weder zu Ex-ante-Kontrollmaßnahmen noch zur Filterung von Inhalten beim Hochladen, die nicht mit Artikel XII.20 § 1 des Wirtschaftsgesetzbuches im Einklang stehen, führen. Zum Schutz Minderjähriger gemäß § 1 Nummer 1 unterliegen die schädlichsten Inhalte den strengsten Maßnahmen der Zugangskontrolle.

Solche Maßnahmen beinhalten, soweit zweckmäßig:

1. die Aufnahme der Anforderungen gemäß § 1 in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Video-Sharing-Plattform-Dienste und die Anwendung dieser Anforderungen;

2. die Aufnahme der Anforderungen der Artikel 12 bis 14 für audiovisuelle kommerzielle Kommunikation, die nicht von den Anbietern der Video-Sharing-Plattform vermarktet, verkauft oder zusammengestellt wird, in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Video-Sharing-Plattform-Dienste und die Anwendung dieser Anforderungen;

3. die Bereitstellung einer Funktion für Nutzer, die nutzer-generierte Videos hochladen, mit der sie erklären können, ob diese Videos audiovisuelle kommerzielle Kommunikation enthalten, soweit sie davon Kenntnis haben oder eine solche Kenntnis nach vernünftigem Ermessen erwartet werden kann;

4. die Einrichtung und den Betrieb transparenter und benutzerfreundlicher Mechanismen für Nutzer einer Videoplattform, um dem betreffenden Anbieter der Videoplattform den in § 1 genannten Inhalt auf seiner Plattform zu melden oder zu kennzeichnen;

5. die Einrichtung und den Betrieb von Systemen, mit denen Video-Sharing-Plattform-Anbieter den Video-Sharing-Plattform-Nutzern erklären, wie den Meldungen oder Anzeigen gemäß Nummer 4 Folge geleistet wurde;

6. die Einrichtung und den Betrieb von Systemen zur Altersverifikation für Video-Sharing-Plattform-Nutzer in Bezug auf Inhalte, die die körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen können;

7. die Einrichtung und den Betrieb von leicht zu handhabenden Systemen, mit denen Video-Sharing-Plattform-Nutzer die in § 1 genannten Inhalte bewerten können;

8. die Bereitstellung von Systemen zur Kontrolle durch Eltern, die der Kontrolle der Endnutzer unterliegen, in Bezug auf Inhalte, die die körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen können;

9. die Einrichtung und den Betrieb von transparenten, leicht zu handhabenden und wirksamen Verfahren für den Umgang mit und die Beilegung von Beschwerden des Nutzers gegenüber dem Video-Sharing-Plattform-Anbieter in Bezug auf die Umsetzung der in den Nummern 4 bis 8 genannten Maßnahmen;

10. das Angebot wirksamer Maßnahmen und Instrumente für Medienkompetenz und die Sensibilisierung der Nutzer für diese Maßnahmen und Instrumente.

§ 4 - Personenbezogene Daten von Minderjährigen, die von Video-Sharing-Plattform-

Anbietern gemäß § 3 Nummern 6 und 8 erhoben oder anderweitig gewonnen werden, dürfen nicht für kommerzielle Zwecke wie etwa Direktwerbung, Profiling und auf das Nutzungsverhalten abgestimmte Werbung verwendet werden.

§ 5 - Der Medienrat legt die erforderlichen Mechanismen fest, um die Angemessenheit der in § 3 genannten Maßnahmen der Anbieter von Video-Sharing-Plattformen zu bewerten. Diese Mechanismen werden auf der Website des Medienrats veröffentlicht. Eine Synthese dieser Mechanismen wird ebenfalls in anderen Medien veröffentlicht.

KAPITEL 5 — SONDERBESTIMMUNGEN FÜR AUDITIVE MEDIENDIENSTE

Abschnitt 1 — Sonderbestimmungen für lineare auditive Mediendienste

Art. 33 - Mindestinformationen

Anbieter linearer auditiver Mediendienste machen den Empfängern eines Dienstes mindestens die nachstehend aufgeführten Informationen zugänglich:

1. die Bezeichnung des auditiven Mediendienstes;
2. den Standort des Senders;
3. Auskunft über die benutzten Frequenzen, wenn zutreffend;
4. das Radio Data System, wobei der von dem Medienrat mitgeteilte RDS-PI-Code zu verwenden ist, wenn zutreffend.

Wenn die Anbieter linearer auditiver Mediendienste für ihren Dienst Funkfrequenzen nutzen, sind die in Absatz 1 Nummern 1 bis 3 genannten Informationen zu Beginn und zu Ende der Sendung anzugeben. Zudem sind sie während der Sendung in regelmäßigen Abständen zu wiederholen.

Art. 34 - Kommerzielle Kommunikation in linearen auditiven Mediendiensten des BRF

Der Anteil an Sendezeit für auditive kommerzielle Kommunikation in den linearen auditiven Mediendiensten des BRF darf 15 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

Der Anteil an Sendezeit für auditive kommerzielle Kommunikation darf innerhalb einer Stunde, gerechnet ab einer vollen Stunde, 20 % nicht überschreiten.

*Abschnitt 2 — Sonderbestimmungen für nichtlineare auditive Mediendienste***Art. 35 - Mindestinformationen**

Anbieter nichtlinearer auditiver Mediendienste machen den Empfängern eines Dienstes mindestens die Bezeichnung des auditiven Mediendienstes zugänglich.

KAPITEL 6 — RECHT AUF GEGENDARSTELLUNG**Art. 36 - Recht auf Gegendarstellung**

§ 1 - In Bezug auf audiovisuelle und auditive Mediendienste hat jeder ein Recht auf Gegendarstellung, die wie in diesem Kapitel dargelegt ausgeübt wird.

§ 2 - Natürliche oder juristische Personen und nichtrechtsfähige Vereinigungen, die in einer periodischen audiovisuellen oder auditiven Sendung namentlich genannt oder implizit bezeichnet werden, haben unbeschadet anderer Rechtsmittel bei nachgewiesenem persönlichem Interesse das Recht, die unentgeltliche Ausstrahlung oder Aufnahme einer Gegendarstellung zu beantragen, um ein oder mehrere sie betreffende fehlerhafte faktische Elemente zu berichtigen oder um auf ein(e) oder mehrere Vorkommnisse oder Erklärungen, die ihre Ehre verletzen können, zu antworten.

§ 3 - Es besteht kein Grund zur Gegendarstellung, wenn der Produzent oder Herausgeber spontan eine zufriedenstellende Berichtigung macht.

Wird diese Berichtigung vom Antragsteller als nicht zufriedenstellend angesehen, kann er von seinem Recht auf Gegendarstellung Gebrauch machen.

§ 4 - Ist die betroffene Person verstorben, liegt das Gegendarstellungsrecht bei allen Verwandten in gerader Linie oder beim Ehepartner oder in deren Ermangelung bei den nächsten Verwandten. Es wird nur einmal und vom zuerst Handelnden unter ihnen ausgeübt.

Wenn am Todestag der genannten oder bezeichneten Person die in Artikel 37 vorgesehene Frist von 30 Tagen läuft, verfügen die Rechtsnachfolger nur noch über den restlichen Teil dieser Frist.

Art. 37 - Bedingungen

Zur Vermeidung der Unzulässigkeit genügt der Gegendarstellungsantrag folgenden Bedingungen:

1. spätestens am 30. Tag nach dem Datum der Sendung dem Produzenten der Sendung, dem Herausgeber oder einer anderen Person, die in der Lage ist, die Gegendarstellung einzuräumen, per Einschreiben zugesandt werden. Diese Frist beginnt:

a) am Tag der ersten Ausstrahlung, wenn sich das Recht auf Gegendarstellung auf eine Sendung eines linearen audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes bezieht;

b) am ersten Tag, an dem die Sendung vom Benutzer angefordert werden kann, wenn sich das Recht auf Gegendarstellung auf eine Sendung eines nichtlinearen audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes bezieht. Dies gilt nicht für Sendungen von nichtlinearen audiovisuellen oder auditiven Mediendiensten, die bereits linear verteilt wurden. In diesem Fall beginnt die Frist, ab dem Moment der ersten linearen Übertragung zu laufen;

2. wenn es sich um natürliche Personen handelt, werden die vollständige Identität des Antragstellers und sein Wohnsitz angegeben. Bei juristischen Personen werden Gesellschaftsname, Rechtsform, Gesellschaftssitz und Eigenschaft des Antragsunterzeichners angegeben. Bei nichtrechtsfähigen Vereinigungen werden Bezeichnung, Sitz, Satzungsorgane und Eigenschaft des Antragsunterzeichners angegeben;

3. alle näheren Angaben, die der Identifizierung der Sendung und der strittigen Passagen, die beanstandet werden, dienlich sind, müssen enthalten sein;

4. mit Gründen versehen und unterzeichnet sein;

5. die erbetene Gegendarstellung umfassen, deren Text auf das beschränkt sein muss, was unbedingt erforderlich ist, um auf die Informationen zu reagieren, die die Anforderung verursacht hat, und eine Lesezeit von drei Minuten oder 4.500 typographische Zeichen nicht überschreitet.

Art. 38 - Verweigerung Gegendarstellung

Die Ausstrahlung oder Aufnahme der Gegendarstellung kann verweigert werden, wenn sie:

1. keinen direkten Zusammenhang mit den beanstandeten Äußerungen oder Bildern hat oder nicht im Verhältnis zu dem steht, was notwendig ist, um die als unrichtig erklärten oder die Ehre verletzenden Fakten zu berichtigen;

2. beleidigend ist oder gegen die Gesetze oder die guten Sitten verstößt;

3. ohne Notwendigkeit einen Dritten in die Sache einbezieht;

4. in einer anderen Sprache als der Sprache der Sendung, die beanstandet wird, abgefasst ist.

Art. 39 - Frist Gegendarstellung

§ 1 - Wenn sich das Recht auf Gegendarstellung auf eine Sendung eines linearen audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes bezieht, wird diese Gegendarstellung anlässlich der nächsten Sendung der gleichen Serie oder des gleichen Typs zu der Uhrzeit gesendet, die der Uhrzeit, zu der die Sendung ausgestrahlt wurde, so nah wie möglich ist.

Wenn innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Eingang der Anfrage keine Sendung geplant ist, wird die Gegendarstellung innerhalb dieser Frist zu einer öffentlich zugänglichen Sendezeit ausgestrahlt.

Wenn sich das Recht auf Gegendarstellung auf eine Übermittlung eines nichtlinearen audio-visuellen oder auditiven Mediendienstes bezieht, wird diese Gegendarstellung nach Ablauf einer Frist von zwei Arbeitstagen beginnend an dem Tag, an dem eine der in Artikel 37 Nummer 1 genannten Personen die Gegendarstellung erhält, der betreffenden Sendung beigefügt. Die Gegendarstellung wird von der durch den Produzenten oder dem Herausgeber bestimmten Person ohne Kommentar oder Antwort vorgelesen.

Der Antragsteller hat keinen Zugang zu Mikrofon, Kamera oder Aufnahmegerät.

§ 2 - Wird dem Gegendarstellungsantrag stattgegeben, ohne dass die Gegendarstellung jedoch vollständig angenommen wird, legt der Produzent oder Herausgeber dem Antragsteller einen Gegenvorschlag vor. Dieser wird per Einschreiben binnen einer am Tag nach dem Empfang des Antrags einsetzenden Frist von vier Werktagen zugesandt.

Wird dieser Gegenvorschlag vom Antragsteller angenommen, wird die Gegendarstellung gemäß den in § 1 vorgesehenen Modalitäten ausgestrahlt oder aufgenommen.

§ 3 - Lehnt der Produzent oder Herausgeber den Gegendarstellungsantrag ab, setzt er den Antragsteller hiervon binnen einer am Tag nach dem Empfang des Antrags einsetzenden Frist von vier Werktagen per Einschreiben in Kenntnis, wobei er seine Ablehnung mit Gründen versieht.

Art. 40 - Zuständigkeit des Präsidenten des Gerichts erster Instanz

Werden die in Artikel 39 § 2 Absatz 1 und § 3 vorgesehenen Formalitäten nicht eingehalten oder wird der Gegendarstellungsantrag oder der Textgegenvorschlag abgelehnt, kann der Antragsteller innerhalb von 15 Tagen ab dem Datum, an dem die Ablehnung oder der Textgegenvorschlag hätte notifiziert werden müssen, oder innerhalb von 15 Tagen ab Notifizierung der Ablehnung oder des Gegenvorschlags den Präsidenten des Gerichts Erster Instanz mit der Sache befassen, der zur Sache und in letzter Instanz über die Verpflichtung des Produzenten oder Herausgebers, die Gegendarstellung auszustrahlen oder aufzunehmen, entscheidet.

Art. 41 - Aufzeichnungspflicht

Während der Frist, in der ein Gegendarstellungsantrag eingereicht werden kann, bewahren die in Artikel 37 Nummer 1 erwähnten Personen von jeder Sendung eine Aufnahme auf.

Kann keine Aufnahme vorgelegt werden, wird die Gegendarstellung, insofern sie gesetzmäßig ist, ausgestrahlt.

Wird der Gegendarstellungsantrag innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingereicht, wird die Aufnahme der Sendung, die betroffen ist, bis zur Beilegung des Streitfalls aufbewahrt.

Die Aufnahme der Gegendarstellung wird drei Monate lang aufbewahrt.

TITEL 3 - ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATIONSNETZE UND -DIENSTE

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Art. 42 - Anwendungsbereich

Unabhängig von den in Titel 2 aufgeführten Bestimmungen und unbeschadet der Zuständigkeit anderer Behörden findet dieser Titel Anwendung auf die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste.

Art. 43 - Aussetzung von Rechten

Die Regierung darf ein Unternehmen nur dann an der Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste hindern, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit notwendig ist.

Die Regierung notifiziert die Aussetzung hinreichend begründet der Europäischen Kommission.

Der Betreiber hat jeder gemäß Absatz 1 angeordneten Aussetzung in angemessener Frist auf seine Kosten nachzukommen.

Art. 44 - Änderung von Rechten und Pflichten

Beabsichtigt der Medienrat, die Rechte, Bedingungen und Verfahren bezüglich der Allgemeingenehmigung, der Nutzungsrechte oder der Rechte zur Installation von Einrichtungen zu ändern, gibt er den Beteiligten, einschließlich Nutzern und Verbrauchern, die Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens vier Wochen Stellung zu beziehen. Bei außergewöhnlichen Umständen kann die Frist kürzer sein.

Änderungen können nur in objektiv gerechtfertigten Fällen und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit vorgenommen werden. Hiervon bleibt die Möglichkeit unberührt, geringfügige und mit dem Inhaber der Rechte oder Allgemeingenehmigung vereinbarte Änderungen vorzunehmen.

Rechte zur Installation von Einrichtungen oder Rechte zur Nutzung von Funkfrequenzen dürfen vor Ablauf des Zeitraums, für den sie gewährt worden sind, nicht eingeschränkt oder zurückgenommen werden, außer in begründeten Fällen.

KAPITEL 2 — *Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste*

Abschnitt 1 — Allgemeingenehmigung

Art. 45 - Grundsatz

Jedes Unternehmen darf elektronische Kommunikationsnetze und -dienste gemäß den in diesem Dekret festgelegten Bedingungen bereitstellen.

Art. 46 - Meldepflicht

§ 1 - Die beabsichtigte Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste sowie deren Änderungen und deren Einstellung sind vor Betriebsaufnahme, Änderung oder Einstellung dem Medienrat schriftlich per Schreiben oder E-Mail zu melden, insoweit Artikel 58 nicht anwendbar ist.

Die Meldung umfasst folgende Angaben:

1. den Namen des Anbieters;
2. gegebenenfalls die Unternehmensnummer und die Satzung;
3. die geografische Anschrift der Hauptniederlassung des Anbieters in der Europäischen Union, falls einschlägig, und einer etwaigen Zweigniederlassung in einem Mitgliedstaat;
4. die Website-Adresse des Anbieters, die für die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste verwendet wird;
5. einen Ansprechpartner und Kontaktangaben;
6. eine Kurzbeschreibung des Netzes bzw. des Dienstes;
7. die betroffenen Mitgliedstaaten und
8. das vorgesehene Datum der Aufnahme, Änderung oder Einstellung der Tätigkeit.

§ 2 - Der Medienrat führt ein Verzeichnis der Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und der Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste, das er veröffentlicht.

§ 3 - Unternehmen, die grenzüberschreitende elektronische Kommunikationsdienste für Unternehmen erbringen, die in Belgien und in einem oder mehreren Mitgliedstaaten angesiedelt sind, müssen in Belgien nicht mehr als eine Meldung abgeben.

Art. 47 - Gemeinschaftsantennen

Die Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen ist nicht meldepflichtig, insofern ausschließlich Besitzer von Empfangsgeräten diese Antennen gebrauchen, die:

1. Zimmer und Wohnungen desselben Gebäudes bewohnen;
2. Gebäudegruppen bewohnen, die aus höchstens 50 Gebäuden bestehen und die demselben Eigentümer gehören;

3. zusammenliegende Wohnungen bewohnen, deren Anzahl 50 nicht übersteigt;
4. Wohnwagen oder Stellplätze desselben Campingplatzes benutzen.

Art. 48 - Erklärung zur Vereinfachung von Verfahren

Der Medienrat stellt binnen einer Woche ab Eingang der in Artikel 46 genannten Meldung oder der in Artikel 58 genannten Frequenzzuteilung eine standardisierte Erklärung aus. Die Erklärung dient dazu, Verfahren zur Installation von Einrichtungen, Verhandlungen über eine Zusammenschaltung sowie Anträge auf Zugang oder Zusammenschaltung zu erleichtern.

Die Erklärung umfasst:

1. eine Bestätigung der Meldung oder der Frequenzzuteilung;
2. die Angabe der einschlägigen Bestimmungen dieses Dekrets, gemäß denen das Unternehmen berechtigt ist, das Recht zur Installation von Einrichtungen, auf Verhandlungen über eine Zusammenschaltung und/oder auf Erhalt eines Zugangs oder einer Zusammenschaltung zu beantragen;
3. die Angabe der Kriterien und Verfahren, gemäß denen einzelnen Unternehmen besondere Verpflichtungen gemäß Artikel 69 § 4 auferlegt werden können.

Art. 49 - Verhandlungspflicht

Jeder Betreiber, der eine Meldung gemacht hat oder dem Funkfrequenzen zugeteilt wurden, ist dazu berechtigt und auf Nachfrage verpflichtet, mit anderen Betreibern öffentlicher elektronischer Kommunikationsnetze, die innerhalb der Europäischen Union die Bedingungen erfüllen, um Kommunikationsdienste und -netze bereitstellen zu dürfen, in gutem Glauben über den Zugang und die Zusammenschaltung zu verhandeln, um die Bereitstellung von Diensten öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikation sowie deren Interoperabilität zu gewährleisten.

Die Betreiber bieten den Unternehmen den Zugang und die Zusammenschaltung zu Bedingungen an, die mit den vom Medienrat auferlegten Verpflichtungen im Einklang stehen.

Abschnitt 2 — Nutzungsrechte für Funkfrequenzen

Art. 50 - Funkfrequenzen

§ 1 - Die Regierung stellt den Plan der Funkfrequenzen auf, die den verschiedenen linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten zugeteilt werden können, unter Berücksichtigung der entsprechenden föderalen technischen Normen und des föderalen Plans der Funkfrequenzen zwischen zivilen und militärischen Frequenzbändern und der Zusammenarbeitsabkommen mit anderen Gemeinschaften. In Ermangelung hiervon richtet sich die Regierung nach den entsprechenden internationalen und supranationalen Normen.

Die Regierung kann unter Beachtung der besagten Normen weitere Normen festlegen.

§ 2 - In Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten und mit der Europäischen Kommission fördert die Regierung, insofern die Funkfrequenzen zur Übertragung der Signale für die Verbreitung von linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten genutzt werden, die Koordinierung der Konzepte im Bereich der Funkfrequenzpolitik in der Europäischen Union und gegebenenfalls die Einführung harmonisierter Bedingungen hinsichtlich der Verfügbarkeit und effizienten Nutzung der Frequenzen, die für die Errichtung und das Funktionieren des europäischen Binnenmarkts für elektronische Kommunikation erforderlich sind.

Art. 51 - Funkfrequenzzuteilung

Unbeschadet der im Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegten spezifischen Kriterien und Verfahren für die Zurverfügungstellung von Frequenzen an den BRF, um Ziele von allgemeinem Interesse zu erreichen, bedarf jede Nutzung einer der im Frequenzplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgenommenen Funkfrequenzen einer vorherigen Funkfrequenzzuteilung. Eine Funkfrequenzzuteilung ist eine Erteilung eines Nutzungsrechts durch den Medienrat für Funkfrequenzen unter festgelegten Bedingungen.

Die Funkfrequenzzuteilung erfolgt zweckgebunden nach Maßgabe des Frequenzplans und diskriminierungsfrei auf Grundlage angemessener Kriterien unter objektiven, transparenten und wettbewerbsfördernden Verfahren, die die Regierung auf Vorschlag des Medienrats festlegt.

Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Funkfrequenz. Im Rahmen der Zuteilung von Funkfrequenzen an einen Mediendienstanbieter werden zudem keine weiteren Funkfrequenzen zum Zweck der Signalführung zugeteilt.

Art. 52 - Information zur Verfügbarkeit von Funkfrequenzen

Der Medienrat gibt den Bestand sämtlicher in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügbarer bzw. künftig verfügbarer Funkfrequenzen sowie gegebenenfalls die Aufteilung der Funkfrequenzen nach Senderkategorien, den Zeitpunkt, zu dem sie für eine Zuteilung zur Verfügung stehen, sowie die verfügbaren Sendezeiten für jede Übertragungsart unter Festsetzung einer angemessenen Frist für die Stellung der Anträge bekannt.

Der Medienrat sorgt für eine ausgewogene und angemessene Zuordnung der Funkfrequenzen zu jeder der folgenden sechs Kategorien von Funkfrequenznutzungen:

1. auditive lineare Mediendienste, die sich an das gesamte Publikum im deutschen Sprachgebiet wenden und die Auflagen aus Artikel 54 Nummer 3 für alle Gemeinden des deutschen Sprachgebiets erfüllen, hiernach Sendernetze genannt;
2. auditive lineare Mediendienste, die sich an ein regionales Publikum im deutschen Sprachgebiet wenden und die Auflagen gemäß Artikel 54 Nummer 3 für mindestens vier aneinandergrenzende Gemeinden im deutschen Sprachgebiet erfüllen, hiernach Regionalsender genannt;
3. auditive lineare Mediendienste, die sich an das örtliche Publikum in einem Gemeindeteil oder in einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets wenden und die Auflagen gemäß Artikel 54 Nummer 3 erfüllen, hiernach Lokalsender genannt;
4. zeitlich begrenzte lineare Sendungen, die den Ort einer Veranstaltung abdecken, hiernach Veranstaltungsradios genannt;
5. die Aussendung von Beiträgen einer oder mehrerer Schulen in einer Gemeinde, hiernach Schulradios genannt;
6. lineare audiovisuelle Mediendienste, die sich an das Publikum im deutschen Sprachgebiet wenden.

Art. 53 - Voraussetzungen

Funkfrequenzen werden zugeteilt, wenn:

1. die Funkfrequenzen für die vorgesehene Nutzung im Funkfrequenzplan ausgewiesen sind;

2. die Verträglichkeit mit anderen Funkfrequenznutzungen gegeben ist und
3. eine effiziente und störungsfreie Funkfrequenznutzung durch den Antragsteller sichergestellt ist.

Art. 54 - Allgemeine Bedingungen, um Funkfrequenzen für lineare audiovisuelle und auditive Mediendienste zu erhalten

Für die Zuteilung von Funkfrequenzen erfüllt der Antragsteller der in Artikel 52 genannten Kategorien folgende Voraussetzungen:

1. eine juristische Person des Privatrechts sein, deren Sitz und deren Sendeeinrichtungen sich im deutschen Sprachgebiet innerhalb des Sendebereichs des Senders befinden. Im Fall von Veranstaltungsradios kann es sich auch um natürliche Personen handeln;
2. unabhängig von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen oder von politischen Vereinigungen sein;
3. sicherstellen, dass ein gewisser Anteil seiner Sendungen in deutscher Sprache bestehen wird, wobei Musiktitel in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt werden;
4. darauf achten, in seinen Programmen insbesondere Kultur sowie Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Nachbarregionen aufzuwerten und
5. eine Kontrolle durch den Medienrat bezüglich seiner Funktionsweise vor Ort jederzeit ermöglichen.

Art. 55 - Sonderbestimmungen für die Zuteilung von für Sendernetze, Regionalsender oder audiovisuelle Mediendienste bereitgestellte Funkfrequenzen

§ 1 - Zusätzlich zu den in Artikel 54 vorgesehenen Bedingungen erfüllt der Antragsteller zur Nutzung von Funkfrequenzen für auditive Mediendienste, die bereitgestellt sind für Sendernetze, Regionalsender oder audiovisuelle Mediendienstanbieter, folgende Bedingungen:

1. sich dem Geschehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in den angrenzenden Regionen widmen, wobei der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit der Information Rechnung getragen wird;
2. zwischen 6 Uhr und 22 Uhr eine Programmgestaltung vornehmen, die mindestens zu 50 % aus Programmen besteht, die von den Mitarbeitern des Sendernetzes bzw. des Regionalsenders ausgearbeitet werden, wobei unmoderierte Programme nicht als eigene Programme berücksichtigt werden;
3. Mitglied der ESBJ sein;
4. sich dazu verpflichten, dass Nachrichtensendungen objektiv und sachlich sind, in Zusammenarbeit mit Berufsjournalisten oder mit Personen erstellt werden, die unter Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten zu werden, und dass Kommentare eindeutig von Nachrichten zu trennen sind und ihr Verfasser angegeben werden muss;
5. sich verpflichten, inhaltlich die Vielfalt der Meinungen im Wesentlichen zum Ausdruck zu bringen. Die bedeutsamen, politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen müssen angemessen zu Wort kommen; Auffassungen von Minderheiten sind zu berücksichtigen. Die Möglichkeit, Spartenprogramme anzubieten, bleibt hiervon unberührt. Ein Spartenprogramm ist ein audiovisueller und auditiver Mediendienst mit im Wesentlichen gleichartigen Inhalten;
6. die Medienkompetenz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft fördern.

§ 2 - Antragsteller von Funkfrequenzen für Sendernetze müssen sich zusätzlich verpflichten, täglich mindestens acht Nachrichtensendungen auszustrahlen. Die Dauer dieser Sendungen beträgt mindestens drei Minuten, Wetter- und Verkehrsberichte nicht inbegriffen.

Sie sind in Zusammenarbeit mit Berufsjournalisten oder mit Personen zu erstellen, die unter Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten zu werden.

§ 3 - Antragsteller von Funkfrequenzen für Regionalsender müssen sich zusätzlich zu den Bedingungen des § 1 dazu verpflichten, täglich mindestens vier Nachrichtensendungen auszustrahlen. Die Dauer dieser Sendungen beträgt mindestens drei Minuten, Wetter- und Verkehrsberichte nicht inbegriffen.

Sie sind in Zusammenarbeit mit Berufsjournalisten oder mit Personen zu erstellen, die unter Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten zu werden.

Art. 56 - Sonderbestimmungen für die Zuteilung von für Lokalsender bereitgestellte Funkfrequenzen

Zusätzlich zu den in Artikel 54 vorgesehenen Bedingungen nimmt der Antragsteller zur Nutzung von Funkfrequenzen für Lokalsender zusätzlich zwischen 6 Uhr und 22 Uhr eine Programmgestaltung vor, die mindestens zu 25 % aus Programmen besteht, die durch die Mitarbeiter des Lokalsenders ausgearbeitet werden, wobei unmoderierte Musikprogramme nicht als eigene Programme berücksichtigt werden. Außerdem muss er die Medienkompetenz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft fördern.

Art. 57 - Sonderbestimmungen für die Zuteilung von Funkfrequenzen an Schulradios und Veranstaltungsradios

§ 1 - Der Medienrat kann Veranstaltungsradios Funkfrequenzen zuteilen für Sendungen, die im örtlichen Bereich einer öffentlichen Veranstaltung und im zeitlichen Zusammenhang damit veranstaltet und verbreitet werden.

In Abweichung von Artikel 62 darf der Medienrat befristete Funkfrequenzen für diese Veranstaltungsradios für ein bestimmtes Veranstaltungsgelände im jeweiligen örtlichen Verbreitungsgebiet und für die Dauer der Veranstaltung, mit einer maximalen Dauer von höchstens zwei Monate, erteilen.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 62 kann der Medienrat Schulradios Funkfrequenzen für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren zuteilen.

§ 3 - Als Veranstalter gelten die Personen, die die Sendungen verbreiten. Wer aufgrund anderer Vorschriften zur Veranstaltung von Mediendiensten zugelassen ist, wird als Veranstalter von Schulradios oder Veranstaltungsradios nicht zugelassen.

§ 4 - Schulradios und Veranstaltungsradios ist Produktplatzierung in den von ihnen produzierten Sendungen und in ihren Moderationen untersagt.

§ 5 - Die Zuteilung von Funkfrequenzen an Veranstaltungsradios und Schulradios unterliegt einem vereinfachten Zuteilungsverfahren, das die Regierung auf Vorschlag des Medienrats festlegt.

Veranstaltungsradios und Schulradios können Anträge auf Frequenzzuteilung auch außerhalb des von Artikel 52 vorgesehenen Informationsverfahrens einreichen.

Art. 58 - Antrag

Der Antrag auf Funkfrequenzzuteilung ist schriftlich per Schreiben oder E-Mail beim Medienrat einzureichen. In diesem Fall unterliegt der Antragsteller nicht der Meldepflicht gemäß Artikel 46.

Der Antrag wird von mindestens zwei diesbezüglich befugten Personen unterzeichnet, die den Sendebetrieb führen und deren Wohnsitz sich im deutschen Sprachgebiet innerhalb des Sendebereichs befindet.

Der Medienrat bestimmt das Format und den Inhalt der Antragsformulare für jede der sechs in Artikel 55 genannten Kategorien. Der Medienrat kann u. a. die folgenden Angaben und Unterlagen anfordern:

1. die Bezeichnung des Antragstellers und des linearen Mediendienstes;
2. gegebenenfalls die Unternehmensnummer und die Satzung der technischen Dienstleister sowie die Anschrift der Betriebssitze und der Studios;
3. das Gebiet oder die Gebiete, in dem oder in denen die Funkfrequenznutzung erfolgen soll, und die gewünschte Funkfrequenz oder die gewünschten Funkfrequenzen;
4. die Art und Beschreibung des Mediendienstes, einschließlich:
 - a) der Beschreibung des eventuell vorgesehenen Informationssystems sowie gegebenenfalls des Nachweises der Beschäftigung von Journalisten;
 - b) des vorgesehenen wöchentlichen Sendungsschemas, falls anwendbar;
 - c) für Sendernetze, Regionalsender und Lokalsender, eines Dreijahresfinanzplans;
 - d) für Sendernetze, Regionalsender und Lokalsender, der genauen Zusammensetzung des Kapitals sowie der Verwaltungsorgane;
 - e) der beabsichtigten Übernahme von zugelieferten Sendungsanteilen. Es ist jedoch untersagt, dass mehrere Anbieter Sendungsanteile von ein und derselben Drittperson verbreiten;
 - f) für Sendernetze, Regionalsender und Lokalsender, einer Erläuterung, wie der Antragsteller die Medienkompetenz im deutschen Sprachgebiet fördern wird;
 - g) der Angabe der möglichen Dienstleistungen, die neben der Ausstrahlung von linearen Mediendiensten erbracht werden;
5. gegebenenfalls die Modalitäten der Vermarktung des Mediendienstes, wenn der Antragsteller den Mediendienst selber betreibt;
6. das vorgesehene Datum, ab dem der Mediendienst bereitgestellt wird;
7. die Art des Netzes oder der Technologie, für die die Funkfrequenznutzungsrechte erteilt werden sollen;
8. die Angabe des geografischen Standorts der Sendeeinrichtungen;
9. die vorgesehene Antennenhöhe oder gegebenenfalls die vorgesehene Höhe des elektrischen Schwerpunktes der Antenne;
10. die Marke und der Typ des Senders sowie seine Homologierungsnummer oder ein Messungsbericht entsprechend den von der zuständigen föderalen Behörde festgelegten Regeln;
11. der Typ und die kennzeichnenden Merkmale der Antenne oder der Antennen, einschließlich des Antennengewinns in dBd, des Richtdiagramms sowie der detaillierten Beschreibung der Antenne (Anzahl Dipole, Anzahl und Art der Elemente);
12. der Typ und die Länge des Verbindungskabels zwischen Sender und Antenne mit Angabe der Dämpfung in dB;
13. der Typ jeglicher zwischen Senderausgang und Antenneneingang eingefügter Signalzuführungselemente;
14. die Städtebau- oder Globalgenehmigung für den Sendemast;
15. die maximale Ausgangsleistung des Senders in Watt;
16. sämtliche Angaben, die eine Bearbeitung des Antrags ermöglichen;
17. mögliche Vereinbarungen über die Verbreitung von kommerzieller Kommunikation, getroffen mit anderen Antragstellern oder bestehenden Sendernetzen, Regional- und Lokalsendern, sowie
18. eine schriftliche Verpflichtung, das Dekret, seine Ausführungsbestimmungen und die Gesetze im Allgemeinen zu beachten.

Der Medienrat kann zur Vervollständigung des Antrags weitere Dokumente anfordern.

Für die Bearbeitung des Antrags kann der Medienrat die von der Regierung festgelegten Verwaltungsgebühren erheben.

Der Medienrat entscheidet über vollständige Anträge, teilt den Beschluss mit und veröffentlicht den Beschluss innerhalb von sechs Wochen ab Feststellung der Vollständigkeit.

Art. 59 - Zahlenmäßige Beschränkung der Frequenzzuteilungen

Stellt der Medienrat fest, dass Frequenznutzungsrechte zahlenmäßig beschränkt werden müssen, bewertet er die Anträge gemäß Artikel 58 unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

1. die Art und Weise, wie die Antragsteller sich verpflichten, den Bedingungen nachzukommen, die sich aus den Artikeln 55, 56 und 58 Nummern 11 bis 18 ergeben, insbesondere in Bezug auf Programmanteile über die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Gemeinden;
2. die Relevanz des in Artikel 58 Absatz 3 Nummer 4 Buchstabe c) genannten Finanzplans;
3. die Originalität und den innovativen Charakter des Antrags;
4. der Anteil der in dem deutschen Sprachgebiet erstellten Produktion;
5. die im Bereich der audiovisuellen oder auditiven Mediendienste gewonnene Erfahrung der Antragsteller;
6. die Wirtschaftlichkeit des Projekts;
7. die Sicherung der Meinungsvielfalt im Sinne von Artikel 11;
8. die effiziente und störungsfreie Frequenznutzung ohne Beanstandung durch das Belgische Institut für Postdienste und Telekommunikation;
9. die in Artikel 5 genannten Ziele.

Art. 60 - Anzeigepflicht

Dem Medienrat sind Beginn und Beendigung der Funkfrequenznutzung unverzüglich anzuzeigen. Namensänderungen und Anschriftenänderungen bedürfen der Anzeige beim Medienrat.

Anbieter von Sendernetzen, Regionalsendern, Lokalsendern und von audiovisuellen Mediendiensten, denen Nutzungsrechte für Funkfrequenzen zugeteilt wurden, müssen in einem Tätigkeitsbericht gemäß Artikel 9 ebenfalls Angaben zur Einhaltung der Verpflichtungen gemäß Artikel 54 Nummern 3 und 4 machen.

Art. 61 - Übertragung oder Vermietung von Funkfrequenznutzungsrechten

Die Übertragung oder Vermietung individueller Funkfrequenznutzungsrechte ist verboten. Unternehmen, die über Rechte zur Nutzung von Funkfrequenzen verfügen, können jedoch die Ausstrahlung ihrer Sendungen an Dritte vergeben. In diesem Fall wird eine vorherige Zustimmung des Medienrats eingeholt.

Art. 62 - Gültigkeit der Funkfrequenzzuteilung

Funkfrequenzen werden befristet zugeteilt. Vorbehaltlich der Artikel 57 und 63 werden Funkfrequenzen für 15 Jahre erteilt.

Art. 63 - Befristete Funkfrequenzzuteilung

In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Erprobung innovativer Technologien oder bei kurzfristig auftretendem Frequenzbedarf, kann der Medienrat Funkfrequenzen befristet zuteilen. Der mit Gründen versehene Antrag ist schriftlich beim Medienrat einzureichen. Artikel 58 gilt entsprechend.

Art. 64 - Gemeinsame Funkfrequenznutzung

Funkfrequenzen, bei denen eine effiziente Nutzung durch einen einzelnen Anbieter nicht zu erwarten ist, können auch mehreren Antragstellern zur gemeinsamen Nutzung zugeteilt werden. Die Inhaber dieser Funkfrequenzzuteilungen haben Beeinträchtigungen hinzunehmen, die sich aus einer bestimmungsgemäßen gemeinsamen Nutzung der Funkfrequenz ergeben.

Art. 65 - Bestandteile der Funkfrequenzzuteilung

In der Funkfrequenzzuteilung legt der Medienrat insbesondere die Art und den Umfang der Funkfrequenznutzung fest, soweit dies zur Sicherung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen erforderlich ist.

Zur Sicherung einer effizienten und störungsfreien Nutzung der Funkfrequenzen kann die Funkfrequenzzuteilung mit Nebenbestimmungen versehen werden.

Der Betreiber eines elektronischen Kommunikationsnetzes befolgt die Anweisungen des Belgischen Instituts für Postdienste und Telekommunikation oder jeder Elektrizitätsversorgungsgesellschaft oder -dienste.

Der Medienrat übermittelt dem Belgischen Institut für Postdienste und Telekommunikation eine Kopie der Funkfrequenzzuteilung.

Der Zuteilungstitel enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Bezeichnung des Mediendienstes;
2. den Namen und die Anschrift des Inhabers des Zuteilungstitels;
3. die zugeteilte Funkfrequenz oder die zugeteilten Funkfrequenzen;
4. den Frequenzhub pro Frequenz;
5. gegebenenfalls die Liste der Funkfrequenzen, die im Rahmen eines Betriebsvertrags oder im Rahmen jeglichen ähnlichen Vertrags zur Verfügung gestellt werden, sowie den Namen des oder der technischen Dienstleister;
6. gegebenenfalls die Anschrift des Gesellschaftssitzes des oder der technischen Dienstleister;
7. die Nutzungsart;
8. die geografischen Koordinaten in Längen- und Breitengrad des oder der Antennenstandorte unter Bezugnahme des Koordinaten-Datums WGS-84;
9. die über die Sendeantenne maximale abgegebene Strahlungsleistung in Watt und die auferlegten Einzüge;
10. die Antennenhöhe oder gegebenenfalls die Höhe des elektrischen Schwerpunktes der Antenne;
11. das Datum des Wirksamwerdens der Zuteilung;
12. die Anschrift der Betriebssitze und der Studios;
13. die maximal genehmigte Senderausgangsleistung in Watt;
14. den Typ und die kennzeichnenden Merkmale der Antenne oder der Antennen, einschließlich der Hauptstrahlrichtung in Grad, des Antennengewinns in dBd, des Richtdiagramms sowie der detaillierten Beschreibung der Antenne (Anzahl Dipole, Anzahl und Art der Elemente);
15. den Typ und die Länge des Verbindungskabels zwischen Sender und Antenne mit Angabe der Dämpfung in dB;
16. den Typ jeglicher zwischen Senderausgang und Antenneneingang eingefügter Signalführungselemente;
17. den gesamten Signalführungsverlust zwischen Senderausgang und Antenneneingang in dB.

Art. 66 - Änderung der Funkfrequenzzuteilung

Jede Änderung des Ausstrahlungsortes, der zugeteilten Funkfrequenz oder der Antennenhöhe oder jede Erhöhung der effektiv abgestrahlten Leistung ist schriftlich mit Angabe der Gründe beim Medienrat zu beantragen und bedarf der vorherigen Genehmigung des Medienrats.

Der Antrag wird im Hinblick auf seine technische Verträglichkeit überprüft. Ist diese technische Verträglichkeit nicht gegeben, wird der Antrag abgelehnt. Änderungen werden unter Angabe der Gründe veröffentlicht.

Für die Bearbeitung des Antrags kann der Medienrat die von der Regierung festgelegten Verwaltungsgebühren erheben.

Art. 67 - Widerruf der Funkfrequenzzuteilung, Verzicht

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 139 kann der Medienrat eine Funkfrequenzzuteilung widerrufen, wenn:

1. eine der Voraussetzungen gemäß Artikel 53 nicht mehr gegeben ist;
2. die öffentliche Sicherheit dies erfordert;
3. durch eine nach der Funkfrequenzzuteilung eintretende Funkfrequenzknappheit der Wettbewerb oder die Einführung neuer Techniken zur Optimierung der Funkfrequenznutzung verhindert oder unzumutbar gestört wird.

Vor einer Rücknahme des Rechts auf Frequenznutzung ohne Zustimmung des Rechteinhabers konsultiert der Medienrat die interessierten Parteien gemäß Artikel 116.

Der Widerruf wird per Einschreiben mit Angabe der Frist bis zu seinem Wirksamwerden erklärt.

§ 2 - Die Funkfrequenzzuteilung erlischt durch Verzicht. Der Verzicht wird gegenüber dem Medienrat per Einschreiben erklärt.

In diesem Fall wird der Sendebetrieb auf der bisher genutzten Funkfrequenz bzw. auf der Funkfrequenz, für die die Zuteilung erloschen ist, innerhalb von spätestens 30 Tagen ab der Neuzuteilung an einen Dritten oder dem Erlöschen der Zuteilung eingestellt.

Art. 68 - Erlöschen der Funkfrequenzzuteilung

Die Funkfrequenzzuteilung erlischt, wenn sie länger als ein Jahr nicht oder nicht mehr genutzt wird oder wenn ihr Inhaber eine neue Funkfrequenz, die die alte ersetzt, für dieselbe Sendung zugeteilt bekommt.

In Ausnahmefällen kann der Medienrat auf Antrag des Inhabers durch eine begründete Entscheidung eine Verlängerung der Frist von einem Jahr in Absatz 1 gewähren, unter gebührender Berücksichtigung der Stellungnahme des Beirats.

Abschnitt 3 - Wegerechte und Mitbenutzung von Einrichtungen

Art. 69 - Grundsätze der Wegerechte

Unbeschadet der Bestimmungen des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung sowie des Dekrets der Wallonischen Region vom 30. April 2009 über die Information, Koordination und Organisation der Baustellen unter, auf oder über Straßen oder Wasserläufen verfügt der gemäß Artikel 46 angemeldete Betreiber von elektronischen Kommunikationsnetzen, um die Installation von Netzbestandteilen und zugehörigen Einrichtungen zu ermöglichen, über Wegerechte unter, auf oder über öffentlichem oder privatem Grundbesitz gemäß diesem Abschnitt.

Art. 70 - Wegerechte

§ 1 - Ein Betreiber, der Kabel verlegt, um seine elektronischen Kommunikationsnetze bereitzustellen, hat das Recht, zu seinen Lasten auf oder unter den zum öffentlichen Eigentum gehörenden Plätzen, Straßen, Wegen, Pfaden, Wasserläufen und Kanälen alle Arbeiten in Verbindung mit dem Anlegen und dem Unterhalt der Kabel und der damit zusammenhängenden Einrichtungen durchführen zu lassen, unter der Bedingung, dass sie sich nach den Gesetzen und Erlassen mit Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Eigentums richten und dessen Verwendungszweck einhalten.

Vor Inanspruchnahme dieses Rechts müssen die Betreiber der jeweils zuständigen öffentlichen Behörde, die Eigentümerin ist, Unterlagen über den Trassenverlauf und die Einzelheiten bezüglich der Installation der Träger zur Begutachtung unterbreiten. Diese Behörde gibt, außer in Enteignungsfällen, innerhalb von sechs Monaten nach dem Datum des Versands dieser Unterlagen ein Gutachten ab und teilt der betroffenen Person ihre Entscheidung mit. In Ermangelung einer Antwort seitens der Behörde innerhalb dieser Frist gilt der Antrag als genehmigt. Im Fall einer anhaltenden Anfechtung entscheidet die Regierung.

Die zuständige Behörde hat das Recht, im Nachhinein die Bestimmungen oder den Trassenverlauf einer Installation sowie die damit verbundenen Arbeiten auf ihrem jeweiligen Eigentum abändern zu lassen. Werden die Änderungen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, zwecks Erhalt einer Landschaft, im Interesse des Wegenetzes, der Wasserläufe, der Kanäle oder eines öffentlichen Dienstes oder aber als Folge einer von den Anliegern vorgenommenen Änderung an den Zufahrten zum Privateigentum entlang der benutzten Verkehrswege auferlegt, gehen die Kosten dieser Arbeiten zulasten des Betreibers. In den anderen Fällen sind sie zulasten der Behörde, die die Änderungen auferlegt. Diese kann einen vorherigen Kostenanschlag verlangen und bei Uneinigkeit die Arbeiten in Eigenregie ausführen lassen.

§ 2 - Ein Betreiber, der Kabel verlegt, um seine elektronischen Kommunikationsnetze bereitzustellen, hat ebenfalls das Recht, Halterungen und Verankerungen für die Kabel und damit zusammenhängende Einrichtungen auf Mauern und Fassaden anzubringen, die entlang öffentlicher Verkehrswege stehen, und seine Kabel auf einem offenen und unbebauten Grundstück zu verlegen oder sie freihängend über Privateigentum anzubringen.

Die Arbeiten dürfen erst begonnen werden, nachdem den Eigentümern laut Katasterangaben, den Mietern und Bewohnern eine vorschriftsmäßige schriftliche Mitteilung gemacht wurde.

Die Ausführung dieser Arbeiten hat keinerlei Besitzentziehung zur Folge.

Das Anbringen von Halterungen und Verankerungen auf Mauern oder Fassaden darf den Eigentümer nicht in seinem Recht behindern, sein Eigentum abzureißen oder instand zu setzen.

Unterirdisch verlegte Kabel und die auf einem offenen und unbebauten Gelände angebrachten Halterungen müssen auf Antrag des Eigentümers entfernt werden, wenn dieser von seinem Recht Gebrauch macht, zu bauen oder sich einzufrieden. Die Kosten zum Entfernen der Vorrichtungen gehen zulasten des Betreibers. Der Eigentümer informiert den Betreiber allerdings drei Monate vor Beginn der in den Absätzen 4 und 5 erwähnten Arbeiten per Einschreiben darüber.

§ 3 - Die sich aus dem Anlegen oder Betreiben eines elektronischen Kommunikationsnetzes ergebenden Schäden gehen voll und ganz zulasten des Betreibers, der weiterhin für alle nachteiligen Folgen gegenüber Dritten verantwortlich zeichnet.

§ 4 - Der Betreiber ist dazu verpflichtet, jedem Antrag jedweder Stromverteilergesellschaft oder jedwedes elektronischen Kommunikationsnetzbetreibers, der darauf abzielt, Störungen oder schädliche Einflüsse in der Arbeitsweise der elektronischen Kommunikations- oder Stromverteilungsanlagen zu unterbinden, unverzüglich Folge zu leisten.

Wird dieser Aufforderung nicht nachgekommen, werden die für erforderlich erachteten Maßnahmen, einschließlich Umlegen der Kabel und der damit verbundenen Einrichtungen, von den betroffenen Diensten oder Unternehmen zulasten und auf Rechnung und Gefahr des Betreibers angeordnet.

§ 5 - Öffentliche Behörden, die an Betreibern öffentlicher elektronischer Kommunikationsnetze bzw. Anbietern öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste beteiligt sind oder diese kontrollieren, stellen eine tatsächliche strukturelle Trennung zwischen der Erteilung der in vorliegendem Artikel genannten Rechte und den Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Eigentum und der Kontrolle sicher.

Art. 71 - Gemeinsame Unterbringung und gemeinsame Nutzung von Netzbestandteilen und zugehörigen Einrichtungen durch Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze

§ 1 - Darf ein Unternehmen, das elektronische Kommunikationsnetze bereitstellt, gemäß Artikel 70 Einrichtungen auf, über oder unter öffentlichen oder privaten Grundstücken installieren oder kann es ein Verfahren zur Enteignung oder Nutzung von Grundstücken in Anspruch nehmen, kann der Medienrat unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die gemeinsame Nutzung dieser Einrichtungen oder Grundstücke vorschreiben, wozu u. a. Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Masten, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte und Verteilerkästen gehören.

§ 2 - Den Betreibern eines elektronischen Kommunikationsnetzes kann die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen oder Grundstücken, einschließlich physischer Kollokation, oder das Ergreifen von Maßnahmen zur Erleichterung der Koordinierung öffentlicher Bauarbeiten aus Gründen des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Raumordnung und des Städtebaus und erst nach einer öffentlichen Konsultation von angemessener Dauer vorgeschrieben werden, bei der alle interessierten Kreise Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhalten müssen. Solche Anordnungen können Regeln für die Umlegung der Kosten bei gemeinsamer Nutzung von Einrichtungen oder Grundbesitz enthalten.

§ 3 - Der Medienrat ist befugt, nach einer öffentlichen Konsultation von angemessener Dauer, bei der alle interessierten Kreise Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhalten, den Betreibern eines elektronischen Kommunikationsnetzes und/oder dem Eigentümer einer Verkabelung, wenn es sich bei diesen Eigentümern nicht um Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze handelt, die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilungspunkt, sofern dieser außerhalb des Gebäudes liegt, vorzuschreiben, wenn dies dadurch gerechtfertigt ist, dass eine Verdopplung dieser Infrastruktur wirtschaftlich ineffizient oder praktisch unmöglich wäre. Solche Anordnungen können Regeln für die Umlegung der Kosten bei gemeinsamer Nutzung von Einrichtungen oder Grundbesitz, gegebenenfalls mit Risikoanpassung, enthalten.

Gelangt der Medienrat, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der sich aus einschlägigen Marktanalysen ergebenden Verpflichtungen, zu dem Schluss, dass die gemäß Absatz 1 auferlegten Verpflichtungen nicht ausreichen, um die beträchtlichen und anhaltenden wirtschaftlichen oder physischen Hindernisse für eine Replizierung zu beseitigen, die einer bestehenden oder sich abzeichnenden Marktsituation, bei der die Wettbewerbsergebnisse für die Endnutzer erheblich beeinträchtigt werden, zugrunde liegen, kann der Medienrat zu fairen und angemessenen Bedingungen Zugangsverpflichtungen auferlegen, die sich über den ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt hinaus bis zu einem Punkt erstrecken, den er als den den Endnutzern am nächsten gelegenen Punkt bestimmt, bei dem es möglich ist, effizienten Zugangsnachfragern auf wirtschaftlich tragfähige Weise eine ausreichende Anzahl an Endnutzern anzuschließen bereitzustellen. Bei der Festlegung des Umfangs der Ausdehnung über den ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt hinaus berücksichtigt der Medienrat weitestmöglich die einschlägigen Leitlinien des GEREK. Falls dies aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt ist, kann der Medienrat aktive oder virtuelle Zugangsverpflichtungen auferlegen.

Der Medienrat erlegt den Betreibern elektronischer Kommunikationsnetze die in Absatz 2 genannten Verpflichtungen nicht auf, wenn er feststellt, dass:

1. der Betreiber die Merkmale eines ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätigen Unternehmens, aufgeführt in Artikel 94 Absatz 1, aufweist und Unternehmen mittels Zugang zu einem Netz mit sehr hoher Kapazität zu fairen, nichtdiskriminierenden und angemessenen Bedingungen einen tragfähigen und vergleichbaren alternativen Zugangsweg zu Endnutzern zur Verfügung stellt. Der Medienrat kann diese Ausnahmeregelung auf andere Anbieter ausweiten, die zu fairen, nichtdiskriminierenden und angemessenen Bedingungen Zugang zu einem Netz mit sehr hoher Kapazität gewähren, oder dass

2. die Auferlegung von Verpflichtungen die wirtschaftliche oder finanzielle Tragfähigkeit des Aufbaus neuer Netze insbesondere im Rahmen kleiner lokaler Projekte gefährden würde.

Abweichend von Absatz 3 Nummer 1 kann der Medienrat Betreibern elektronischer Kommunikationsnetze, die die Kriterien jener Nummer erfüllen, Verpflichtungen auferlegen, wenn das betreffende Netz mit öffentlichen Mitteln finanziert wird.

§ 4 - Der Medienrat kann von den Unternehmen verlangen, dass sie die erforderlichen Informationen liefern, damit er in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Regulierungsbehörden ein detailliertes Verzeichnis der Art, Verfügbarkeit und geografischen Lage der in § 1 genannten Einrichtungen erstellen und interessierten Kreisen zur Verfügung stellen kann.

§ 5 - Die vom Medienrat gemäß diesem Artikel getroffenen Maßnahmen müssen objektiv, transparent, nichtdiskriminierend und verhältnismäßig sein.

Erforderlichenfalls sind diese Maßnahmen in Abstimmung mit den untergeordneten Behörden durchzuführen.

KAPITEL 3 — MARKTREGULIERUNG

Abschnitt 1 — Marktbestimmung und -analyse

Art. 72 - Definition von Märkten

§ 1 - Unter weitestmöglicher Berücksichtigung der Empfehlung der Europäischen Kommission in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte und der BMM-Leitlinien definiert der Medienrat die relevanten Märkte im deutschen Sprachgebiet, insbesondere die geografischen Märkte.

§ 2 - Der Medienrat kann in Betracht ziehen, einen relevanten Markt zu definieren, der von dem in der Empfehlung aufgeführten abweicht. Anschließend reicht er sein Projekt gemäß den in Artikel 116 festgelegten Verfahren zur öffentlichen Konsultation ein und teilt es der Europäischen Kommission mit.

Art. 73 - Marktanalyseverfahren

§ 1 - Der Medienrat prüft, ob der gemäß Artikel 72 definierte relevante Markt alle folgenden Bedingungen erfüllt:

1. es bestehen beträchtliche und anhaltende strukturelle, rechtliche oder regulatorische Marktzutrittschranken;
2. der Markt tendiert angesichts des Standes des infrastrukturenbasierten und sonstigen Wettbewerbs hinter den Zutrittschranken strukturell innerhalb des relevanten Zeitraums nicht zu einem wirksamen Wettbewerb;
3. das Wettbewerbsrecht allein reicht nicht aus, um dem festgestellten Marktversagen angemessen entgegenzuwirken.

Die in der Empfehlung aufgeführten relevanten Märkte erfüllen die im ersten Absatz genannten Bedingungen, es sei denn, der Medienrat stellt fest, dass eine dieser Bedingungen für den betreffenden geografischen Markt nicht erfüllt ist.

§ 2 - Bei der in § 1 genannten Prüfung untersucht der Medienrat die Entwicklungen im Hinblick auf die Zukunft, wenn keine bereits bestehende Regelung vorliegt, und berücksichtigt alle nachstehenden Elemente:

1. Marktentwicklungen, die die Wahrscheinlichkeit, dass der relevante Markt zu einem wirksamen Wettbewerb tendiert, beeinflussen;
2. alle relevanten Wettbewerbszwänge auf Vorleistungs- und Endkundenebene, unabhängig davon, ob davon ausgegangen wird, dass die Quellen solcher Wettbewerbszwänge von elektronischen Kommunikationsnetzen, elektronischen Kommunikationsdiensten oder anderen Arten von Diensten oder Anwendungen ausgehen, die aus

Endnutzersicht vergleichbar sind, und unabhängig davon, ob solche Wettbewerbszwänge Teil des relevanten Marktes sind;

3. andere Arten der Regulierung oder von Maßnahmen, die auferlegt wurden und sich auf den relevanten Markt oder zugehörige Endkundenmärkte im betreffenden Zeitraum auswirken;

4. eine auf den vorliegenden Artikel gestützte Regulierung anderer relevanter Märkte.

§ 3 - Wenn der Medienrat am Ende der in § 1 genannten Prüfung der Ansicht ist, dass die darin genannten Bedingungen erfüllt sind, identifiziert er das Unternehmen oder die Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht. Ein Unternehmen gilt als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht, wenn es entweder allein oder gemeinsam mit anderen eine der Beherrschung gleichkommende Stellung einnimmt, nämlich eine wirtschaftlich starke Stellung, die es ihm gestattet, sich in beträchtlichem Umfang unabhängig von Wettbewerbern, Kunden und letztlich Verbrauchern zu verhalten.

Verfügt ein Unternehmen auf einem bestimmten Markt über beträchtliche Marktmacht, kann es auch auf einem benachbarten Markt als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft werden, wenn die Verbindungen zwischen beiden Märkten es gestatten, diese von dem bestimmten Markt auf den benachbarten Markt zu übertragen und damit die gesamte Marktmacht des Unternehmens zu verstärken. Infolgedessen können gemäß den Artikeln 84 bis 86 und 89 Abhilfemaßnahmen auf dem benachbarten Markt angewendet werden, um eine derartige Übertragung zu unterbinden.

Im Fall gemeinschaftsübergreifender geografischer Märkte oder Produktmärkte, die sowohl in föderaler als auch Gemeinschaftskompetenz liegen, untersucht der Medienrat die Frage, ob beträchtliche Marktmacht vorliegt in Zusammenarbeit mit den anderen nationalen Regulierungsbehörden, die zuständig sind für diese Märkte gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 17. November 2006 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur gegenseitigen Konsultation bei der Ausarbeitung der Gesetzgebung über elektronische Kommunikationsnetze, zum Informationsaustausch und zur Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze durch die Regulierungsbehörden für Telekommunikation beziehungsweise Rundfunk und Fernsehen.

Wenn die Europäische Kommission länderübergreifende Märkte definiert hat, untersucht der Medienrat gemeinsam mit den nationalen Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten, in denen diese Märkte liegen, ob beträchtliche Marktmacht vorliegt. Das Konsultationsverfahren gemäß Artikel 116 gilt entsprechend.

Auch ohne das Bestehen länderübergreifender Märkte kann der Medienrat gemeinsam mit den nationalen Regulierungsbehörden anderer Mitgliedstaaten Maßnahmenentwürfe zur Marktanalyse sowie etwaige Verpflichtungen melden, wenn sie die Marktbedingungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich als hinreichend homogen betrachten.

§ 4 - Der Medienrat legt Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auf einem relevanten Markt eine oder mehrere der folgenden Verpflichtungen auf:

1. in Artikel 84 genannte Transparenzverpflichtungen;
2. in Artikel 85 genannte Nichtdiskriminierungsverpflichtungen;
3. in Artikel 86 genannte Verpflichtungen zur getrennten Buchführung;
4. in Artikel 87 genannter Zugang zu baulichen Anlagen;
5. in Artikel 88 genannter Zugang zu bestimmten Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen;
6. in Artikel 89 genannte Verpflichtungen zur Preiskontrolle und Kostenrechnung;
7. in Artikel 90 genannte für bindend erklärte Verpflichtungszusagen für Ko-Investitionen;
8. in Artikel 93 genannte für bindend erklärte Verpflichtungszusagen;
9. in Artikel 94 genannte Verpflichtungen in Bezug auf eine faire und angemessene Preisgestaltung;
10. in Artikel 95 genannte Bedingungen für die Außerbetriebnahme von Teilen des Netzes oder ihrer Ersetzung durch neue Infrastrukturen.

Die gemäß Absatz 1 auferlegten Verpflichtungen müssen:

1. der Art des in der Marktanalyse festgestellten Problems entsprechen;
2. möglichst unter Berücksichtigung der Kosten und des Nutzens angemessen sein;
3. im Hinblick auf die Ziele des Artikels 5 gerechtfertigt sein und
4. nach der Konsultation gemäß Artikel 116 § 1 und 2 vorgeschrieben werden.

Der Medienrat kann die im ersten Absatz genannten Verpflichtungen nur Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auferlegen unbeschadet:

1. der Notwendigkeit, internationale Verpflichtungen einzuhalten;
2. der Maßnahmen des Medienrats oder des Belgischen Instituts für Postdienste und Telekommunikation zur Gewährleistung eines angemessenen Zugangs und einer angemessenen Zusammenschaltung sowie der Interoperabilität der Dienste gemäß Artikel 77;
3. der Bestimmungen zum Datenschutz im Bereich der elektronischen Kommunikation, die anderen Unternehmen als den als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuften Verpflichtungen auferlegen;
4. der Verpflichtungen in Bezug auf die gemeinsame Lokalisierung und gemeinsame Nutzung von Netzwerkelementen und zugehörigen Ressourcen;
5. der Verpflichtungen in Bezug auf die Trennung der Buchführung für Betreiber, die ausschließliche oder besondere Rechte in anderen Sektoren als der elektronischen Kommunikation haben.

Hinsichtlich der Notwendigkeit der Erfüllung der in Absatz 3 Nummer 1 genannten internationalen Verpflichtungen notifiziert der Medienrat der Europäischen Kommission gemäß dem Verfahren des Artikels 116 seine Entscheidung, Unternehmen Verpflichtungen aufzuerlegen, diese zu ändern oder aufzuheben.

§ 5 - In außergewöhnlichen Umständen kann der Medienrat mit Genehmigung der Europäischen Kommission Unternehmen, die als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurden, andere als die in den Artikeln 84 bis 90 und 94 genannten Verpflichtungen in Bezug auf Zugang und Zusammenschaltung auferlegen.

§ 6 - Der Medienrat kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auf einem Endkundenmarkt gemäß § 3 nur dann Verpflichtungen auferlegen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. der Medienrat stellt aufgrund einer gemäß § 1 durchgeführten Marktanalyse fest, dass auf einem gemäß Artikel 72 ermittelten Endkundenmarkt kein wirksamer Wettbewerb herrscht und

2. der Medienrat kommt zu dem Schluss, dass die gemäß den Artikeln 84 bis 89 auferlegten Verpflichtungen nicht zur Erreichung der in Artikel 5 vorgegebenen Ziele führen würden.

§ 7 - Wenn der Medienrat am Ende der in § 1 genannten Prüfung der Ansicht ist, dass die darin genannten Bedingungen nicht erfüllt sind, erlegt er keine der in den Artikeln 84 bis 95 genannten Verpflichtungen auf oder hält sie aufrecht.

Der Medienrat kündigt die Aufhebung der Verpflichtungen den betroffenen Parteien im Voraus mit einer angemessenen Frist an. Bei der Festlegung einer Frist kann der Medienrat besondere Bedingungen und Fristen im Zusammenhang mit bestehenden Zugangsvereinbarungen vorsehen.

§ 8 - Der Medienrat trifft die in den § 4 bis 7 genannten Entscheidungen:

1. innerhalb von fünf Jahren nach Annahme einer früheren Entscheidung;

2. innerhalb von drei Jahren nach Annahme einer Empfehlung für Verträge, die der Europäischen Kommission zuvor nicht gemäß Artikel 116 § 2 mitgeteilt wurden.

Spätestens vier Monate vor Ablauf der in Absatz 1 Nummer 1 genannten Frist kann der Medienrat der Europäischen Kommission einen begründeten Vorschlag unterbreiten, der darauf abzielt, die Frist um höchstens ein Jahr zu verlängern.

Die in Absatz 1 genannten Fristen verlängern sich um sechs Monate, wenn der Medienrat die GEREK-Unterstützung anfordert, um die Marktanalyse und die aufzuerlegenden Verpflichtungen abzuschließen.

Die Marktanalyse und die gemäß den § 4 bis 7 auferlegten Verpflichtungen bleiben bis zum Inkrafttreten der folgenden Marktanalyse in Kraft.

§ 9 - Der Medienrat konsultiert die föderale Wettbewerbsbehörde zu Entscheidungsentwürfen, die Artikel 72 § 1 und die § 1 Absatz 1, 3 Absatz 1, 4, 6 und 7 des vorliegenden Artikels betreffen.

Der Medienrat kann die föderale Wettbewerbsbehörde weitergehend zu wettbewerbsrechtlichen Fragen konsultieren.

Die föderale Wettbewerbsbehörde gibt die in den Absätzen 1 und 2 genannte Stellungnahme innerhalb von höchstens 30 Tagen ab. Wird innerhalb der in diesem Absatz festgelegten Frist keine Stellungnahme abgegeben, kann diese Formalität außer Acht gelassen werden.

§ 10 - Der Medienrat berücksichtigt die Auswirkungen neuer Marktentwicklungen, u. a. im Zusammenhang mit kommerziellen Vereinbarungen, einschließlich Ko-Investitionsvereinbarungen, die die Wettbewerbsdynamik beeinflussen.

Sollten diese Entwicklungen nicht bedeutend genug sein, um eine neue Marktanalyse notwendig zu machen, prüft der Medienrat, ob die Verpflichtungen überprüft werden müssen, die Unternehmen, die als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurden, auferlegt wurden, und ändert jegliche frühere Entscheidung - auch durch die Aufhebung von Verpflichtungen oder die Auferlegung neuer Verpflichtungen -, um sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen weiterhin die in § 4 Absatz 2 genannten Bedingungen erfüllen. Derartige Änderungen dürfen nur nach den Konsultationen gemäß Artikel 116 § 1 und § 2 vorgeschrieben werden.

Abschnitt 2 — Verpflichtungen für alle Unternehmen, unabhängig von beträchtlicher Marktmacht

Art. 74 - Verpflichtungen in Bezug auf Zugang und Zusammenschaltung

Der Medienrat kann entweder von sich aus oder auf Antrag einer der Parteien nach Anhörung eingreifen, um den angemessenen Zugang oder die Interoperabilität der Dienste gemäß Artikel 77 zu fördern und erforderlichenfalls zu gewährleisten, was in diesem Kapitel festgelegt ist, und um die Einhaltung der in Artikel 5 vorgesehenen grundlegenden Ziele zu gewährleisten.

Wenn der Medienrat gemäß Absatz 1 interveniert, kann er insbesondere:

1. Fristen festlegen, innerhalb derer die Verhandlungen über den Zugang oder die Interoperabilität von Diensten abgeschlossen sein müssen;

2. Leitprinzipien festlegen für den Zugang oder die Interoperabilität von Diensten, für die eine Einigung erzielt werden muss;

3. für den Fall, dass keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden kann, die Bedingungen festlegen, die für den Zugang oder die Erreichung der Interoperabilität angemessen sind.

Der Medienrat gibt Orientierungshilfe und macht die für den Zugang und die Zusammenschaltung geltenden Verfahren öffentlich zugänglich, damit kleine und mittlere Unternehmen und Betreiber, die mit begrenzter geografischer Reichweite tätig sind, von den auferlegten Verpflichtungen profitieren können.

Art. 75 - Vertraulichkeit von Informationen

Informationen, die von Unternehmen im Rahmen von Verhandlungen über Zugänge oder Zusammenschaltungen gewonnen werden, dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie bereitgestellt werden. Die Informationen dürfen nicht an Dritte, die aus solchen Informationen Wettbewerbsvorteile ziehen könnten, weitergegeben werden, insbesondere nicht an andere Abteilungen, Tochterunternehmen oder Geschäftspartner der an den Verhandlungen Beteiligten.

Der Medienrat kann vorsehen, dass Verhandlungen über neutrale Vermittler geführt werden, wenn die Wettbewerbsbedingungen dies erfordern.

Art. 76 - Aufrechterhaltung der Netzintegrität

Weist ein Betreiber nach, dass durch die Inanspruchnahme der Leistung die Aufrechterhaltung der Netzintegrität oder die Sicherheit des Netzbetriebs gefährdet würde, erlegt der Medienrat die betreffende Zugangsverpflichtung nicht oder in anderer Form auf. Die Aufrechterhaltung der Netzintegrität und die Sicherheit des Netzbetriebs sind gemäß objektiven Maßstäben zu beurteilen.

Art. 77 - Verpflichtungen für Unternehmen, die die Kontrolle über den Zugang zu Endnutzern ausüben

Unbeschadet der Maßnahmen gegenüber Betreibern mit beträchtlicher Marktmacht kann der Medienrat Betreiber öffentlicher elektronischer Kommunikationsnetze, die den Zugang zu Endnutzern kontrollieren, in begründeten Fällen dazu verpflichten, auf entsprechende Anfrage ihre Netze mit denen von Betreibern anderer öffentlicher elektronischer Kommunikationsnetze zusammenzuschalten, soweit dies zur Gewährleistung des End-zu-End-Verbunds von Diensten

erforderlich ist. Zu diesem Zweck kann der Medienrat darüber hinaus diesen Betreibern weitere Zugangsverpflichtungen und Verpflichtungen, ihre Dienste interoperabel zu machen, auferlegen.

Das Konsultationsverfahren gemäß Artikel 116 gilt entsprechend. Die gemäß Absatz 1 auferlegten Verpflichtungen und Bedingungen müssen objektiv, transparent, verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein.

Art. 78 - Elektronische Programmführer und Anwendungsprogramm-Schnittstellen

Um den Zugang der Endnutzer zu den digitalen linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten zu gewährleisten, die von der Regierung festgelegt worden sind, kann der Medienrat die Betreiber öffentlicher elektronischer Kommunikationsnetze dazu verpflichten, zu fairen, ausgewogenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen den Zugang zu Anwendungsprogramm-Schnittstellen und zu elektronischen Programmführern zu gewähren.

Das Konsultationsverfahren gemäß Artikel 116 gilt entsprechend.

Art. 79 - Kontrollübergabe

Anbieter audiovisueller Mediendienste, die ihren Endnutzern Digitalfernsehgeräte zur Verfügung stellen, müssen ihren Endnutzern bei Ablauf ihres Vertrags erlauben, das Digitalfernsehgerät kostenlos und einfach zurückgeben zu können, es sei denn, der Anbieter weist nach, dass es mit den audiovisuellen Mediendiensten anderer Anbieter, einschließlich desjenigen, zu dem der Endnutzer gewechselt hat, vollständig interoperabel ist.

Bei Digitalfernsehgeräten, die harmonisierten Normen oder Teilen davon entsprechen, deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden sind, wird die Konformität mit der Interoperabilitätsanforderung des Absatzes 1, die mit den betreffenden Normen oder Teilen davon übereinstimmt, angenommen.

Art. 80 - Verpflichtungen der Anbieter von Zugangsberechtigungsdiensten

Anbieter linearer audiovisueller Mediendienste mit Zugangsberechtigungssystemen, die Zugangsdienste für das digitale Fernsehen und den digitalen Hörfunk bereitstellen und auf deren Zugangsdienste die Veranstalter angewiesen sind, bieten allen Veranstaltern auf Anfrage unter chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen technische Dienste an, die es zugangsberechtigten Zuschauern oder Hörern mit Hilfe von Decodern gestatten, deren lineare audiovisuelle Mediendienste zu empfangen. Diese werden von den Anbietern verwaltet.

Falls der Anbieter andere Tätigkeiten ausübt, muss er eine getrennte Buchführung für die in Absatz 1 genannte Tätigkeit besitzen.

Art. 81 - Verpflichtungen bezüglich der Lizenzvergabe

Inhaber von Industrieigentumsrechten an Zugangsberechtigungssystemen und -produkten müssen Herstellern von Verbrauchergeräten unter chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen Lizenzen vergeben.

Die Vergabe von Lizenzen, bei der technische und handelspezifische Faktoren zu berücksichtigen sind, darf von den Rechtsinhabern nicht an Bedingungen geknüpft werden, mit denen der Einbau

1. einer gemeinsamen Schnittstelle zur Zusammenschaltung mit anderen Zugangs-systemen oder

2. um Ressourcen zu integrieren, die zu einem anderen Zugangssystem gehören, wenn der Lizenznehmer die vernünftigen und angemessenen Bedingungen für die Sicherung der Transaktionen der Anbieter von Systemen mit bedingtem Zugang erfüllt,

in ein bestimmtes Produkt untersagt, behindert oder erschwert werden soll.

Art. 82 - Interoperabilität der Autoradiogeräte

Jedes Unternehmen, das im deutschen Sprachgebiet neue Fahrzeuge der Klasse M mit Autoradiogerät zum Verkauf oder zur Miete anbietet, muss gewährleisten, dass die Fahrzeuge einen Empfänger enthalten, der zumindest den Empfang und die Wiedergabe von Hörfunkdiensten ermöglicht, die über digitalen terrestrischen Rundfunk ausgestrahlt werden. Bei Empfängern, die den harmonisierten Normen oder Teilen davon entsprechen, deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden sind, wird die Konformität mit dieser Anforderung, die mit den betreffenden Normen oder Teilen davon übereinstimmt, angenommen.

Abschnitt 3 — Verpflichtungen für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht

Art. 83 - Änderung bereits abgeschlossener Zugangsvereinbarungen

Um die Einhaltung der Verpflichtungen aus Artikel 73 § 3 zu gewährleisten, kann der Medienrat die Änderung bereits abgeschlossener Zugangsvereinbarungen verlangen.

Art. 84 - Transparenzverpflichtung

§ 1 - Der Medienrat kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht Verpflichtungen zur Transparenz in Bezug auf die Zusammenschaltung oder den Zugang auferlegen, wonach diese bestimmte Informationen, etwa Informationen zur Buchführung, Preise, technische Spezifikationen, Netzmerkmale und diesbezüglich erwartete neue Entwicklungen sowie Bereitstellungs- und Nutzungsbedingungen, einschließlich aller Bedingungen, die den Zugang zu Diensten und Anwendungen oder deren Nutzung ändern, insbesondere hinsichtlich der Migration von herkömmlichen Infrastrukturen, sofern solche Bedingungen in den Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Unionsrecht zulässig sind, veröffentlichen müssen.

§ 2 - Der Medienrat kann insbesondere von Unternehmen mit Nichtdiskriminierungsverpflichtungen die Veröffentlichung eines Standardangebots verlangen, das hinreichend entbündelt ist, um sicherzustellen, dass Unternehmen nicht für Leistungen zahlen müssen, die für den gewünschten Dienst nicht erforderlich sind. Das Angebot enthält eine Beschreibung der betreffenden Dienstangebote, die dem Marktbedarf entsprechend in einzelne Komponenten aufgeschlüsselt sind, und die entsprechenden Bedingungen, einschließlich der Preise.

Jedes neue Standardangebot wird vom Medienrat vor seiner Veröffentlichung genehmigt.

Der Medienrat ist u. a. befugt, Änderungen des Standardangebots vorzuschreiben, um den gemäß diesem Dekret auferlegten Verpflichtungen Geltung zu verschaffen.

§ 3 - Der Medienrat kann genau festlegen, welche Informationen mit welchen Einzelheiten in welcher Form zur Verfügung zu stellen sind.

§ 4 - Unbeschadet § 3, wenn einem Betreiber Verpflichtungen gemäß Artikel 88 und 89 hinsichtlich des Zugangs zur Netzinfrastruktur auf Vorleistungsebene obliegen, stellt der Medienrat ungeachtet des § 2 Absatz 3 sicher, dass ein Standardangebot veröffentlicht wird, das den GEREK-Leitlinien über die Mindestkriterien für Standardangebote weitestmöglich Rechnung trägt. Ferner gewährleistet der Medienrat, dass, soweit angezeigt, wesentliche Leistungsindikatoren sowie die entsprechenden Leistungsniveaus, die über den bereitgestellten Zugang zugänglich zu machen sind, bestimmt werden, und überwacht deren Einhaltung genau und gewährleistet sie. Darüber hinaus kann der

Medienrat erforderlichenfalls im Voraus die entsprechenden finanziellen Sanktionen nach Maßgabe des Unionsrechts und des nationalen Rechts festlegen.

Art. 85 - Nichtdiskriminierungsverpflichtungen

Der Medienrat kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht Nichtdiskriminierungsverpflichtungen in Bezug auf die Zusammenschaltung oder den Zugang auferlegen.

Die Nichtdiskriminierungsverpflichtungen stellen insbesondere sicher, dass das betreffende Unternehmen anderen Anbietern, die gleichartige Dienste erbringen, unter den gleichen Umständen gleichwertige Bedingungen bietet und Dienste und Informationen für Dritte zu den gleichen Bedingungen und mit der gleichen Qualität bereitstellt wie für seine eigenen Produkte oder die seiner Tochter- oder Partnerunternehmen. Der Medienrat kann dieses Unternehmen verpflichten, allen Unternehmen, einschließlich sich selbst, Zugangsprodukte und -dienste mit den gleichen Fristen und zu den gleichen Bedingungen, auch im Hinblick auf Preise und Dienstumfang, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung zu stellen, um die Gleichwertigkeit des Zugangs zu gewährleisten.

Art. 86 - Verpflichtung zur getrennten Buchführung

§ 1 - Der Medienrat kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht für bestimmte Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Zusammenschaltung oder dem Zugang eine getrennte Buchführung vorschreiben.

Der Medienrat legt fest, welches Buchführungsmodell und welche Buchführungsmethode von dem im ersten Absatz genannten Unternehmen angewendet werden muss.

Der Medienrat kann insbesondere von einem vertikal integrierten Unternehmen verlangen, seine Vorleistungspreise und internen Verrechnungspreise transparent zu gestalten, u. a. um sicherzustellen, dass eine etwaige Nichtdiskriminierungsverpflichtung gemäß Artikel 85 befolgt wird, oder um gegebenenfalls eine unlautere Quersubventionierung zu verhindern. Der Medienrat kann das zu verwendende Format und die zu verwendende Buchführungsmethode festlegen.

Ein von dem Unternehmen bestellter zugelassener unabhängiger Wirtschaftsprüfer prüft auf Kosten des Unternehmens die Einhaltung der in den vorherigen Absätzen genannten Entscheidungen. Der Medienrat kann eine Erklärung zur Einhaltung der Verpflichtung zur Trennung der Rechnungslegung und der diesbezüglichen Bestimmungen nach dem Bericht des zugelassenen Abschlussprüfers veröffentlichen.

§ 2 - Um leichter überprüfen zu können, ob die Transparenz- und die Nichtdiskriminierungsverpflichtung eingehalten werden, kann der Medienrat unbeschadet der Artikel 118, 119, 120 und 121 verlangen, dass die Buchungsunterlagen, einschließlich Daten über die von Dritten erhaltenen Beträge, auf Anforderung vorgelegt werden. Der Medienrat legt die Frist fest, innerhalb derer Dokumente bereitgestellt werden müssen.

Der Medienrat kann diese Informationen veröffentlichen und kann das Unternehmen, dem er eine getrennte Buchführung auferlegt hat, verpflichten, diese Informationen ebenfalls zu veröffentlichen, soweit dies zu einem offenen, wettbewerbsorientierten Markt beiträgt. Dabei sind die Bestimmungen zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen einzuhalten.

Art. 87 - Zugang zu baulichen Anlagen

§ 1 - Der Medienrat kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht dazu verpflichten, angemessenen Anträgen auf Zugang zu baulichen Anlagen, wozu u. a. auch Gebäude oder Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Pfähle, Masten, Leitungsrohre, Leerrohre, Kontrollkammern, Einstiegsschächte und Verteilerkästen gehören, und auf deren Nutzung stattzugeben, wenn der Medienrat unter Berücksichtigung der Marktanalyse zu dem Schluss gelangt, dass die Verweigerung des Zugangs oder unangemessene Bedingungen mit ähnlicher Wirkung die Entwicklung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes behindern oder den Interessen der Endnutzer zuwiderlaufen würden.

§ 2 - Der Medienrat kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht dazu verpflichten, den Zugang gemäß dem vorliegenden Artikel zu gewähren, unabhängig davon, ob die unter die Verpflichtung fallenden Anlagen gemäß der Marktanalyse Teil des relevanten Marktes sind, sofern die Verpflichtung im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des Artikels 5 notwendig und verhältnismäßig ist.

Art. 88 - Verpflichtungen in Bezug auf den Zugang zu bestimmten Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen und deren Nutzung

§ 1 - Der Medienrat kann Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht dazu verpflichten, angemessenen Anträgen auf Zugang zu bestimmten Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen und auf deren Nutzung stattzugeben.

Den Unternehmen darf u. a. Folgendes auferlegt werden:

1. die Verpflichtung, Dritten den Zugang zu bestimmten physischen Netzkomponenten und den zugehörigen Einrichtungen und deren Nutzung zu gewähren, gegebenenfalls einschließlich des entbündelten Zugangs zum Teilnehmeranschluss und zum Teilabschnitt;
2. die Verpflichtung, Dritten Zugang zu bestimmten aktiven oder virtuellen Netzkomponenten und -diensten zu gewähren;
3. mit Unternehmen, die einen Antrag auf Zugang stellen, nach Treu und Glauben zu verhandeln;
4. die Verpflichtung, den bereits gewährten Zugang zu Einrichtungen nicht nachträglich zu verweigern;
5. die Verpflichtung, bestimmte Dienste für den Weitervertrieb durch Dritte zu Vorleistungsmarktbedingungen anzubieten;
6. die Verpflichtung, offenen Zugang zu technischen Schnittstellen, Protokollen oder anderen Schlüsseltechnologien zu gewähren, die für die Interoperabilität von Diensten oder Diensten für virtuelle Netze unverzichtbar sind;
7. die Verpflichtung, Kollokation oder andere Formen der gemeinsamen Nutzung zugehöriger Einrichtungen zu ermöglichen;
8. die Verpflichtung, bestimmte für die Interoperabilität durchgehender Nutzerdienste oder für Roaming in Mobilfunknetzen notwendige Voraussetzungen zu schaffen;
9. die Verpflichtung, Zugang zu Systemen für die Betriebsunterstützung oder ähnlichen Softwaresystemen zu gewähren, die zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs bei der Bereitstellung von Diensten notwendig sind;
10. die Verpflichtung zur Zusammenschaltung von Netzen oder Netzeinrichtungen;
11. die Verpflichtung, Zugang zu zugehörigen Diensten wie einem Identitäts-, Standort- und Präsenzdienst zu gewähren.

Der Medienrat kann diese Verpflichtungen mit Bedingungen in Bezug auf Fairness, Billigkeit und Rechtzeitigkeit verknüpfen.

§ 2 - Wenn der Medienrat prüft, ob die Verpflichtungen gemäß § 1 aufzuerlegen sind, insbesondere bei der Beurteilung der Frage, ob derartige Verpflichtungen in einem angemessenen Verhältnis zu den Zielen gemäß Artikel 5 stehen, untersucht der Medienrat, ob andere Formen des Zugangs zu bestimmten Vorleistungen entweder auf demselben oder einem damit verbundenen Vorleistungsmarkt ausreichen würden, um das festgestellte Problem im Hinblick auf das Interesse der Endnutzer zu beheben. In dieser Untersuchung werden auch kommerzielle Zugangsangebote, ein regulierter Zugang gemäß Artikel 74 oder den Bestimmungen des Föderalstaats über die elektronische Kommunikation oder ein bestehender oder geplanter regulierter Zugang zu anderen Vorleistungen gemäß dem vorliegenden Artikel einbezogen.

Der Medienrat trägt insbesondere den folgenden Faktoren Rechnung:

1. der technischen und wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Nutzung oder Installation konkurrierender Einrichtungen angesichts des Tempos der Marktentwicklung, wobei die Art und der Typ der Zusammenschaltung und/oder des Zugangs berücksichtigt werden, einschließlich der Tragfähigkeit anderer vorgelagerter Zugangsprodukte, wie etwa des Zugangs zu Leitungsrohren;
2. der zu erwartenden technischen Entwicklung in Bezug auf Netzgestaltung und Netzmanagement;
3. dem Erfordernis, für Technologieneutralität zu sorgen, damit die Teilnehmer ihre eigenen Netzwerke konzipieren und verwalten können;
4. der Möglichkeit der Gewährung des vorgeschlagenen Zugangs angesichts der verfügbaren Kapazität;
5. der Anfangsinvestition des Eigentümers der Einrichtung unter Berücksichtigung etwaiger getätigter öffentlicher Investitionen und der Investitionsrisiken, unter besonderer Berücksichtigung von Investitionen in Netze mit sehr hoher Kapazität und des damit verbundenen Risikoniveaus;
6. dem Erfordernis der langfristigen Sicherung des Wettbewerbs mit besonderem Augenmerk auf einen wirtschaftlich effizienten infrastrukturasierten Wettbewerb und innovativer, beispielsweise auf Ko-Investitionen in Netze gestützter Geschäftsmodelle zur Förderung eines dauerhaften Wettbewerbs;
7. gegebenenfalls den gewerblichen Schutzrechten oder Rechten an geistigem Eigentum;
8. der Bereitstellung europaweiter Dienste.

§ 3 - Wenn der Medienrat im Einklang mit vorliegendem Artikel einem Unternehmen die Verpflichtung auferlegt, den Zugang bereitzustellen, kann er technische oder betriebliche Bedingungen festlegen, die vom Betreiber oder von den Nutzern dieses Zugangs erfüllt werden müssen, soweit dies erforderlich ist, um den normalen Betrieb des Netzes sicherzustellen. Verpflichtungen, bestimmte technische Normen oder Spezifikationen zugrunde zu legen, müssen mit den durch die Europäische Kommission festgelegten Normen und Spezifikationen übereinstimmen.

§ 4 - Erwägt der Medienrat nach Maßgabe des Artikels 73, Verpflichtungen auf der Grundlage des Artikels 87 oder des vorliegenden Artikels aufzuerlegen, prüft er, ob die bloße Auferlegung von Verpflichtungen gemäß Artikel 87 ein verhältnismäßiges Mittel zur Förderung des Wettbewerbs und der Interessen der Endnutzer wäre.

Art. 89 - Verpflichtung zur Preiskontrolle und Kostenrechnung

§ 1 - Weist eine Marktanalyse darauf hin, dass ein Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht aufgrund eines Mangels an wirksamem Wettbewerb seine Preise zum Nachteil der Endnutzer auf einem übermäßig hohen Niveau halten oder Preisdiskrepanzen praktizieren könnte, kann der Medienrat dem betreffenden Unternehmen gemäß

Artikel 73 § 3 und 5 hinsichtlich bestimmter Arten von Zusammenschaltung und/oder Zugang Verpflichtungen betreffend die Kostendeckung und die Preiskontrolle einschließlich kostenorientierter Preise auferlegen und ihm bestimmte Auflagen in Bezug auf Kostenrechnungsmethoden erteilen.

Bei der Entscheidung, ob Preiskontrollverpflichtungen angemessen wären oder nicht, berücksichtigt der Medienrat die Notwendigkeit, den Wettbewerb zu fördern und die langfristigen Interessen der Endnutzer bei der Implementierung und dem Aufbau von Netzen der neuen Generation, und vor allem von Netzen mit sehr hoher Kapazität. Um insbesondere Investitionen des Unternehmens in Netze der nächsten Generation anzuregen, trägt der Medienrat den vom Unternehmen getätigten Investitionen Rechnung.

Hält der Medienrat Verpflichtungen zu Preiskontrollen für angemessen, ermöglicht er dem Unternehmen eine angemessene Rendite für das entsprechend eingesetzte Kapital, wobei gegebenenfalls spezifische Risiken im Zusammenhang mit einem bestimmten neuen Netzprojekt, in das investiert wird, zu berücksichtigen sind.

Der Medienrat prüft, von der Auferlegung oder Aufrechterhaltung von Verpflichtungen gemäß dem vorliegenden Artikel abzusehen, wenn er feststellt, dass ein nachweisbarer Preisdruck bei den Endkundenpreisen herrscht und dass gemäß den Artikeln 84 bis 88 auferlegte Verpflichtungen, insbesondere auch etwaige Prüfungen der wirtschaftlichen Replizierbarkeit gemäß Artikel 85, einen effektiven und nichtdiskriminierenden Zugang gewährleisten.

Hält der Medienrat die Auferlegung von Verpflichtungen zu Preiskontrollen beim Zugang zu vorhandenen Netzbestandteilen für angemessen, berücksichtigt der Medienrat auch die mit stabilen und vorhersehbaren Vorleistungspreisen verbundenen Vorteile im Hinblick darauf, allen Unternehmen einen effizienten Marktzutritt zu ermöglichen und ausreichende Anreize für den Ausbau neuer und verbesserter Netze zu bieten.

§ 2 - Der Medienrat stellt sicher, dass alle vorgeschriebenen Kostendeckungsmechanismen und Tarifsysteme den Ausbau neuer und verbesserter Netze, die wirtschaftliche Effizienz und einen nachhaltigen Wettbewerb fördern und für die Endnutzer dauerhaft möglichst vorteilhaft sind. In diesem Zusammenhang kann der Medienrat auch Preise berücksichtigen, die auf vergleichbaren, dem Wettbewerb geöffneten Märkten gelten.

§ 3 - Wurde ein Unternehmen dazu verpflichtet, seine Preise an den Kosten zu orientieren, obliegt es dem betreffenden Betreiber, gegebenenfalls nachzuweisen, dass die Preise sich aus den Kosten sowie einer angemessenen Investitionsrendite errechnen.

Zur Ermittlung der Kosten einer effizienten Leistungsbereitstellung kann der Medienrat eine von der Kostenberechnung des Unternehmens unabhängige Kostenrechnung anstellen. Der Medienrat kann von einem Unternehmen die umfassende Rechtfertigung seiner Preise und gegebenenfalls deren Anpassung verlangen.

§ 4 - Falls im Interesse der Preiskontrolle eine Kostenrechnungsmethode vorgeschrieben wird, stellt der Medienrat sicher, dass eine Beschreibung der Kostenrechnungsmethode öffentlich verfügbar gemacht wird, in der zumindest die wichtigsten Kostenarten und die Regeln der Kostenzuweisung aufgeführt werden. Die Anwendung der Kostenrechnungsmethode wird auf Kosten des Unternehmens von einer qualifizierten unabhängigen Stelle überprüft, die jährlich eine diesbezügliche Erklärung abgibt, die durch den Medienrat veröffentlicht wird.

Art. 90 - Regulatorische Behandlung neuer Bestandteile von Netzen mit sehr hoher Kapazität

§ 1 - Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht können gemäß dem Verfahren des Artikels 93 nach Maßgabe des Absatzes 2 Verpflichtungszusagen anbieten, um den Aufbau eines neuen Netzes mit sehr hoher Kapazität, das bis zu den Gebäuden des Endnutzers oder der Basisstation aus Glasfaserkomponenten besteht, für Ko-Investitionen zu

öffnen, indem beispielsweise Miteigentum oder langfristige Risikoteilung durch Kofinanzierung oder durch Abnahmevereinbarungen, die spezielle Rechte mit strukturellem Charakter verleihen, seitens anderer Anbieter elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste angeboten werden.

Wenn der Medienrat diese Verpflichtungszusagen bewertet, prüft er insbesondere, ob das Angebot für Ko-Investitionen die folgenden Bedingungen erfüllt:

1. es steht während der gesamten Lebensdauer des Netzes jederzeit Anbietern elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste offen;

2. es würde anderen Ko-Investoren, die Anbieter elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste sind, ermöglichen, auf den nachgelagerten Märkten, auf denen das Unternehmen, das als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurde, tätig ist, langfristig wirksam und nachhaltig im Wettbewerb zu bestehen, und zwar zu Bedingungen, die Folgendes umfassen:

a) gerechte, angemessene und nichtdiskriminierende Bedingungen, die den Zugang zur vollen Kapazität des Netzes in dem Umfang ermöglichen, der der Ko-Investition entspricht;

b) Flexibilität hinsichtlich Wert und Zeitpunkt der von den einzelnen Ko-Investoren zugesagten Beteiligung;

c) die Möglichkeit einer künftigen Aufstockung der Beteiligung und

d) gegenseitige Rechte, die sich die Ko-Investoren nach Errichtung der gemeinsam finanzierten Infrastruktur gewähren;

3. es wird vom Unternehmen rechtzeitig und, wenn es die in Artikel 94 § 1 aufgeführten Merkmale nicht aufweist, spätestens sechs Monate vor dem Beginn des Aufbaus der neuen Netzbestandteile veröffentlicht. Auf der Grundlage der Umstände kann dieser Zeitraum verlängert werden;

4. Zugangsnachfrager, die sich nicht an der Ko-Investition beteiligen, können von Beginn an von derselben Qualität, derselben Geschwindigkeit und denselben Bedingungen profitieren und dieselben Endnutzer erreichen wie vor dem Aufbau, wobei ein vom Medienrat unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf den betreffenden Endkundenmärkten bestätigter Mechanismus zur allmählichen Anpassung hinzukommt, mit dem die Anreize für eine Beteiligung an den Ko-Investitionen aufrechterhalten werden. Mit diesem Mechanismus wird sichergestellt, dass die Zugangsnachfrager Zugang zu den Netzelementen mit sehr hoher Kapazität haben, und zwar zu einem Zeitpunkt und auf der Grundlage transparenter und nichtdiskriminierender Bedingungen, die das unterschiedliche Ausmaß des Risikos für die jeweiligen Ko-Investoren in den verschiedenen Phasen des Aufbaus angemessen widerspiegeln und der Wettbewerbssituation auf den Endkundenmärkten Rechnung tragen;

5. es entspricht mindestens den Kriterien in § 5 und erfolgt nach Treu und Glauben.

§ 2 - Gelangt der Medienrat unter Berücksichtigung der Ergebnisse der gemäß Artikel 93 § 2 durchgeführten Marktprüfung zu dem Schluss, dass die angebotene Verpflichtungszusage für Ko-Investitionen die Bedingungen des § 1 erfüllt, erklärt er diese Verpflichtungszusage gemäß Artikel 93 § 3 für bindend und erlegt keine zusätzlichen Verpflichtungen gemäß Artikel 73 § 4 in Bezug auf die von den Verpflichtungszusagen betroffenen Elemente des neuen Netzes mit sehr hoher Kapazität auf, sofern wenigstens ein potenzieller Ko-Investor eine Ko-Investitionsvereinbarung mit dem Unternehmen, das als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurde, eingegangen ist.

Absatz 1 gilt unbeschadet der regulatorischen Behandlung von Gegebenheiten, bei denen den Ergebnissen von Marktprüfungen gemäß Artikel 93 § 2 zufolge die Bedingungen des Absatzes 1 nicht erfüllt werden, die jedoch Auswirkungen auf den Wettbewerb haben und für die die Zwecke der Artikel 72 und 73 berücksichtigt werden.

Im Wege einer Ausnahme von Absatz 1 trifft der Medienrat im Hinblick auf die in Artikel 5 aufgelisteten Ziele und in Anwendung des Artikels 102 hinreichend begründeten Fällen Abhilfemaßnahmen gemäß den Artikeln 73 und 84 bis 89 in Bezug auf neue Netze mit sehr hoher Kapazität, um erhebliche Wettbewerbsprobleme auf bestimmten Märkten zu lösen, wenn der Medienrat feststellt, dass diese Wettbewerbsprobleme aufgrund der besonderen Merkmale dieser Märkte andernfalls nicht gelöst würden.

§ 3 - Der Medienrat überwacht fortlaufend die Einhaltung der in § 1 genannten Bedingungen und kann von dem Unternehmen, das als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurde, verlangen, ihm jährliche Konformitätserklärungen vorzulegen.

Dieser Artikel berührt nicht die Befugnis des Medienrats, bei Streitigkeiten zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit einer Ko-Investitionsvereinbarung, die aus Sicht des Medienrats den Bedingungen des § 1 entspricht, gemäß Artikel 113 § 1 dieses Dekrets eine Entscheidung zu treffen.

§ 4 - Bei der Anwendung dieses Artikels berücksichtigt der Medienrat die GEREK-Leitlinien zur Förderung einer einheitlichen Anwendung der in § 1 genannten Bedingungen und der in § 5 genannten Kriterien durch die nationalen Regulierungsbehörden.

§ 5 - Bei der Bewertung eines Ko-Investitionsangebots gemäß § 1 überprüft der Medienrat, ob zumindest die folgenden Kriterien erfüllt sind. Der Medienrat kann insoweit zusätzliche Kriterien in Betracht ziehen, als diese, angesichts der besonderen Bedingungen vor Ort und der Marktstruktur, für die Sicherstellung der Zugänglichkeit der Ko-Investition für potenzielle Investoren erforderlich sind:

1. das Ko-Investitionsangebot steht allen Unternehmen während der Lebensdauer des in diesem Rahmen ausgebauten Netzes diskriminierungsfrei offen. Das Unternehmen, das als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurde, kann in das Angebot angemessene Bedingungen bezüglich der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Unternehmens aufnehmen, sodass potenzielle Ko-Investoren beispielsweise nachweisen müssen, dass sie in der Lage sind, gestaffelte Zahlungen zu leisten, auf deren Grundlage der Ausbau geplant wird, oder bezüglich der Zustimmung zu einem strategischen Plan, auf dessen Grundlage mittelfristige Ausbaupläne aufgestellt werden, usw.;

2. das Ko-Investitionsangebot muss transparent sein:

a) das Angebot steht auf der Website des Unternehmens, das als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurde, zur Verfügung und ist dort leicht auffindbar;

b) die vollständigen detaillierten Bedingungen müssen jedem potenziellen Bieter, der sein Interesse bekundet hat, unverzüglich zur Verfügung gestellt werden, einschließlich der Rechtsform der Ko-Investitionsvereinbarung und, soweit zutreffend, der Eckpunkte der Verwaltungsvorschriften des Ko-Investitionsinstruments, und

c) der Prozess, beispielsweise der Fahrplan für die Einrichtung und Entwicklung des Ko-Investitionsprojekts, muss im Voraus festgelegt und potenziellen Ko-Investoren in schriftlicher Form klar erläutert werden. Alle wichtigen Meilensteine müssen allen Unternehmen eindeutig und diskriminierungsfrei mitgeteilt werden;

3. das Ko-Investitionsangebot enthält Bedingungen, die langfristig einen nachhaltigen Wettbewerb fördern, darunter insbesondere:

a) allen Unternehmen müssen für die Beteiligung an der Ko-Investitionsvereinbarung Bedingungen angeboten

werden, die im Verhältnis zu dem Zeitpunkt ihres Beitritts fair, zumutbar und nichtdiskriminierend sind, auch im Hinblick auf einen finanziellen Beitrag zum Erwerb bestimmter Rechte, den Schutz, den die Ko-Investoren aufgrund solcher Rechte sowohl in der Ausbauphase als auch in der Betriebsphase genießen, beispielsweise durch Gewährung unveräußerlicher Nutzungsrechte für die erwartete Lebensdauer des gemeinsam finanzierten Netzes, und die Bedingungen für einen Beitritt und einen etwaigen Austritt aus der Ko-Investitionsvereinbarung. Nichtdiskriminierende Bedingungen bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass allen potenziellen Ko-Investoren genau die gleichen, auch finanziellen, Bedingungen angeboten werden müssen, sondern dass sämtliche Abweichungen anhand derselben objektiven, transparenten, nichtdiskriminierenden und vorhersehbaren Kriterien, wie beispielsweise die Zahl der zugesagten Endnutzer-Anschlussleitungen, gerechtfertigt sein müssen;

b) das Angebot muss im Hinblick auf Höhe und Zeitpunkt der von jedem Ko-Investor abgegebenen Verpflichtungszusagen Flexibilität ermöglichen, beispielsweise in Form eines vereinbarten und möglicherweise steigenden Anteils an der Gesamtzahl der Endnutzer-Anschlussleitungen in einem bestimmten Gebiet, zu dem sich Ko-Investoren schrittweise verpflichten können, und das in Größeneinheiten festgelegt wird, die es kleineren Ko-Investoren mit begrenzten Mitteln erlauben, mit einem Beitrag in einer vertretbaren Mindesthöhe in die Ko-Investition einzusteigen und ihre Beteiligung schrittweise zu steigern, gleichzeitig aber eine angemessene Höhe der anfänglichen Verpflichtungszusagen gewährleisten. Bei der Festlegung des finanziellen Beitrags, den jeder Ko-Investor zu leisten hat, muss berücksichtigt werden, dass frühe Investoren größere Risiken eingehen und früher Kapital binden;

c) ein mit der Zeit steigender Mehrbeitrag für erst später abgegebene Verpflichtungszusagen und für neue Ko-Investoren, die der Ko-Investitionsvereinbarung erst nach Beginn des Projekts beitreten, gilt als gerechtfertigt, da er die sinkenden Risiken widerspiegelt und jedem Anreiz entgegenwirkt, in früheren Phasen Kapital zurückzuhalten;

d) die Ko-Investitionsvereinbarung muss zulassen, dass Ko-Investoren erworbene Rechte an andere Ko-Investoren oder an Dritte, die willens sind, der Ko-Investitionsvereinbarung beizutreten, übertragen, sofern das übernehmende Unternehmen verpflichtet wird, alle ursprünglichen Verpflichtungen des übertragenden Unternehmens im Rahmen der Ko-Investitionsvereinbarung zu erfüllen;

e) die Ko-Investoren müssen sich untereinander zu fairen und zumutbaren Bedingungen gegenseitige Rechte für den Zugang zu der gemeinsam finanzierten Infrastruktur zwecks Erbringung nachgelagerter Dienste, auch für Endkunden, unter transparenten Bedingungen gewähren, die im Ko-Finanzierungsangebot und in der anschließenden Vereinbarung transparent aufgeführt sein müssen, insbesondere wenn die Ko-Investoren einzeln und getrennt für den Ausbau bestimmter Teile des Netzes verantwortlich sind. Wird ein Ko-Investitionsinstrument gebildet, muss es allen Ko-Investoren direkt oder indirekt Zugang zu dem Netz auf der Grundlage der Gleichwertigkeit des Inputs und zu fairen und zumutbaren, auch finanziellen, Bedingungen gewähren, die der unterschiedlichen Höhe der von den einzelnen Ko-Investoren eingegangenen Risiken Rechnung tragen;

4. das Ko-Investitionsangebot gewährleistet eine nachhaltige Investition, die voraussichtlich auch dem künftigen Bedarf gerecht wird, indem neue Netzelemente aufgebaut werden, die erheblich zum Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität beitragen.

Art. 91 - Funktionelle Trennung

§ 1 - Gelangt der Medienrat zu dem Schluss, dass die gemäß den Artikeln 84 bis 89 auferlegten angemessenen Verpflichtungen nicht zu einem wirksamen Wettbewerb geführt haben und wichtige und andauernde Wettbewerbsprobleme und/oder Marktversagen auf den Märkten für bestimmte Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene bestehen, kann er in Ausnahmefällen im Einklang mit Artikel 73 § 5, vertikal integrierten Unternehmen die Verpflichtung auferlegen, ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung der betreffenden Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene in einem unabhängig arbeitenden Geschäftsbereich unterzubringen.

Dieser Geschäftsbereich stellt Zugangsprodukte und -dienste allen Unternehmen, einschließlich der anderen Geschäftsbereiche des eigenen Mutterunternehmens, mit den gleichen Fristen und zu den gleichen Bedingungen, auch im Hinblick auf Preise und Dienstumfang, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung.

§ 2 - Beabsichtigt der Medienrat, eine Verpflichtung zur funktionellen Trennung aufzuerlegen, übermittelt er der Europäischen Kommission einen Antrag, der Folgendes umfasst:

1. den Nachweis, dass die in § 1 genannte Schlussfolgerung des Medienrats begründet ist;
2. eine mit Gründen versehene Einschätzung, aus der hervorgeht, dass keine oder nur geringe Aussichten dafür bestehen, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens einen wirksamen und nachhaltigen infrastrukturbasiereten Wettbewerb gibt;
3. eine Analyse der erwarteten Auswirkungen auf den Medienrat, auf das Unternehmen, insbesondere auf das Personal des getrennten Unternehmens und auf den Sektor der elektronischen Kommunikation insgesamt und auf die Anreize, in einen Sektor insgesamt zu investieren, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit, den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu wahren, sowie auf sonstige Interessengruppen, insbesondere einschließlich einer Analyse der erwarteten Auswirkungen auf den Wettbewerb und möglicher daraus resultierender Wirkungen auf die Verbraucher;
4. eine Analyse der Gründe, die dafür sprechen, dass diese Verpflichtung das effizienteste Mittel zur Durchsetzung von Abhilfemaßnahmen wäre, mit denen auf festgestellte Wettbewerbsprobleme bzw. Fälle von Marktversagen reagiert werden soll.

§ 3 - Der Maßnahmenentwurf umfasst Folgendes:

1. genaue Angabe von Art und Ausmaß der Trennung, insbesondere Angabe des rechtlichen Status des getrennten Geschäftsbereichs;
2. Angabe der Vermögenswerte des getrennten Geschäftsbereichs sowie der von diesem bereitzustellenden Produkte bzw. Dienstleistungen;
3. die organisatorischen Modalitäten zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des Personals des getrennten Geschäftsbereichs sowie die entsprechenden Anreize;
4. Vorschriften zur Gewährleistung der Einhaltung der Verpflichtungen;
5. Vorschriften zur Gewährleistung der Transparenz der betrieblichen Verfahren, insbesondere gegenüber den anderen Interessengruppen;
6. ein Überwachungsprogramm, um die Einhaltung der Verpflichtungen sicherzustellen, einschließlich der Veröffentlichung eines jährlichen Berichts.

§ 4 - Im Anschluss an die Entscheidung der Europäischen Kommission über den Entwurf der Maßnahme führt der Medienrat gemäß dem Verfahren des Artikels 73 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage seiner Bewertung erlegt der Medienrat gemäß Artikel 116

§ 2 Verpflichtungen auf, behält sie bei, ändert sie oder hebt sie auf.

§ 5 - Einem Unternehmen, dem die funktionelle Trennung auferlegt wurde, kann bzw. können auf jedem Einzelmarkt, auf dem es als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht gemäß Artikel 73 eingestuft wurde, eine oder mehrere der in den Artikeln 72 bis 89 und 95 genannten Verpflichtungen sowie jede sonstige von der Europäischen Kommission genehmigte Verpflichtung auferlegt werden.

Art. 92 - Freiwillige Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen

§ 1 - Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht unterrichten den Medienrat mindestens drei Monate im Voraus und rechtzeitig, damit der Medienrat die Wirkung der geplanten Transaktion einschätzen kann, von ihrer Absicht, die Vermögenswerte ihres Ortsanschlussnetzes ganz oder zu einem großen Teil auf eine eigene Rechtsperson mit einem anderen Eigentümer zu übertragen oder einen getrennten Geschäftsbereich einzurichten, um allen Anbietern auf der Endkundenebene, einschließlich der eigenen im Endkundenbereich tätigen Unternehmensbereiche, völlig gleichwertige Zugangsprodukte zu liefern.

Die Unternehmen unterrichten den Medienrat auch über alle Änderungen dieser Absicht sowie über das Endergebnis des Trennungsprozesses.

Um einen effektiven und nichtdiskriminierenden Zugang für Dritte zu gewährleisten, können solche Unternehmen auch Verpflichtungszusagen bezüglich der Zugangsbedingungen anbieten, die während eines Umsetzungszeitraums und nach Vollzug der vorgeschlagenen Trennung für ihr Netz gelten. Die angebotenen Verpflichtungszusagen müssen hinreichend detailliert sein und Angaben zum zeitlichen Ablauf der Umsetzung und zur Laufzeit enthalten, um es dem Medienrat zu ermöglichen, seine Aufgaben gemäß § 2 wahrzunehmen. Verpflichtungszusagen dieser Art können über die in Artikel 73 § 8 festgelegte Höchstfrist für Marktprüfungen hinausgehen.

§ 2 - Der Medienrat prüft die Folgen der geplanten Transaktion und der gegebenenfalls angebotenen Verpflichtungszusagen auf die bestehenden Verpflichtungen gemäß diesem Dekret.

Hierzu führt der Medienrat entsprechend dem Verfahren des Artikels 73 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht.

Auf der Grundlage seiner Bewertung erlegt der Medienrat gemäß Artikel 116 § 1 Verpflichtungen auf, behält sie bei, ändert sie oder hebt sie auf, gegebenenfalls unter Anwendung des Artikels 94. In seiner Entscheidung kann der Medienrat die Verpflichtungszusagen ganz oder teilweise für bindend erklären. Abweichend von Artikel 73 § 8 kann der Medienrat die Verpflichtungszusagen für die gesamte angebotene Laufzeit ganz oder teilweise für bindend erklären.

§ 3 - Dem rechtlich und/oder betrieblich getrennten Geschäftsbereich kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem er als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht gemäß Artikel 73 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen gemäß den Artikeln 84 bis 89 und 95 sowie jede sonstige von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 73 § 5 genehmigte Verpflichtung auferlegt werden, wenn die angebotenen Regelungen nicht ausreichen, um die in Artikel 5 genannten Ziel zu erreichen.

§ 4 - Der Medienrat überwacht die Einhaltung der von ihm gemäß § 2 für bindend erklärten Verpflichtungszusagen der Unternehmen und zieht nach Ende der Laufzeit, mit der sie ursprünglich angeboten wurden, eine Verlängerung in Betracht.

Art. 93 - Verfahren für Verpflichtungszusagen

§ 1 - Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht können dem Medienrat Verpflichtungszusagen bezüglich der für ihre Netze geltenden Zugangsbedingungen oder Bedingungen für Ko-Investitionen oder beides anbieten, die sich u. a. auf Folgendes beziehen:

1. Kooperationsvereinbarungen in Bezug auf die Bewertung geeigneter und angemessener Verpflichtungen gemäß Artikel 73;
2. Ko-Investitionen in Netze mit sehr hoher Kapazität gemäß Artikel 90 oder
3. den effektiven und nichtdiskriminierenden Zugang für Dritte gemäß Artikel 92 sowohl während des Umsetzungszeitraums einer freiwilligen Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen als auch nach Vollzug der vorgeschlagenen Form der Trennung.

Das Angebot für Verpflichtungszusagen muss so ausführlich gehalten sein, insbesondere in Bezug auf die Zeitplanung und den Umfang ihrer Umsetzung und auf ihre Dauer, dass der Medienrat seine Bewertung gemäß § 2 durchführen kann. Verpflichtungszusagen dieser Art können über die in Artikel 73 § 8 festgelegten Zeiträume für die Durchführung von Marktanalysen hinausgehen.

§ 2 - Zur Bewertung der von einem Unternehmen gemäß § 1 angebotenen Verpflichtungszusagen nimmt der Medienrat, außer wenn eine derartige Verpflichtungszusage eine oder mehrere relevante Bedingungen oder Kriterien offensichtlich nicht erfüllt, eine Marktprüfung insbesondere im Hinblick auf die angebotenen Bedingungen vor, indem er eine öffentliche Konsultation der interessierten Kreise, insbesondere Dritter, die unmittelbar betroffen sind, durchführt. Mögliche Ko-Investoren oder Zugangsnachfrager können sich dazu äußern, ob die angebotenen Verpflichtungszusagen die Bedingungen gemäß, soweit anwendbar, den Artikeln 73, 90 oder 92 erfüllen, und Änderungen vorschlagen.

Was die im vorliegenden Artikel angebotenen Verpflichtungszusagen anbelangt, so achtet der Medienrat bei der Bewertung der Verpflichtungen gemäß Artikel 73 § 4 Absatz 2 insbesondere auf:

1. den Nachweis des fairen und angemessenen Charakters der angebotenen Verpflichtungszusagen;
2. die Offenheit der Verpflichtungszusagen gegenüber allen Marktteilnehmern;
3. die rechtzeitige Verfügbarkeit des Zugangs unter fairen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen, auch zu Netzen mit sehr hoher Kapazität, im Vorfeld der Einführung entsprechender Endnutzerdienste und
4. die allgemeine Angemessenheit der angebotenen Verpflichtungszusagen, um einen nachhaltigen Wettbewerb auf nachgelagerten Märkten zu ermöglichen und den kooperativen Aufbau und die Nutzung von Netzen mit sehr hoher Kapazität im Interesse der Endnutzer zu erleichtern.

Unter Berücksichtigung aller in der Konsultation geäußerten Ansichten und des Umfangs, in dem diese Ansichten für verschiedene Interessenträger repräsentativ sind, teilt der Medienrat dem Unternehmen, das als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurde, seine vorläufigen Feststellungen hinsichtlich der Frage mit, ob die angebotenen Verpflichtungszusagen den in diesem Artikel und, soweit anwendbar, den Artikeln 73, 90 oder 93 festgelegten Zielen, Kriterien und Verfahren genügen und unter welchen Bedingungen er in Erwägung ziehen kann, die Verpflichtungszusagen für bindend zu erklären. Das Unternehmen kann sein ursprüngliches Angebot ändern, um den vorläufigen Feststellungen des Medienrats Rechnung zu tragen und die in diesem Artikel und, soweit anwendbar, den Artikeln 73, 90 oder 92 festgelegten Kriterien zu erfüllen.

§ 3 - Unbeschadet des Artikels 90 § 2 Absatz 1 kann der Medienrat beschließen, die Verpflichtungszusagen ganz oder teilweise für bindend zu erklären.

Abweichend von Artikel 73 § 8 kann der Medienrat einige oder alle Verpflichtungszusagen für einen bestimmten Zeitraum, der dem gesamten Zeitraum, in dem sie angeboten werden, entsprechen kann, für bindend erklären. Im Fall von gemäß Artikel 90 § 2 Absatz 1 für bindend erklärten Verpflichtungszusagen für Ko-Investitionen erklärt der Medienrat diese für einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren für bindend.

Vorbehaltlich des Artikels 90 lässt der vorliegende Artikel die Anwendung des Marktanalyseverfahrens und die Auferlegung von Verpflichtungen gemäß Artikel 73 unberührt.

Wenn der Medienrat die Verpflichtungszusagen gemäß dem vorliegenden Artikel für bindend erklärt, prüft er gemäß Artikel 73 die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Marktentwicklung und die Angemessenheit der Verpflichtung, die er gemäß jenem Artikel oder den Artikeln 84 bis 89 auferlegt hat oder, wenn keine Verpflichtungszusagen abgegeben wurden, aufzuerlegen beabsichtigt hätte. Wenn der Medienrat den Entwurf der Maßnahme nach Artikel 73 § 4 gemäß Artikel 116 § 2 meldet, fügt er dem gemeldeten Maßnahmenentwurf die Verpflichtungsentscheidung bei.

§ 4 - Der Medienrat beobachtet, überwacht und gewährleistet die Einhaltung der von ihm gemäß § 3 für bindend erklärten Verpflichtungszusagen in gleicher Weise, wie er die Einhaltung der gemäß Artikel 73 § 4 auferlegten Verpflichtungen beobachtet, überwacht und gewährleistet, und zieht eine Verlängerung des Zeitraums in Betracht, für den sie für bindend erklärt wurden, nachdem die ursprüngliche Laufzeit endet. Gelangt der Medienrat zu dem Schluss, dass ein Unternehmen die Verpflichtungszusagen, die gemäß § 3 für bindend erklärt wurden, nicht eingehalten hat, kann er gegen dieses Unternehmen gemäß Artikel 139 dieses Dekrets Sanktionen verhängen. Der Medienrat kann die gemäß Artikel 73 § 10 auferlegten Verpflichtungen einer Neubewertung unterziehen.

Art. 94 - Ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätige Unternehmen

§ 1 - Stuft der Medienrat ein Unternehmen, das auf keinem Endkundenmarkt für elektronische Kommunikationsdienste vertreten ist, gemäß Artikel 73 § 4 auf einem oder mehreren Vorleistungsmärkten als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht ein, prüft er, ob das Unternehmen folgende Merkmale aufweist:

1. alle Unternehmen und Geschäftsbereiche innerhalb des Unternehmens, alle Unternehmen, die von demselben Endeigentümer kontrolliert werden, sich aber nicht zwangsläufig vollständig in dessen Besitz befinden, und alle Anteilseigner, die eine Kontrolle über das Unternehmen ausüben können, widmen sich ausschließlich laufenden und geplanten Aktivitäten in Vorleistungsmärkten für elektronische Kommunikationsdienste und üben somit keine Aktivitäten in Endkundenmärkten für elektronische Kommunikationsdienste in der Union aus;

2. das Unternehmen ist nicht aufgrund einer Exklusivvereinbarung oder einer faktisch auf eine Exklusivvereinbarung hinauslaufenden Vereinbarung verpflichtet, mit einem eigenständigen getrennten Unternehmen, das sich nachgelagerten Aktivitäten in einem Endkundenmarkt für elektronische Kommunikationsdienste für Endkunden widmet, zu arbeiten.

§ 2 - Gelangt der Medienrat zu dem Schluss, dass die Bedingungen in § 1 erfüllt sind, darf er dem Unternehmen nur Verpflichtungen gemäß den Artikeln 85 und 88 auferlegen oder Verpflichtungen in Bezug auf eine faire und angemessene Preisgestaltung, wenn dies auf der Grundlage einer Marktanalyse einschließlich einer vorausschauenden Beurteilung des voraussichtlichen Verhaltens des Unternehmens, das als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurde, gerechtfertigt ist.

§ 3 - Der Medienrat überprüft die dem Unternehmen gemäß diesem Artikel auferlegten Verpflichtungen, wenn er feststellt, dass die Bedingungen in § 1 nicht mehr erfüllt sind, und wendet gegebenenfalls die Artikel 72 bis 73 und 84 bis 89 an. Die Unternehmen unterrichten den Medienrat umgehend über alle Änderungen bei den für § 1 relevanten Gegebenheiten.

§ 4 - Der Medienrat überprüft die dem Unternehmen gemäß diesem Artikel auferlegten Verpflichtungen auch, wenn er aufgrund der Bedingungen, die das Unternehmen seinen nachgelagerten Kunden anbietet, feststellt, dass Wettbewerbsprobleme zum Nachteil der Endverbraucher aufgetreten sind oder voraussichtlich auftreten werden, die die Auferlegung einer oder mehrerer der in den Artikeln 84, 86, 87 oder 89 vorgesehenen Verpflichtungen oder die Änderung der gemäß § 2 auferlegten Verpflichtungen erfordern.

§ 5 - Die Auferlegung von Verpflichtungen und deren Überprüfung gemäß diesem Artikel erfolgen im Einklang mit den in den Artikeln 116 und 117 genannten Verfahren.

Art. 95 - Migration von herkömmlichen Infrastrukturen

§ 1 - Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht unterrichten den Medienrat im Voraus und rechtzeitig von ihrer Absicht, Teile des Netzes, die Verpflichtungen gemäß den Artikeln 73 und 84 bis 94 unterliegen, außer Betrieb zu nehmen oder durch neue Infrastrukturen zu ersetzen. Dies schließt auch herkömmliche Infrastrukturen ein, die für den Betrieb von Kupferkabelnetzen erforderlich sind.

§ 2 - Der Medienrat sorgt dafür, dass der Prozess der Außerbetriebnahme oder Ersetzung einen transparenten Zeitplan und transparente Bedingungen einschließlich einer angemessenen Kündigungsfrist für den Übergang vorsieht und ermittelt die Verfügbarkeit von Alternativprodukten mindestens vergleichbarer Qualität, die den Zugang zu aufgerüsteter Netzinfrastruktur ermöglichen, die die entfernten Elemente ersetzt, soweit dies für die Wahrung des Wettbewerbs und der Rechte der Endnutzer erforderlich ist.

In Bezug auf die zur Außerbetriebnahme oder Ersetzung vorgeschlagenen Anlagen kann der Medienrat die Verpflichtungen aufheben, nachdem er sich vergewissert hat, dass der Zugangsanbieter:

1. geeignete Voraussetzungen für die Migration geschaffen hat, einschließlich der Bereitstellung eines alternativen Zugangsprodukts mindestens vergleichbarer Qualität wie mit der herkömmlichen Infrastruktur, mit dem Zugangsnachfrager dieselben Endnutzer erreichen können, und

2. die Bedingungen und das Verfahren, die dem Medienrat gemäß diesem Artikel mitgeteilt wurden, eingehalten hat.

Die Aufhebung erfolgt nach den Verfahren gemäß den Artikeln 116 und 117.

KAPITEL 4 — ZUGANG ZU SPEZIFISCHEN INHALTEN UND DIENSTEN

Art. 96 - Recht auf verpflichtete Verbreitung für lineare audiovisuelle Mediendienste

§ 1 - Die Regierung kann einem Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten das Recht auf verpflichtete Verbreitung eines oder mehrerer seiner linearen audiovisuellen Mediendienste zuerkennen. Die Zuerkennung dieses Rechts setzt den Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Mediendienstanbieter und der Regierung voraus.

Dieses Recht wird gegenüber den Betreibern von elektronischen Kommunikationsdiensten, deren Dienste von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von linearen audiovisuellen Mediendiensten genutzt werden, gemäß Artikel 97 § 1 Nummer 2 geltend gemacht.

§ 2 - Das Recht auf verpflichtete Verbreitung wird per Einschreiben bei der Regierung beantragt. Binnen 30 Tagen ab Erhalt des Antrags bestätigt die Regierung dessen Empfang.

Die Regierung übermittelt dem Medienrat den Antrag und den Vereinbarungsentwurf. Der Medienrat gibt darüber binnen 60 Tagen ein Gutachten ab. Wird innerhalb der in diesem Absatz festgelegten Frist keine Stellungnahme abgegeben, kann diese Formalität außer Acht gelassen werden.

§ 3 - Das Recht auf verpflichtete Verbreitung eines linearen audiovisuellen Mediendienstes kann nur dann zuerkannt werden, wenn dieser Dienst mindestens folgenden Verpflichtungen nachkommt:

1. über die Vorschriften des Artikels 24 § 3 hinaus das Erbe - insbesondere das Kulturerbe - der Deutschsprachigen Gemeinschaft veranschaulichen;
2. eine tägliche Mindestanzahl an Programmstunden anbieten, wobei das Programm nicht nur aus Wiederholungen bestehen darf;
3. täglich mindestens eine allgemeine Nachrichtensendung anbieten.

§ 4 - Die in § 1 genannte Vereinbarung legt die Einzelheiten bezüglich der in § 3 genannten Verpflichtungen fest. Sie kann weitergehende Verpflichtungen vorsehen, wenn dies wegen des Formats und der Art des linearen audiovisuellen Mediendienstes geboten ist.

§ 5 - Der Anbieter linearer audiovisueller Mediendienste, dem ein Recht auf verpflichtete Verbreitung zuerkannt worden ist, gibt in Artikel 9 genannten Tätigkeitsbericht Auskunft über die Art und Weise, wie den in der Vereinbarung festgelegten Verpflichtungen nachgekommen wurde.

§ 6 - Der Anbieter linearer audiovisueller Mediendienste, dem ein Recht auf verpflichtete Verbreitung zuerkannt worden ist, hat den betreffenden Dienst spätestens sechs Monate ab Zuerkennung des Rechts zu verbreiten.

Art. 97 - Übertragungspflichten (Must carry)

§ 1 - Betreiber von elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, deren Netze und Dienste von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten genutzt werden, müssen folgende lineare audiovisuelle und auditive Mediendienste zum Zeitpunkt ihrer Ausstrahlung vollständig weiterverbreiten, um die Meinungs- und kulturelle Vielfalt zu fördern sowie um der kulturellen Besonderheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Grenzregion in einem mehrsprachigen Staat ohne nationale Rundfunkanstalt Rechnung zu tragen:

1. die linearen audiovisuellen und auditiven Mediendienste des BRF sowie der Handelsgesellschaften, mit denen der BRF ein Zusammenarbeitsabkommen geschlossen hat oder an deren Kapital er direkt oder indirekt beteiligt ist;
2. die linearen audiovisuellen Mediendienste, denen ein Recht gemäß Artikel 96 zusteht;
3. zwei lineare auditive und die linearen audiovisuellen Mediendienste der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt der Französischen Gemeinschaft;
4. zwei lineare auditive und die linearen audiovisuellen Mediendienste der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt der Flämischen Gemeinschaft;
5. die in Artikel 31 genannten Sendungen.

§ 2 - Der Medienrat kann einen oder mehrere Betreiber von elektronischen Kommunikationsdiensten, deren Dienste von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten genutzt werden, dazu verpflichten, weitere audiovisuelle und auditive Mediendienste anzubieten. Die Regierung legt die diesbezüglichen Kriterien fest und gibt die damit verfolgten Ziele von allgemeinem Interesse ausdrücklich an. Vor Annahme seines Beschlusses bittet der Medienrat die betreffenden Betreiber von elektronischen Kommunikationsdiensten und die Verbraucher über seine Website darum, eine Stellungnahme zum Beschlussentwurf innerhalb einer Frist von mindestens 60 Tagen abzugeben. Wird keine Stellungnahme innerhalb dieser Frist abgegeben, kann der Medienrat seinen Beschluss erlassen.

Der Medienrat kann einen Kanal zur Nutzung zu unterschiedlichen Zeiten oder in turnusmäßigem Wechsel mehreren Programmen zuweisen.

§ 3 - Die in diesem Artikel genannten Verpflichtungen werden alle fünf Jahre vom Medienrat überprüft. Die Ergebnisse der Überprüfung werden auf der Website des Medienrats veröffentlicht.

§ 4 - Im Streitfall zwischen dem Betreiber und den Anbietern audiovisueller und auditiver Mediendienste über das Entgelt kann eine der Parteien den Streitfall dem Medienrat vorlegen, der über eine angemessene Vergütung befindet.

Bei der Beilegung solcher Streitigkeiten stellt der Medienrat sicher, dass bei vergleichbaren Gegebenheiten keine Diskriminierung hinsichtlich der Behandlung der Anbieter elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste erfolgt und dass die Entgelterhebung gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und in transparenter Weise erfolgt.

Art. 98 - Zusätzliche Pflichtdienste

Der Medienrat kann Betreiber von elektronischen Kommunikationsdiensten, deren Dienste von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten genutzt werden, dazu verpflichten, ergänzende, insbesondere zugangserleichternde Dienste anzubieten, die Endnutzern mit Unterstützungsbedarf einen angemessenen Zugang ermöglichen.

KAPITEL 5. — Technische Normen

Art. 99 - Interoperabilität von Digitalfernsehgeräten

Im deutschen Sprachgebiet zum Verkauf, zur Miete oder anderweitig angebotene, für den Empfang von Digitalfernsehsignalen vorgesehene Verbrauchergeräte, die in der Lage sind, Digitalfernsehsignale zu entschlüsseln, müssen über die Fähigkeit verfügen:

1. Signale zu entschlüsseln, die einem einheitlichen europäischen Verschlüsselungsalgorithmus entsprechen, wie er von einer anerkannten europäischen Normungsorganisation verwaltet wird;
2. Signale anzuzeigen, die unverschlüsselt übertragen wurden, sofern bei Mietgeräten die mietvertraglichen Bestimmungen vom Mieter eingehalten werden.

Im deutschen Sprachgebiet zum Verkauf oder zur Miete angebotene Digitalfernsehgeräte mit integriertem Bildschirm mit einer sichtbaren Diagonale von mehr als 30 cm müssen mit mindestens einer offenen Schnittstellenbuchse, die entweder von einer anerkannten europäischen Normungsorganisation genormt wurde oder einer von ihr

festgelegten Norm entspricht oder einer branchenweiten Spezifikation entspricht, ausgestattet sein, die den einfachen Anschluss von Peripheriegeräten ermöglicht und für alle relevanten Komponenten eines digitalen Fernsehsignals einschließlich der Informationen, die sich auf interaktive und zugangskontrollierte Dienste beziehen, durchlässig ist.

Anbieter digitaler Fernsehdienste und -geräte arbeiten bei der Bereitstellung interoperabler Fernsehdienste für Endnutzer mit Unterstützungsbedarf zusammen.

Art. 100 - Barrierefreiheitsanforderungen

§ 1 - Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden, die nach dem 28. Juni 2025 in Verkehr gebracht werden, erfüllen die Barrierefreiheitsanforderungen, die in Anhang 1 Abschnitte I und IV festgelegt sind.

§ 2 - Dienste, die den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten ermöglichen, die für Verbraucher nach dem 28. Juni 2025 erbracht werden, erfüllen die Barrierefreiheitsanforderungen, die in Anhang 1 Abschnitte II und III bzw. in Abschnitt IV festgelegt sind.

Kleinstunternehmen, die Dienstleistungen anbieten, sind von der Erfüllung der Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Absatz 1 und von allen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser Anforderungen ausgenommen.

§ 3 - Die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß den §§ 1 und 2 gelten nur insoweit, als deren Einhaltung:

1. keine wesentliche Änderung eines Produkts oder einer Dienstleistung erfordert, die zu einer grundlegenden Veränderung der Wesensmerkmale des Produkts oder der Dienstleistung führt, und
2. zu keiner unverhältnismäßigen Belastung der betreffenden Wirtschaftsakteure führt.

Die Wirtschaftsakteure nehmen eine Beurteilung vor, ob die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen gemäß den §§ 1 und 2 eine grundlegende Veränderung mit sich bringen würde oder aufgrund der in Anhang 2 angeführten einschlägigen Kriterien zu einer unverhältnismäßigen Belastung gemäß Absatz 1 führen würde. Die Wirtschaftsakteure dokumentieren ihre Beurteilung. Die Wirtschaftsakteure bewahren alle einschlägigen Ergebnisse für einen Zeitraum von fünf Jahren ab der letzten Bereitstellung eines Produkts auf dem Markt oder nach der letzten Erbringung einer Dienstleistung, soweit zutreffend, auf. Die Wirtschaftsakteure legen dem Medienrat oder der für die Überprüfung der Konformität der Dienstleistungen zuständigen Behörden auf Anfrage gegebenenfalls eine Kopie dieser Beurteilung vor.

§ 4 - Wenn Wirtschaftsakteure zu Zwecken der Verbesserung der Barrierefreiheit nichteigene öffentliche oder private Mittel erhalten, sind sie nicht dazu berechtigt, sich auf § 3 Nummer 2 zu berufen.

TITEL 4 — MEDIENRAT UND BEIRAT FÜR MEDIENDIENSTE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

KAPITEL 1 — MEDIENRAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Abschnitt 1 — Rechtsstellung und Ziele

Art. 101 - Rechtsstellung, Sitzungen

§ 1 - Der Medienrat besitzt die Rechtspersönlichkeit. Er ist eine Regulierungsbehörde, die ihre Befugnisse unparteiisch, transparent und innerhalb eines angemessenen Zeitraums ausübt.

Er gibt sich eine Geschäftsordnung, die im Belgischen Staatsblatt zu veröffentlichen ist.

§ 2 - Der Medienrat besteht aus mindestens drei und höchstens vier Mitgliedern sowie dem gemäß § 4 zur Verfügung gestellten Personal. Die Regierung bestellt die Mitglieder des Medienrats und den Präsidenten.

Der Präsident vertritt den Medienrat gerichtlich und außergerichtlich, führt die laufenden Geschäfte und vollzieht die gefassten Beschlüsse. Entscheidungen gemäß Artikel 112 § 1 werden vom Medienrat angenommen, sofern in der Geschäftsordnung bezüglich der Vollmachten an den Präsidenten nichts anderes bestimmt ist. Dies kann nach Maßgabe der Geschäftsordnung im Umlaufverfahren oder mittels Vollmacht, die ein Mitglied einem andern erteilt, erfolgen. Der Medienrat handelt als Kollegium und trifft einvernehmlich Verwaltungsentscheidungen. Der Medienrat entscheidet im Konsens.

Das Personal, das der Aufsicht und der Verantwortung des Medienrats unterliegt, bereitet die Entscheidungen des Medienrats vor. Es holt weder Weisungen an anderer Stelle ein, noch nimmt es solche entgegen. Der Medienrat und sein Personal können sich an dritte Dienststellen oder an Sachverständige wenden, um bei der Ausübung ihrer Aufgaben Unterstützung zu erhalten.

§ 3 - Der Medienrat bestellt unter seinen Mitgliedern und/oder dem zugewiesenen Personal einen oder mehrere Auditoren für die Dauer von einem Jahr. Das Mandat ist erneuerbar. Der Präsident kann nicht für die Funktion des Auditors bestimmt werden.

Im Fall von Beschwerden, die an den Medienrat gerichtet sind und die Anwendung dieses Dekrets oder dessen Ausführungsbestimmungen betreffen, mit Ausnahme der Beschwerden, die sich auf Entscheidungen des Medienrats beziehen oder von vermuteten Verstößen gegen dieses Dekret, bestimmt der Präsident pro Fall einen dieser Auditoren, um den Fall zu bearbeiten. Die Auditoren sind bei der Bearbeitung von Beschwerden und ex officio-Verfahren nicht an Weisungen gebunden. Sie nehmen nicht an der Entscheidung des Medienrats über einen Fall teil, in dem sie die Untersuchung durchgeführt haben.

Zwecks Durchführung der ihm anvertrauten Aufgaben kann der Auditor:

1. sich aus der Ferne oder vor Ort von Verwaltungsbehörden, Antragstellern, den Anbietern von Mediendiensten, Anbietern von elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten sowie allen anderen Betroffenen alle erforderlichen Auskünfte erteilen lassen, die es ermöglichen festzustellen, ob den Verpflichtungen, die sich aus diesem Dekret oder dessen Ausführungsbestimmungen ergeben, nachgekommen wird;
2. gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten bei den in Nummer 1 genannten Personen Untersuchungen vornehmen.

§ 4 - Die Regierung stellt dem Medienrat angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung, damit er die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen kann.

§ 5 - Die Sitzungen des Medienrats werden nach Bedarf vom Präsidenten einberufen, mindestens jedoch sechs Mal im Jahr. Die ordentlichen Sitzungen sind nicht öffentlich. Berater und Sachverständige können an den Sitzungen des Medienrats mit dem Recht, sich zu den Beratungsthemen zu äußern, teilnehmen.

Der Auditor darf an keiner Sitzung teilnehmen, in der Verfahren besprochen werden, an deren Untersuchung er direkt oder indirekt teilgenommen hat.

Art. 102 - Regulierungsgrundsätze

Der Medienrat hat die Aufgabe, durch die Durchführung der in diesem Dekret aufgeführten Maßnahmen die Ziele des Artikels 5 zu erreichen.

Der Medienrat wendet bei der Verfolgung der in Artikel 5 festgelegten Ziele objektive, transparente, nichtdiskriminierende und verhältnismäßige Regulierungsgrundsätze an, indem er u. a.:

1. die Vorhersehbarkeit der Regulierung dadurch fördert, dass er über angemessene Überprüfungszeiträume und im Wege der Zusammenarbeit mit anderen Regulierungsbehörden, mit dem GEREK, mit der Gruppe für Frequenzpolitik und mit der Europäischen Kommission ein einheitliches Regulierungskonzept beibehält;

2. gewährleistet, dass Anbieter elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste unter vergleichbaren Umständen keine diskriminierende Behandlung erfahren;

3. das Unionsrecht in technologieutraler Weise anwendet, soweit dies mit der Erfüllung der Ziele des Artikels 5 vereinbar ist;

4. gegebenenfalls den Wettbewerb zum Nutzen der Verbraucher schützt und gegebenenfalls den infrastruktur-basierten Wettbewerb fördert;

5. effiziente Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen auch dadurch fördert, dass er dafür sorgt, dass bei jeglicher Zugangsverpflichtung dem Risiko der investierenden Unternehmen gebührend Rechnung getragen wird, und dass er verschiedene Kooperationsvereinbarungen zur Diversifizierung des Investitionsrisikos zwischen Investoren und Zugangsbewerbern zulässt, während er gleichzeitig gewährleistet, dass der Wettbewerb auf dem Markt und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung gewahrt werden;

6. die vielfältigen Bedingungen im Zusammenhang mit Infrastrukturen, Wettbewerb, Gegebenheiten der Endnutzer und insbesondere Verbrauchern, die in den verschiedenen geografischen Gebieten innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft herrschen, auch in Bezug auf die von natürlichen Personen ohne Gewinnerzielungsabsicht verwaltete lokale Infrastruktur gebührend berücksichtigt;

7. regulatorische Vorabverpflichtungen nur dann auferlegt, wenn es notwendig ist, um im Interesse der Endnutzer einen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb zu gewährleisten, und diese Verpflichtungen lockert oder aufhebt, sobald diese Voraussetzung erfüllt ist;

8. den vom GEREK verabschiedeten Leitlinien, Stellungnahmen, Empfehlungen, gemeinsamen Standpunkten, bewährten Verfahren und Methoden bei Entscheidungen weitestmöglich Rechnung trägt. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben trägt der Medienrat außerdem weitestgehend den relevanten Empfehlungen der Europäischen Kommission Rechnung. Unbeschadet des Artikels 116 teilt er der Europäischen Kommission mit Gründen versehene Abweichungen mit;

9. seiner Pflicht zur ordnungsgemäßen Verwaltung und der ordnungsgemäßen Beurteilung gemäß Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte entspricht.

Art. 103 - Zusammenarbeit mit anderen Behörden**§ 1 - Der Medienrat kooperiert:**

1. mit der in Artikel 73 § 9 genannten föderalen Wettbewerbsbehörde;

2. mit den Regulierungsbehörden anderer Wirtschaftssektoren;

3. mit der Europäischen Kommission, insbesondere gemäß Artikel 120;

4. mit einer anderen Regulierungsbehörde Belgiens, insbesondere im Rahmen der im Bereich der Medien und elektronischen Kommunikation abgeschlossenen Zusammenarbeitsabkommen, oder eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union, insbesondere gemäß Artikel 121 und 122;

5. mit dem Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK), insbesondere gemäß Artikel 123;

6. mit der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA), indem er sich gegebenenfalls mit den Regulierungsbehörden der anderen Gemeinschaften koordiniert, und

7. mit den mit dem Verbraucherschutz beauftragten Einrichtungen.

Insbesondere tauscht der Medienrat Informationen mit den anderen Regulierungsbehörden und Wettbewerbsbehörden aus. Artikel 124 bleibt hiervon unberührt.

§ 2 - Insofern es zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben erforderlich ist, kann der Medienrat Verträge und Zusammenarbeitsabkommen mit anderen belgischen oder ausländischen Behörden abschließen. Zur Vorbereitung seiner Entscheidung oder zur Begutachtung von Fragen der Regulierung kann der Medienrat Fachberater einsetzen.

Art. 104 - Tätigkeitsbericht

Der Medienrat gibt jährlich einen Tätigkeitsbericht ab, den er bei der Regierung sowie dem Parlament einreicht. Dieser Bericht beinhaltet u. a. Informationen über den Stand des Marktes der elektronischen Kommunikation, seine Entscheidungen, seine personellen und finanziellen Ressourcen und wie diese Ressourcen zugewiesen werden sowie seine zukünftigen Pläne. Diese Berichte werden auf der Website des Medienrats veröffentlicht.

*Abschnitt 2 — Mitglieder des Medienrats***Art. 105 - Zusammensetzung, Eid**

Zusätzlich zum Präsidenten bestellt die Regierung ebenfalls einen stellvertretenden Präsidenten aus der Mitte des Medienrats. Der stellvertretende Präsident vertritt den Präsidenten, falls dieser verhindert ist.

Die Mandate der Mitglieder des Medienrats werden öffentlich ausgeschrieben.

Die Mitglieder der Medienrats legen den im Dekret vom 20. Juli 1831 über den Eid bei der Einsetzung der repräsentativen konstitutionellen Monarchie vorgesehenen Eid ab. Sie leisten diesen Eid in den Händen des für Medien zuständigen Ministers.

Art. 106 - Amtszeit

Die Amtszeit der Mitglieder des Medienrats beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit der ersten Zusammenkunft des Medienrats.

Nach Ablauf der Amtszeit führt der Medienrat die Geschäfte weiter, bis der neu gebildete Medienrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentritt.

Das Mandat der Mitglieder und des Präsidenten ist erneuerbar.

Art. 107 - Persönliche Voraussetzungen, Unvereinbarkeiten

Die Mitglieder des Medienrats müssen Verdienste, Kompetenzen, Kenntnisse und Erfahrungen in den Gebieten Medienwissenschaften, -recht, -wirtschaft oder -technik haben, Sachverständige im Bereich der elektronischen Kommunikationen sein oder das Amt eines Magistrats der Staatsanwaltschaft oder eines Richters einer ordentlichen Gerichtsbarkeit oder des Staatsrats ausüben bzw. ausgeübt haben. Sie müssen im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte und volljährig sein.

Dem Medienrat dürfen nicht angehören:

1. Mitglieder der Abgeordnetenkommission, des Senats, eines Regional- oder Gemeinschaftsparlaments, des Europäischen Parlaments, eines Provinzialrates, eines Gemeinderates, der Föderalregierung, einer Regierung einer Region oder Gemeinschaft, eines Provinzkollegiums, eines Gemeindegremiums oder eines ministeriellen Kabinetts;
2. ein Provinzgouverneur, Bezirkskommissar oder Bürgermeister;
3. Mitglieder des Beirats, mit Ausnahme des Präsidenten;
4. Personalmitglieder und Mitglieder des Verwaltungsrates oder der Geschäftsführung des BRF, eines Mediendienstanbieters oder eines Unternehmens, das elektronische Kommunikationsnetze, -geräte oder -dienste bereitstellt;
5. Personen, die Funktionen ausüben in oder Anteile besitzen an einer Gesellschaft oder anderen Einrichtung, die im deutschen Sprachgebiet in inhaltlicher und/oder technischer Hinsicht im auditiven oder audiovisuellen Medienbereich tätig ist oder elektronische Kommunikationsnetze, -geräte oder -dienste bereitstellt.

Wenn bei einem Mitglied ein Interessenkonflikt bezüglich eines dem Medienrat zur Entscheidung vorliegenden Gegenstands besteht, darf das betroffene Mitglied nicht an der Beratung und Beschlussfassung innerhalb des Medienrats teilnehmen. Das entsprechende Verfahren legt die Geschäftsordnung des Medienrats fest.

Art. 108 - Ausscheidungsgründe

Ein Mitglied scheidet aus folgenden Gründen aus dem Medienrat aus:

1. es fehlt unentschuldigt bei mehr als der Hälfte der Sitzungen pro Jahr;
2. es wird gemäß Artikel 109 von der Regierung abberufen.

Scheidet ein Mitglied des Medienrats vorzeitig aus, wird gemäß den für die Bestellung geltenden Vorschriften ein Nachfolger für den Rest der Amtszeit bestimmt.

Art. 109 - Abberufung

Erfüllt ein Mitglied des Medienrats die Bedingungen gemäß Artikel 107 nicht mehr oder verstößt es gegen Artikel 124, erfolgt die Abberufung durch die Regierung.

Die Entscheidung über die Abberufung von Mitgliedern des Medienrats wird zum Zeitpunkt der Abberufung im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht. Die abberufenen Personen erhalten vorab eine ausreichende Begründung und haben das Recht, die Veröffentlichung dieser Begründung zu verlangen, wenn diese Veröffentlichung nicht ohnehin erfolgen würde. In diesem Fall wird die Begründung veröffentlicht.

Art. 110 - Entschädigungen

Die Mitglieder des Medienrats erhalten ein angemessenes Sitzungsgeld sowie die Erstattung von Reisekosten und sonstigen Spesen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

Berater und Sachverständige, die gemäß Artikel 101 § 5 und ohne weitere Vergütung an den Sitzungen des Medienrats teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

Art. 111 - Unabhängigkeit

Die Mitglieder des Medienrats sind nicht an Weisungen gebunden. Allerdings kann die Regierung sie auf Maßnahmen oder Unterlassungen hinweisen, die dieses Dekret oder die Gesetze im Allgemeinen verletzen.

Auf Aufforderung der Regierung hat der Medienrat die zur Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Auskünfte zu erteilen und entsprechende Unterlagen vorzulegen.

*Abschnitt 3 — Verantwortlichkeiten des Medienrats***Art. 112** - Aufgaben

§ 1 - Der Medienrat nimmt gemäß diesem Dekret und unter Berücksichtigung der in Artikel 5 genannten Ziele insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. das Erstellen einer aktuellen Liste der audiovisuellen und auditiven Mediendienstanbieter und Video-Sharing-Plattform-Anbieter, wofür er gemäß Artikel 3 § 2 und 3 bzw. § 4 bis 7 zuständig ist, unter Angabe der Kriterien, auf denen seine Zuständigkeit beruht;
2. die Bereitstellung von Informationen zur Verringerung der digitalen Kluft gemäß den in Artikel 5 genannten Zielen;
3. den Empfang der Meldungen gemäß Artikel 8;
4. den Empfang der Tätigkeitsberichte gemäß Artikel 9;
5. die Anordnung von vorübergehenden Aussetzungen und Verboten der Weiterverbreitung von Mediendiensten gemäß Artikel 16 § 2;
6. das Erlassen von Maßnahmen gegen bestimmte audiovisuelle Mediendienste gemäß Artikel 16 § 3;
7. den Empfang von Informationen über die Verbreitung audiovisueller Mediendienste durch Betreiber gemäß Artikel 16 § 4;
8. die Mitteilung an die Europäische Kommission bis zum 19. Dezember 2022 und danach alle drei Jahre über die Maßnahmen der Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten gemäß Artikel 21, um ihre Dienste schrittweise für Personen mit Unterstützungsbedarf zugänglicher zu machen. Soweit es ihm möglich und verhältnismäßig ist, veröffentlicht der Medienrat diese Mitteilung auf seiner Website in einem barrierefreien Format;
9. alle zwei Jahre, die Abfassung eines Berichts über die Förderung der Herstellung europäischer Werke und den Zugang hierzu in den nichtlinearen audiovisuellen Mediendiensten gemäß Artikel 30;
10. die Beurteilung der Eignung der von den Anbietern von Video-Sharing-Plattformen getroffenen Maßnahmen gemäß Artikel 32;
11. die Mitteilung des RDS-PI-Code gemäß Artikel 33 Absatz 1 Nummer 4;

12. den Empfang der Meldungen in Bezug auf die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste gemäß Artikel 46 § 1;
 13. die Führung und Veröffentlichung eines Verzeichnisses der Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und der Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste gemäß Artikel 46 § 2;
 14. die Ausstellung der in Artikel 48 genannten Meldeerklärung;
 15. die Funkfrequenzuteilungen gemäß den Artikeln 51 und 63;
 16. die Bekanntmachung von Informationen zur Verfügbarkeit von Funkfrequenzen gemäß Artikel 52;
 17. die Aufsicht über Vereinbarungen über die Zulieferung von Programmanteilen gemäß Artikel 59 Nummer 1;
 18. den Empfang der Anzeige gemäß Artikel 60;
 19. den Widerruf der Funkfrequenzuteilungen gemäß Artikel 67 § 1;
 20. den Empfang von Verzichtserklärungen gemäß Artikel 67 § 2;
 21. die Maßnahmen gemäß Artikel 71;
 22. die Marktregulierung gemäß Titel 3 Kapitel 3, einschließlich der Durchführung der Marktanalyse gemäß Artikel 73 und des Erlasses von Regulierungsmaßnahmen;
 23. die Einhaltung der Bedingungen der Allgemeinenehmigung oder der Funkfrequenznutzung sowie der gemäß Artikel 73 § 4 auferlegten besonderen Verpflichtungen;
 24. die Überprüfung der Einhaltung der in Artikel 82 vorgeschriebenen Verpflichtung bezüglich Empfänger von linearen auditiven Mediendiensten, die über terrestrischen Rundfunk ausgestrahlt werden;
 25. die Abgabe eines Gutachtens über den ihm gemäß Artikel 96 vorgelegten Antrag und Vereinbarungsentwurf bezüglich des Rechts auf verpflichtete Verbreitung;
 26. die Anordnung und die Überprüfung von Verpflichtungen gemäß den Artikeln 97 und 98;
 27. die Berufung von einem oder mehreren Auditoren gemäß Artikel 101 § 3;
 28. die in Artikel 113 und 114 genannten Maßnahmen zur Streitbeilegung;
 29. das Verlangen von Auskünften gemäß Artikel 115;
 30. die Durchführung von Konsultationen gemäß Artikel 116;
 31. die Einhaltung des in Artikel 117 beschriebenen Verfahrens;
 32. die Anhörung Betroffener gemäß Artikel 118;
 33. die Veröffentlichung von Informationen gemäß Artikel 119;
 34. die Erteilung von Informationen gemäß den Artikeln 120 und 121;
 35. die Zusammenarbeit gemäß den Artikeln 122 und 123;
 36. den Vorschlag möglicher Vertreter von Anbietern audiovisueller und auditiver Mediendienste über Internet sowie von Video-Sharing-Plattformdiensten über Internet für den Beirat gemäß Artikel 127 § 2;
 37. das Unterbreiten von Vorschlägen gemäß Artikel 137;
 38. die Anordnung von verwaltungsrechtlichen Sanktionen gemäß Titel 6 Kapitel 1;
 39. die Unterstützung des Belgischen Instituts für Postdienste und Telekommunikation bei der Überwachung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/2120 und die vom Anbieter von Internetzugangsdiensten genommenen Transparenzmaßnahmen und die Förderung der kontinuierlichen Verfügbarkeit von nichtdiskriminierenden Internetzugangsdiensten auf einem Qualitätsniveau, das den Fortschritt der Technik widerspiegelt. Für diese Zwecke kann der Medienrat Anforderungen an technische Merkmale, Mindestanforderungen an die Dienstqualität und sonstige geeignete und erforderliche Maßnahmen für einen oder mehrere Anbieter öffentlicher elektronischer Kommunikation, einschließlich der Anbieter von Internetzugangsdiensten, vorschreiben, unter Berücksichtigung der Leitlinien des GEREK für die Umsetzung der den nationalen Regulierungsbehörden auferlegten Verpflichtungen der Verordnung (EU) 2015/2120;
 40. die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen über den öffentlich-rechtlichen Auftrag des BRF, die sich aus dem Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergeben und insbesondere die Genehmigung neuer nichtlinearer Angebote des BRF gemäß Artikel 1.8 desselben Dekrets;
 41. die Anwendung der Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gemäß Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Anwendung der Wettbewerbsregeln des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Bezug auf Verstöße, die geeignet sind, den Wettbewerb auf einem Markt im auditiven und audiovisuellen Bereich innerhalb des Grundgebietes der Deutschsprachigen Gemeinschaft spürbar zu verhindern, einzuschränken oder zu verzerren. Das in Buch IV Titel 2 Kapitel 1 Abschnitt 2 des Wirtschaftsgesetzbuches festgelegte Verfahren gilt entsprechend. Die Regierung legt die näheren Modalitäten dieses Verfahrens fest.
- § 2 - Für die im Rahmen der Durchführung dieser Aufgaben erhobenen personenbezogenen Daten ist der Medienrat für die Verarbeitung verantwortlich im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) und der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation).

Art. 113 - Außergerichtliche Streitbeilegung

Unbeschadet der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte können Streitfälle zwischen Verbrauchern und Unternehmen, die elektronische Kommunikationsnetze und -dienste bereitstellen, in Bezug auf die Bedingungen und/oder die Ausführung der Verträge über die Bereitstellung solcher Netze und/oder Dienste gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2013/11/EU dem Medienrat vorgelegt werden. Dieses Verfahren entzieht dem Verbraucher nicht seinen Rechtsschutz nach anderen Rechtsvorschriften.

Unternehmen, die elektronische Kommunikationsnetze und -dienste bereitstellen, sind dazu verpflichtet, an einem solchen Verfahren teilzunehmen und alle zur Beurteilung der Sachlage erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie erforderliche Unterlagen vorzulegen.

Der Medienrat führt eine einvernehmliche Lösung herbei oder teilt den Parteien seine Ansicht zum Fall mit.

Art. 114 - Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen

§ 1 - Ergeben sich zwischen Unternehmen, die elektronische Kommunikationsnetze oder

-dienste bereitstellen, oder zwischen diesen Unternehmen und anderen Unternehmen in den Mitgliedstaaten, denen Zugangs- und/oder Zusammenschaltungsverpflichtungen zugutekommen, Streitigkeiten im Zusammenhang mit den in Titel 3 enthaltenen Verpflichtungen, kann der Medienrat auf Antrag einer Partei eine verbindliche begründete Entscheidung treffen. Diese Entscheidung ist - außer in Ausnahmefällen - binnen vier Monaten zu treffen. Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte bleibt unberührt.

Die Entscheidung des Medienrats ist auf die Verwirklichung der in Artikel 5 genannten Ziele ausgerichtet. Die Verpflichtungen, die der Medienrat einem Unternehmen im Rahmen der Streitbeilegung auferlegen kann, stehen im Einklang mit diesem Dekret. Unbeschadet des Artikels 124 wird sie gemäß Artikel 119 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der Medienrat stellt den betroffenen Parteien eine vollständige Begründung dieser Entscheidung zur Verfügung.

§ 2 - Unbeschadet der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte kann bei Streitigkeiten zwischen Parteien verschiedener Mitgliedstaaten, die die Anwendung von Titel 3 betreffen und in die Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörden von mindestens zwei Mitgliedstaaten fallen, jede Partei die zuständigen Behörden anrufen. Die Behörden koordinieren ihre Maßnahmen, um die Streitigkeit beizulegen. Falls die Streitigkeit den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnte, meldet der Medienrat innerhalb von zwei Wochen nach Einreichung des Rechtsstreits, wenn die zuständige(n) nationale(n) Regulierungsbehörde(n) des anderen betroffenen Staates dies noch nicht getan hat/haben, die Streitigkeit dem GEREK, um eine dauerhafte Lösung der Streitigkeit herbeizuführen.

Der Medienrat muss die vom GEREK abgegebene Stellungnahme, in der es die betreffenden nationalen Regulierungsbehörden ersucht, konkrete Maßnahmen zu ergreifen oder zu unterlassen, um die Streitigkeit beizulegen, weitestmöglich berücksichtigen. Der Medienrat und/oder die anderen betroffenen nationalen Regulierungsbehörden müssen ihre Maßnahmen zur Beilegung der Streitigkeit so rasch wie möglich, in jedem Fall jedoch, von außergewöhnlichen Umständen abgesehen, innerhalb eines Monats nach Abgabe dieser Stellungnahme beschließen.

Wenn unter außergewöhnlichen Umständen dringender Handlungsbedarf besteht, um den Wettbewerb zu gewährleisten und die Interessen der Endnutzer zu schützen, kann der Medienrat entweder auf Antrag der Betroffenen oder von Amts wegen einstweilige Maßnahmen erlassen, ohne auf die Stellungnahme des GEREK zu warten.

Verpflichtungen, die die nationalen Regulierungsbehörden einem Unternehmen im Rahmen der Streitbeilegung auferlegen, stehen im Einklang mit Titel 3.

Die zuständigen nationalen Regulierungsbehörden können die Beilegung einer Streitigkeit gemeinsam ablehnen, wenn es andere Mechanismen, einschließlich der Schlichtung, gibt, die sich besser für eine rasche Beilegung der Streitigkeit im Einklang mit Artikel 5 eignen. Der Medienrat unterrichtet die Parteien unverzüglich davon. Sind die Streitigkeiten nach vier Monaten noch nicht beigelegt und auch nicht von der Beschwerde führenden Partei vor Gericht gebracht worden, koordiniert der Medienrat mit den anderen nationalen Regulierungsbehörden, sofern eine der Parteien dies beantragt, ihre Bemühungen, um die Streitigkeit im Einklang mit Artikel 6 beizulegen.

*Abschnitt 4 — Verfahren***Art. 115** - Auskunftsverlangen

Unbeschadet anderer Berichts- und Informationspflichten sind die Betreiber von öffentlichen elektronischen Kommunikationsnetzen, die Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste, die Anbieter von zugehörigen Einrichtungen und Diensten, die Inhaber von Nutzungsrechten an Frequenzen, andere Mediendiensteanbieter sowie alle anderen Betroffenen dazu verpflichtet, im Rahmen der Rechte und Pflichten aus diesem Dekret dem Medienrat auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, die für die Durchführung des Dekrets, seiner Ausführungsbestimmungen und der relevanten internationalen Vorschriften angemessen und objektiv gerechtfertigt sind. Dies sind insbesondere die notwendigen Auskünfte, um:

1. die systematische oder einzelfallbezogene Überprüfung durchführen zu können in Bezug auf die Erfüllung der Verpflichtungen betreffend:

- a) Verwaltungsabgaben;
- b) die effektive und effiziente Funkfrequenznutzung;
- c) spezifische Verpflichtungen für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht;
- d) Barrierefreiheitsanforderungen;
- e) Interoperabilität der Autoradio- und der für Verbraucher bestimmte Radio- und Digitalfernsehgeräte;

2. die einzelfallbezogene Überprüfung der Erfüllung der Bedingungen und Verpflichtungen aus der Allgemein- genehmigung sowie der besonderen Verpflichtungen gemäß Artikel 83 § 4 und die Anträge auf Erteilung von Funkfrequenznutzungsrechten überprüfen zu können;

3. die Verfahren für Anträge auf Erteilung von Nutzungsrechten und eine Überprüfung solcher Anträge durchführen zu können;

4. Qualitäts- und Preisvergleiche für Dienste zum Nutzen der Verbraucher veröffentlichen zu können;

5. genau angegebene Statistiken, Berichte oder Studien erstellen zu können;

6. eine Marktanalyse durchführen zu können im Sinne dieses Dekrets, einschließlich Daten über nachgelagerte Märkte oder Endkundenmärkte, die mit Märkten, die Gegenstand der Marktanalyse sind, verbunden sind oder im Zusammenhang stehen;

7. die effiziente Nutzung und Gewährleistung der wirksamen Verwaltung der Funkfrequenzen sicherstellen zu können;

8. künftige Entwicklungen im Netz- oder Dienstleistungsbereich, die sich auf die Dienstleistungen an Wettbewerber auf Vorleistungsebene auswirken könnten, bewerten zu können;

9. geografische Erhebungen zum Netzausbau durchführen zu können;

10. begründete Informationsanfragen des GEREK beantworten zu können.

Die in Absatz 1 genannten Informationen sind mit Ausnahme der in Nummer 3 genannten Informationen für den Marktzugang oder als Marktzugangsbedingungen nicht erforderlich.

Die Unternehmen legen diese Informationen auf Anfrage umgehend sowie im Einklang mit dem Zeitplan und in den Einzelheiten vor, die vom Medienrat verlangt werden. Der Medienrat teilt diesen Unternehmen auch mit, für welchen speziellen Zweck die in Absatz 1 genannten Informationen benutzt werden sollen und behandelt die Informationen nach Maßgabe des Artikels 124.

Informationen, die das GEREK bereits gemäß Artikel 40 der Verordnung (EU) 2018/1971 angefordert hatte, werden vom Medienrat nicht erneut verlangt, wenn das GEREK die erhaltenen Informationen dem Medienrat zur Verfügung gestellt hat.

Art. 116 - Konsultationsverfahren

§ 1 - Abgesehen von den Fällen gemäß § 3 oder Artikel 114 gibt der Medienrat interessierten Kreisen innerhalb einer angemessenen Frist, die der Komplexität des Sachverhalts entspricht und, von außergewöhnlichen Umständen abgesehen, mindestens 30 Tage beträgt, Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf von Maßnahmen, die er gemäß diesem Dekret zu treffen gedenkt, die beträchtliche Auswirkungen auf den betreffenden Markt haben werden. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden vom Medienrat veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 124. Der Medienrat richtet zu diesem Zweck eine einheitliche Informationsstelle ein, bei der eine Liste aller laufenden Anhörungen geführt wird.

Dieser Artikel gilt nicht für Entscheidungen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen oder für Entscheidungen, die in Bezug auf § 3 getroffen werden.

§ 2 - Darüber hinaus teilt der Medienrat der Europäischen Kommission, dem GEREK sowie den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten den Entwurf von gemäß diesem Dekret getroffenen Maßnahmen mit, insofern Letztere unter Artikel 72, 73 oder 77 fallen und Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten hätten.

Der Medienrat hat den Stellungnahmen der Europäischen Kommission, des GEREK und der Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten, die innerhalb einer bestimmten Frist abgegeben werden, weitgehend Rechnung zu tragen. Den sich daraus ergebenden Entwurf übermittelt er der Europäischen Kommission.

Beinhaltet ein Entwurf die Festlegung eines relevanten Marktes, der sich von jenen unterscheidet, die in der Empfehlung in ihrer jeweils geltenden Fassung definiert sind, oder die Festlegung, inwieweit ein oder mehrere Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen, wobei die Entscheidung Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten hätte, und erklärt die Europäische Kommission innerhalb der in § 1 erster Satz genannten Frist, der Entwurf würde ein Hemmnis für den Binnenmarkt schaffen oder sie habe ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht und insbesondere den Zielen des Artikels 5, schiebt der Medienrat den Beschluss über den Maßnahmenentwurf um weitere zwei Monate auf. Beschließt die Europäische Kommission innerhalb dieses Zeitraums, den Medienrat aufzufordern, den Entwurf zurückzuziehen, ist der Medienrat an diesen Beschluss gebunden. Will der Medienrat den Änderungsvorschlägen der Europäischen Kommission folgen, ändert er den Entwurf im Einklang mit der Entscheidung der Europäischen Kommission innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Erlasses der Entscheidung der Kommission ab, führt ein Anhörungsverfahren gemäß § 1 und übermittelt den geänderten Entwurf der Kommission.

Der Medienrat trägt den Stellungnahmen der anderen nationalen Regulierungsbehörden, des GEREK und der Europäischen Kommission weitestmöglich Rechnung.

Der Medienrat übermittelt der Europäischen Kommission und dem GEREK alle angenommenen endgültigen Maßnahmen, auf die Absatz 3 zutrifft.

§ 3 - Ist der Medienrat bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände der Ansicht, dass dringend, ohne Einhaltung des Verfahrens gemäß § 1 und § 2 Absätze 1 bis 3 gehandelt werden muss, um den Wettbewerb zu gewährleisten und die Nutzerinteressen zu schützen, kann er umgehend angemessene vorläufige Maßnahmen erlassen. Er teilt diese der Europäischen Kommission, dem GEREK und den übrigen nationalen Regulierungsbehörden unverzüglich mit einer vollständigen Begründung mit. Ein Beschluss des Medienrats, diese Maßnahmen dauerhaft zu machen oder ihre Geltungsdauer zu verlängern, unterliegt den Bestimmungen der § 1 und 2 Absätze 1 bis 4.

Art. 117 - Verfahren zur einheitlichen Anwendung bestimmter Maßnahmen

Informiert die Europäische Kommission den Medienrat innerhalb der in Artikel 116 § 1 Absatz 1 festgelegten Frist darüber, warum sie der Auffassung ist, dass der Maßnahmenentwurf ein Hemmnis für den Binnenmarkt darstellen würde oder warum sie erhebliche Zweifel an dessen Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht hat, kann der Maßnahmenentwurf innerhalb eines Zeitraums von weiteren drei Monaten nach der Mitteilung der Europäischen Kommission nicht angenommen werden. Erfolgt keine solche Mitteilung, kann der Medienrat den Maßnahmenentwurf annehmen, wobei er weitestgehend die Stellungnahmen der Kommission, des GEREK oder anderer nationaler Regulierungsbehörden berücksichtigt.

Innerhalb der in Absatz 1 genannten Dreimonatsfrist arbeiten die Europäische Kommission, das GEREK und der Medienrat eng zusammen, um die am besten geeignete und wirksamste Maßnahme im Hinblick auf die Ziele des Artikels 5 zu ermitteln, wobei die Ansichten der Marktteilnehmer und die Notwendigkeit, eine einheitliche Regulierungspraxis zu entwickeln, berücksichtigt werden.

Vor Ablauf des in Absatz 1 genannten Dreimonatszeitraums kann der Medienrat:

1. seinen Maßnahmenentwurf unter Berücksichtigung der in Absatz 1 genannten Mitteilung der Europäischen Kommission und der Stellungnahme und Empfehlung des GEREK ändern oder zurückziehen;
2. seinen Maßnahmenentwurf beibehalten.

Für Maßnahmenentwürfe, die unter Artikel 90 § 3 fallen, darf die Europäische Kommission einen Beschluss erlassen, in dem sie den Medienrat auffordert, den Maßnahmenentwurf zurückzuziehen, wenn das GEREK die ernststen Bedenken der Kommission teilt.

Binnen eines Monats, nachdem die Europäische Kommission ihre Empfehlung gemäß Artikel 32 Absatz 5 Buchstabe *a*) des Kodex ausgesprochen hat oder ihre Vorbehalte gemäß Absatz 5 Buchstabe *b*) zurückgezogen hat, teilt der Medienrat der Europäischen Kommission und dem GEREK die angenommene endgültige Maßnahme mit. Dieser Zeitraum kann verlängert werden, damit der Medienrat eine öffentliche Konsultation gemäß Artikel 116 § 1 durchführen kann.

Beschließt der Medienrat, den Maßnahmenentwurf auf der Grundlage der Empfehlung gemäß Artikel 32 Absatz 5 Buchstabe *a*) des Kodex nicht zu ändern oder zurückzuziehen, begründet er dies.

Der Medienrat kann den vorgeschlagenen Maßnahmenentwurf in jeder Phase des Verfahrens zurückziehen.

Art. 118 - Anhörung Betroffener

Der Medienrat konsultiert den Beirat bei allen Fragen, die mit Endnutzer- und Verbraucherrechten bei öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdiensten zusammenhängen, um die Ansichten von Endnutzern und Verbrauchern zu berücksichtigen, soweit dies angemessen ist, insbesondere wenn diese Fragen beträchtliche Auswirkungen auf den Markt haben.

Art. 119 - Veröffentlichung von Informationen

Unbeschadet des Artikels 124 veröffentlicht der Medienrat auf seiner Website Informationen über Rechte, Bedingungen, Verfahren, Verwaltungsabgaben und Entscheidungen im Zusammenhang mit Allgemeingenehmigungen, Nutzungsrechten, Rechten zur Installation von Einrichtungen und Marktregulierung. Er sorgt für die ständige Aktualisierung der Informationen. Sind die Informationen bei weiteren belgischen Stellen bzw. Regulierungsbehörden erhältlich, sorgt der Medienrat für einen benutzerfreundlichen Überblick über die Gesamtheit dieser Informationen.

Der Medienrat übermittelt der Europäischen Kommission und dem GEREK direkt oder über die Konferenz der Regulierungsbehörden für den Bereich der elektronischen Kommunikation eine Kopie aller von ihm angenommenen endgültigen Maßnahmen in Bezug auf Marktregulierung.

Art. 120 - Informationspflicht gegenüber der Europäischen Kommission

Unbeschadet des Artikels 124 stellt der Medienrat auf begründeten Antrag der Europäischen Kommission die erforderlichen Informationen zur Verfügung, damit die Kommission ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Handelt es sich um Informationen, die von Betreibern elektronischer Kommunikationsnetze und Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste bereitgestellt worden sind, teilt der Medienrat dies den Betroffenen mit.

Der Medienrat kann bei der Übermittlung dieser Informationen an die Europäische Kommission einen begründeten Einspruch gegen die Weitergabe an eine andere Behörde anhängen.

Art. 121 - Informationspflicht gegenüber einer anderen Behörde Belgiens oder eines anderen EU-Mitgliedstaats

Unbeschadet des Artikels 124 übermittelt der Medienrat auf begründeten Antrag einer anderen belgischen zuständigen Behörde oder einer zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union Informationen, die die genannte Behörde benötigt, um ihren Verpflichtungen gemäß Unionsrecht nachkommen zu können.

Unbeschadet anderer gesetzlicher Bestimmungen stellt der Medienrat sicher, dass von anderen Behörden erhaltene Informationen mindestens das gleiche Maß an Vertraulichkeit erhalten wie das der Behörde, die sie bereitgestellt hat.

Art. 122 - Zusammenarbeit im Rahmen der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste

Der Medienrat bzw. die Regierung übermittelt der Europäischen Kommission und den zuständigen Stellen der anderen Mitgliedstaaten die Informationen, die sie für die Anwendung der Richtlinie 2010/13/EU benötigen.

Dabei handelt es sich um Informationen über:

1. die Anwendung der Artikel 3 § 3 bzw. § 4 bis 7 und 16, insbesondere die Übermittlung einer aktuellen Liste an die Europäische Kommission von im deutschen Sprachgebiet niedergelassenen Anbietern von audiovisuellen Mediendiensten und Anbietern von Video-Sharing-Plattform-Diensten unter Angabe der in Artikel 3 § 3 bzw. Artikel 3 § 4 bis 6 genannten Kriterien, auf denen die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft beruht, und gegebenenfalls der Angabe, dass keine Einigung mit den Regulierungsbehörden oder Stellen der anderen betroffenen Gliedstaaten oder Mitgliedstaaten erzielt werden konnte;

2. eventuelle Maßnahmen gemäß Artikel 25 bezüglich der nationalen und nicht nationalen Ereignisse, die von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung sind und daher nicht auf Ausschließlichkeitsbasis in der Weise übertragen werden können, dass einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit die Möglichkeit vorenthalten wird, das Ereignis im Wege direkter oder zeitversetzter Berichterstattung in einer frei zugänglichen Fernsehsendung zu verfolgen;

3. die Anwendung der Artikel 24 und 30 über europäische Werke;

4. Rechtsvorschriften, die gegebenenfalls ausführlicher oder strenger sind als die Vorschriften der Richtlinie 2010/13/EU und die insbesondere auf der Grundlage von Artikel 11 getroffen werden, und

5. Angaben, die gemäß Artikel 16 erforderlich sind, um für auftretende Schwierigkeiten eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden, wenn ein der Rechtshoheit eines anderen Mitgliedstaats oder eines Staats des Europäischen Wirtschaftsraums unterworfenen audiovisueller Mediendiensteanbieter audiovisuelle Sendungen bereitstellt, die ganz oder vorwiegend auf das deutsche Sprachgebiet ausgerichtet sind.

Art. 123 - GEREK

Der Medienrat unterstützt aktiv die Ziele des GEREK in Bezug auf bessere regulatorische Koordinierung und mehr Kohärenz.

Art. 124 - Behandlung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen

Die Mitglieder, Ersatzmitglieder, Berater, Sachverständigen und Personalmitglieder des Medienrats müssen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen bekannt geworden sind, vertraulich behandeln.

*Abschnitt 5 — Aufwendungen***Art. 125 - Finanzierung**

§ 1 - Die Einnahmen des Medienrats umfassen:

1. sämtliche Einnahmen in Zusammenhang mit den Aktivitäten des Medienrats;

2. zufällige Einkommen;

3. Schenkungen und Legate;

4. die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährte jährliche Dotation, deren Auszahlungsmodalitäten von Artikel 103 Absatz 1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft abweichen können.

Zur Deckung der administrativen Kosten kann der Medienrat Verwaltungsabgaben zulasten der Unternehmen, die ein elektronisches Kommunikationsnetz- oder einen elektronischen Kommunikationsdienst bereitstellen oder denen ein Nutzungsrecht gewährt wurde, festlegen. Erhebt der Medienrat Verwaltungsabgaben, veröffentlicht er einen jährlichen Überblick über seine Verwaltungskosten und die insgesamt eingenommenen Abgaben. Entsprechend der Differenz der Gesamtsumme der Abgaben und der Verwaltungskosten werden entsprechende Berichtigungen vorgenommen.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.

§ 2 - Die Regierung stellt sicher, dass der Medienrat über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, sodass er u. a. in der Lage ist, einen Beitrag zum GEREK zu leisten und zur Arbeit der ERGA beizutragen.

Zu diesem Zweck verfügt der Medienrat über einen eigenen jährlichen Haushaltsplan. Er handelt autonom bei der Verwendung der zugewiesenen Haushaltsmittel.

Art. 126 - Transparenzpflichten

Jährlich erstellt der Medienrat einen Jahresabschluss und seinen eigenen Haushaltsplan. Diese Unterlagen werden der Regierung übermittelt und auf der Website des Medienrats veröffentlicht.

KAPITEL 2 - Beirat für Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft**Art. 127 - Schaffung und Zusammensetzung**

§ 1 - Es wird ein Beirat für Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen.

Der Beirat umfasst die Gruppen der Mediendienstanbieter, der Mediennutzer, einschließlich Personen mit Unterstützungsbedarf, und der Vertreter der in das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Mandatäre.

Die Regierung sorgt für die Protokollführung der Sitzungen und das Sekretariat des Beirats.

§ 2 - Folgende stimmberechtigte Mitglieder gehören der Gruppe der Mediendienstanbieter an:

1. ein Mitglied auf Vorschlag des Verwaltungsrates des BRF;
2. ein Mitglied pro privatem Anbieter linearer audiovisueller Mediendienste nach Artikel 53 § 2 Nummer 6, auf Vorschlag des jeweiligen Anbieters;
3. ein Mitglied auf Vorschlag der Lokalsender;
4. ein Mitglied pro Regionalsender, auf Vorschlag der jeweiligen Sender;
5. ein Mitglied pro Sendernetz, auf Vorschlag des jeweiligen Senders;
6. ein Mitglied pro angemeldeten Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze oder Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste, auf Vorschlag des jeweiligen Betreibers oder Anbieters;
7. ein Mitglied auf Vorschlag des Direktionsausschusses des Verbands belgischer Berufsjournalisten;
8. drei Vertreter der Anbieter von audiovisuellen und auditiven Mediendiensten über Internet sowie von Video-Sharing-Plattformdiensten über Internet, auf Vorschlag des Medienrats.

Folgende stimmberechtigte Mitglieder gehören der Gruppe der Mediennutzer an:

1. ein Mitglied auf Vorschlag der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
2. ein Mitglied auf Vorschlag der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der Organisationen des Mittelstandes;
3. ein Mitglied auf Vorschlag der im deutschen Sprachgebiet ansässigen Verbraucherschutzorganisationen;
4. ein Mitglied auf Vorschlag des Rates für Erwachsenenbildung;
5. ein Mitglied auf Vorschlag der als Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Vereinigung;
6. ein Mitglied auf Vorschlag des Beirats für Familien- und Generationsfragen;
7. ein Mitglied auf Vorschlag der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und
8. drei Vertreter der Zivilgesellschaft auf Vorschlag des Bürgerrates beim Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Zu diesem Zweck organisiert der Bürgerrat einen öffentlichen Aufruf.

Die in das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Mandatäre können für die Liste, auf der sie kandidiert haben, einen Vertreter mit beratender Stimme sowie einen Ersatzvertreter in den Beirat entsenden.

§ 3 - Schlägt einer der Vorschlagsberechtigten keine Kandidaten vor, sodass die Einsetzung des Beirats nicht gemäß den § 1 und 2 durchgeführt werden kann, ist die Bestellung der übrigen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirats und deren Zusammensetzung dennoch als ordnungsgemäß zu betrachten.

Die vakant gebliebenen Mandate können auch nach der Einsetzung des Beirats entsprechend dem in den §§ 1 und 2 festgelegten Verfahren besetzt werden.

§ 4 - Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern einen Vorsitzenden für eine erneuerbare Mandatsdauer von vier Jahren.

§ 5 - Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und ein Ersatzmitglied für jedes Mitglied.

Die Mandatsdauer der Mitglieder beträgt vier Jahre und ist erneuerbar.

Art. 128 - Ausscheidungsgründe

Ein Mitglied scheidet aus folgenden Gründen aus dem Beirat aus:

1. es fehlt unentschuldig bei mehr als der Hälfte der Sitzungen pro Jahr;
2. das in Artikel 127 § 2 genannte vorschlagende Organ entzieht das Mandat.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds. Die Regierung bestellt ein neues Ersatzmitglied.

Art. 129 - Aufgaben

Der Beirat hat folgende Aufgaben:

1. die Abgabe eines vorhergehenden Gutachtens, auf Anfrage des Medienrats, bezüglich Konsultationen gemäß Artikel 116;
2. die Abgabe eines vorhergehenden Gutachtens auf Anfrage des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. die Abgabe, auf Anfrage der Regierung oder auf eigene Initiative, eines Gutachtens zu einem Vorentwurf eines Dekrets oder eines Erlasses im Bereich der Medien. Wenn das Gutachten den Vorentwurf eines Dekrets betrifft, hinterlegt die Regierung es zusammen mit dem Dekretentwurf im Parlament;
4. die Abgabe von Gutachten:
 - a) über den Inhalt der Programme sowie die allgemeine Programmgestaltung, dies in Anwendung des Gesetzes vom 16. Juli 1973 zur Gewährleistung des Schutzes der ideologischen und philosophischen Tendenzen. Diese Gutachten werden den betroffenen Anbietern übermittelt. Insofern der BRF betroffen ist, werden diese Gutachten dem Verwaltungsrat des BRF übermittelt;
 - b) über andere Themen im Medienbereich;
5. das Bearbeiten von Anregungen und Vorschlägen, die die Mediendienste im deutschen Sprachgebiet betreffen und die dem Beirat von einer natürlichen oder juristischen Person unterbreitet worden sind, insofern diese Themen nicht in die Zuständigkeit des Medienrats oder des Rates für Berufsethos der Journalisten fallen;
6. pro Amtszeit die Abfassung eines Berichts über die Mediendienstelandschaft im deutschen Sprachgebiet, der u.

a. die Ausgewogenheit des Angebots und die Wahrung der Meinungsvielfalt behandelt;

7. die Ausarbeitung von Vorschlägen, die die Zugänglichkeit von Diensten für Personen mit Unterstützungsbedarf regeln und wie die Medienkompetenz im deutschen Sprachgebiet gefördert und verbessert werden kann. Der Beirat übermittelt der Regierung auf Anfrage einen Bericht über die zur Förderung der Medienkompetenz durchgeführten Maßnahmen, damit den entsprechenden Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission nachgekommen werden kann;

8. die Erstellung eines jährlichen Berichts über seine Tätigkeiten, der dem Parlament und der Regierung zeitgleich übermittelt wird;

9. die Organisation von Informationsveranstaltungen und Weiterbildungen über Mediennutzung und -regulierung.

Die in Absatz 1 genannten Gutachten werden innerhalb der von der anfragenden Institution gesetzten angemessenen Frist, die mindestens 30 Tage beträgt, unterbreitet. Wird innerhalb der in diesem Absatz festgelegten Frist keine Stellungnahme abgegeben, kann diese Formalität außer Acht gelassen werden.

Der Beirat kann ebenfalls Gutachten aus eigener Initiative zu allen die Mediendienste betreffenden Fragen abgeben.

Art. 130 - Funktionsweise

§ 1 - Der Beirat gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Beirats.

§ 2 - Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Nach Maßgabe der Geschäftsordnung können Entscheidungen im Umlaufverfahren gefasst werden. Außerdem kann jedes Mitglied nach Maßgabe der Geschäftsordnung einem anderen Mitglied Vollmacht für Abstimmungen erteilen. Jedes Mitglied kann nur eine Vollmacht pro Sitzung annehmen.

Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Vorsitzende zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Beirat ungeachtet der in Absatz 2 erwähnten Bedingung beschlussfähig ist.

§ 3 - Die Gruppe, deren Meinung sich nicht durchgesetzt hat, ist befugt, ein Minderheitengutachten abzugeben.

§ 4 - Die Ersatzmitglieder des Beirates können an den Sitzungen teilnehmen. Sie verfügen nur über eine beratende Stimme, es sei denn, sie vertreten das effektive Mitglied. Der Beirat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen einladen, die mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Darüber hinaus kann er Arbeitsgruppen einsetzen.

Art. 131 - Entschädigungen

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirats, die Vertreter der in das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Mandatäre sowie die Fachleute, die in Anwendung von Artikel 130 § 4 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

Art. 132 - Interessen der Endnutzer

Der Beirat für Mediendienste gewährleistet, dass in seinen Gutachten in allen mit Endnutzer- und Verbraucherrechten bei öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdiensten zusammenhängenden Fragen die Interessen der Verbraucher, einschließlich des gleichwertigen Zugangs und der gleichwertigen Auswahl für Endnutzer mit Unterstützungsbedarf, bei der elektronischen Kommunikation und Mediendienste gebührend berücksichtigt werden.

TITEL 5 — KINOBETREIBER UND KURZFILMPREIS

Art. 133 - Bezuschussung von Kinobetreibern und Förderung von Projekten der Kinobetreiber

Die Deutschsprachige Gemeinschaft fördert die Durchführung der in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Projekte der Kinobetreiber, indem sie im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen jährlichen Zuschuss gewährt, dessen Höchstbetrag von der Regierung festgelegt wird.

Um diesen Zuschuss zu erhalten, müssen die Kinobetreiber folgende Bedingungen erfüllen:

1. jährlich veranstaltet jeder Kinobetreiber mindestens 200 Filmvorführungen;
2. die Kinobetreiber legen ein Abkommen vor, das die Zusammenarbeit insbesondere zwecks jährlicher Durchführung von Filmforen und Filmtagen sowie den Einsatz von mindestens vier Förderkopien pro Jahr regelt.

Der in Absatz 1 angeführte Zuschuss wird zu gleichen Teilen an die beteiligten Kinobetreiber nach Vorlage der Ausgabenbelege für die Kosten ausbezahlt, die im Rahmen der Durchführung des in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Projekts entstanden sind.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.

Art. 134 - Filmförderung

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung Förderungen für die Produktion von Spiel-, Animations- und Dokumentarfilmen aller Genres und Längen gewähren. Die Höhe der Förderung und die Modalitäten werden in einer Vereinbarung zwischen dem Begünstigten und der Regierung festgelegt.

Vollständig oder teilweise förderfähig sind Filme von professionellen Produzenten oder Urhebern mit Sitz im deutschen Sprachgebiet oder Filme, die aufgrund des behandelten Themas einen geschichtlichen, kulturellen oder architektonischen Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft aufweisen, insofern:

1. das entsprechende Drehbuch fertig gestellt ist;
2. der Film für die öffentliche Vorführung bestimmt ist;
3. der Film nicht überwiegend werblichen Charakter trägt oder werblichen Zwecken dient;
4. die Qualität des Films in künstlerischer und wirtschaftlicher Hinsicht gegeben ist;
5. Stab und Besetzung geeignet sind.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.

Art. 135 - Koeffizient

Die Regierung kann die in Artikel 133 und aufgrund von Artikel 134 festgelegten Zuschussbeträge zwecks Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren.

Art. 136 - Kontrolle

Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung des vorliegenden Titels gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Art. 137 - Kurzfilmpreis Ostbelgiens

Mit dem Kurzfilmpreis Ostbelgiens können jährlich herausragende Leistungen bei der Produktion von Spiel-, Animations- und Dokumentarkurzfilmen ausgezeichnet werden.

Vorschläge für Auszeichnungen mit dem Kurzfilmpreis Ostbelgiens können vom Medienrat und von den Mitgliedern der Jury Kurzfilmpreis, die die Regierung bestellt, eingereicht werden.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

TITEL 6 — STRAFBESTIMMUNGEN**KAPITEL 1 — Verwaltungsrechtliche Sanktionen****Art. 138 - Sanktionen der Bestimmungen von Titel 2**

Bei Verletzung der Bestimmungen des Titels 2 und dessen Ausführungsbestimmungen sowie bei Verletzung der allgemeinen Gesetzgebung über Mediendienste, insbesondere bei Nichteinhaltung von Vereinbarungen gemäß Artikel 11 oder bei Verletzung der Bestimmungen über den öffentlich-rechtlichen Auftrag des BRF, die sich aus dem Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergeben, kann der Medienrat Anbietern von Mediendiensten folgende Sanktionen auferlegen:

1. eine Abmahnung;
2. die einstweilige Einstellung der strittigen Sendung;
3. die Veröffentlichung einer Anzeige in der Presse oder
4. die Zahlung einer administrativen Geldbuße von bis zu 25.000 Euro.

Bei Rückfall binnen einer Frist von fünf Jahren wird der Betrag der administrativen Geldbuße auf 5 % des jährlichen Umsatzes ohne Steuern gesetzt. Die administrative Geldbuße kann neben jeder anderen in diesem Artikel vorgesehenen Strafe angeordnet werden.

Art. 139 - Sanktionen der Bestimmungen von Titel 3

§ 1 - Bei nicht Nachkommen der gemäß Titel 3 Kapitel 2, 3 und 4 sowie Artikel 100 auferlegten Verpflichtungen kann der Medienrat den betroffenen Anbietern elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste und im Fall von Verstößen gegen Artikel 100 auch anderen Anbietern von Verbraucherendgeräten mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden, und von den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten bietenden Diensten, folgende Sanktionen auferlegen:

1. eine Abmahnung;
2. die Veröffentlichung einer Anzeige in der Presse;
3. die Anordnung, wonach die Erbringung eines Dienstes oder eines Pakets von Diensten, die, wenn sie fortgeführt würden, zu einer spürbaren Beeinträchtigung des Wettbewerbs führen würden, bis zur Erfüllung der Zugangsverpflichtungen, die nach einer Marktanalyse gemäß Artikel 73 auferlegt wurden, einzustellen oder aufzuschieben ist;
4. die Beschlagnahme der Einrichtungen oder
5. die Zahlung einer administrativen Geldbuße von 2.500 bis zu 25.000 Euro.

§ 2 - Bei unmittelbarer und ernster Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit oder beim Entstehen von ernsten wirtschaftlichen oder betrieblichen Problemen bei anderen Anbietern oder Nutzern elektronischer Kommunikationsnetze oder

-dienste oder anderen Nutzern von Frequenzen kann der Medienrat einstweilige Sofortmaßnahmen treffen. Das betreffende Unternehmen erhält anschließend angemessen Gelegenheit, seinen Standpunkt darzulegen und eine Lösung vorzuschlagen. Gegebenenfalls kann der Medienrat die einstweiligen Maßnahmen bestätigen. Diese können höchstens bis zu drei Monate gelten, können aber für den Fall, dass Vollstreckungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind, um einen weiteren Zeitraum von bis zu drei Monaten verlängert werden.

§ 3 - Unbeschadet des § 1 kann der Medienrat die Zahlung einer administrativen Geldbuße von 2.500 bis zu 25.000 Euro anordnen, wenn ein Anbieter seinen Verpflichtungen gemäß Artikel 116 nicht binnen der vom Medienrat festgesetzten Frist nachkommt.

Art. 140 - Verfahrensvorschriften

§ 1 - Für die Verfolgung von in den Artikeln 138 und 139 genannten Verstößen sind die Auditoren des Medienrats zuständig. Für die Ahndung derselben ist der Medienrat zuständig.

Sobald eine Beschwerde oder eine Tat, die Verletzung oder Nichteinhaltung darstellen könnte, zur Kenntnis des Medienrats gelangt, beauftragt der Präsident einen Auditor, die Angelegenheit zu untersuchen und über die Zulässigkeit der Akte zu entscheiden.

Ist die Akte zulässig, führt der Auditor die Untersuchung. Er kann die Untersuchung einstellen.

Der Medienrat kann die Entscheidungen des Auditors über Nichtzulässigkeit und Einstellung der Untersuchung an sich ziehen.

Der Untersuchungsbericht wird dem Präsidenten des Medienrats übermittelt.

§ 2 - Der Präsident teilt dem Zuwiderhandelnden die Klagegründe und den Untersuchungsbericht mit. Der Zuwiderhandelnde verfügt über einen Monat, um die Akte einzusehen und seine schriftlichen Bemerkungen vorzulegen.

§ 3 - Der Zuwiderhandelnde wird geladen, an dem vom Präsidenten des Medienrats festgelegten und per Einschreiben mitgeteilten Datum zwecks Anhörung zu erscheinen. Er kann sich vertreten lassen. Der Medienrat kann jede Person anhören, die nützlich zu seiner Information beitragen kann.

§ 4 - Der Medienrat gibt eine mit Gründen versehene Entscheidung binnen 60 Tagen ab Schließung der Verhandlung ab und legt gegebenenfalls die in den Artikeln 138 und 139 genannten Sanktionen fest. Die Entscheidung wird per Einschreiben mitgeteilt. Der Medienrat kann im Versäumniswege entscheiden.

§ 5 - Sanktionen können für den gesamten Zeitraum der Nichterfüllung angewendet werden, auch wenn in der Folge die Bedingungen bzw. Verpflichtungen erfüllt wurden.

§ 6 - Stellt der Medienrat fest, dass der Entscheidung nicht nachgekommen wurde, gibt er der betreffenden Person oder dem betroffenen Unternehmen Gelegenheit, Mängel zu beheben innerhalb:

1. eines Monats nach der Mitteilung oder
2. einer kürzeren, mit der Person oder dem Unternehmen vereinbarten Frist oder bei wiederholten Zuwiderhandlungen innerhalb einer vom Medienrat festgelegten Frist oder
3. einer längeren, vom Medienrat festgelegten Frist.

§ 7 - Wird die Entscheidung im Versäumniswege gefällt, kann der Zuwiderhandelnde Einspruch binnen 15 Tagen ab dem Datum der Mitteilung der Entscheidung per Einschreiben einlegen.

Ein neues Verhandlungsdatum wird festgelegt. Versäumt der Zuwiderhandelnde es, wieder zu erscheinen, kann er keinen Einspruch mehr einlegen.

§ 8 - Behebt die Person oder das Unternehmen die Mängel nicht innerhalb der in § 6 genannten Frist, trifft der Medienrat angemessene Sanktionen, damit die Anforderungen erfüllt werden. Die begründete Entscheidung wird dem Unternehmen binnen einer Woche mitgeteilt. Dabei wird dem Unternehmen eine angemessene Frist gesetzt, damit es den Maßnahmen entsprechen kann.

§ 9 - Bei wiederholter Nichterfüllung der auferlegten Verpflichtungen kann der Medienrat ganz oder teilweise verbieten, je nach Fall, weiterhin Mediendienste anzubieten oder elektronische Kommunikationsnetze oder -dienste bereitzustellen oder die Frequenznutzungsrechte aussetzen oder entziehen, sofern die Maßnahmen gemäß den § § 1 bis 4 erfolglos geblieben sind.

Art. 141 - Verfolgung und Ahndung von Verstößen, Vollstreckung

Der Präsident des Medienrats ist mit der Vollstreckung der Entscheidung des Medienrats, einschließlich der Eintreibung der fälligen administrativen Geldbußen und mit der Vollstreckung der Beschlagnahme beauftragt. Vor Erstellung des Vollstreckungstitels fordert der Präsident den Schuldner der Strafe per Einschreiben auf, die administrative Geldbuße zu zahlen. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, erstellt der Präsident den Vollstreckungstitel binnen drei Monaten ab dieser Aufforderung. Der Vollstreckungstitel wird innerhalb von acht Tagen nach der Zustellung an den Schuldner der Strafe rechtskräftig. Der Gerichtsvollzieher nimmt die Vollstreckung gemäß den im Gerichtsgesetzbuch vorgesehenen Formen vor.

Die in Absatz 1 genannte Dreimonatsfrist ist nicht zur Vermeidung der Nichtigkeit vorgeschrieben. Die Durchführung des Vollstreckungstitels kann nur durch einen mit Gründen versehenen Einspruch mit Ladung ausgesetzt werden. Zur Vermeidung des Verfalls muss dieser Einspruch per Gerichtsvollzieherurkunde der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Zustellung des Vollstreckungstitels zugestellt werden.

Die administrativen Geldbußen werden zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezogen.

Art. 142 - Beschwerde gegen Beschlüsse des Medienrats

Jeder Interessehabende kann gemäß den koordinierten Gesetzen vom 12. Januar 1973 über den Staatsrat gegen Entscheidungen des Medienrats Einspruch beim Staatsrat erheben.

Der Medienrat sammelt Informationen im Zusammenhang mit dem allgemeinen Inhalt der eingelegten Rechtsbehelfe, deren Anzahl, der Dauer der Verfahren und der Anzahl der Entscheidungen über das Erlassen einstweiliger Maßnahmen. Er stellt diese Informationen der Europäischen Kommission und dem GEREK jeweils auf deren begründetem Ersuchen zur Verfügung.

KAPITEL 2 — *Strafrechtliche Sanktionen*

Art. 143 - Ausstrahlung ohne Zuteilung von Funkfrequenz

Wer wissentlich eine von den Artikeln 50, 51 und 63 betroffene Funkfrequenz nutzt, ohne eine diesbezügliche Zuteilung vom Medienrat erhalten zu haben, oder diese nutzt, wenn diese Zuteilung ausgesetzt wurde, entzogen wurde oder abgelaufen ist, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis fünf Jahren und mit einer Geldbuße von 100 bis 100.000 Euro oder einer dieser Strafen bestraft.

Art. 144 - Widerrechtliche kommerzielle Kommunikation

Wer kommerzielle Kommunikation ausstrahlt, die gegen die Artikel 12 bis 15, 18 bis 20, 27, 28 und 34 verstößt, wird mit einer Geldbuße von 100 bis 100.000 Euro bestraft.

Art. 145 - Unzulässige Programme

Wer wissentlich einen audiovisuellen oder auditiven Mediendienst bereitstellt, der gegen Artikel 7 § 2 verstößt, oder einen audiovisuellen Mediendienst bereitstellt, der gegen Artikel 17 verstößt, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis fünf Jahren und mit einer Geldbuße von 100 bis 100.000 Euro oder einer dieser Strafen bestraft.

Art. 146 - Strafgesetzbuch

Die Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches, einschließlich Kapitel VII und Artikel 85, sind anwendbar auf die im vorliegenden Kapitel genannten Verstöße.

TITEL 7 — **SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

Art. 147 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1.1 Nummern 1, 2 und 3 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird jeweils das Wort "audiovisuellen" durch die Wortfolge "audiovisuellen und auditiven" ersetzt.

Art. 148 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1.4 Nummern 1 und 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird jeweils das Wort "audiovisuellen" durch die Wortfolge "audiovisuellen und auditiven" ersetzt.

Art. 149 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1.5 Absatz 2 Nummern 16 und 17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird jeweils das Wort "audiovisuellen" durch die Wortfolge "audiovisuellen und auditiven" ersetzt.

Art. 150 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1.6 Absatz 2 Nummern 1 und 2 sowie Absatz 3 Nummern 1 und 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird jeweils das Wort "audiovisuelle" bzw. "audiovisuellen" durch die Wortfolge "audiovisuelle und auditive" bzw.

„audiovisuellen und auditiven“ ersetzt.

Art. 151 - Abänderungsbestimmung

Artikel 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 16. Oktober 1995, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4 - Zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags gemäß Artikel 1.3 stellt die Regierung dem Zentrum ausreichende Funkfrequenzen zur Verfügung, einschließlich aufgrund eines Zusammenarbeitsabkommens mit anderen Gemeinschaften verfügbarer Frequenzen.

Das Zentrum darf auch Mediendienste anhand anderer Systeme als der terrestrischen Ausstrahlung verbreiten.“

Art. 152 - Abänderungsbestimmung

In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 36.1 eingefügt:

„Art. 36.1 - Die Zuteilung von Funkfrequenzen an das Zentrum gemäß den Verfahren, die vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen gelten, bleibt bis zu ihrer Aufhebung in Kraft.“

Art. 153 - Abänderungsbestimmung

Kapitel II des Gesetzes vom 23. Juni 1961 über das Gegendarstellungsrecht, eingefügt durch das Gesetz vom 4. März 1977, wird aufgehoben.

Art. 154 - Abänderungsbestimmung

In Kapitel 3.6 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird folgender Artikel 5.12 eingefügt:

„Art. 5.12 - Im Hinblick auf die Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus

(COVID-19) Gesundheitskrise gewährt die Regierung den in Artikel 4 Nummer 29 des Dekrets vom MARZ 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen erwähnten Kinobetreibern einen einmaligen Pauschalzuschuss in Höhe von 15.000 Euro pro Kinosaal, der im deutschen Sprachgebiet betrieben wird.

Um diesen Zuschuss zu erhalten, richten die Kinobetreiber bis zum 31. März 2021 einen Antrag auf dem zu diesem Zweck von der Regierung vorgesehenen Formular an die Regierung.

Der Zuschuss kann mit anderen Zuschüssen oder Beihilfen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Wallonischen Region oder des Föderalstaats kumuliert werden.“

Art. 155 - Aufhebungsbestimmung

Das Dekret vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird aufgehoben.

Art. 156 - Übergangsbestimmungen

Sowohl Anerkennungen und Meldungen, die auf der Grundlage des bisher geltenden Rechts registriert waren, als auch die Zuteilung von Funkfrequenzen bleiben für den ursprünglich vorgesehenen Zeitraum wirksam, ohne dass es zu einer stillschweigenden Verlängerung kommt.

Verwaltungsverfahren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets anhängig sind, werden auf der Grundlage der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets zu Ende geführt.

Bisher nicht meldepflichtige Mediendienste und elektronische Kommunikationsnetze oder -dienste, die auf der Grundlage des vorliegenden Dekrets meldepflichtig sind, müssen spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten des Dekrets gemäß Artikel 8 angemeldet werden.

Der Medienrat leitet die Liste der in seinem Verzeichnis bis zum 21. Dezember 2021 gemäß Artikel 46 eingetragenen Unternehmen bis zum 21. Dezember 2021 an das GEREK weiter.

Die Amtszeit der Mitglieder der Beschlusskammer und der Gutachtenkammer des Medienrats, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets im Amt waren, endet spätestens am 4. Dezember 2023.

Art. 157 - Inkrafttreten

Dieses Dekret tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft.

ANHANG 1 — BARRIEREFREIHEITSANFORDERUNGEN

Abschnitt I — Allgemeine Barrierefreiheitsanforderungen

Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden, sind so zu gestalten und herzustellen, dass Personen mit Unterstützungsbedarf sie voraussichtlich maximal nutzen, und sie sind möglichst in oder auf dem Produkt selbst mit barrierefrei zugänglichen Informationen zu ihrer Funktionsweise und ihren Barrierefreiheitsfunktionen auszustatten.

1. Anforderungen an die Bereitstellung von Informationen

a) Informationen zur Nutzung des Produkts auf dem Produkt selbst (Kennzeichnung, Gebrauchsanleitungen und Warnhinweise) müssen:

- i) über mehr als einen sensorischen Kanal zur Verfügung gestellt werden;
- ii) in verständlicher Weise dargestellt werden;
- iii) den Nutzern auf eine Weise dargestellt werden, die sie wahrnehmen können;
- iv) in einer Schriftart mit angemessener Schriftgröße und geeigneter Schriftform unter Berücksichtigung der vorhersehbaren Nutzungsbedingungen und mit ausreichendem Kontrast sowie anpassbarem Abstand zwischen den Buchstaben, Zeilen und Absätzen dargestellt werden.

b) Anleitungen für die Nutzung des Produkts, die nicht auf dem Produkt selbst angegeben sind, sondern durch die Nutzung des Produkts oder auf anderem Wege, beispielsweise über eine Website, bereitgestellt werden, wozu auch die Barrierefreiheitsfunktionen des Produkts, ihre Aktivierung und ihre Interoperabilität mit assistiven Lösungen gehören, sind bei Inverkehrbringen des Produkts öffentlich verfügbar und müssen

- i) über mehr als einen sensorischen Kanal zur Verfügung gestellt werden;
- ii) in verständlicher Weise dargestellt werden;
- iii) den Nutzern auf eine Weise dargestellt werden, die sie wahrnehmen können;
- iv) in einer Schriftart mit angemessener Schriftgröße und geeigneter Schriftform unter Berücksichtigung der vorhersehbaren Nutzungsbedingungen und mit ausreichendem Kontrast sowie anpassbarem Abstand zwischen den Buchstaben, Zeilen und Absätzen dargestellt werden;
- v) was den Inhalt betrifft, in Textformaten zur Verfügung gestellt werden, die sich zum Generieren alternativer

assistiver Formate eignen, die in unterschiedlicher Form dargestellt werden und über mehr als einen sensorischen Kanal wahrgenommen werden können;

- vi) mit einer alternativen Darstellung angeboten werden, wenn Elemente mit Nicht-Text-Inhalten enthalten sind;
- vii) eine Beschreibung der Benutzerschnittstelle des Produkts enthalten (Handhabung, Steuerung und Feedback, Input und Output), die gemäß Nummer 2 bereitgestellt wird, wobei in der Beschreibung für jeden Punkt in Nummer 2 angegeben sein muss, ob das Produkt diese Funktionen aufweist;
- viii) eine Beschreibung der Produktfunktionalität enthalten, die anhand von Funktionen, die den Bedürfnissen von Personen mit Unterstützungsbedarf entsprechen, gemäß Nummer 2 bereitgestellt wird, wobei in der Beschreibung für jeden Punkt in Nummer 2 angegeben sein muss, ob das Produkt diese Funktionen aufweist;
- ix) eine Beschreibung der Soft- und Hardware-Schnittstelle des Produkts mit Hilfsmitteln enthalten, wobei die Beschreibung auch eine Liste derjenigen Hilfsmittel enthält, die zusammen mit dem Produkt getestet wurden.

2. Gestaltung von Benutzerschnittstelle und Funktionalität

Das Produkt - einschließlich seiner Benutzerschnittstelle - muss in seinen Bestandteilen und Funktionen Merkmale aufweisen, die es für Personen mit Unterstützungsbedarf entsprechen, gemäß Nummer 2 bereitgestellt wird, wobei in der Beschreibung für jeden Punkt in Nummer 2 angegeben sein muss, ob das Produkt diese Funktionen aufweist;

- a) wenn das Produkt Kommunikation, einschließlich Bedienung, Information, Steuerung und Orientierung ermöglicht, muss es dies über mehr als einen sensorischen Kanal tun; das schließt auch die Bereitstellung von Alternativen zu visuellen, auditiven, gesprochenen und taktilen Elementen ein;
 - b) wenn gesprochene Sprache verwendet wird, müssen für die Kommunikation, Bedienung, Steuerung und Orientierung Alternativen zur gesprochenen und stimmlichen Eingabe zur Verfügung stehen;
 - c) wenn visuelle Elemente verwendet werden, müssen für die Kommunikation, Information und Bedienung sowie zur Gewährleistung der Interoperabilität mit Programmen und Hilfsmitteln zur Navigation in der Schnittstelle eine flexible Einstellung der Größe, der Helligkeit und des Kontrastes ermöglicht werden;
 - d) wenn mittels Farben Informationen mitgeteilt werden, über eine Handlung informiert wird, zu einer Reaktion aufgefordert wird oder Elemente identifiziert werden, müssen Alternativen zu Farben zur Verfügung stehen;
 - e) wenn mittels hörbarer Signale Informationen mitgeteilt werden, über eine Handlung informiert wird, zu einer Reaktion aufgefordert wird oder Elemente identifiziert werden, müssen Alternativen zu hörbaren Signalen zur Verfügung stehen;
 - f) wenn visuelle Elemente verwendet werden, müssen flexible Möglichkeiten für die Verbesserung der visuellen Schärfe zur Verfügung stehen;
 - g) wenn Audio-Elemente verwendet werden, muss der Nutzer die Lautstärke und Geschwindigkeit regeln können, und es müssen erweiterte Audiofunktionen, wie die Verringerung von störenden Audiosignalen von Geräten in der Umgebung und auditive Klarheit, zur Verfügung stehen;
 - h) wenn das Produkt manuell bedient und gesteuert werden muss, müssen sequenzielle Steuerung und Alternativen zur feinmotorischen Steuerung zur Verfügung stehen, ist eine gleichzeitige Steuerung mit Handgriffen zu vermeiden und sind taktil erkennbare Teile zu verwenden;
 - i) Bedienungsformen, die eine übertrieben große Reichweite und große Kraftanstrengungen erfordern, sind zu vermeiden;
 - j) das Auslösen fotosensitiver Anfälle ist zu vermeiden;
 - k) bei Nutzung der Barrierefreiheitsfunktionen muss die Privatsphäre der Nutzer geschützt werden;
 - l) es müssen Alternativen zur biometrischen Identifizierung und Steuerung angeboten werden;
 - n) die Konsistenz der Funktionalitäten muss gewahrt werden, und es muss ausreichend Zeit und eine flexible Zeitmenge für die Interaktionen zur Verfügung stehen;
 - n) das Produkt muss Software und Hardware für Schnittstellen zu den assistiven Technologien aufweisen;
 - o) das Produkt erfüllt die im Abschnitt II festgelegten spezifischen Barrierefreiheitsanforderungen.
3. Unterstützungsdienste: Wenn Unterstützungsdienste (Help-Desk, Call-Center, technische Unterstützung, Relaisdienste und Einweisungsdienste) verfügbar sind, stellen sie Informationen über die Barrierefreiheit und die Kompatibilität des Produkts mit assistiven Technologien mit barrierefreien Kommunikationsmitteln bereit.
4. die Verpackung und die Anleitungen der unter diesen Abschnitt fallenden Produkte im Hinblick auf eine möglichst starke voraussichtliche Nutzung durch Personen mit Unterstützungsbedarf so zugänglich zu machen, dass sie barrierefrei sind. Dies bedeutet, dass
- a) die Produktverpackung mit den entsprechenden Informationen (beispielsweise zum Öffnen, zum Schließen, zur Verwendung, zur Entsorgung), einschließlich - sofern bereitgestellt - Informationen über die Barrierefreiheitsmerkmale des Produkts, barrierefrei sein müssen, wobei die Informationen nach Möglichkeit auf der Verpackung angebracht werden;
 - b) die Anleitungen für Installation und Wartung, Lagerung und Entsorgung, die nicht auf dem Produkt selbst angebracht sind, sondern auf anderem Wege, beispielsweise über eine Website, bereitgestellt werden, bei Inverkehrbringen öffentlich zugänglich sein und den folgenden Anforderungen genügen müssen:
 - i) sie werden über mehr als einen sensorischen Kanal zur Verfügung gestellt;
 - ii) sie werden in verständlicher Weise dargestellt;
 - iii) sie werden den Nutzern auf eine Weise dargestellt, die sie wahrnehmen können;
 - iv) sie werden in einer Schriftart mit angemessener Schriftgröße und geeigneter Schriftform unter Berücksichtigung der vorhersehbaren Nutzungsbedingungen und mit ausreichendem Kontrast sowie anpassbarem Abstand zwischen den Buchstaben, Zeilen und Absätzen dargestellt;
 - v) der Inhalt der Anleitungen wird in Textformaten zur Verfügung gestellt, die sich zum Generieren alternativer assistiver Formate eignen, die in unterschiedlicher Form dargestellt werden und über mehr als einen sensorischen Kanal wahrgenommen werden können; und
 - vi) es wird eine alternative Darstellung des Inhalts angeboten, wenn Elemente mit Nicht-Text-Inhalten enthalten sind.

Abschnitt II — Barrierefreiheitsanforderungen für Dienstleistungen, die den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten ermöglichen

Damit Dienstleistungen, die den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten ermöglichen, so erbracht werden, dass Personen mit Unterstützungsbedarf sie voraussichtlich maximal nutzen,

a) muss die Barrierefreiheit der zur Erbringung der Dienstleistung verwendeten Produkte gemäß Abschnitt I dieses Anhangs und gegebenenfalls Abschnitt II dieses Anhangs gewährleistet sein;

b) muss die Bereitstellung von Informationen über die Funktionsweise der Dienstleistung sowie - für den Fall, dass für die Erbringung der Dienstleistung Produkte verwendet werden - die Bereitstellung von Informationen über deren Verbindung zu diesen Produkten sowie über deren Barrierefreiheitsmerkmale und deren Interoperabilität mit Hilfsmitteln und -einrichtungen folgenden Anforderungen genügen:

i) die Informationen werden über mehr als einen sensorischen Kanal bereitgestellt;

ii) sie werden in verständlicher Weise dargestellt;

iii) sie werden den Nutzern auf eine Weise dargestellt, die sie wahrnehmen können;

iv) der Informationsinhalt wird in Textformaten zur Verfügung gestellt, die sich zum Generieren alternativer assistiver Formate eignen, die von Nutzern in unterschiedlicher Form dargestellt werden und über mehr als einen sensorischen Kanal wahrgenommen werden können;

v) sie werden in einer Schriftart mit angemessener Schriftgröße und geeigneter Schriftform unter Berücksichtigung der vorhersehbaren Nutzungsbedingungen und mit ausreichendem Kontrast sowie anpassbarem Abstand zwischen den Buchstaben, Zeilen und Absätzen dargestellt;

vi) es wird eine alternative Darstellung des Inhalts angeboten, wenn Elemente mit Nicht-Text-Inhalten enthalten sind; und

vii) die für die Erbringung der Dienstleistung erforderlichen elektronischen Informationen werden auf kohärente und angemessene Weise bereitgestellt, indem sie wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust gestaltet werden;

c) müssen Websites einschließlich der zugehörigen Online-Anwendungen und auf Mobilgeräten angebotenen Dienstleistungen, einschließlich mobiler Apps, auf kohärente und angemessene Weise wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust gestaltet werden;

d) müssen, wenn Unterstützungsdienste (Help-Desk, Call-Center, technische Unterstützung, Relaisdienste und Einweisungsdienste) verfügbar sind, Informationen über die Barrierefreiheit und die Kompatibilität des Produkts mit assistiven Technologien mit barrierefreien Kommunikationsmitteln bereitgestellt werden;

e) müssen elektronischer Programmführer (EPG) bereitstellen, die wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust sind und Informationen über die Verfügbarkeit von Barrierefreiheit bereitstellen;

f) müssen gewährleisten, dass die Barrierefreiheitskomponenten (Zugangsdienste) der audiovisuellen Mediendienste wie Untertitel für Gehörlose und Schwerhörige, Audiodeskription, gesprochene Untertitel und Gebärdensprachdolmetschung, vollständig, in für eine korrekte Anzeige angemessener Qualität und audio- und videosynchronisiert gesendet werden und dem Nutzer ermöglichen, ihre Anzeige und Verwendung selbst zu regeln.

Abschnitt III — Informationen über Dienstleistungen, die den Barrierefreiheitsanforderungen entsprechen,

Der Erbringer der Dienstleistungen, die den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten ermöglichen, gibt in den allgemeinen Geschäftsbedingungen oder einem ähnlichen Dokument in einer für Personen mit Unterstützungsbedarf barrierefreien Form an, wie die Dienstleistung die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Abschnitt II erfüllt. Die betreffenden Informationen umfassen eine Beschreibung der geltenden Anforderungen und decken - soweit für die Bewertung von Belang - die Gestaltung und die Durchführung der Dienstleistung ab.

Um den Anforderungen des vorherigen Absatzes zu entsprechen, kann der Dienstleistungserbringer die harmonisierten Normen und technische Spezifikationen, deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden, vollständig oder in Teilen anwenden.

Abschnitt IV — Spezifische Barrierefreiheitsanforderungen

Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden, müssen Personen mit Unterstützungsbedarf die Barrierefreiheitskomponenten bereitstellen, die der Anbieter audiovisueller Mediendienste für den Benutzerzugang, die Auswahl von Optionen, die Steuerung, die Personalisierung und die Übertragung an Hilfsmittel zur Verfügung stellt.

ANHANG 2 - KRITERIEN ZUR BEURTEILUNG DER UNVERHÄLTNISSMÄSSIGEN BELASTUNG

Kriterien zur Vornahme und Dokumentation der Beurteilung:

1. Verhältnis der mit der Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen verbundenen Nettokosten zu den Gesamtkosten (Betriebs- und Investitionsausgaben) der Herstellung, des Vertriebs oder der Einfuhr des Produkts bzw. der Erbringung der Dienstleistung für die Wirtschaftsakteure.

Kriterien zur Beurteilung der mit der Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen verbundenen Nettokosten:

a) Kriterien in Bezug auf einmalige Organisationskosten, die in die Beurteilung einzubeziehen sind:

i) Kosten für zusätzliches Personal mit Fachkenntnissen im Bereich Barrierefreiheit;

ii) Kosten im Zusammenhang mit der Ausbildung von Personal und dem Erwerb von Kompetenzen im Bereich Barrierefreiheit;

iii) Kosten für die Entwicklung eines neuen Prozesses zur Einbeziehung der Barrierefreiheit in die Produktentwicklung bzw. die Erbringung von Dienstleistungen;

iv) Kosten im Zusammenhang mit der Entwicklung von Leitfäden zur Barrierefreiheit;

v) einmalige Kosten, um sich mit der Rechtslage zur Barrierefreiheit vertraut zu machen.

b) Kriterien in Bezug auf laufende Kosten für Produktion und Entwicklung, die in die Beurteilung einzubeziehen sind:

i) Kosten im Zusammenhang mit der Planung und Auslegung von Barrierefreiheitsfunktionen des Produkts bzw. der Dienstleistung;

ii) im Rahmen der Produktionsprozesse entstehende Kosten;

iii) Kosten im Zusammenhang mit der Prüfung des Produkts oder der Dienstleistung unter dem Aspekt der Barrierefreiheit;

iv) Kosten im Zusammenhang mit der Erstellung der Dokumentation.

2. Die geschätzten Kosten und Vorteile für die Wirtschaftsakteure, einschließlich Produktionsprozessen und Investitionen, im Verhältnis zu dem geschätzten Nutzen für Personen mit Unterstützungsbedarf, wobei die Anzahl der Nutzungen und die Nutzungshäufigkeit des betreffenden Produkts bzw. der betreffenden Dienstleistung zu berücksichtigen sind.

3. Verhältnis der mit der Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen verbundenen Nettokosten zum Nettoumsatz des Wirtschaftsakteurs.

Kriterien zur Beurteilung der mit der Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen verbundenen Nettokosten:

a) Kriterien in Bezug auf einmalige Organisationskosten, die in die Beurteilung einzubeziehen sind:

i) Kosten für zusätzliches Personal mit Fachkenntnissen im Bereich Barrierefreiheit;

ii) Kosten im Zusammenhang mit der Ausbildung von Personal und dem Erwerb von Kompetenzen im Bereich Barrierefreiheit;

iii) Kosten für die Entwicklung eines neuen Prozesses zur Einbeziehung der Barrierefreiheit in die Produktentwicklung bzw. die Erbringung von Dienstleistungen;

iv) Kosten im Zusammenhang mit der Entwicklung von Leitfäden zur Barrierefreiheit;

v) einmalige Kosten, um sich mit der Rechtslage zur Barrierefreiheit vertraut zu machen;

b) Kriterien in Bezug auf laufende Kosten für Produktion und Entwicklung, die in die Beurteilung einzubeziehen sind:

i) Kosten im Zusammenhang mit der Planung und Auslegung von Barrierefreiheitsfunktionen des Produkts bzw. der Dienstleistung;

ii) im Rahmen der Produktionsprozesse entstehende Kosten;

iii) Kosten im Zusammenhang mit der Prüfung des Produkts oder der Dienstleistung unter dem Aspekt der Barrierefreiheit;

iv) Kosten im Zusammenhang mit der Erstellung der Dokumentation.

Eupen, den 1. März 2021

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,
Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2020-2021

Nummerierte Dokumente: 123 (2020-2021) Nr. 1 Dekretentwurf + Addendum +
Erratum

123 (2020-2021) Nr. 2 Bericht

123 (2020-2021) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments ver- abschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 1. März 2021 - Nr. 22 Diskussion und Abstimmung

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/201177]

1^{er} MARS 2021. — Décret relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

TITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Article 1^{er} - Clause européenne

Ce décret transpose partiellement les directives suivantes dans la mesure où elles ressortissent à la compétence de la Communauté germanophone :

1^o Directive (UE) 2018/1808 du Parlement européen et du Conseil du 14 novembre 2018 modifiant la Directive 2010/13/UE visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres relatives à la fourniture de services de médias audiovisuels (directive « Services de médias audiovisuels »), compte tenu de l'évolution des réalités du marché;

2^o Directive (UE) 2018/1972 du Parlement européen et du Conseil du 11 décembre 2018 établissant le code des communications électroniques européen (refonte);

3^o Directive (UE) 2019/882 du Parlement européen et du Conseil du 17 avril 2019 relative aux exigences en matière d'accessibilité applicables aux produits et services.

Art. 2 - Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3 - Champ d'application général

§ 1^{er} - Le présent décret s'applique :

- 1° aux services de médias;
- 2° à la fourniture de réseaux et services de communications électroniques appropriés à la diffusion de services de médias et ressortissant à la compétence de la Communauté germanophone, ainsi que de ressources associées;
- 3° aux équipements grand public destinés à la réception de signaux de médias audiovisuels et sonores linéaires et
- 4° aux équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, prévus pour l'organisation de représentations cinématographiques en région de langue allemande et utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels.

§ 2 - Sont soumis aux dispositions du présent décret :

- 1° le Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone;
- 2° les fournisseurs de services de médias établis en région de langue allemande;
- 3° les entreprises qui proposent, en Communauté germanophone, des réseaux et services de communications électroniques publics, ainsi que des ressources et services associés, ainsi que celles qui y proposent, à la vente ou à la location, de nouveaux véhicules de la catégorie M.

§ 3 - Les fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores sont réputés être établis en région de langue allemande dans les cas suivants :

1° le fournisseur de services de médias a son siège social en Communauté germanophone et les décisions éditoriales relatives au service de médias audiovisuels ou sonores sont prises en Communauté germanophone;

2° le fournisseur de services de médias a son siège social en Communauté germanophone, les décisions éditoriales relatives au service de médias audiovisuels ou sonores sont prises dans une autre Communauté ou un autre État membre, mais une partie importante des effectifs employés aux activités de services de médias audiovisuels ou sonores liées à un programme opère en Communauté germanophone.

Lorsqu'une partie importante des effectifs du fournisseur de services de médias audiovisuels ou sonores employés aux activités liées à un programme opère tant en Communauté germanophone que dans une autre Communauté ou dans un autre État membre, le fournisseur de services de médias est réputé être établi en région de langue allemande s'il a son siège social en Communauté germanophone.

Lorsqu'une partie importante des effectifs employés aux activités de services de médias audiovisuels liées à un programme n'opère ni en Communauté germanophone ni dans une autre Communauté ni dans un autre État membre, le fournisseur de services de médias est réputé être établi en région de langue allemande s'il a commencé ses activités conformément au droit de la Communauté germanophone, à condition qu'il maintienne un lien économique stable et réel avec elle;

3° le fournisseur de services de médias a son siège social en Communauté germanophone, les décisions relatives au service de médias audiovisuels ou sonores sont prises dans un pays tiers ou vice-versa, mais une partie importante des effectifs employés à la fourniture du service de médias audiovisuels ou sonores opère en Communauté germanophone.

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores auxquels ne s'applique pas le premier alinéa sont réputés être établis en région de langue allemande s'ils ne le sont pas dans un État membre ou dans un État de l'Espace économique européen, mais qu'ils utilisent une liaison montante vers un satellite située en région de langue allemande.

§ 4 - Un fournisseur de plateformes de partage de vidéos qui n'est pas établi en région de langue allemande au sens de l'article I.18, 1°, du Code économique est réputé y être établi s'il :

1° a une entreprise mère ou une entreprise filiale établie en région de langue allemande ou

2° fait partie d'un groupe ayant une autre entreprise établie en région de langue allemande.

Aux fins du premier alinéa, il faut entendre par :

1° « entreprise mère », une entreprise qui contrôle une ou plusieurs entreprises filiales;

2° « entreprise filiale », une entreprise contrôlée par une entreprise mère, y compris toute entreprise filiale de l'entreprise mère qui est à la tête du groupe;

3° « groupe », une entreprise mère, toutes ses entreprises filiales et toutes les autres entreprises qui ont avec celles-ci des liens organisationnels économiques et juridiques.

§ 5 - Lorsque l'entreprise mère, l'entreprise filiale ou les autres entreprises du groupe sont établies chacune dans un État membre différent ou une Communauté différente, le fournisseur de plateformes de partage de vidéos est réputé être établi en région de langue allemande si :

1° son entreprise mère est établie en région de langue allemande ou, à défaut d'un tel établissement,

2° son entreprise filiale est établie en région de langue allemande ou, à défaut d'un tel établissement,

3° l'autre entreprise du groupe est établie en région de langue allemande.

§ 6 - S'il existe plusieurs entreprises filiales et que chacune d'elles est établie dans une autre Communauté ou dans un État membre différent, le fournisseur de plateformes de partage de vidéos est réputé être établi en région de langue allemande si l'une des entreprises filiales y a commencé ses activités, à condition qu'il maintienne un lien économique stable et réel avec la Communauté germanophone et, pour autant que d'autres communautés soient concernées, que les activités soient centrées sur les services aux médias en région de langue allemande.

S'il existe plusieurs autres entreprises qui font partie du groupe et que chacune d'elles est établie dans une autre Communauté ou dans un État membre différent, le fournisseur de plateformes de partage de vidéos est réputé être établi en région de langue allemande si l'une de ces entreprises y a commencé ses activités, à condition qu'il maintienne un lien économique stable et réel avec la Communauté germanophone et que, pour autant que d'autres communautés soient concernées, les activités soient centrées sur les services aux médias en région de langue allemande.

§ 7 - Pour les objectifs fixés aux § 5 et 6, les articles XII.3, XII.4, XII.6 et XII.17 à XII.20 du Code économique s'appliquent aux fournisseurs de plateformes de partage de vidéos qui sont réputés être établis en région de langue allemande conformément au § 4.

Art. 4 - Définitions

Aux fins du présent décret, il faut entendre par :

1° autorisation générale : le cadre juridique qui, conformément au présent décret, garantit le droit de fournir des réseaux ou des services de communications électroniques et qui fixe les obligations propres au secteur pouvant s'appliquer à tous les types de réseaux et de services de communications électroniques, ou à certains d'entre eux;

2° interface de programme d'application : l'interface logicielle entre des applications, fournie par les radiodiffuseurs ou fournisseurs de services, et les ressources de l'équipement de télévision numérique avancée prévues pour les services de télévision et de radio numérique;

3° communication commerciale audiovisuelle : des images, combinées ou non à du son, qui sont conçues pour promouvoir, directement ou indirectement, les marchandises, les services ou l'image d'une personne physique ou morale qui exerce une activité économique. Ces images accompagnent un programme ou une vidéo créée par un utilisateur ou y sont insérées moyennant paiement ou autre contrepartie, ou à des fins d'autopromotion. La communication commerciale audiovisuelle revêt notamment les formes suivantes : publicité télévisée, parrainage, télé-achat et placement de produit;

4° service de médias audiovisuels : un service économique pour lequel l'objet principal du service proprement dit ou d'une partie dissociable de ce service est la fourniture de programmes au grand public, sous la responsabilité éditoriale d'un fournisseur de services de médias, dans le but d'informer, de divertir ou d'éduquer, par le biais de réseaux de communications électroniques. Un service de médias audiovisuels est un service de médias audiovisuels soit linéaires soit non linéaires et/ou de la communication commerciale audiovisuelle;

5° fournisseur de services de médias audiovisuels : la personne physique ou morale qui assume la responsabilité éditoriale du choix du contenu audiovisuel du service de médias audiovisuels et qui détermine la manière dont il est organisé;

6° communication commerciale sonore : le son conçu pour promouvoir, directement ou indirectement, les marchandises, les services ou l'image d'une personne physique ou morale qui exerce une activité économique. Ce son accompagne un programme ou y est inséré moyennant paiement ou autre contrepartie, ou à des fins d'autopromotion. La communication commerciale sonore revêt notamment les formes suivantes : publicité radio, parrainage et placement de produit;

7° service de médias sonores : un service économique pour lequel l'objet principal du service proprement dit ou d'une partie dissociable de ce service est la fourniture de programmes au grand public, sous la responsabilité éditoriale d'un fournisseur de services de médias, dans le but d'informer, de divertir ou d'éduquer, par le biais de réseaux de communications électroniques. Un service de médias sonores est un service de médias sonores soit linéaire soit non linéaire et/ou de la communication commerciale sonore;

8° fournisseur de services de médias sonores : la personne physique ou morale qui assume la responsabilité éditoriale du choix du contenu sonore du service de médias et qui détermine la manière dont il est organisé;

9° commission consultative : l'organe mentionné à l'article 127;

10° fourniture d'un réseau de communications électroniques : la mise en place, l'exploitation, la surveillance ou la mise à disposition d'un tel réseau;

11° opérateur : une entreprise qui fournit ou est autorisée à fournir un réseau de communications électroniques public ou une ressource associée;

12° lignes directrices sur la PSM : les lignes directrices sur l'analyse du marché et l'évaluation de la puissance sur le marché conformément au cadre réglementaire de l'Union pour les réseaux et les services de communications électroniques n° 2018/C 159/01;

13° BRF : le Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone;

14° service de communications électroniques : le service fourni normalement contre rémunération qui consiste entièrement ou principalement en la transmission de signaux sur des réseaux de communications électroniques, à l'exception des services consistant à fournir des contenus transmis à l'aide de réseaux et de services de communications électroniques ou à exercer sur eux une responsabilité éditoriale;

15° réseaux de communications électroniques : les systèmes de transmission, qu'ils soient ou non fondés sur une infrastructure permanente ou une capacité d'administration centralisée et, le cas échéant, les équipements de commutation ou de routage et les autres ressources, y compris les éléments de réseau qui ne sont pas actifs, qui permettent l'acheminement de signaux par câble, par la voie hertzienne, par moyen optique ou par d'autres moyens électromagnétiques, pour autant qu'ils servent à la transmission de services de médias;

16° guide électronique de programmes : un logiciel à l'aide duquel l'offre de programmes de médias audiovisuels pouvant être reçue est compilée et qui permet l'utilisation de cette offre;

17° recommandation : la communication de la Commission européenne concernant les marchés pertinents de produits et services, publiée par la Commission européenne conformément à l'article 64, alinéa 1^{er}, du Code;

18° utilisateur final : un utilisateur qui ne fournit pas de réseaux de communications électroniques publics ou de services de communications électroniques accessibles au public;

19° équipement de télévision numérique avancée : tout décodeur destiné à être raccordé à des récepteurs de télévision ou tout récepteur de télévision numérique à décodeur intégré destiné à la réception de services de télévision numérique interactive;

20° IADJ : l'Instance d'autorégulation de la déontologie journalistique en Communauté germanophone;

21° œuvres européennes :

a) les œuvres originaires des Communautés ou des États membres;

b) les œuvres originaires d'États tiers européens parties à la convention européenne sur la télévision transfrontière du Conseil de l'Europe, à la condition que les œuvres originaires des Communautés ou des États membres ne fassent pas l'objet de mesures discriminatoires dans le pays tiers concerné;

c) les œuvres coproduites dans le cadre d'accords concernant le secteur audiovisuel conclus entre l'Union européenne et des pays tiers et répondant aux conditions définies dans chacun de ces accords, à la condition que les œuvres originaires des Communautés ou des États membres ne fassent pas l'objet de mesures discriminatoires dans le pays tiers concerné.

Les œuvres originaires des Communautés ou des États membres ou d'États tiers européens parties à la convention européenne sur la télévision transfrontière du Conseil de l'Europe sont des œuvres qui sont réalisées essentiellement avec le concours d'auteurs et de travailleurs résidant dans un ou plusieurs de ces États et qui répondent à l'une des trois conditions suivantes :

- elles sont réalisées par un ou des producteurs établis dans un ou plusieurs de ces États, ou

- la production de ces œuvres est supervisée et effectivement contrôlée par un ou plusieurs producteurs établis dans un ou plusieurs de ces États, ou

- la contribution des coproducteurs de ces États est majoritaire dans le coût total de la coproduction, et celle-ci n'est pas contrôlée par un ou plusieurs producteurs établis en dehors de ces États.

Les œuvres qui ne sont pas des œuvres européennes au sens des *a)*, *b)*, et *c)*, mais qui sont produites dans le cadre d'accords bilatéraux de coproduction conclus entre des Communautés ou États membres et des pays tiers, sont réputées être des œuvres européennes si les coproducteurs de l'Union européenne participent majoritairement au coût total de production et que la production n'est pas contrôlée par un ou plusieurs producteurs établis en dehors du territoire des Communautés ou États membres;

22° organisme de radiodiffusion télévisuelle : un fournisseur de services de médias qui propose des services de médias audiovisuels linéaires;

23° publicité télévisée : toute forme de message télévisé, que ce soit moyennant paiement ou autre contrepartie, ou de diffusion à des fins d'autopromotion par un fournisseur public ou privé ou par une personne physique dans le cadre d'une activité commerciale, industrielle ou artisanale ou d'une profession dans le but de promouvoir la fourniture, moyennant paiement, de biens ou de services, y compris de biens immeubles, de droits et d'obligations;

24° ciné forum : la projection annuelle d'au moins huit films de haute valeur artistique, accessibles aux jeunes et reconnus comme étant de qualité par au moins un organisme d'évaluation d'un des États membres;

25° journées du cinéma : la projection d'au moins quatre films relatifs à un même thème en une semaine;

26° copie de promotion : la copie d'un film projeté au plus tard deux semaines après son lancement national en Belgique ou en République fédérale d'Allemagne, financée par un exploitant de cinéma;

27° brouillage préjudiciable : le brouillage qui compromet le fonctionnement d'un service de radionavigation ou d'autres services de sécurité ou qui, de toute autre manière, altère gravement, entrave ou interrompt de façon répétée le fonctionnement d'un service de radiocommunications opérant conformément à la réglementation internationale, communautaire ou nationale applicable;

28° ORECE : l'organe installé conformément au Règlement (UE) n° 2018/1971 du Parlement européen et du Conseil du 11 décembre 2018 établissant l'Organe des régulateurs européens des communications électroniques (ORECE) et l'Agence de soutien à l'ORECE (Office de l'ORECE), modifiant le Règlement (UE) 2015/2120 et abrogeant le Règlement (CE) n° 1211/2009;

29° exploitants de cinéma : les personnes physiques ou morales qui, en région de langue allemande, exploitent une salle de spectacles cinématographiques où elles projettent des films contre rémunération;

30° Code : la Directive (UE) 2018/1972 du Parlement européen et du Conseil du 11 décembre 2018 établissant le code des communications électroniques européen;

31° communication commerciale : la communication commerciale audiovisuelle ou sonore;

32° transcontrôle : le procédé permettant de changer le système d'accès conditionnel sans toucher au signal embrouillé d'un service de médias;

33° marchés transnationaux : les marchés définis par la Commission européenne, qui couvrent l'Union européenne ou une partie importante de celle-ci s'étendant sur plus d'un État membre;

34° service de médias linéaire : un service de médias fourni par un fournisseur de services de médias pour le visionnage simultané de programmes sur la base d'une grille de programmes;

35° service de médias : un service ou une autre activité transmis via des réseaux de communications électroniques qui, du point de vue de celui qui les diffuse, fournit des informations publiques, audiovisuelles ou sonores qui sont destinées à l'ensemble du public ou à une partie de celui-ci et n'ont aucun caractère confidentiel, même si la diffusion se fait sur demande individuelle et quelle que soit la technique utilisée pour celle-ci. N'en relèvent pas, en revanche, les services qui fournissent une information individualisée et caractérisée par une forme de confidentialité;

36° Conseil des médias : le Conseil des médias de la Communauté germanophone, mentionné au titre 4, chapitre 1^{er};

37° État membre : un État membre de l'Union européenne;

38° point de terminaison du réseau : le point physique par lequel un abonné obtient l'accès à un réseau de communications électroniques public. Dans le cas de réseaux utilisant la commutation et l'acheminement, le point de terminaison du réseau est identifié par une adresse réseau spécifique, qui peut être rattachée au numéro ou au nom de l'abonné;

39° service de médias non linéaire : un service de médias fourni par un fournisseur de services de médias pour le visionnage de programmes au moment choisi par l'utilisateur et sur demande individuelle sur la base d'un catalogue fixé par le fournisseur de services de médias;

40° utilisateur : une personne physique ou morale qui utilise ou demande un service de communications électroniques accessible au public;

41° vidéo créée par l'utilisateur : un ensemble d'images animées, combinées ou non à du son, constituant un seul élément, quelle qu'en soit la longueur, qui est créé par un utilisateur et téléchargé vers une plateforme de partage de vidéos par ce même utilisateur ou par n'importe quel autre utilisateur;

42° services de communications électroniques accessibles au public : les services de communications électroniques accessibles au grand public;

43° réseau de communications électroniques public : un réseau de communications électroniques utilisé entièrement ou principalement pour la fourniture de services de communications électroniques accessibles au public permettant la transmission d'informations entre les points de terminaison du réseau;

44° personnes dépendantes : les personnes mentionnées à l'article 3, 3°, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

45° placement de produit : toute forme de communication commerciale audiovisuelle consistant à inclure un produit, un service, ou leur marque, ou à y faire référence, en l'insérant dans un programme ou dans une vidéo créée par l'utilisateur moyennant paiement ou autre contrepartie;

46° décision-cadre 2008/913/JAI : décision-cadre 2008/913/JAI du Conseil du 28 novembre 2008 sur la lutte contre certaines formes et manifestations de racisme et de xénophobie au moyen du droit pénal;

47° décision éditoriale : une décision prise régulièrement dans le but d'exercer la responsabilité éditoriale et liée au fonctionnement du service de médias audiovisuels ou sonores au quotidien;

48° responsabilité éditoriale : l'exercice d'un contrôle effectif tant sur la sélection des programmes que sur leur organisation, soit sur une grille chronologique, dans le cas de services de médias audiovisuels et sonores linéaires, soit sur un catalogue, dans le cas de services de médias audiovisuels et sonores non linéaires;

49° Directive 2010/13/UE : la Directive 2010/13/UE du Parlement européen et du Conseil du 10 mars 2010 visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres relatives à la fourniture de services de médias audiovisuels (Directive « Services de médias audiovisuels »), telle que modifiée par la Directive (UE) 2018/1808;

50° Directive 2011/93/UE : la Directive 2011/93/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 relative à la lutte contre les abus sexuels et l'exploitation sexuelle des enfants, ainsi que la pédopornographie et remplaçant la décision-cadre 2004/68/JAI du Conseil;

51° Directive 2013/11/UE : la Directive 2013/11/UE du Parlement européen et du Conseil du 21 mai 2013 relative au règlement extrajudiciaire des litiges de consommation et modifiant le Règlement (CE) n° 2006/2004 et la Directive 2009/22/CE;

52° Directive (UE) 2017/541 : la Directive (UE) 2017/541 du Parlement européen et du Conseil du 15 mars 2017 relative à la lutte contre le terrorisme et remplaçant la décision-cadre 2002/475/JAI du Conseil et modifiant la décision 2005/671/JAI du Conseil;

53° Directive (UE) 2018/1808 : la Directive (UE) 2018/1808 du Parlement européen et du Conseil du 14 novembre 2018 modifiant la Directive 2010/13/UE visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres relatives à la fourniture de services de médias audiovisuels (directive « Services de médias audiovisuels »), compte tenu de l'évolution des réalités du marché;

54° communication commerciale clandestine : la présentation verbale ou visuelle de marchandises, de services, du nom, de la marque ou des activités d'un producteur de marchandises ou d'un prestataire de services dans des programmes, lorsque cette présentation est faite de façon intentionnelle par le fournisseur de services de médias audiovisuels ou sonores dans un but publicitaire et risque d'induire le public en erreur sur la nature de cette présentation. Une présentation verbale ou visuelle est considérée intentionnelle, notamment lorsqu'elle est faite moyennant paiement ou autre contrepartie;

55° programme : un ensemble d'images animées - combinées ou non à du son - ou, selon le cas, de sons constituant un seul élément - quelle qu'en soit la longueur, dans le cadre d'une grille ou d'un catalogue établi par un fournisseur de services de médias audiovisuels ou sonores. Un programme est, à titre d'exemple, une pièce radiophonique, un concert, un film long métrage, un vidéoclip, une manifestation sportive, une comédie de situation, un documentaire, un programme pour enfants ou une fiction originale;

56° parrainage : toute contribution d'une entreprise publique ou privée n'exerçant pas d'activités de fournisseur de services de médias audiovisuels ou sonores ou de services de plateformes de partage de vidéos ou de production d'œuvres audiovisuelles, au financement de services de médias audiovisuels, de services de plateformes de partage de vidéos, de vidéos créées par les utilisateurs ou de programmes, dans le but de promouvoir son nom, sa marque, son image, ses activités ou ses produits;

57° télé-achat : la diffusion d'offres directes au public en vue de la fourniture, moyennant paiement, de biens ou de services, y compris de biens immeubles, de droits et d'obligations;

58° système de transmission : la chaîne des opérations de traitement des signaux audio, vidéo et de données associées d'un service de radiodiffusion, destinées à mettre en forme et à transporter ces signaux jusqu'au public. Cette chaîne comporte les éléments suivants : formation des signaux de programmes (codage de source des signaux audio et vidéo, multiplexage des signaux) et adaptation aux moyens de transmission (codage de canal, modulation et, s'il y a lieu, dispersion de l'énergie);

59° consommateur : toute personne physique qui utilise ou demande un service de communications électroniques accessible au public à des fins autres que commerciales ou professionnelles;

60° équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels : tout équipement dont la finalité principale est de fournir un accès à des services de médias audiovisuels;

61° Règlement (UE) 2015/2120 : le Règlement (UE) 2015/2120 du Parlement européen et du Conseil du 25 novembre 2015 établissant des mesures relatives à l'accès à un internet ouvert et modifiant la Directive 2002/22/CE concernant le service universel et les droits des utilisateurs au regard des réseaux et services de communications électroniques et le Règlement (UE) n° 531/2012 concernant l'itinérance sur les réseaux publics de communications mobiles à l'intérieur de l'Union;

62° embrouillage : le traitement des signaux audio et vidéo de services de radiodiffusion destiné à les coder et à les rendre ainsi inintelligibles à toute personne ne disposant pas des titres d'accès requis;

63° fournisseur de plateformes de partage de vidéos : la personne physique ou morale qui fournit un service de plateformes de partage de vidéos;

64° service de plateformes de partage de vidéos : un service économique pour lequel l'objet principal du service proprement dit ou d'une partie dissociable de ce service ou une fonctionnalité essentielle du service est la fourniture au grand public de programmes ou de vidéos créées par l'utilisateur qui ne relèvent pas de la responsabilité éditoriale du fournisseur de la plateforme de partage de vidéos, dans le but d'informer, de divertir ou d'éduquer, par le biais de réseaux de communications électroniques et dont l'organisation est déterminée par le fournisseur de la plateforme de partage de vidéos, à l'aide notamment de moyens automatiques ou d'algorithmes, en particulier l'affichage, le balisage et le séquençement;

65° service économique de médias : un service de médias tel que défini aux articles 56 et 57 du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. Une telle prestation est supposée lorsque le fournisseur est soumis, pour les activités se rapportant entre autres aux services de médias, à l'enregistrement auprès de la Banque-Carrefour des Entreprises instaurée par la loi du 16 janvier 2003 portant création d'une Banque-Carrefour des Entreprises, modernisation du registre de commerce, création de guichets-entreprises agréés et portant diverses dispositions;

66° accès : la mise à la disposition d'une autre entreprise, dans des conditions bien définies et de manière exclusive ou non exclusive, de ressources et/ou de services en vue de la fourniture de services de communications électroniques, dans la mesure où ils servent à la fourniture de services de la société de l'information ou de contenu radiodiffusé. Cela couvre entre autres : l'accès à des éléments de réseau et à des ressources associées, ce qui peut comprendre la connexion des équipements par des moyens fixes ou non. Cela comprend en particulier l'accès à la boucle locale ainsi qu'aux ressources et services nécessaires à la fourniture de services par la boucle locale; l'accès à l'infrastructure physique, y compris aux bâtiments, gaines et pylônes, l'accès aux systèmes logiciels pertinents, y compris aux systèmes d'assistance à l'exploitation, l'accès aux systèmes d'information ou aux bases de données pour la préparation de commandes, l'approvisionnement, la commande, les demandes de maintenance et de réparation et la facturation, l'accès aux systèmes d'accès conditionnel pour les services de télévision numérique et l'accès aux services de réseaux virtuels;

67° systèmes d'accès conditionnel : toute mesure ou disposition techniques subordonnant l'accès à un service protégé de radio ou de télévision à un abonnement ou à une autre forme d'autorisation individuelle préalable;

68° services associés : les services associés à un réseau de communications électroniques et/ou à un service de communications électroniques, qui permettent et/ou soutiennent la fourniture, l'autofourniture ou la fourniture automatisée de services via ce réseau ou ce service ou en ont le potentiel. Ils comprennent notamment la conversion du numéro d'appel ou des systèmes offrant des fonctionnalités équivalentes, les systèmes d'accès conditionnel et les guides électroniques de programmes, ainsi que d'autres services tels que ceux relatifs à l'identité, l'emplacement et l'occupation de l'utilisateur;

69° ressources associées : les services associés, infrastructures physiques et autres ressources ou éléments associés à un réseau de communications électroniques et/ou à un service de communications électroniques, qui permettent et/ou soutiennent la fourniture de services via ce réseau et/ou ce service ou en ont le potentiel, et comprennent, entre autres, les bâtiments ou accès aux bâtiments, le câblage des bâtiments, les antennes, tours et autres constructions de soutènement, les gaines, conduites, pylônes, trous de visite et boîtiers;

70° interconnexion : un type particulier d'accès mis en œuvre entre opérateurs de réseaux publics au moyen de la liaison physique et logique des réseaux de communications électroniques publics, afin de permettre aux utilisateurs d'une entreprise de communiquer avec les utilisateurs de la même entreprise ou d'une autre entreprise, ou d'accéder aux services fournis par une autre entreprise. Ces services peuvent être fournis par les parties concernées ou par d'autres parties qui ont accès au réseau. L'interconnexion est mise en œuvre entre opérateurs de réseaux publics.

Art. 5 - Objectifs

§ 1^{er} - Le présent décret vise à :

1° promouvoir le pluralisme des médias, la diversité culturelle et linguistique, l'éducation aux médias, l'accessibilité, la non-discrimination, le bon fonctionnement du marché intérieur et la promotion de la concurrence loyale au niveau de la fourniture de services économiques de médias;

2° en ce qui concerne la fourniture de réseaux et services de communications électroniques :

a) promouvoir la connectivité et l'accès, pour l'ensemble des citoyens et des entreprises de l'Union européenne, à des réseaux à très haute capacité, y compris des réseaux fixes, mobiles et sans fil, et la pénétration de tels réseaux;

b) promouvoir la concurrence dans la fourniture de réseaux de communications électroniques et de ressources associées, y compris une concurrence efficace fondée sur les infrastructures, et dans la fourniture de services de communications électroniques et de services associés;

c) contribuer au développement du marché intérieur en éliminant les derniers obstacles à l'investissement dans les réseaux de communications électroniques, les services de communications électroniques, les ressources associées et les services associés en Communauté germanophone et à la fourniture de ces réseaux, services et ressources, et de faciliter les conditions de convergence en faveur de cet investissement; d'élaborer des règles communes et des approches régulatrices prévisibles; de favoriser l'utilisation efficace, efficiente et coordonnée des radiofréquences, l'innovation ouverte, l'établissement et le développement de réseaux transeuropéens, la fourniture, la disponibilité et l'interopérabilité de services paneuropéens et la connectivité de bout en bout;

d) promouvoir les intérêts des citoyens en garantissant la connectivité et la disponibilité des réseaux à très haute capacité et des services de communications électroniques en offrant un maximum d'avantages en termes de choix, de prix et de qualité sur la base d'une concurrence effective, ainsi qu'en assurant un accès et un choix équivalents pour les utilisateurs finaux qui sont des personnes dépendantes.

§ 2 - Lors de l'exécution des tâches de régulation fixées dans les dispositions des titres 2 et 3, le Conseil des médias prend toutes les mesures raisonnables nécessaires et proportionnées à la réalisation des objectifs énoncés au § 1^{er}.

TITRE 2. — Émissions de services de médias

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Art. 6 - Champ d'application

Sans préjudice du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, ce titre, à l'exception du chapitre 3, section 4, s'applique aux services de médias audiovisuels et sonores du BRF et aux services de médias économiques proposés par d'autres fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores et par des fournisseurs de plateformes de partage de vidéos.

Par dérogation au premier alinéa, l'article 7 vaut pour tous les fournisseurs de services de médias.

Art. 7 - Liberté d'opinion, limitations

§ 1^{er} - La liberté d'opinion et d'information est garantie aux services de médias en Communauté germanophone.

Quiconque est libre de proposer des services de médias et ne peut, sous réserve des dispositions du présent décret relatives aux fournisseurs de services économiques de médias, être soumis à aucune exigence de forme ni à aucun examen préalable.

§ 2 - Il est interdit aux fournisseurs de services de médias de fournir les services suivants :

1° ceux qui sont contraires aux lois, menacent la sécurité de l'État, l'ordre public ou les bonnes mœurs;

2° ceux qui constituent une provocation publique à commettre une infraction terroriste telle que visée à l'article 5 de la Directive (UE) 2017/541;

3° ceux qui incitent à la discrimination, à la haine ou à la violence en raison d'un des critères protégés conformément à l'article 3, 1°, du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination, ou en raison de l'appartenance à une minorité nationale.

§ 3 - Cet article ne porte pas atteinte aux articles XII.19 et XII.20 du Code économique.

Art. 8 - Obligation d'enregistrement

§ 1^{er} - Un fournisseur privé de médias doit s'enregistrer auprès du Conseil des médias pour tout service de médias qu'il a l'intention de proposer autrement que par un réseau de communications électroniques propre utilisant une radiofréquence conformément à l'article 58. L'activité peut commencer au plus tôt quinze jours après avoir reçu la confirmation de l'enregistrement par le Conseil des médias.

L'enregistrement mentionné à l'alinéa 1^{er} mentionne :

1° le nom du fournisseur;

2° le cas échéant, le numéro d'entreprise et les statuts du fournisseur;

3° l'adresse géographique de l'établissement principal du fournisseur dans l'Union européenne et, le cas échéant, de toute succursale éventuelle dans un État membre;

4° un correspondant et les coordonnées du fournisseur de services de médias, à savoir les données, y compris son adresse de courrier électronique et/ou son site internet, permettant d'entrer rapidement en contact avec lui d'une manière directe et efficace;

5° la nature et la description du service de médias y compris la description du service d'information éventuellement prévu ainsi que, le cas échéant, la preuve de l'occupation de journalistes;

6° la date à laquelle le service de médias sera mis à disposition;

7° le cas échéant, les modalités de commercialisation du service de médias, lorsque le fournisseur privé exploite lui-même ledit service;

8° un engagement écrit de respecter le décret, ses dispositions d'exécution et les lois en général.

§ 2 - Si le fournisseur de services de médias audiovisuels et sonores est une personne morale, il doit en outre indiquer dans l'enregistrement mentionné au § 1^{er} les informations suivantes :

1° le lieu où sont prises les décisions éditoriales relatives au service de médias audiovisuels ou sonores;

2° le pourcentage des effectifs employés en Communauté germanophone et affectés aux activités de services de médias audiovisuels ou sonores liées à un programme;

3° s'il existe un lien économique stable et réel avec la Communauté germanophone dans le cas où le fournisseur de services de médias a commencé son activité en premier en région de langue allemande.

§ 3 - Si le fournisseur de services de plateformes de partage de vidéos est une personne morale n'ayant pas son siège principal en région de langue allemande, il doit en outre indiquer dans l'enregistrement mentionné au § 1^{er} les informations suivantes :

1° s'il fait partie d'un groupe ayant une autre entreprise établie en région de langue allemande;

2° si le fournisseur de services de médias n'est pas lui-même implanté en région de langue allemande, dans la région linguistique d'une autre Communauté ni dans un autre État membre, mais que plusieurs filiales ou autres entreprises appartenant au même groupe sont implantées dans la région linguistique de différentes communautés ou différents États membres, et qu'une de ces entreprises a commencé ses activités en région de langue allemande, à condition qu'il maintienne un lien économique stable et réel avec la Communauté germanophone.

§ 4 - Le Conseil des médias met un formulaire de demande à disposition sur son site Internet.

§ 5 - L'arrêt envisagé de services de médias privés ainsi que les modifications programmées, portant sur les conditions énumérées aux §§ 1^{er} à 3, doivent être communiqués par écrit au Conseil des médias avant d'être exécutés.

Art. 9 - Rapport d'activités

§ 1^{er} - Chaque année, le fournisseur privé de services de médias introduit un rapport d'activités auprès du Conseil des médias. Ce rapport mentionne au moins :

1° des données relatives au personnel occupé ou collaborant;

2° les bilans et comptes annuels relatifs à l'année précédente, pour autant que le fournisseur soit tenu de les établir en vertu du Code des sociétés et des associations.

Dans leur rapport d'activités, les fournisseurs privés de services de médias sonores et audiovisuels linéaires doivent en outre indiquer :

1° la grille hebdomadaire des programmes, ainsi que les données relatives aux rediffusions, aux parties de programmes fournies et ininterrompues;

2° des données relatives au respect des obligations, conformément à l'article 24.

Dans leur rapport d'activités, les fournisseurs privés de services de médias sonores et audiovisuels non linéaires doivent en outre indiquer :

1° les activités de l'année précédente;

2° des données relatives au soutien d'œuvres européennes conformément à l'article 30.

Dans leur rapport d'activités, les fournisseurs de plateformes de partage de vidéos doivent décrire les mesures prises conformément à l'article 32, § 3.

§ 2 - Le Conseil des médias fixe la date à laquelle le rapport doit lui être remis.

CHAPITRE 2. — Dispositions pour les services de médias audiovisuels et sonores

Art. 10 - Obligation d'enregistrement et droit de consultation

Les programmes doivent être enregistrés entièrement et conservés par les fournisseurs de services de médias linéaires. Par dérogation, lorsqu'il s'agit de programmes diffusés en utilisant un enregistrement ou un film, ceux-ci peuvent être conservés ou leur remplacement garanti.

Les obligations mentionnées au premier alinéa prennent fin trois mois après le jour de la diffusion. Si, durant ce délai, un programme est contesté, les obligations ne prennent fin que lorsque la contestation a été levée par décision judiciaire coulée en force de chose jugée ou par médiation.

Durant les délais prévus au deuxième alinéa, le Conseil des médias peut, en tout temps, consulter gratuitement des pages de programmes, des enregistrements et des films ou se les faire expédier gratuitement.

Quiconque rend vraisemblable par écrit qu'il est porté atteinte à ses droits peut, durant les délais prévus au deuxième alinéa, exiger du fournisseur de services de médias de pouvoir consulter les pages de programmes, les enregistrements et les films. Les enregistrements, extraits ou copies d'enregistrements ou de films doivent lui être expédiés contre remboursement du prix de revient.

Art. 11 - Garantie de la diversité d'opinions

§ 1^{er} - L'exercice d'une position dominante dans le secteur audiovisuel par un ou plusieurs fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores, qui sont contrôlés par le même actionnaire, ne peut porter atteinte à la liberté du public d'accéder à une offre pluraliste dans les services de médias audiovisuels.

Par « offre pluraliste », il faut entendre une offre médiatique à travers une pluralité de médias indépendants et autonomes, reflétant la diversité d'opinions la plus large possible.

§ 2 - Si le Conseil des médias constate qu'une entreprise exerce une position dominante sur le marché, il examine le pluralisme de l'offre dans les services de médias audiovisuels proposés par les fournisseurs mentionnés au § 1^{er}.

Une position dominante sur le marché est notamment supposée :

1° lorsqu'une personne physique ou morale détenant plus de 24 % du capital d'un fournisseur de services de médias audiovisuels détient, directement ou indirectement, plus de 24 % du capital d'un autre fournisseur de services de médias audiovisuels de la Communauté germanophone;

2° lorsqu'une personne physique ou morale détenant plus de 24 % du capital d'un fournisseur de services de médias sonores détient, directement ou indirectement, plus de 24 % du capital d'un autre fournisseur de services de médias sonores de la Communauté germanophone;

3° lorsque la part d'audience cumulée de plusieurs fournisseurs de services de médias audiovisuels atteint 20 % de l'audience totale de tous les fournisseurs de services audiovisuels de la Communauté germanophone et que ceux-ci sont détenus directement ou indirectement, majoritairement ou minoritairement, par une même personne physique ou morale;

4° lorsqu'un fournisseur de services de médias audiovisuels utilise plus d'un quart des radiofréquences prévues pour les services de médias audiovisuels linéaires privés;

5° lorsque la part d'audience cumulée de plusieurs fournisseurs de services de médias sonores atteint 20 % de l'audience totale de tous les fournisseurs de services de médias sonores de la Communauté germanophone et que ceux-ci sont détenus directement ou indirectement, majoritairement ou minoritairement, par une même personne physique ou morale;

6° lorsqu'un fournisseur de services sonores utilise plus d'un quart des radiofréquences prévues pour les services de médias sonores.

§ 3 - Si le Conseil des médias constate une atteinte à la liberté du public d'accéder à une offre pluraliste de services de médias audiovisuels et sonores, il notifie ses griefs aux intéressés et engage avec eux une concertation afin de convenir de mesures permettant le respect du pluralisme de l'offre.

Si, dans un délai de six mois à compter de son entame, la concertation n'aboutit pas à la conclusion d'un accord sur les mesures qui permettent de respecter la pluralité de l'offre conformément au premier alinéa ou si les mesures entreprises ne sont pas respectées, le Conseil des médias peut infliger des sanctions conformément à l'article 138.

§ 4 - À cette fin, le Conseil des médias peut consulter les autorités compétentes en matière de concurrence.

§ 5 - Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas au BRF.

Art. 12 - Disposition générale relative à la communication commerciale

La communication commerciale ne peut pas :

1° porter atteinte à la dignité humaine;

2° contenir ou promouvoir une discrimination en raison d'un des critères protégés conformément à l'article 3, 1°, du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination, ou en raison de l'appartenance à une minorité nationale;

3° encourager des comportements préjudiciables à la santé ou à la sécurité;

4° encourager des comportements gravement préjudiciables à la protection de l'environnement ou, selon le cas, contraires à la législation européenne applicable en matière de protection de l'environnement;

5° blesser les convictions religieuses, philosophiques ou politiques.

Art. 13 - Règlementation de la communication commerciale

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores contenant de la communication commerciale doivent satisfaire aux critères suivants :

1° la communication commerciale doit être aisément identifiable comme telle et pouvoir être distinguée du contenu éditorial. Elle doit être séparée du reste du programme par des moyens optiques et/ou acoustiques. La publicité clandestine est interdite dans les communications commerciales;

2° les communications commerciales n'utilisent pas de techniques subliminales;

3° les communications commerciales relatives à des boissons alcoolisées ne s'adressent pas expressément aux mineurs et n'encouragent pas la consommation immodérée de ces boissons;

4° toute forme de communication commerciale pour les cigarettes et autres produits du tabac, ainsi que pour les cigarettes électroniques et les flacons de recharge, est interdite;

5° les communications commerciales pour les médicaments et les traitements médicaux qui sont disponibles uniquement sur ordonnance sont interdites.

Art. 14 - Protection des mineurs lors de communications commerciales

Les communications commerciales ne peuvent causer de préjudice physique ou moral aux mineurs. Elles ne doivent pas inciter directement les mineurs à l'achat ou à la location d'un produit ou d'un service en exploitant leur inexpérience ou leur crédulité, inciter directement les mineurs à persuader leurs parents ou des tiers d'acheter les produits ou les services faisant l'objet de la publicité, exploiter la confiance particulière que les mineurs ont dans leurs parents, leurs enseignants ou d'autres personnes, ou présenter sans motif des mineurs en situation dangereuse.

CHAPITRE 3. — Dispositions particulières applicables aux services de médias audiovisuels

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Art. 15 - Informations minimales

Les fournisseurs de services audiovisuels mettront, directement et de manière permanente, à la disposition des destinataires les informations suivantes :

1° leur nom;

2° l'adresse géographique à laquelle ils sont établis;

3° les coordonnées du fournisseur, y compris son adresse de courrier électronique et/ou son site internet, permettant d'entrer rapidement en contact avec lui d'une manière directe et efficace;

4° la mention que le service est soumis à la tutelle du Conseil des médias.

Art. 16 - Mesures relatives à certains services de médias audiovisuels

§ 1^{er} - Des services de médias audiovisuels d'autres Communautés ou États membres ou d'un autre État de l'Espace économique européen bénéficient de la liberté de réception et de retransmission en région de langue allemande.

§ 2 - Sans préjudice du § 1^{er}, le Conseil des médias peut adopter des mesures provisoires en ce qui concerne la

liberté de réception et de retransmission d'un certain service de médias audiovisuels proposé par un fournisseur de services de médias ressortissant à la juridiction d'une autre Communauté ou d'un autre État membre si :

1° le fournisseur de services de médias a, au cours des douze derniers mois, enfreint au moins deux fois d'une manière manifeste, sérieuse et grave l'article 7, § 2, 3°, ou l'article 17, ou porte atteinte ou présente un risque sérieux et grave d'atteinte à la santé publique;

2° le Conseil des médias a notifié par écrit au fournisseur de services de médias, à la Communauté ou à l'État membre dont relève ce fournisseur et à la Commission européenne la violation alléguée et les mesures proportionnées qu'il a l'intention de prendre dans le cas où une telle violation se reproduirait;

3° le Conseil des médias a respecté les droits de la défense du fournisseur de services de médias et lui a notamment donné l'occasion d'exprimer son point de vue sur les violations alléguées et

4° les consultations avec la Communauté compétente pour le fournisseur de services de médias, avec l'État membre compétent et avec la Commission européenne n'ont pas abouti à un règlement amiable dans un délai d'un mois à compter de la réception, par la Commission européenne, de la notification prévue au 2°.

§ 3 - Sans préjudice du § 1^{er}, le Conseil des médias peut prendre des mesures provisoires lorsqu'un certain service de médias audiovisuels fourni par un fournisseur de services de médias relevant de la compétence d'une autre autorité belge ou d'un autre État membre enfreint d'une manière manifeste, sérieuse et grave l'article 7, § 2, 2°, ou présente un risque sérieux et grave d'atteinte à la sécurité publique, y compris la protection de la sécurité et de la défense nationales.

Ce régime exceptionnel est soumis aux conditions suivantes :

1° le fournisseur de services de médias a, au cours des douze derniers mois, montré au moins une fois auparavant le comportement mentionné au premier alinéa.

2° le Conseil des médias a notifié par écrit au fournisseur de services de médias, à la Communauté ou à l'État membre dont relève ce fournisseur et à la Commission européenne la violation alléguée et les mesures proportionnées qu'il a l'intention de prendre dans le cas où une telle violation se reproduirait. Le Conseil des médias donne à ce fournisseur la possibilité de s'exprimer sur les violations alléguées.

En cas d'urgence, et au plus tard un mois après la violation alléguée, le Conseil des médias peut déroger aux conditions énoncées à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°. Dans ce cas, les mesures entreprises sont notifiées dans les plus brefs délais à la Commission européenne et à la Communauté ou à l'État membre dont relève le fournisseur de services de médias, en indiquant les raisons pour lesquelles le Conseil des médias estime qu'il y a urgence.

§ 4 - La retransmission en région de langue allemande de services de médias audiovisuels ne relevant pas de la compétence d'une autre Communauté, d'un autre État membre ou d'un autre État de l'Espace économique européen, est libre pour autant que le Conseil des médias en ait été averti.

Le Conseil des médias dispose d'un délai de soixante jours pour s'opposer à la diffusion d'un service de médias audiovisuels linéaire si cette mesure est nécessaire pour garantir la sécurité nationale, l'intégrité territoriale ou la sécurité publique, le maintien de l'ordre et la prévention de la criminalité, la protection de la santé ou de la morale, la protection de la réputation ou des droits de tiers, pour empêcher la divulgation d'informations confidentielles ou pour garantir l'autorité et l'impartialité du pouvoir judiciaire ou s'il y a violation de l'article 7.

§ 5 - Les dispositions du présent article ne portent pas atteinte au Livre XI du Code économique.

Art. 17 - Protection des mineurs

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels prennent les mesures appropriées pour garantir que les services de médias audiovisuels qui pourraient nuire à l'épanouissement physique, mental ou moral des mineurs, notamment la violence gratuite et la pornographie, ne soient mis à la disposition que dans des conditions telles que les mineurs ne puissent normalement pas les entendre ni les voir, et ce, proportionnellement au préjudice que pourrait causer le programme concerné.

Les données à caractère personnel de mineurs collectées ou générées d'une autre manière par des fournisseurs ne sont pas traitées à des fins commerciales, telles que le démarchage, le profilage et la publicité basée sur le ciblage comportemental.

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels fournissent aux spectateurs des informations suffisantes sur les contenus susceptibles de nuire à l'épanouissement physique, mental ou moral des mineurs. À cet effet, les fournisseurs utilisent un système décrivant la nature potentiellement préjudiciable du contenu d'un service de médias audiovisuels.

Art. 18 - Communication commerciale audiovisuelle pour des boissons alcoolisées

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels contenant de la communication commerciale audiovisuelle pour des boissons alcoolisées doivent satisfaire aux critères suivants :

1° ne pas être spécifiquement adressée aux mineurs et, en particulier, présenter des mineurs consommant ces boissons;

2° ne pas associer la consommation d'alcool à une amélioration des performances physiques ou à la conduite automobile;

3° ne pas susciter l'impression que la consommation d'alcool favorise la réussite sociale ou sexuelle;

4° ne pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou ont un effet stimulant, sédatif ou anticonflituel;

5° ne pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété;

6° ne pas souligner comme qualité positive des boissons leur forte teneur en alcool.

Les exigences mentionnées au premier alinéa ne valent pas pour le parrainage et le placement de produits pour autant qu'il ne s'agisse pas de services de médias audiovisuels non linéaires.

Art. 19 - Parrainage

Les services de médias audiovisuels ou les programmes audiovisuels qui sont parrainés répondent aux exigences suivantes :

1° leur contenu et, dans le cas de programmes télévisés, leur programmation ne peuvent en aucun cas être influencés de manière à porter atteinte à la responsabilité et à l'indépendance éditoriale du fournisseur de services de médias;

2° ils n'incitent pas directement à l'achat ou à la location de biens ou de services, notamment en faisant des références promotionnelles spécifiques à ces produits ou services;

3° les téléspectateurs sont clairement informés de l'existence d'un accord de parrainage. Les programmes parrainés doivent être clairement identifiés en tant que tels par le nom, le logo et/ou un autre symbole du parraineur, par exemple au moyen d'une référence à ses produits ou services ou d'un signe distinctif, d'une manière adaptée au programme au début, à la fin ou pendant celui-ci.

Le parrainage de services de médias audiovisuels ou de programmes audiovisuels par des entreprises qui ont notamment pour activité la fabrication ou la vente de médicaments et de traitements médicaux peut promouvoir le nom ou l'image de l'entreprise, mais ne doit pas promouvoir des médicaments ou des traitements médicaux spécifiques disponibles uniquement sur ordonnance.

Les émissions d'information et d'actualité politique ne peuvent être parrainées.

Les services de médias audiovisuels ou les programmes audiovisuels ne sont pas parrainés par des entreprises qui ont pour activité principale la fabrication ou la vente de cigarettes et d'autres produits du tabac, ainsi que de cigarettes électroniques et de flacons de recharge.

Art. 20 - Placement de produit

§ 1^{er} - Le placement de produit est autorisé dans l'ensemble des services de médias audiovisuels, sauf dans les émissions d'information et d'actualité politique, les émissions de consommateurs, les programmes religieux et les programmes pour enfants.

Les programmes qui comportent du placement de produit répondent au moins à toutes les exigences suivantes :

1° leur contenu et leur organisation au sein d'une grille, dans le cas de la radiodiffusion télévisuelle, ou au sein d'un catalogue, dans le cas de services de médias audiovisuels à la demande, ne sont en aucun cas influencés de manière à porter atteinte à la responsabilité et à l'indépendance éditoriale du fournisseur de services de médias;

2° ils n'incitent pas directement à l'achat ou à la location de biens ou de services, notamment en faisant des références promotionnelles spécifiques à ces produits ou services;

3° ils ne mettent pas en avant de manière injustifiée le produit en question;

4° les téléspectateurs sont clairement informés de l'existence d'un placement de produit. Les programmes comportant du placement de produit sont identifiés de manière appropriée au début et à la fin de leur diffusion, ainsi que lorsqu'un programme reprend après une interruption publicitaire, afin d'éviter toute confusion de la part du téléspectateur. Cette condition n'est d'application que pour les programmes produits ou commandés par le fournisseur de services de médias lui-même ou une société affiliée au fournisseur de services de médias.

En tout état de cause, les programmes ne comportent pas de placement de produit pour :

1° des cigarettes et d'autres produits du tabac, ainsi que pour des cigarettes électroniques et des flacons de recharge, ou de placement de produit émanant d'entreprises qui ont pour activité principale la fabrication ou la vente de ces produits;

2° des médicaments ou traitements médicaux spécifiques disponibles uniquement sur ordonnance.

§ 2 - Les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'aux programmes produits après le 19 décembre 2009.

Art. 21 - Personnes dépendantes

§ 1^{er} - Les fournisseurs de services de médias audiovisuels améliorent continuellement l'accessibilité de leurs services aux personnes dépendantes en prenant des mesures adéquates et tiennent compte des dispositions relatives à l'accessibilité des services pour les personnes dépendantes prises par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, pour autant que celles-ci ne leur imposent pas une charge disproportionnée.

Tous les trois ans à partir de leur enregistrement, les fournisseurs de services de médias remettent au Conseil des médias un rapport relatif à la mise en œuvre des mesures mentionnées au premier alinéa.

§ 2 - Les informations d'urgence, notamment les communications et annonces publiques en situation de catastrophes naturelles, mises à la disposition du public au moyen de services de médias audiovisuels, sont fournies d'une manière qui soit accessible aux personnes dépendantes.

§ 3 - L'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée fournit les informations pertinentes dans le cadre de cet article et reçoit les plaintes relatives à tous les problèmes d'accessibilité mentionnés dans cet article.

Art. 22 - Intégrité du signal

Conformément au livre XI du Code économique, les services de médias audiovisuels fournis par les fournisseurs de services de médias ne font pas l'objet, sans l'accord explicite de ces fournisseurs, de superpositions par des bandeaux à des fins commerciales ou ne sont pas modifiés.

Art. 23 - Œuvres cinématographiques

Conformément au livre XI du Code économique, les fournisseurs de services de médias audiovisuels ne procèdent à aucune diffusion d'œuvres cinématographiques en dehors des délais convenus avec les détenteurs de droit.

Section 2. — Dispositions particulières applicables aux services de médias audiovisuels linéaires

Art. 24 - Œuvres européennes et autres exigences

§ 1^{er} - Afin de présenter la diversité dans l'espace germanophone et européen et afin de promouvoir les productions cinématographiques et télévisuelles européennes, les fournisseurs de services de médias audiovisuels linéaires doivent, conformément au droit européen, réserver à la diffusion d'œuvres européennes la majeure partie de leur temps d'antenne qui n'est pas composé d'actualités, de reportages sportifs, de jeux, de publicités, de services de télétexte et de télé-achat.

Cette proportion, compte tenu des responsabilités du fournisseur à l'égard de son public en matière d'information, d'éducation, de culture et de divertissement, devra être obtenue progressivement sur la base de critères appropriés.

Le Gouvernement fixe les autres modalités de cette obligation.

§ 2 - Les fournisseurs de service de médias audiovisuels linéaires réservent aux œuvres européennes au moins 10 % du temps d'antenne, à l'exclusion du temps consacré aux actualités, à des reportages sportifs, à des jeux, à la publicité ou aux services de télétexte ainsi qu'au télé-achat, ou alors consacrent 10 % de leur budget de programmation à des œuvres européennes émanant de producteurs indépendants des fournisseurs. Une proportion adéquate doit être réservée à des œuvres récentes, c'est-à-dire des œuvres diffusées dans les cinq ans suivant leur production.

Art. 25 - Diffusion d'événements d'une importance majeure

§ 1^{er} - Le Gouvernement peut établir une liste reprenant les événements, nationaux ou non, d'une importance majeure pour la société qui, de ce fait, ne peuvent pas faire l'objet d'un exercice de droits d'exclusivité empêchant une

part importante du public de suivre l'événement en direct ou en différé dans le cadre d'une d'émission télévisée accessible à tous.

Le Gouvernement détermine si ces événements doivent être transmis intégralement ou partiellement en direct ou, si nécessaire ou approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, intégralement ou partiellement en différé.

Le Gouvernement notifie immédiatement à la Commission européenne toute mesure prise ou envisagée conformément au présent paragraphe.

§ 2 - Il est interdit aux fournisseurs de services de médias audiovisuels linéaires d'exercer des droits d'exclusivité de manière à priver une partie importante du public d'une autre entité fédérée ou d'un autre État membre de la possibilité de suivre, que ce soit intégralement ou partiellement, en direct ou, si nécessaire ou approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, intégralement ou partiellement en différé, sur une télévision à accès libre, selon les dispositions prises par l'autre entité ou l'autre État membre conformément à l'article 14 de cette même directive, des événements désignés par cette entité ou cet État membre conformément à l'article 14 de la Directive 2010/13 UE.

Art. 26 - Brefs reportages d'actualité

Pour la réalisation de brefs reportages d'actualité, tout fournisseur de service de médias audiovisuels linéaire établi dans l'Union européenne ou dans un État de l'Espace économique européen a pour objectif de permettre l'accès, dans des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires, à des événements d'un grand intérêt pour le public qui font l'objet d'une transmission exclusive par un fournisseur relevant de la compétence des entités fédérées ou des États membres.

Si un autre fournisseur de service de médias audiovisuels linéaire, établi dans la même Communauté ou le même État membre que les fournisseurs de service de médias audiovisuels linéaire souhaitant disposer d'un accès, a acquis des droits d'exclusivité pour l'événement présentant un grand intérêt pour le public, c'est à ce fournisseur que l'accès est demandé.

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels linéaires peuvent choisir librement leurs brefs extraits à partir du signal du fournisseur qui assure la diffusion, moyennant au minimum l'indication de leur origine, à moins que cela ne soit impossible pour des raisons pratiques.

Les brefs extraits sont utilisés exclusivement dans des programmes généraux d'actualité et ne peuvent être exploités dans le cadre de services de médias audiovisuels non linéaires que si le même programme est offert en différé par le même fournisseur de services de médias.

Les brefs reportages gratuits sont limités à un bref reportage d'actualité de l'événement. La durée admissible se calcule suivant le temps nécessaire à la transmission du contenu de la manifestation ou de l'événement sous forme de reportage d'actualité. Pour des manifestations récurrentes à court terme et de nature comparable, la durée maximale est en règle générale d'une minute et demie. Lorsque de brefs reportages relatifs à des événements de nature comparable sont résumés, le caractère d'actualité doit être garanti dans ce résumé. Le Gouvernement peut fixer les règles pour le remboursement des frais.

Art. 27 - Publicité télévisée et télé-achat

La publicité télévisée et le télé-achat doivent être aisément identifiables comme tels et pouvoir être distingués du contenu éditorial. Sans préjudice de l'utilisation des nouvelles techniques publicitaires, la publicité télévisée et le télé-achat doivent être nettement séparés du reste du programme par des moyens optiques et/ou acoustiques et/ou spatiaux. Les spots isolés de publicité et de télé-achat doivent être exceptionnels, sauf lors de la diffusion de manifestations sportives.

L'insertion de publicité télévisée ou de télé-achat pendant les programmes ne peut ni porter atteinte à leur intégrité, compte tenu de leurs interruptions naturelles, de leur durée et de leur nature, ni porter préjudice aux droits des ayants droit.

Art. 28 - Proportion de publicité télévisée et de télé-achat

§ 1^{er} - La proportion de spots de publicité télévisée et de spots de télé-achat au cours de la période comprise entre 6 h et 18 h ne dépasse pas 20 % de cette période. La proportion de spots de publicité télévisée et de spots de télé-achat au cours de la période comprise entre 18 h et 0 h ne dépasse pas 20 % de cette période.

Ne sont pas considérés comme publicité au sens de l'alinéa 1^{er} :

1° les messages diffusés par l'organisme de radiodiffusion télévisuelle en liaison avec ses propres programmes et les produits connexes directement dérivés de ces programmes, ou avec les programmes et services de médias audiovisuels d'autres entités appartenant au même groupe de radiodiffusion télévisuelle;

2° les annonces de parrainage;

3° le placement de produit;

4° les cartons neutres insérés entre le contenu éditorial et les spots de publicité télévisée ou de télé-achat, et entre chaque spot.

§ 2 - Les fenêtres de télé-achat doivent être clairement identifiées comme telles grâce à des moyens optiques et acoustiques et avoir une durée minimale ininterrompue de quinze minutes.

§ 3 - Les informations et émissions religieuses ne peuvent être interrompues par des publicités et des spots de télé-achat.

La transmission de téléfilms, à l'exclusion des séries, feuilletons et documentaires, d'œuvres cinématographiques et de journaux télévisés peut être interrompue par de la publicité télévisée et/ou du télé-achat une fois par tranche programmée de trente minutes au moins. La diffusion des programmes pour enfants peut être interrompue par de la publicité télévisée une fois par tranche programmée de trente minutes au moins, à condition que la durée programmée du programme soit supérieure à trente minutes. La diffusion de séquences de télé-achat est interdite pendant les programmes pour enfants.

§ 4 - Les dispositions du présent décret s'appliquent *mutatis mutandis* aux chaînes de télévision exclusivement consacrées à la publicité et au télé-achat ainsi qu'aux chaînes exclusivement consacrées à l'autopromotion. Les articles 24, 27, § 2, et 28, § 1^{er}, de ce décret ne s'appliquent pas à de telles chaînes.

Section 3. - Dispositions particulières applicables aux services de médias audiovisuels non linéaires

Art. 29 - Principe

Quiconque peut, conformément aux conditions définies dans le présent chapitre, fournir des services de médias audiovisuels non linéaires, pour autant que le service satisfasse aux exigences du présent titre et soit indépendant d'un parti politique.

Ces services peuvent être diffusés en tout ou partie sous forme de signaux embrouillés. La réception peut être payante.

Art. 30 - Œuvres européennes

§ 1^{er} - Les services de médias audiovisuels non linéaires qui sont mis à disposition par des fournisseurs enregistrés soutiennent la production d'œuvres européennes et l'accès à celles-ci. Ils réservent au moins 30 % de leur catalogue à des œuvres européennes et veillent à la notoriété de celles-ci.

Ce soutien peut notamment se traduire par la contribution financière apportée par ces services à la production d'œuvres européennes et à l'acquisition de droits pour ces œuvres, ou la part et/ou place importante réservées aux œuvres européennes dans le catalogue de programmes proposé par le service de médias audiovisuels non linéaire.

Le Gouvernement fixe les autres modalités. Il peut déterminer d'autres formes adéquates de soutien.

§ 2 - Des fournisseurs de services de médias audiovisuels non linéaires qui ciblent des publics en Communauté germanophone, mais sont établis dans une autre Communauté ou dans un autre État membre peuvent également être soumis à des contributions financières conformément au § 1^{er}, qui doivent être proportionnées et non discriminatoires.

La contribution financière se base uniquement sur les recettes générées en Communauté germanophone et est conforme au droit de l'Union, notamment au prescrit en matière d'aides d'État.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

§ 3 - Les obligations imposées conformément aux §§ 1^{er} et 2 ne s'appliquent pas aux fournisseurs de services de médias qui ont un chiffre d'affaires peu élevé ou une faible audience.

Section 4. — Dispositions particulières applicables à la diffusion des séances et manifestations publiques du Parlement

Art. 31 - Séances et manifestations du Parlement

Les retransmissions des séances et manifestations publiques du Parlement de la Communauté germanophone ne peuvent contenir aucune publicité télévisée. Les programmes parrainés et le placement de produit sont interdits.

Les programmes ne sont pas soumis à la tutelle du Gouvernement ou du Conseil des médias.

CHAPITRE IV. — *Dispositions particulières applicables aux services de plateformes de partage de vidéos*

Art. 32 - Obligations pour les plateformes de partage de vidéos

§ 1^{er} - Les fournisseurs de services de plateformes de partage de vidéos prennent des mesures appropriées en vue de protéger :

a) les mineurs des programmes, vidéos créées par l'utilisateur et communications commerciales audiovisuelles susceptibles de nuire à leur épanouissement physique, mental ou moral, conformément à l'article 17;

2° le grand public des programmes, vidéos créées par l'utilisateur et communications commerciales audiovisuelles comportant une incitation à la violence ou à la haine visant un groupe de personnes ou un membre d'un groupe en raison d'un des critères protégés conformément à l'article 3, 1^o, du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination, ou en raison de l'appartenance à une minorité nationale;

3° le grand public des programmes, vidéos créées par l'utilisateur et communications commerciales audiovisuelles comportant des contenus dont la diffusion constitue une infraction pénale au titre du droit de l'Union, à savoir la provocation publique à commettre une infraction terroriste telle qu'énoncée à l'article 5 de la Directive (UE) 2017/541, les infractions liées à la pédopornographie telles qu'énoncées à l'article 5, paragraphe 4, de la Directive 2011/93/UE et les infractions relevant du racisme et de la xénophobie telles qu'énoncées à l'article 1^{er} de la décision-cadre 2008/913/JAI.

§ 2 - Les fournisseurs de plateformes de partage de vidéos respectent les exigences prévues aux articles 12 à 14 en ce qui concerne les communications commerciales audiovisuelles qui font l'objet d'actions de promotion, sont vendues ou sont organisées par lesdits fournisseurs de plateformes de partage de vidéos.

Les fournisseurs de plateformes de partage de vidéos prennent des mesures adéquates pour respecter les exigences prévues aux articles 12 à 14 en ce qui concerne les communications commerciales audiovisuelles qui ne font pas l'objet d'actions de promotion, ne sont pas vendues et ne sont pas organisées par lesdits fournisseurs de plateformes de partage de vidéos, compte tenu du contrôle limité que ces plateformes de partage de vidéos exercent sur ces communications commerciales audiovisuelles.

Les fournisseurs de plateformes de partage de vidéos informent les utilisateurs de façon claire lorsque des programmes et des vidéos créées par l'utilisateur contiennent des communications commerciales audiovisuelles, à condition que ces communications soient déclarées conformément au § 3, alinéa 3, 3^o, ou que le fournisseur ait connaissance de ce fait.

§ 3 - Aux fins de l'application des §§ 1^{er} et 2, les mesures appropriées sont déterminées en prenant en considération la nature du contenu en question, le préjudice qu'il pourrait causer, les caractéristiques de la catégorie des personnes à protéger ainsi que les droits et les intérêts légitimes en jeu, y compris ceux des fournisseurs de plateformes de partage de vidéos et ceux des utilisateurs qui ont créé le contenu ou l'ont mis en ligne, ainsi que l'intérêt public général.

Ces mesures sont réalisables et proportionnées, compte tenu de la taille du service de plateformes de partage de vidéos et de la nature du service fourni. Ces mesures n'entraînent pas de mesures de contrôle *ex ante* ni de filtrage de contenus au moment de la mise en ligne qui ne soient pas conformes à l'article XII.20, § 1^{er}, du Code économique. Aux fins de la protection des mineurs prévue au § 1^{er}, 1^o, les contenus les plus préjudiciables sont soumis aux mesures de contrôle d'accès les plus strictes.

Ces mesures consistent, selon ce qui est approprié, à :

1° inclure et appliquer, dans les conditions des services de plateformes de partage de vidéos, les exigences visées au § 1^{er};

2° inclure et appliquer, dans les conditions des services de plateformes de partage de vidéos, les exigences énoncées aux articles 12 à 14, pour les communications commerciales audiovisuelles qui ne font pas l'objet d'actions de promotion, ne sont pas vendues et ne sont pas organisées par les fournisseurs de plateformes de partage de vidéos;

3° disposer d'une fonctionnalité permettant aux utilisateurs qui mettent en ligne des vidéos créées par l'utilisateur de déclarer si ces vidéos contiennent, à leur connaissance ou dans la mesure où l'on peut raisonnablement attendre d'eux qu'ils le sachent, des communications commerciales audiovisuelles;

4° mettre en place et utiliser des mécanismes transparents et conviviaux permettant aux utilisateurs d'une plateforme de partage de vidéos d'indiquer ou de signaler au fournisseur de ladite plateforme les contenus visés au § 1^{er} qui y sont fournis;

5° mettre en place et utiliser des systèmes permettant aux fournisseurs de plateformes de partage de vidéos d'expliquer aux utilisateurs de ces plateformes quelle suite a été donnée aux indications et aux signalisations visées au 4°;

6° mettre en place et utiliser des systèmes permettant de vérifier l'âge des utilisateurs des plateformes de partage de vidéos en ce qui concerne les contenus susceptibles de nuire à l'épanouissement physique, mental ou moral des mineurs;

7° mettre en place et utiliser des systèmes faciles à utiliser permettant aux utilisateurs de plateformes de partage de vidéos de classer les contenus visés au § 1^{er};

8° prévoir des systèmes de contrôle parental dont les utilisateurs finaux ont le contrôle en ce qui concerne les contenus susceptibles de nuire à l'épanouissement physique, mental ou moral des mineurs;

9° mettre en place et utiliser des procédures transparentes, faciles à utiliser et efficaces pour le traitement et la résolution des réclamations des utilisateurs auprès du fournisseur de plateformes de partage de vidéos en lien avec la mise en œuvre des mesures visées aux 4° à 8°;

10° prévoir des mesures et des outils d'éducation aux médias efficaces et sensibiliser les utilisateurs à ces mesures et outils.

§ 4 - Les données à caractère personnel de mineurs collectées ou générées d'une autre manière par des fournisseurs de plateformes de partage de vidéos conformément au § 3, 6° et 8°, ne sont pas traitées à des fins commerciales, telles que le démarchage, le profilage et la publicité basée sur le ciblage comportemental.

§ 5 - Le Conseil des médias fixe les mécanismes nécessaires pour évaluer l'adéquation des mesures mentionnées au § 3 adoptées par les fournisseurs de plateformes de partage de vidéos. Ces mécanismes sont rendus publics sur le site internet du Conseil des médias. Une synthèse de ces mécanismes est également publiée dans d'autres médias.

CHAPITRE 5. — Dispositions particulières applicables aux services de médias sonores

Section 1^{re}. — Dispositions particulières applicables aux services de médias sonores linéaires

Art. 33 - Informations minimales

Les fournisseurs de services de médias sonores linéaires mettront à la disposition des destinataires au moins les informations suivantes :

1° la dénomination du service de médias sonores;

2° le lieu d'implantation de l'émetteur;

3° des informations sur les fréquences utilisées, le cas échéant;

4° le *Radio Data System*, le code RDS-PI communiqué par Conseil des médias devant être utilisé, le cas échéant.

Lorsque les fournisseurs de services de médias sonores utilisent des radiofréquences, les informations mentionnées au premier alinéa, 1° à 3°, seront communiquées en début et en fin de programme. En outre, elles seront régulièrement répétées en cours de programme.

Art. 34 - Communications commerciales dans les services de médias sonores linéaires du BRF

Le temps de transmission consacré à la communication commerciale sonore dans les services de médias sonores linéaires du BRF ne peut dépasser 15 % de la durée journalière de transmission.

Le temps de transmission consacré à la communication commerciale sonore ne peut dépasser 20 % en une heure, calculée à partir d'une heure complète.

Section 2. — Dispositions particulières applicables aux services de médias sonores non linéaires

Art. 35 - Informations minimales

Les fournisseurs de services de médias sonores non linéaires mettront au moins la dénomination du service sonore à la disposition des destinataires.

CHAPITRE 6. — Droit de réponse

Art. 36 - Droit de réponse

§ 1^{er} - En ce qui concerne les services de médias audiovisuels et sonores, chacun a un droit de réponse, exercé conformément au présent chapitre.

§ 2 - Sans préjudice des autres voies de droit, toute personne physique ou morale, toute association de fait, citée nominativement ou implicitement désignée dans un programme audiovisuel ou sonore à caractère périodique, a, en justifiant d'un intérêt personnel, le droit de requérir la diffusion ou l'insertion gratuite d'une réponse en vue de rectifier un ou plusieurs éléments de faits erronés la concernant ou de répondre à un ou plusieurs faits ou déclarations de nature à porter atteinte à son honneur.

§ 3 - Il n'y a pas lieu à réponse si une rectification satisfaisante a été faite spontanément par l'organisme producteur ou l'éditeur.

Si cette rectification n'est pas jugée satisfaisante par le requérant, celui-ci peut user de son droit de réponse.

§ 4 - Si la personne visée est décédée, le droit de réponse appartient à tous les parents en ligne directe ou au conjoint, ou, à leur défaut, aux parents les plus proches; il n'est exercé qu'une fois et par le plus diligent d'entre eux.

Si, au jour du décès de la personne citée ou désignée, le délai de trente jours prévu à l'article 37 est en cours, les ayants droit ne disposent que de la partie de ce délai restant à courir.

Art. 37 - Conditions

Sous peine d'irrecevabilité, la demande de réponse doit satisfaire aux conditions suivantes :

1° être adressée par lettre recommandée à l'organisme producteur, à l'éditeur ou à toute personne pouvant concéder un droit de réponse, au plus tard le trentième jour qui suit la date du programme. Ce délai court à partir :

a) du jour de la première diffusion lorsque le droit de réponse concerne un programme d'un service de médias audiovisuels ou sonores linéaire;

b) du premier jour où un programme peut être demandé par l'utilisateur lorsque le droit de réponse concerne un programme d'un service de médias audiovisuels ou sonores non linéaire. Cela ne s'applique pas aux programmes de services de médias audiovisuels ou sonores linéaires déjà diffusés. Dans un tel cas, le délai commence à courir à partir de la première diffusion linéaire;

2° reprendre l'identité complète du requérant ainsi que son domicile, s'il s'agit d'une personne physique. Pour les personnes morales sont indiqués leur raison sociale, leur nature juridique, leur siège social et la qualité du signataire de la demande. Pour les associations de fait sont indiqués leur dénomination, leur siège, leurs organes statutaires et la qualité du signataire de la demande;

3° contenir toutes précisions utiles permettant d'identifier le programme incriminé, ainsi que les passages mis en cause;

4° être motivée et signée;

5° comprendre la réponse demandée dont le texte doit se limiter au strict nécessaire afin de réagir aux informations ayant provoqué la demande et ne peut excéder un temps de lecture de trois minutes ou 4 500 signes typographiques.

Art. 38 - Refus du droit de réponse

Peut être refusée la diffusion ou l'insertion de toute réponse :

1° qui n'a pas de rapport immédiat avec les propos ou les images incriminés ou qui excède ce qui est nécessaire pour corriger les faits déclarés inexacts ou dommageables pour l'honneur;

2° qui est injurieuse ou contraire aux lois ou aux bonnes mœurs;

3° qui met un tiers en cause sans nécessité;

4° qui est rédigée dans une autre langue que celle du programme incriminé.

Art. 39 - Délais du droit de réponse

§ 1^{er} - Lorsque le droit de réponse concerne un programme d'un service de médias audiovisuels ou sonores linéaire, la réponse est diffusée à l'occasion de la plus prochaine émission ou du plus prochain programme de la même série ou du même type, à l'heure la plus proche de celle où ce programme a eu lieu.

Si aucun programme n'est prévu dans un délai de quinze jours suivant la réception de la demande, la réponse est diffusée dans ce délai à une heure de diffusion accessible au public.

Lorsque le droit de réponse concerne un programme d'un service de médias audiovisuels ou sonores non linéaire, la réponse est annexée au programme concerné à l'expiration d'un délai de deux jours ouvrables prenant cours le jour où l'une des personnes mentionnées à l'article 37, 1^o, reçoit la réponse. La réponse est lue par la personne qui est désignée par l'organisme producteur ou par l'éditeur, sans commentaire ni réplique.

Le requérant n'accède en aucun cas au microphone, à la caméra ou au dispositif d'enregistrement.

§ 2 - Lorsque la demande de réponse est agréée sans que, toutefois, l'intégralité de celle-ci soit acceptée, l'organisme producteur ou l'éditeur soumet au requérant une contre-proposition. Celle-ci doit être communiquée par lettre recommandée dans un délai de quatre jours ouvrables prenant cours le lendemain de la réception de la demande.

Si cette contre-proposition est acceptée par le requérant, la réponse est diffusée ou insérée selon les modalités prévues au § 1^{er}.

§ 3 - S'il refuse la demande de réponse, l'organisme producteur ou l'éditeur en avertit le requérant par lettre recommandée dans un délai de quatre jours ouvrables, prenant cours le lendemain de la réception de la demande, en motivant son refus.

Art. 40 - Compétence du président du tribunal de première instance

En cas d'absence des formalités prévues à l'article 39, § 2, alinéa 1^{er}, et § 3, de refus de la demande de réponse ou de non-acceptation de la contre-proposition de texte, le requérant peut saisir le président du tribunal de première instance, et ce, dans les quinze jours à partir de la date à laquelle le refus ou la contre-proposition de texte auraient dû être notifiés ou dans les quinze jours qui suivent la notification du refus ou de la contre-proposition. Celui-ci statue au fond et en dernier ressort sur l'obligation pour le producteur ou éditeur de diffuser ou d'insérer la réponse.

Art. 41 - Obligation d'enregistrement

Un enregistrement de tout programme doit être conservé par les personnes mentionnées à l'article 37, 1^o, durant le délai pendant lequel la demande de réponse peut être introduite.

Si aucun enregistrement ne peut être produit, la réponse doit être diffusée, pour autant qu'elle soit conforme à la loi.

Si la demande de réponse est introduite dans le délai prescrit, l'enregistrement du programme concerné doit être conservé jusqu'au règlement du litige.

L'enregistrement de la réponse doit être conservé durant une période de trois mois.

TITRE 3. — Réseaux et services de communications électroniques

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Art. 42 - Champ d'application

Nonobstant les dispositions contenues dans le titre 2 et sans préjudice de la compétence d'autres autorités, le présent titre s'applique à la fourniture de réseaux et services de communications électroniques.

Art. 43 - Suspension de droits

Le Gouvernement ne peut empêcher une entreprise de fournir des réseaux et services de communications électroniques que si c'est nécessaire pour des raisons d'ordre public, de sécurité publique ou de santé publique.

Le Gouvernement notifie la suspension de manière dûment justifiée à la Commission européenne.

L'opérateur doit répondre dans un délai raisonnable et à ses frais à la suspension ordonnée conformément au premier alinéa.

Art. 44 - Modification des droits et obligations

Si le Conseil des médias envisage de modifier les droits, conditions et procédures relatifs à l'autorisation générale, aux droits d'utilisation ou aux droits de mise en place de ressources, il donne l'occasion aux parties, y compris les utilisateurs et les consommateurs, de prendre position dans un délai minimal de quatre semaines. Lors de circonstances particulières, le délai peut être réduit.

Des modifications ne peuvent intervenir que dans des cas objectivement motivés et dans le respect de la proportionnalité. Ceci ne porte pas préjudice à la faculté de procéder à des modifications minimales, concertées avec le titulaire des droits ou de l'autorisation générale.

Les droits de mise en place de ressources ou les droits d'utilisation de radiofréquences ne peuvent être limités ou retirés avant l'expiration du terme pour lequel ils ont été accordés que dans des cas motivés.

CHAPITRE 2. — Fourniture de réseaux et services de communications électroniques

Section 1^{re}. — Autorisation générale**Art. 45 - Principe**

Toute entreprise peut fournir des réseaux et services de communications électroniques conformément aux conditions fixées par le présent décret.

Art. 46 - Obligation d'enregistrement

§ 1^{er} - La fourniture envisagée de réseaux et services de communications électroniques, ses modifications ou son interruption doivent préalablement être communiquées par recommandé ou courriel au Conseil des médias et au Gouvernement, pour autant que l'article 58 ne soit pas applicable.

Cette communication comprend les données suivantes :

- 1° le nom du fournisseur;
- 2° le cas échéant, le numéro d'entreprise et les statuts;
- 3° l'adresse géographique de l'établissement principal du fournisseur dans l'Union européenne et, le cas échéant, d'une succursale éventuelle dans un État membre;
- 4° l'adresse du site internet du fournisseur utilisée pour la fourniture de réseaux ou de services de communications électroniques;
- 5° une personne de contact et ses coordonnées;
- 6° une brève description du réseau ou, selon le cas, du service;
- 7° les États membres concernés; et
- 8° la date prévue pour le début, la modification ou l'interruption de l'activité.

§ 2 - Le Conseil des médias tient un registre des opérateurs de réseaux de communications électroniques et des fournisseurs de services de communications électroniques et le publie.

§ 3 - Les entreprises fournissant des services de communications électroniques transfrontaliers à des entreprises installées en Belgique et dans un ou plusieurs États membres ne sont tenues de soumettre qu'une seule notification en Belgique.

Art. 47 - Antennes collectives

La fourniture d'antennes collectives ne doit pas être communiquée, pour autant qu'elles soient à l'usage exclusif de détenteurs d'appareils récepteurs occupant :

- 1° des chambres ou appartements d'un même immeuble;
- 2° des immeubles groupés d'un même propriétaire dont le nombre ne dépasse pas cinquante;
- 3° des habitations groupées dont le nombre ne dépasse pas cinquante;
- 4° des caravanes ou emplacements d'un même camping.

Art. 48 - Déclaration de procédure simplifiée

Dans la semaine suivant la réception de l'enregistrement mentionné à l'article 46 ou de l'attribution de fréquences mentionnée à l'article 58, le Conseil des médias délivre une déclaration standardisée. Cette déclaration sert à faciliter les procédures d'installation d'équipements, les négociations relatives à une interconnexion ainsi que les demandes d'accès ou d'interconnexion.

La déclaration comprend :

- 1° une confirmation de l'enregistrement ou de l'attribution de fréquences;
- 2° l'indication des dispositions pertinentes de ce décret en vertu desquelles l'entreprise est autorisée à demander le droit de mettre en place des ressources, de négocier une interconnexion et/ou d'obtenir un accès ou une interconnexion;
- 3° l'indication des critères et procédures selon lesquels des obligations spécifiques peuvent être imposées aux différentes entreprises conformément à l'article 69, § 4.

Art. 49 - Obligation de négocier

Afin de garantir la fourniture de services et de réseaux de communications électroniques accessibles au public ainsi que l'interopérabilité, tout opérateur enregistré ou auquel des radiofréquences ont été attribuées est autorisé et, sur demande, tenu de négocier, en toute bonne foi, l'accès et l'interconnexion avec d'autres opérateurs de réseaux de communications électroniques publics qui, au sein de l'Union européenne, remplissent les conditions pour fournir des services ou réseaux de communications.

Les opérateurs offrent l'accès et l'interconnexion aux entreprises à des conditions compatibles avec les obligations imposées par le Conseil des médias.

Section 2. — Droits d'utilisation pour des radiofréquences

Art. 50 - Radiofréquences

§ 1^{er} - Le Gouvernement établit le plan des radiofréquences pouvant être attribuées aux différents services de médias audiovisuels et sonores linéaires, et ce, en tenant compte des normes techniques fédérales en la matière et du plan fédéral de répartition des radiofréquences entre les bandes civile et militaire, ainsi que de l'accord de coopération avec les autres Communautés. À défaut de telles normes, le Gouvernement se base sur les normes internationales ou supranationales.

Dans le respect desdites normes, le Gouvernement peut en fixer d'autres.

§ 2 - En coopérant avec les autres États membres ainsi qu'avec la Commission européenne, le Gouvernement promeut, dans la mesure où les radiofréquences servent à transmettre des signaux pour la diffusion de services de médias audiovisuels et sonores linéaires, la coordination des politiques à l'égard du spectre radioélectrique dans l'Union européenne et, le cas échéant, la mise en place de conditions harmonisées concernant la disponibilité et l'utilisation efficace des radiofréquences nécessaires à l'établissement et au fonctionnement du marché intérieur européen des communications électroniques.

Art. 51 - Attribution de radiofréquences

Sans préjudice des critères et procédures spécifiques prévus dans le décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone pour la mise à disposition de fréquences au BRF en vue de remplir des objectifs d'intérêt public, toute utilisation d'une des radiofréquences reprises au plan de

fréquences de la Communauté germanophone nécessite leur attribution préalable. L'attribution d'une radiofréquence est l'octroi, par le Conseil des médias et à certaines conditions, d'un droit d'utilisation de ces radiofréquences.

Les radiofréquences sont attribuées selon l'affectation prévue dans le respect du plan de fréquences, sans discrimination et sur la base de critères proportionnés, dans le cadre de procédures objectives, transparentes et favorables à la concurrence fixées par le Gouvernement sur la proposition du Conseil des médias.

Le demandeur n'a pas droit à une radiofréquence particulière. En outre, dans le cadre de l'attribution de radiofréquences à un fournisseur de services de médias, aucune autre radiofréquence n'est attribuée pour un système d'alimentation d'une antenne.

Art. 52 - Information quant à la disponibilité de radiofréquences

Le Conseil des médias publie la liste de toutes les radiofréquences disponibles ou disponibles à l'avenir en Communauté germanophone, ainsi que, le cas échéant, leur répartition par catégorie d'émetteur, le moment où elles sont disponibles pour une attribution et le temps d'émission disponible pour tout mode de transmission en fixant un délai raisonnable pour introduire les demandes.

Le Conseil des médias veille à une attribution équilibrée et raisonnable des radiofréquences pour chacune des six catégories d'usage suivantes :

1° les services de médias sonores linéaires qui s'adressent à l'ensemble du public de la région de langue allemande et remplissent les exigences mentionnées à l'article 54, 3°, pour toutes les communes de la région de langue allemande, ci-après « réseaux d'émetteurs »;

2° les services de médias sonores linéaires qui s'adressent à un public régional de la région de langue allemande et remplissent les exigences mentionnées à l'article 54, 3°, pour au moins quatre communes attenantes de la région de langue allemande, ci-après « radios régionales »;

3° les services de médias sonores linéaires qui s'adressent à un public limité dans l'espace d'une commune ou partie de commune de la région de langue allemande et remplissent les exigences mentionnées à l'article 54, 3°, ci-après « radios locales »;

4° des programmes linéaires limités dans le temps, qui couvrent le lieu d'une manifestation, ci-après « radios événementielles »;

5° la diffusion de contributions d'une ou plusieurs écoles dans une commune, ci-après « radios scolaires »;

6° les services de médias audiovisuels linéaires qui s'adressent au public en région de langue allemande.

Art. 53 - Conditions

Les radiofréquences sont attribuées :

1° lorsqu'elles sont indiquées dans le plan de radiofréquences pour l'utilisation prévue;

2° lorsqu'elles sont compatibles avec les autres utilisations de radiofréquences et

3° lorsqu'une utilisation efficace et sans perturbation des radiofréquences est garantie par le demandeur.

Art. 54 - Conditions générales mises à l'attribution de radiofréquences pour des services de médias audiovisuels et sonores linéaires

Pour l'attribution de radiofréquences, le demandeur relevant des catégories mentionnées à l'article 52 remplit les conditions suivantes :

1° être une personne morale de droit privé dont le siège et les établissements de diffusion se trouvent en région de langue allemande, à l'intérieur de la zone desservie par l'émetteur. Dans le cas de radios événementielles, il peut également s'agir de personnes physiques;

2° être indépendant d'organisations représentatives des employeurs et des travailleurs ou d'associations politiques;

3° garantir qu'une certaine part de ses émissions seront en langue allemande, les chansons n'étant pas prises en considération dans ce contexte;

4° veiller à valoriser notamment la culture ainsi que les artistes de la Communauté germanophone et des régions limitrophes dans ses programmes et

5° permettre en tout temps un contrôle sur place de son fonctionnement par le Conseil des médias.

Art. 55 - Dispositions particulières applicables à l'attribution de radiofréquences fournies pour des réseaux d'émetteur, radios régionales ou services de médias audiovisuels

§ 1^{er} - En vue d'utiliser des radiofréquences pour des services de médias sonores fournies pour des réseaux d'émetteurs, des radios régionales ou des fournisseurs de services de médias audiovisuels, le demandeur remplit - en plus des conditions prévues à l'article 54 - les conditions suivantes :

1° se consacrer à ce qui se passe en Communauté germanophone et dans les régions limitrophes, en tenant compte de la diversité d'opinions et de l'équilibre de l'information;

2° organiser entre 6 et 22 heures une programmation comprenant au moins 50 % de programmes élaborés par les collaborateurs du réseau d'émetteurs ou, selon le cas, de la radio régionale, les programmes ininterrompus n'étant pas considérés comme des programmes propres;

3° être membre de l'IADJ;

4° s'engager à ce que les émissions d'informations soient objectives et pertinentes, réalisées en coopération avec des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste, et à ce que les commentaires soient clairement distincts des informations et que le nom de leur auteur soit mentionné;

5° s'engager à ce que le contenu reflète la diversité d'opinions. Les forces et groupes politiques, philosophiques et sociétaux significatifs doivent avoir un droit raisonnable à la parole; il faut tenir compte des conceptions minoritaires. La possibilité de proposer des programmes thématiques n'en est pas affectée. Un programme thématique est un service de médias audiovisuels et sonores présentant des contenus pour l'essentiel similaires;

6° promouvoir l'éducation aux médias en Communauté germanophone.

§ 2 - En outre, les demandeurs de radiofréquences pour les réseaux d'émetteurs doivent s'engager à diffuser au moins huit émissions d'information par jour. Ces programmes durent au moins trois minutes, bulletins météo et d'infotrafic non compris.

Ils doivent être élaborés en collaboration avec des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste.

§ 3 - Outre les conditions mentionnés au § 1^{er}, les demandeurs de radiofréquences pour les radios régionales doivent s'engager à diffuser au moins quatre émissions d'information par jour. Ces programmes durent au moins trois minutes, bulletins météo et d'infotrafic non compris.

Ils doivent être élaborés en collaboration avec des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste.

Art. 56 - Dispositions particulières applicables à l'attribution de radiofréquences fournies pour des radios locales

En vue d'utiliser des radiofréquences pour des radios locales, le demandeur doit - en plus des conditions prévues à l'article 54 - organiser entre 6 et 22 heures une programmation comprenant au moins 25 % de programmes élaborés par les collaborateurs de la radio locale, les programmes de musique en continu n'étant pas considérés comme des programmes propres. En outre, il doit promouvoir l'éducation aux médias en Communauté germanophone.

Art. 57 - Dispositions particulières applicables à l'attribution de radiofréquences à des radios scolaires et événementielles

§ 1^{er} - Le Conseil des médias peut octroyer aux radios événementielles des radiofréquences pour des programmes organisés dans le cadre d'une manifestation publique et diffusés dans la zone couverte par celle-ci.

Par dérogation à l'article 62, le Conseil des médias peut octroyer des radiofréquences temporaires de deux mois maximum à ces radios événementielles, et ce, pour un site déterminé, dans la zone de diffusion concernée et pour la durée de la manifestation.

§ 2 - Par dérogation à l'article 62, le Conseil des médias peut attribuer des radiofréquences à des radios scolaires pour une période allant jusqu'à deux ans.

§ 3 - Sont considérées comme organisateurs les personnes qui diffusent les programmes. Quiconque est autorisé à organiser des services de médias en vertu d'autres dispositions n'est pas admis comme organisme de radiodiffusion pour des radios scolaires ou événementielles.

§ 4 - Le placement de produit est interdit aux radios scolaires et événementielles dans les programmes qu'elles produisent et dans leurs animations.

§ 5 - L'attribution de radiofréquences aux radios scolaires et événementielles s'opère par le biais d'une procédure simplifiée, fixée par le Gouvernement sur la proposition du Conseil des médias.

Les radios scolaires et événementielles peuvent aussi introduire une demande d'attribution de fréquences en dehors de la procédure d'information prévue à l'article 52.

Art. 58 - Demande

La demande d'attribution de fréquences est introduite par courrier postal ou électronique au Conseil des médias. Dans ce cas, le demandeur n'est pas soumis à l'obligation d'enregistrement conformément à l'article 46.

La demande est signée par au moins deux personnes y habilitées qui assurent la gestion de l'organisme diffuseur et sont domiciliées en région de langue allemande, à l'intérieur de la zone desservie.

Le Conseil des médias détermine le format et le contenu du formulaire de demande pour chacune des six catégories mentionnées à l'article 55. Le Conseil des médias peut, entre autres, demander les données et documents suivants :

- 1° la dénomination du demandeur et du service de médias linéaire;
- 2° le cas échéant, le numéro d'entreprise et les statuts ou le prestataire de services techniques ainsi que l'adresse du siège et des studios;
- 3° le ou les territoires où la radiofréquence sera exploitée, ainsi que la ou les radiofréquences souhaitées;
- 4° la nature et la description du service de médias, y compris :
 - a) la description du système d'information éventuellement prévu ainsi que, le cas échéant, la preuve de l'occupation de journalistes;
 - b) la grille hebdomadaire des programmes prévue, le cas échéant;
 - c) un plan financier triennal pour les réseaux d'émetteurs, les radios régionales et les radios locales;
 - d) la composition précise du capital et des organes d'administration pour les réseaux d'émetteurs, les radios régionales et les radios locales;
 - e) l'intention de reprendre des parties de programmes fournies. Il est toutefois interdit que plusieurs fournisseurs diffusent des parties de programmes d'un seul et même tiers;
 - f) pour les réseaux d'émetteurs, les radios régionales et les radios locales, une explication de la manière dont le demandeur va promouvoir l'éducation aux médias en région de langue allemande;
 - g) les services éventuellement fournis en plus de la diffusion de services de médias linéaires;
- 5° le cas échéant, les modalités de commercialisation du service de médias, lorsque le fournisseur privé exploite lui-même ledit service;
- 6° la date à laquelle le service de médias sera mis à disposition;
- 7° la nature du réseau ou de la technologie pour lesquels les droits d'utilisation de radiofréquences doivent être octroyés;
- 8° l'implantation géographique des installations d'émission;
- 9° la hauteur de l'antenne prévue ou, le cas échéant, celle du milieu de l'antenne par rapport au sol;
- 10° la marque et le type de l'émetteur ainsi que son numéro d'homologation ou un rapport de mesure répondant aux règles fixées par l'autorité fédérale compétente;
- 11° le type et les caractéristiques de l'antenne ou des antennes, y compris le gain d'antenne en dB, le diagramme de directivité ainsi que la description détaillée de l'antenne (nombre de dipôles, nombre et nature des éléments);
- 12° le type et la longueur du câble de connexion entre l'émetteur et l'antenne, avec indication de l'atténuation en dB;
- 13° le type de tout élément d'alimentation de l'antenne inséré entre la sortie de l'émetteur et l'entrée de l'antenne;
- 14° le permis d'urbanisme ou unique accordé pour l'antenne;
- 15° la puissance de sortie maximale autorisée de l'émetteur, exprimée en watts;
- 16° l'ensemble des renseignements susceptibles de permettre le traitement de la demande;

17° les conventions relatives à la diffusion de communications commerciales, éventuellement conclues avec d'autres demandeurs ou des réseaux émetteurs existants, des radios régionales ou locales existantes et

18° un engagement écrit de respecter le décret, ses dispositions d'exécution et les lois en général.

Le Conseil des médias peut demander tout autre document pour compléter la demande.

Pour traiter la demande, le Conseil des médias peut demander le paiement des redevances administratives fixées par le Gouvernement.

Dans les six semaines à dater du moment où il est constaté que les demandes sont complètes, le Conseil des médias statue sur ces demandes, communique la décision et la publie.

Art. 59 - Limitation du nombre de fréquences attribuées

Lorsque le Conseil des médias conclut qu'il y a lieu de limiter le nombre de droits d'utilisation des radiofréquences, il évalue les demandes conformément à l'article 58 en se basant sur les critères suivants :

1° la manière dont les demandeurs s'engagent à répondre aux exigences découlant des articles 55, 56 et 58, 11° à 18°, relatives notamment aux parties de programmes concernant la Communauté germanophone et ses communes;

2° la pertinence du plan financier visé à l'article 58, alinéa 3, 4°, c);

3° l'originalité et le caractère novateur de la demande;

4° la part de la production réalisée en région de langue allemande;

5° l'expérience acquise par le demandeur dans le secteur des services de médias audiovisuels ou sonores;

6° la viabilité économique du projet;

7° la garantie de la diversité d'opinions au sens de l'article 11;

8° l'utilisation de fréquences de manière efficace et sans interférences, sans objection de la part de l'Institut belge des services postaux et des télécommunications;

9° les objectifs mentionnés à l'article 5.

Art. 60 - Obligation de communication

Le début et la fin de l'utilisation de radiofréquences doivent être immédiatement communiqués au Conseil des médias. Les modifications de nom et d'adresse doivent être communiquées au Conseil des médias.

Les fournisseurs de réseaux d'émetteurs, de radios régionales, de radios locales et de services de médias audiovisuels auxquels ont été accordés des droits d'utilisation des radiofréquences doivent, dans un rapport d'activités conforme à l'article 9, communiquer également des données relatives au respect des obligations fixées à l'article 54, 3° et 4°.

Art. 61 - Cession ou location de droits d'utilisation de radiofréquences

La cession ou la location de droits individuels d'utilisation de radiofréquences sont interdites. Les entreprises disposant de droits d'utilisation de radiofréquences peuvent toutefois céder à des tiers la diffusion de leurs programmes. Dans ce cas, l'accord préalable du Conseil des médias sera demandé.

Art. 62 - Validité de l'attribution de radiofréquences

Les radiofréquences sont attribuées pour une période déterminée. Sous réserve des articles 57 et 63, les radiofréquences sont octroyées pour quinze ans.

Art. 63 - Attribution temporaire de radiofréquences

Dans des cas particuliers motivés, notamment en vue de tester des technologies innovantes ou lorsqu'il y a besoin de fréquences à court terme, le Conseil des médias peut attribuer des radiofréquences pour une durée déterminée. La demande motivée doit être adressée par écrit au Conseil des médias. L'article 58 est applicable *mutatis mutandis*.

Art. 64 - Utilisation commune de radiofréquences

Des radiofréquences dont un seul fournisseur ne peut attendre une utilisation efficace peuvent également être attribuées à plusieurs demandeurs en vue d'une utilisation commune. Les titulaires des radiofréquences attribuées doivent supporter les inconvénients d'une utilisation commune de radiofréquences répondant aux dispositions.

Art. 65 - Éléments constitutifs de l'attribution de radiofréquences

Dans l'attribution de radiofréquences, le Conseil des médias détermine notamment la nature et volume de l'utilisation de radiofréquences, dans la mesure où c'est nécessaire pour garantir une utilisation efficace et sans perturbation des fréquences.

Afin de garantir une utilisation efficace et sans perturbation des radiofréquences, l'attribution de celles-ci peut être assortie de dispositions accessoires.

L'opérateur d'un réseau de communications électroniques doit suivre les instructions de l'Institut belge des services postaux et des télécommunications ou de toute société ou tout service de distribution d'électricité.

Le Conseil des médias transmet une copie de l'attribution de radiofréquences à l'Institut belge des services postaux et des télécommunications.

Le titre d'attribution mentionne au moins :

1° la dénomination du service de médias;

2° le nom et l'adresse du titulaire;

3° la ou les radiofréquences attribuées;

4° la déviation de fréquence par fréquence;

5° le cas échéant, la liste des radiofréquences mises à disposition dans le cadre d'un contrat de gestion ou de tout autre contrat similaire ainsi que le nom du ou des prestataires de services techniques;

6° le cas échéant, l'adresse du siège social du ou des prestataires de services techniques;

7° le mode d'utilisation;

8° les coordonnées géographiques, en longitude et latitude, du ou des lieux d'implantation des antennes, en utilisant le système géodésique mondial WGS-84;

9° la puissance de rayonnement maximale produite par l'antenne, exprimée en watts, et les limitations imposées;

10° la hauteur de l'antenne ou, le cas échéant, celle du milieu de l'antenne par rapport au sol;

11° la date de prise d'effet de l'attribution;

12° l'adresse des sièges d'exploitation et des studios;

13° la puissance de sortie maximale autorisée de l'émetteur, exprimée en watts;

14° le type et les caractéristiques de l'antenne ou des antennes, y compris la direction de rayonnement principal, exprimée en degrés, le gain d'antenne en dB, le diagramme de directivité ainsi que la description détaillée de l'antenne (nombre de dipôles, nombre et nature des éléments);

15° le type et la longueur du câble de connexion entre l'émetteur et l'antenne, avec indication de l'atténuation en dB;

16° le type de tout élément d'alimentation de l'antenne inséré entre la sortie de l'émetteur et l'entrée de l'antenne;

17° la perte totale en alimentation de l'antenne entre la sortie de l'émetteur et l'entrée de l'antenne, exprimée en dB.

Art. 66 - Modification de l'attribution de radiofréquences

Toute modification du lieu de diffusion, de la radiofréquence attribuée ou de la hauteur de l'antenne, ou toute augmentation de la puissance effectivement émise doit être demandée par écrit au Conseil des médias en indiquant les motifs et nécessite l'approbation préalable dudit Conseil.

La demande est examinée pour voir si elle est techniquement compatible. Si ce n'est pas le cas, la demande est rejetée. Toute modification est publiée, accompagnée de sa justification.

Pour traiter la demande, le Conseil des médias peut demander le paiement des redevances administratives fixées par le Gouvernement.

Art. 67 - Retrait de l'attribution de radiofréquences, renonciation

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'article 139, le Conseil des médias peut retirer l'attribution de radiofréquences lorsque :

1° l'une des conditions fixées à l'article 53 n'est plus remplie;

2° la sécurité publique l'exige;

3° un manque de radiofréquences apparaissant après l'attribution des radiofréquences empêche ou perturbe de manière inadmissible la concurrence ou l'introduction de nouvelles techniques permettant une optimisation de l'utilisation des radiofréquences.

Avant de retirer le droit d'utilisation de radiofréquences sans l'accord du titulaire de ce droit, le Conseil des médias consulte les parties intéressées conformément à l'article 116.

Le retrait sera déclaré par recommandé en indiquant le délai de prise d'effet.

§ 2 - Une renonciation rend caduque l'attribution de radiofréquences. La renonciation doit être expliquée au Conseil des médias par recommandé.

Dans ce cas, la diffusion est réglée sur la fréquence utilisée jusqu'alors ou, selon le cas, sur la fréquence pour laquelle l'attribution est devenue caduque, dans les trente jours au plus tard suivant la nouvelle attribution à un tiers ou la caducité de l'attribution.

Art. 68 - Caducité de l'attribution de radiofréquences

L'attribution de radiofréquences devient caduque lorsque celles-ci ne sont pas utilisées ou qu'elles ne le sont plus depuis plus d'un an ou lorsque le détenteur se voit attribuer, pour le même programme, une nouvelle radiofréquence qui remplace l'ancienne.

Le Conseil des médias peut exceptionnellement, sur demande du titulaire et par décision motivée, octroyer une prolongation d'un an du délai prévu au premier alinéa, moyennant le respect de la position adoptée par la commission consultative.

Section 3. — Droits de passage et utilisation partagée d'équipements

Art. 69 - Principes des droits de passage

Sans préjudice des dispositions contenues dans le Code du développement territorial ainsi que dans le décret de la Région wallonne du 30 avril 2009 relatif à l'information, la coordination et l'organisation des chantiers, sous, sur ou au-dessus des voiries ou des cours d'eau, l'opérateur de réseaux de communications électroniques enregistré conformément à l'article 46 dispose, pour permettre l'installation d'éléments de réseaux et de ressources associées, de droits de passage sur, au-dessus ou au-dessous des propriétés publiques ou privées, et ce, conformément à la présente section.

Art. 70 - Droits de passage

§ 1^{er} - Un opérateur qui pose des câbles pour fournir son réseau de communications électroniques a le droit de faire réaliser, à sa charge, sur ou sous des places, rues, chemins, sentiers, cours d'eau ou canaux appartenant au domaine public, tous travaux inhérents à la pose et à l'entretien des câbles et équipements connexes, à condition de respecter les lois et arrêtés relatifs à l'utilisation du domaine public et de respecter l'usage auquel il est affecté.

Avant d'user de ce droit, les opérateurs devront soumettre à l'approbation de l'autorité publique compétente, propriétaire, des documents sur le tracé de l'emplacement et les détails d'installation des conducteurs. Sauf en cas d'expropriation, cette autorité rend son avis dans les six mois de la date d'envoi de ces documents et notifie sa décision à la personne concernée. Passé ce délai, le silence de l'autorité vaut approbation. Si des contestations persistent, c'est le Gouvernement qui statue.

L'autorité compétente a le droit de faire modifier ultérieurement, sur sa propriété, les dispositions ou le tracé d'une installation ainsi que les ouvrages qui s'y rapportent. Les frais sont à la charge de l'opérateur si les modifications sont imposées soit pour des raisons de sécurité publique, pour préserver un site, dans l'intérêt de la voirie, des cours d'eau, des canaux ou d'un service public, soit comme conséquence d'un changement apporté par les riverains aux accès des propriétés en bordure des voies empruntées. Dans les autres cas, ils sont à la charge de l'autorité qui impose ces modifications. Elle peut exiger un devis préalable et, en cas de désaccord, faire exécuter ces travaux en régie propre.

§ 2 - Un opérateur qui pose des câbles pour fournir son réseau de communications électroniques a également le droit d'établir à demeure des supports et ancrages pour les câbles et les équipements connexes sur des murs et façades donnant sur la voie publique et d'établir ses câbles dans un terrain ouvert et non bâti ou de les faire passer sans attache au-dessus des propriétés privées.

Les travaux ne pourront commencer qu'après une notification dûment établie, faite par écrit aux propriétaires suivant les données du cadastre, aux locataires et aux habitants.

L'exécution de ces travaux n'entraîne aucune dépossession.

La fixation de supports et d'ancrages sur les murs ou façades ne peut faire perdre au propriétaire le droit de démolir ou de réparer son bien.

Les câbles souterrains et supports établis dans un terrain ouvert et non bâti devront être enlevés à la demande du

propriétaire, si celui-ci use de son droit de construire ou d'enclorre son terrain; les frais d'enlèvement seront alors à la charge de l'opérateur. Le propriétaire informe toutefois l'opérateur par recommandé, au moins trois mois avant d'entreprendre les travaux mentionnés aux alinéas 4 et 5.

§ 3 - En cas de dommage résultant de la pose ou de l'exploitation d'un réseau de communications électroniques, les indemnités dues seront entièrement à la charge de l'opérateur qui reste responsable de toutes les conséquences dommageables envers les tiers.

§ 4 - L'opérateur est tenu de donner une suite immédiate à toute réquisition de toute entreprise de distribution d'énergie électrique ou d'un exploitant de réseaux de communications électroniques, en vue de faire cesser toute perturbation ou influence nuisible dans le fonctionnement des installations de communications électroniques ou de distribution d'énergie électrique.

Faute de satisfaire à cette réquisition, les mesures jugées nécessaires, y compris le déplacement des câbles et équipements connexes, seront ordonnées par les services ou entreprises intéressés, aux frais, risques et périls de l'opérateur.

§ 5 - Les autorités publiques qui ont une participation dans des opérateurs de réseaux de communications électroniques publics ou des fournisseurs de services de communications électroniques accessibles au public, ou qui les contrôlent, opèrent une distinction structurelle réelle entre l'octroi des droits mentionnés dans le présent article et les activités en relation avec la propriété et le contrôle.

Art. 71 - Colocalisation et partage des éléments de réseaux et des ressources associées par des fournisseurs de réseaux de communications électroniques

§ 1^{er} - Lorsqu'une entreprise fournissant des réseaux de communications électroniques a le droit, en vertu de l'article 70, de mettre en place des ressources sur, au-dessus ou au-dessous de propriétés publiques ou privées, ou peut bénéficier d'une procédure d'expropriation ou d'utilisation de propriétés, le Conseil des médias, en tenant compte du principe de proportionnalité, peut imposer le partage de ces ressources ou propriétés, notamment des bâtiments, des accès aux bâtiments, du câblage des bâtiments, des pylônes, des antennes, des tours et autres constructions de soutènement, des gaines, des conduits, des regards de visite et des armoires.

§ 2 - Les opérateurs d'un réseau de communications électroniques peuvent se voir imposer de partager des ressources ou propriétés y compris la colocalisation physique, ou de prendre des mesures visant à faciliter la coordination de travaux publics pour protéger l'environnement, la santé publique ou la sécurité publique, ou pour réaliser des objectifs d'urbanisme ou d'aménagement du territoire, et uniquement après une période de consultation publique appropriée au cours de laquelle toutes les parties intéressées doivent avoir la possibilité de donner leur avis. De telles exigences peuvent inclure des règles de répartition des coûts afférents au partage des ressources ou propriétés.

§ 3 - Après une période appropriée de consultation publique, pendant laquelle toutes les parties intéressées ont la possibilité d'exposer leurs points de vue, le Conseil des médias est habilité à imposer aux opérateurs d'un réseau de communications électroniques et/ou au propriétaire d'un câblage - s'il ne s'agit pas d'un fournisseur de réseaux de communications électroniques - de partager le câblage à l'intérieur des bâtiments ou jusqu'au premier point de concentration ou de distribution s'il est situé à l'extérieur du bâtiment, lorsque cela est justifié par le fait que le doublement de cette infrastructure serait économiquement inefficace ou physiquement irréalisable. De telles exigences peuvent inclure des règles de répartition des coûts afférents au partage des ressources ou propriétés, adaptés, le cas échéant, en fonction des risques.

Lorsque le Conseil des médias conclut, eu égard, s'il y a lieu, aux obligations découlant de toute analyse de marché pertinente, que les obligations imposées conformément au premier alinéa ne remédient pas suffisamment aux obstacles économiques ou physiques importants et non transitoires à la duplication qui sous-tendent une situation de marché émergente ou existante limitant sensiblement les résultats concurrentiels pour les utilisateurs finaux, il peut étendre l'imposition de telles obligations d'accès, à des conditions équitables et raisonnables, au-delà du premier point de concentration ou de distribution, jusqu'à un point qu'il détermine comme étant le plus proche des utilisateurs finaux, capable d'héberger un nombre suffisant de connections d'utilisateurs finaux pour être commercialement viable pour les demandeurs d'accès efficaces. Pour déterminer l'ampleur de l'extension au-delà du premier point de concentration ou de distribution, le Conseil des médias tient le plus grand compte des lignes directrices pertinentes de l'ORECE. Si cela est justifié pour des raisons techniques ou économiques, le Conseil des médias peut imposer des obligations d'accès actif ou virtuel.

Le Conseil des médias n'impose pas d'obligations conformément au deuxième alinéa à des fournisseurs de réseaux de communications électroniques lorsqu'il établit que :

1° le fournisseur présente les caractéristiques énumérées à l'article 94, alinéa 1^{er}, et met à la disposition de toute entreprise, à des conditions équitables, non discriminatoires et raisonnables, un moyen alternatif viable et comparable d'atteindre des utilisateurs finaux en fournissant l'accès à un réseau à très haute capacité. Le Conseil des médias peut étendre cette exemption à d'autres fournisseurs offrant l'accès à un réseau à très haute capacité à des conditions équitables, non discriminatoires et raisonnables, ou

2° l'imposition d'obligations compromettrait la viabilité économique ou financière du déploiement d'un nouveau réseau, notamment dans le cadre de projets locaux de faible envergure.

Par dérogation au troisième alinéa, 1°, le Conseil des médias peut imposer des obligations aux fournisseurs de réseaux de communications électroniques qui satisfont aux critères énoncés audit point lorsque le réseau concerné fait l'objet d'un financement public.

§ 4 - Le Conseil des médias peut exiger que les entreprises fournissent les informations nécessaires pour qu'il puisse établir, en collaboration avec d'autres autorités de régulation nationales, un inventaire détaillé de la nature, de la disponibilité et de l'emplacement des ressources visées au § 1^{er} et le mettre ensuite à la disposition des parties intéressées.

§ 5 - Les mesures prises par le Conseil des médias conformément au présent article sont objectives, transparentes, non discriminatoires et proportionnées.

Lorsque cela est pertinent, ces mesures sont exécutées en coopération avec les pouvoirs subordonnés.

CHAPITRE 3. — Régulation du marché

Section 1^{re}. — Définition et analyse du marché

Art. 72 - Définition des marchés

§ 1^{er} - En tenant le plus grand compte de la recommandation de la Commission européenne sur les marchés pertinents de produits et de services et des lignes directrices sur la PSM, le Conseil des médias définit les marchés pertinents en région de langue allemande, notamment les marchés géographiques.

§ 2 - Le Conseil des médias peut envisager de définir un marché pertinent qui diffère de ceux mentionnés dans la recommandation. Ensuite, il introduit son projet selon la procédure fixée à l'article 116 pour la consultation publique et le communique à la Commission européenne.

Art. 73 - Procédure d'analyse de marché

§ 1^{er} - Le Conseil des médias examine si le marché pertinent, défini conformément à l'article 72, remplit toutes les conditions suivantes :

- 1° il existe des obstacles à l'entrée importants et non transitoires d'ordre structurel, juridique ou réglementaire;
- 2° la structure du marché ne présage pas d'évolution vers une concurrence effective au cours de la période visée, compte tenu de la situation de la concurrence fondée sur les infrastructures et d'autres facteurs influant sur la concurrence, indépendamment des obstacles à l'entrée;
- 3° le droit de la concurrence ne permet pas à lui seul de remédier de manière adéquate aux défaillances du marché constatées.

Les marchés pertinents mentionnés dans la recommandation remplissent les conditions énumérées dans le premier alinéa, à moins que le Conseil des médias ne constate qu'une desdites conditions n'est pas remplie pour le marché géographique concerné.

§ 2 - Lors de l'examen mentionné au § 1^{er}, le Conseil des médias examine les futures évolutions lorsqu'il n'existe pas encore de règle et tient compte de tous les éléments suivants :

- 1° des évolutions du marché ayant une incidence sur la probabilité que le marché pertinent évolue vers une concurrence effective;
- 2° de toutes les pressions concurrentielles pertinentes, aux niveaux du gros et du détail, que ces pressions soient censées résulter de réseaux de communications électroniques, de services de communications électroniques ou d'autres types de services ou d'applications qui sont comparables du point de vue de l'utilisateur final, et que ces pressions relèvent ou non du marché pertinent;
- 3° d'autres types de régulation ou de mesures imposées et concernant le marché pertinent ou un ou des marchés de détail connexes tout au long de la période considérée;
- 4° de la régulation imposée sur d'autres marchés pertinents sur la base du présent article.

§ 3 - Lorsque le Conseil des médias, à la fin de l'examen mentionné au § 1^{er}, estime que les conditions y mentionnées sont remplies, il identifie l'entreprise ou les entreprises puissantes sur le marché. Une entreprise est considérée comme puissante sur le marché si, individuellement ou conjointement avec d'autres, elle se trouve dans une position équivalente à une position dominante, à savoir une position de puissance économique lui permettant de se comporter, dans une mesure appréciable, de manière indépendante de ses concurrents, de ses clients et, en fin de compte, des consommateurs.

Lorsqu'une entreprise est puissante sur un marché spécifique, elle peut également être désignée comme étant puissante sur un marché étroitement lié, lorsque les liens entre les deux marchés permettent d'utiliser sur le marché étroitement lié, par effet de levier, la puissance détenue sur le marché spécifique, ce qui renforce la puissance sur le marché de l'entreprise. En conséquence, les mesures correctrices visant à prévenir cet effet de levier peuvent être appliquées sur le marché étroitement lié en vertu des articles 84 à 86 et 89.

En cas de marchés géographiques ou marchés de produits supracommunautaires, relevant de la compétence tant fédérale que communautaire, le Conseil des médias examine s'il existe une puissance significative sur ce marché, et ce, en coopération avec les autres autorités de régulation nationales compétentes pour ces marchés, conformément à l'accord de coopération du 17 novembre 2006 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif à la consultation mutuelle lors de l'élaboration d'une législation en matière de réseaux de communications électroniques, lors de l'échange d'informations et lors de l'exercice des compétences en matière de réseaux de communications électroniques par les autorités de régulation en charge des télécommunications ou de la radiodiffusion et la télévision.

Lorsque la Commission européenne a défini des marchés transnationaux, le Conseil des médias, en coopération avec les autorités de régulation nationales des États membres où se situent ces marchés, examine s'il existe une puissance significative sur ces marchés. La procédure de consultation conformément à l'article 116 est appliquée *mutatis mutandis*.

Le Conseil des médias et les autorités de régulation nationales d'autres États membres peuvent notifier conjointement leurs projets de mesures concernant l'analyse du marché et toute obligation réglementaire en l'absence de marchés transnationaux, lorsqu'ils considèrent que les conditions du marché dans leurs juridictions respectives sont suffisamment homogènes.

§ 4 - Le Conseil des médias impose aux entreprises puissantes sur le marché une ou plusieurs des obligations suivantes :

- 1° les obligations de transparence mentionnées à l'article 84;
- 2° les obligations de non-discrimination mentionnées à l'article 85;
- 3° les obligations de séparation comptable mentionnées à l'article 86;
- 4° l'accès au génie civil, mentionné à l'article 87;
- 5° l'accès à certains éléments de réseau et aux ressources associées, mentionné à l'article 88;
- 6° les obligations de contrôle des prix et de comptabilisation des coûts, mentionnées à l'article 89;
- 7° les engagements de co-investissement rendus contraignants, mentionnés à l'article 90;
- 8° les engagements rendus contraignants, mentionnés à l'article 93;
- 9° les obligations concernant une tarification équitable et raisonnable, mentionnées à l'article 94;
- 10° les conditions pour le déclassement de parties du réseau ou le remplacement par une nouvelle infrastructure, mentionnées à l'article 95.

Les obligations imposées conformément au premier alinéa doivent :

- 1° correspondre à la nature du problème constaté dans l'analyse de marché;
- 2° être proportionnées, eu égard, si possible, aux coûts et avantages;
- 3° être justifiées au regard des objectifs énoncés à l'article 5 et
- 4° être imposées après la consultation menée conformément à l'article 116, § 1^{er} et 2.

Le Conseil des médias ne peut imposer les obligations mentionnées au premier alinéa qu'aux entreprises puissantes sur le marché, sans préjudice :

1° de la nécessité de respecter des engagements internationaux;

2° des mesures prises par le Conseil des médias ou l'Institut belge des services postaux et des télécommunications en vue d'assurer un accès et une interconnexion adéquats, ainsi que l'interopérabilité des services conformément à l'article 77;

3° des dispositions relatives à la protection des données dans le domaine des communications électroniques et qui imposent des obligations à d'autres entreprises que celles désignées comme puissantes sur le marché;

4° des dispositions relatives à la colocalisation et au partage d'éléments de réseau et de ressources associées;

5° des obligations en matière de séparation comptable pour les fournisseurs qui ont des droits spéciaux ou exclusifs dans d'autres secteurs que les communications électroniques.

En ce qui concerne la nécessité de respecter les engagements internationaux visés à l'alinéa 3, 1°, le Conseil des médias notifie à la Commission européenne ses décisions d'imposer, de modifier ou de retirer des obligations imposées à des entreprises, conformément à la procédure fixée à l'article 116.

§ 5 - Dans des circonstances exceptionnelles, le Conseil des médias peut, moyennant l'accord de la Commission européenne, imposer aux entreprises désignées comme étant puissantes sur le marché des obligations en matière d'accès ou d'interconnexion autres que celles qui sont énoncées aux articles 84 à 90 et 94.

§ 6 - Le Conseil des médias ne peut imposer aux entreprises puissantes sur le marché des obligations conformément au § 3 que si les conditions suivantes sont remplies :

1° le Conseil des médias constate, sur la base d'une analyse de marché réalisée conformément au § 1^{er}, qu'un marché de détail déterminé conformément à l'article 72 n'est pas effectivement concurrentiel et

2° le Conseil des médias conclut que les obligations imposées conformément aux articles 84 à 89 ne permettraient pas d'atteindre les objectifs énoncés à l'article 5.

§ 7 - Lorsque le Conseil des médias, à la fin de l'examen mentionné au § 1^{er}, estime que les conditions y mentionnées ne sont pas remplies, il n'impose aucune des obligations mentionnées aux articles 84 à 95 ou les maintient.

Le Conseil des médias annonce préalablement aux parties concernées, dans un délai raisonnable, la levée des obligations. Lorsqu'il fixe la durée de cette période de préavis, le Conseil des médias peut fixer des conditions et des périodes de préavis spécifiques en ce qui concerne les accords existants en matière d'accès.

§ 8 - Le Conseil des médias prend les décisions mentionnées aux §§ 4 à 7 :

1° dans les cinq ans suivant l'adoption d'une décision antérieure;

2° dans les trois ans suivant l'adoption d'une recommandation pour des contrats qui n'avaient pas été communiqués au préalable à la Commission européenne conformément à l'article 116, § 2.

Au plus tard quatre mois avant le terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, 1°, le Conseil des médias peut soumettre à la Commission européenne une proposition motivée visant à prolonger le délai d'un an au plus.

Les délais mentionnés au premier alinéa sont prolongés de six mois lorsque le Conseil des médias demande à l'ORECE de lui fournir une assistance en vue d'achever l'analyse du marché et des obligations spécifiques à imposer.

L'analyse de marché et les obligations imposées en vertu des §§ 4 à 7 restent valables jusqu'à l'entrée en vigueur de l'analyse de marché suivante.

§ 9 - Le Conseil des médias consulte l'autorité fédérale compétente en matière de concurrence à propos de projets de décisions concernant l'article 72, § 1^{er}, ainsi que les §§ 1^{er}, alinéa 1^{er}, et 3, alinéas 1^{er}, 4, 6 et 7 du présent article.

Le Conseil des médias peut en outre consulter l'autorité fédérale compétente en matière de concurrence à propos de questions relatives à la concurrence.

L'autorité fédérale compétente en matière de concurrence rend, dans les trente jours au plus, l'avis mentionné aux alinéas 1^{er} et 2. À défaut d'avis remis dans le délai fixé dans cet alinéa, cette formalité peut être négligée.

§ 10 - Le Conseil des médias examine l'impact des nouvelles évolutions du marché, notamment en matière d'accords commerciaux, y compris d'accords de co-investissement, qui ont une incidence sur la dynamique de concurrence.

Si ces évolutions ne sont pas suffisamment importantes pour nécessiter une nouvelle analyse de marché, le Conseil des médias évalue sans retard s'il est nécessaire de réexaminer les obligations imposées aux entreprises désignées comme étant puissantes sur le marché et de modifier toute décision antérieure, y compris en retirant des obligations ou en imposant de nouvelles, afin de garantir que lesdites obligations continuent à remplir les conditions énoncées au § 4, alinéa 2. De telles obligations modifiées ne peuvent être imposées qu'après les consultations menées conformément à l'article 116, § 1^{er} et 2.

Section 2. — Obligations pour toutes les entreprises, puissantes ou non sur le marché

Art. 74 - Obligations en matière d'accès et d'interconnexion

De sa propre initiative ou sur demande d'une des parties, le Conseil des médias peut intervenir après audition afin de promouvoir un accès approprié ou l'interopérabilité des services conformément à l'article 77 et, le cas échéant, de garantir ce qui est fixé dans ce chapitre et le respect des objectifs essentiels prévus à l'article 5.

Lorsque le Conseil des médias intervient conformément au premier alinéa, il peut notamment :

1° fixer des délais dans lesquels les négociations relatives à l'accès ou à l'interopérabilité des services doivent être conclues;

2° fixer des principes directeurs pour l'accès ou l'interopérabilité des services pour lesquels il faut parvenir à un accord;

3° si les parties ne peuvent aboutir à un accord, fixer les conditions adaptées à l'accès et à l'obtention de l'interopérabilité.

Le Conseil des médias fournit des orientations et rend publiques les procédures applicables pour l'obtention de l'accès et de l'interconnexion, afin que les petites et moyennes entreprises et les opérateurs actifs dans une zone géographique limitée puissent bénéficier des obligations imposées.

Art. 75 - Caractère confidentiel des informations

Les informations obtenues par des entreprises dans le cadre de négociations relatives à l'accès ou à l'interconnexion ne peuvent être utilisées qu'aux fins pour lesquelles elles ont été fournies. Les informations ne peuvent être transmises

à des tiers qui pourraient en tirer des avantages concurrentiels, notamment à d'autres départements, filiales ou partenaires commerciaux des parties ayant négocié.

Le Conseil des médias peut prévoir que les négociations sont menées par le biais d'intermédiaires neutres, lorsque les conditions de concurrence l'exigent.

Art. 76 - Maintien de l'intégrité du réseau

Si un opérateur prouve que le recours à la prestation menacerait le maintien de l'intégrité du réseau ou la sécurité de son fonctionnement, le Conseil des médias n'impose pas ladite obligation d'accès ou l'impose sous une forme modifiée. Le maintien de l'intégrité du réseau et la sécurité de fonctionnement du réseau doivent être jugés selon des critères objectifs.

Art. 77 - Obligations pour les entreprises qui exercent le contrôle de l'accès aux utilisateurs finaux

Sans préjudice des mesures prises à l'encontre d'opérateurs puissants sur le marché, le Conseil des médias peut, dans des cas motivés, obliger des opérateurs de réseaux de communications électroniques publics qui contrôlent l'accès aux utilisateurs finaux, sur demande allant en ce sens, à interconnecter leurs réseaux avec ceux d'opérateurs d'autres réseaux de communications électroniques publics, dans la mesure où cela est nécessaire pour garantir le bouclage de services. À cette fin, le Conseil des médias peut en plus imposer à ces opérateurs d'autres obligations en matière d'accès et d'interopérabilité de leurs services.

La procédure de consultation prévue à l'article 116 s'applique *mutatis mutandis*. Les obligations et conditions imposées conformément au premier alinéa sont objectives, transparentes, proportionnées et non discriminatoires.

Art. 78 - Guides électroniques de programmes et interfaces de programme d'application

Pour garantir l'accès des utilisateurs finaux aux services de médias audiovisuels et sonores linéaires numériques déterminés par le Gouvernement, le Conseil des médias peut obliger les opérateurs de réseaux de communications électroniques publics à accorder l'accès à des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires à des interfaces de programme d'application ou à des guides électroniques de programmes.

La procédure de consultation prévue à l'article 116 s'applique *mutatis mutandis*.

Art. 79 - Cession de contrôle

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels qui mettent des équipements de télévision numérique à la disposition de leurs utilisateurs finaux doivent permettre à ces derniers, au terme de leur contrat, de les rendre, par une procédure simple et gratuite, à moins que le fournisseur ne démontre que ceux-ci sont pleinement interopérables avec les services de télévision numérique fournis par d'autres fournisseurs, y compris ceux auxquels est passé l'utilisateur final.

Les équipements de télévision numérique qui respectent des normes harmonisées dont les références ont été publiées au Journal officiel de l'Union européenne, ou des parties de ces normes, sont présumés respecter l'exigence d'interopérabilité énoncée à l'alinéa 1^{er}, couverte par ces normes ou parties de normes.

Art. 80 - Obligations des fournisseurs de services d'accès conditionnel

Les fournisseurs de services de médias audiovisuels linéaires avec système d'accès conditionnel qui fournissent des services d'accès pour la télévision et la radio numériques et dont les organismes diffuseurs dépendent offrent à tous les organismes qui en font la demande, à des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires, des services techniques permettant à des téléspectateurs ou à des auditeurs jouissant d'un droit d'accès de recevoir leurs services de médias audiovisuels linéaires au moyen de décodeurs. Ces services sont gérés par les fournisseurs.

Lorsque le fournisseur exerce d'autres activités, il doit tenir une comptabilité séparée pour l'activité mentionnée au premier alinéa.

Art. 81 - Obligations relatives à l'octroi de licences

Les détenteurs de droits de propriété industrielle sur des systèmes et produits d'accès conditionnel doivent octroyer des licences aux fabricants d'appareils de consommation à des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires.

L'octroi de licences pour lesquelles des facteurs techniques et commerciaux spécifiques doivent être pris en compte ne peut être lié par les détenteurs de droits à des conditions interdisant, empêchant ou rendant difficile l'intégration, dans un certain produit,

1° d'une interface commune d'interconnexion avec d'autres systèmes d'accès ou

2° de ressources d'un autre système d'accès lorsque le concessionnaire de la licence respecte les conditions sensées et raisonnables garantissant la sécurité des transactions des fournisseurs de systèmes d'accès conditionnel.

Art. 82 - Interopérabilité des autoradios

Toute entreprise qui, en région de langue allemande, propose à la vente ou à la location des nouveaux véhicules de catégorie M avec autoradio doit veiller à ce que ces véhicules soient équipés d'un récepteur pouvant recevoir et reproduire au moins des services de radio fournis via des réseaux de diffusion de radio numérique terrestre. Les récepteurs conformes à des normes harmonisées dont les références ont été publiées au Journal officiel de l'Union européenne, ou à des parties de ces normes, sont considérés respecter l'exigence couverte par ces normes ou parties de normes.

Section 3. — Obligations pour les entreprises puissantes sur le marché

Art. 83 - Modification d'accords déjà conclus en matière d'accès

Pour garantir le respect des obligations découlant de l'article 73, § 3, le Conseil des médias peut exiger la modification d'accords déjà conclus en matière d'accès.

Art. 84 - Obligation de transparence

§ 1^{er} - Le Conseil des médias peut imposer aux entreprises puissantes sur le marché des obligations de transparence concernant l'interconnexion ou l'accès en vertu desquelles les entreprises sont tenues de rendre publiques des informations spécifiques, telles que les informations comptables, les prix, les spécifications techniques, les caractéristiques du réseau et les évolutions prévues de celui-ci, ainsi que les conditions de fourniture et d'utilisation, y compris toute condition modifiant l'accès aux services et aux applications ou l'utilisation de ces services et de ces applications, en particulier en ce qui concerne la migration à partir de l'infrastructure historique, lorsque ces conditions sont autorisées par les États membres conformément au droit de l'Union.

§ 2 - En particulier, lorsqu'une entreprise est soumise à des obligations de non-discrimination, le Conseil des médias peut lui imposer de publier une offre de référence, qui soit suffisamment détaillée pour garantir que les entreprises ne sont pas tenues de payer pour des ressources qui ne sont pas nécessaires pour le service demandé. Cette

offre comprend une description des offres pertinentes ventilées en divers éléments selon les besoins du marché et des conditions y afférentes, y compris des prix.

Toute nouvelle offre de référence est approuvée par le Conseil des médias avant publication.

Le Conseil des médias a notamment le pouvoir d'imposer des modifications aux offres de référence afin de donner effet aux obligations imposées conformément à ce décret.

§ 3 - Le Conseil des médias peut préciser les informations à fournir, le niveau de détail requis et le mode de publication.

§ 4 - Sans préjudice du § 3, lorsqu'un opérateur est soumis à des obligations concernant l'accès de gros aux infrastructures de réseaux conformément aux articles 88 et 89, le Conseil des médias veille - nonobstant le § 2, alinéa 3 - à la publication d'une offre de référence tenant le plus grand compte des lignes directrices de l'ORECE sur les critères minimaux auxquels doit satisfaire une offre de référence. De plus, le Conseil des médias veille à ce que les indicateurs de performance clés soient précisés, au besoin, ainsi que les niveaux de service correspondants, et les contrôle étroitement et veille à leur respect. En outre, le Conseil des médias peut, si nécessaire, déterminer au préalable les sanctions financières afférentes conformément au droit de l'Union et au droit national.

Art. 85 - Obligations de non-discrimination

Le Conseil des médias peut imposer à des entreprises puissantes sur le marché des obligations de non-discrimination en ce qui concerne l'interconnexion ou l'accès.

Les obligations de non-discrimination tendent notamment à garantir que l'entreprise applique des conditions équivalentes dans des circonstances équivalentes aux autres fournisseurs de services équivalents, et qu'elle fournisse aux autres des services et informations dans les mêmes conditions et de la même qualité que celles prévues pour ses propres services, ou pour ceux de ses filiales ou partenaires. Le Conseil des médias peut imposer à cette entreprise l'obligation de fournir des produits et services d'accès à toutes les entreprises, y compris à elle-même, selon les mêmes délais et conditions, y compris en termes de tarifs et de niveaux de service, et à l'aide des mêmes systèmes et procédés, pour assurer un accès équivalent.

Art. 86 - Obligation de séparation comptable

§ 1^{er} - Le Conseil des médias peut imposer aux entreprises puissantes sur le marché des obligations de séparation comptable en ce qui concerne certaines activités dans le domaine de l'interconnexion ou de l'accès.

Le Conseil des médias fixe le modèle et la méthode comptable que doivent appliquer les entreprises mentionnées dans l'alinéa 1^{er}.

Le Conseil des médias peut, notamment, obliger une entreprise verticalement intégrée à rendre ses prix de gros et ses prix de transferts internes transparents, entre autres pour garantir le respect d'une obligation de non-discrimination prévue à l'article 85 ou, en cas de nécessité, pour empêcher des subventions croisées abusives. Le Conseil des médias peut spécifier le format et les méthodologies comptables à utiliser.

Un réviseur d'entreprise indépendant agréé, désigné par une entreprise, examine à charge de celle-ci si les décisions mentionnées dans les alinéas précédents sont respectées. Le Conseil des médias peut, sur la base du rapport rendu par le réviseur d'entreprise agréé, publier une déclaration sur le respect de l'obligation de séparation comptable et des dispositions y relatives.

§ 2 - Afin de faciliter la vérification du respect des obligations de transparence et de non-discrimination, le Conseil des médias peut exiger que les documents comptables, y compris les données concernant les recettes provenant de tiers, lui soient fournis s'il en fait la demande, et ce, sans préjudice des articles 118, 119, 120 et 121. Le Conseil des médias fixe le délai dans lequel les documents doivent être remis.

Le Conseil des médias peut publier ces informations et obliger l'entreprise à laquelle il a imposé une séparation comptable d'également publier ces informations pour autant que cela contribue à l'instauration d'un marché ouvert et concurrentiel, et ce, dans le respect des règles sur la confidentialité des informations commerciales.

Art. 87 - Accès au génie civil

§ 1^{er} - Le Conseil des médias peut imposer des obligations aux entreprises puissantes sur le marché pour satisfaire les demandes raisonnables visant à obtenir l'accès au génie civil et à pouvoir utiliser celui-ci, y compris, mais pas uniquement, les bâtiments ou les accès aux bâtiments, le câblage des bâtiments, les antennes, les tours et autres constructions de soutènement, les poteaux, les pylônes, les gaines, les conduites, les chambres de visite, les regards de visite et les armoires, lorsque, ayant étudié l'analyse de marché, le Conseil des médias conclut qu'un refus d'octroi de l'accès ou que des conditions d'accès déraisonnables ayant un effet similaire empêcheraient l'émergence d'un marché concurrentiel durable et ne serviraient pas les intérêts de l'utilisateur final.

§ 2 - Le Conseil des médias peut imposer aux entreprises puissantes sur le marché des obligations en matière de fourniture d'accès conformément au présent article, que les actifs touchés par les obligations fassent ou non partie du marché pertinent selon l'analyse de marché, à condition que lesdites obligations soient proportionnées et nécessaires pour atteindre les objectifs énoncés à l'article 5.

Art. 88 - Obligations relatives à l'accès à des éléments de réseau spécifiques et à des ressources associées et à leur utilisation

§ 1^{er} - Le Conseil des médias peut imposer à des entreprises puissantes sur le marché des obligations pour satisfaire les demandes raisonnables d'accès à des éléments de réseau spécifiques et à des ressources associées et d'utilisation de ces éléments et ressources.

Les entreprises peuvent notamment se voir imposer :

1° d'accorder à des tiers l'accès à des éléments physiques de réseau spécifiques et aux ressources associées, le cas échéant, y compris l'accès dégroupé à la boucle et à la sous-boucle locales, et d'en autoriser l'utilisation;

2° d'accorder à des tiers l'accès à des éléments et des services de réseau actifs ou virtuels spécifiques;

3° de négocier de bonne foi avec des entreprises qui demandent un accès;

4° de ne pas retirer l'accès aux ressources lorsqu'il a déjà été accordé;

5° d'offrir des services spécifiques en gros en vue de la revente par des tiers;

6° d'accorder un accès ouvert aux interfaces techniques, protocoles ou autres technologies clés qui revêtent une importance essentielle pour l'interopérabilité des services ou des services de réseaux virtuels;

7° de fournir une possibilité de colocalisation ou d'autres formes de partage des ressources associées;

8° de fournir les services spécifiques nécessaires pour garantir aux utilisateurs l'interopérabilité des services de bout en bout ou l'itinérance sur les réseaux mobiles;

9° de fournir l'accès à des systèmes d'assistance opérationnelle ou à des systèmes logiciels similaires nécessaires pour garantir l'existence d'une concurrence loyale dans la fourniture des services;

10° d'interconnecter des réseaux ou des ressources de réseau;

11° de donner accès à des services associés comme ceux relatifs à l'identité, à la localisation et à l'occupation.

Le Conseil des médias peut soumettre ces obligations à des conditions concernant le caractère équitable ou raisonnable et le délai.

§ 2 - Lorsque le Conseil des médias examine l'opportunité d'imposer l'une des obligations spécifiques possibles visées au § 1^{er}, et en particulier lorsqu'il évalue si ces obligations sont proportionnées par rapport aux objectifs fixés à l'article 5, il analyse si d'autres formes d'accès aux intrants de gros, que ce soit sur le même marché ou sur un marché de gros connexe, seraient suffisantes pour remédier au problème constaté dans l'intérêt des utilisateurs finaux. Cette analyse englobe les offres d'accès commerciales, la régulation de l'accès en application de l'article 74 ou de dispositions adoptées par l'État fédéral en matière de communications électroniques, ou la régulation de l'accès, existante ou prévue, à d'autres intrants de gros en application du présent article.

Le Conseil des médias prend notamment en considération les éléments suivants :

1° la viabilité technique et économique de l'utilisation ou de la mise en place de ressources concurrentes, compte tenu du rythme auquel le marché évolue et de la nature et du type d'interconnexion et/ou d'accès concerné, y compris la viabilité d'autres produits d'accès en amont, tels que l'accès aux gaines;

2° l'évolution technologique attendue concernant la conception et la gestion des réseaux;

3° la nécessité de garantir une neutralité technologique permettant aux parties de concevoir et de gérer leurs propres réseaux;

4° le degré de faisabilité de la fourniture d'accès offerte, compte tenu de la capacité disponible;

5° l'investissement initial réalisé par le propriétaire des ressources, en tenant compte des éventuels investissements publics réalisés et des risques inhérents à l'investissement, une attention particulière étant accordée aux investissements réalisés dans les réseaux à très haute capacité et aux niveaux de risque associés à ces réseaux;

6° la nécessité de préserver la concurrence à long terme, une attention particulière étant accordée à la concurrence économiquement efficace fondée sur les infrastructures et aux modèles d'activité innovants au service d'une concurrence durable, tels que ceux fondés sur le co-investissement dans les réseaux;

7° le cas échéant, les éventuels droits d'exploitation industrielle ou de propriété intellectuelle;

8° la fourniture de services paneuropéens.

§ 3 - Lorsque le Conseil des médias impose à une entreprise l'obligation de fournir un accès conformément aux dispositions du présent article, il peut fixer des conditions techniques ou opérationnelles auxquelles le fournisseur ou les bénéficiaires de l'accès doivent satisfaire lorsque cela est nécessaire pour assurer le fonctionnement normal du réseau. Les obligations de suivre des normes ou spécifications techniques particulières respectent les normes et spécifications établies par la Commission européenne.

§ 4 - Lorsque le Conseil des médias envisage, conformément à l'article 73, d'imposer des obligations sur le fondement de l'article 87 ou du présent article, il examine si l'imposition d'obligations sur le seul fondement de l'article 87 serait un moyen proportionné de promouvoir la concurrence et les intérêts de l'utilisateur final.

Art. 89 - Obligation en matière de contrôle des prix et de comptabilisation des coûts

§ 1^{er} - Le Conseil des médias peut, conformément à l'article 73, § 3 et 5, imposer des obligations en matière de récupération des coûts et de contrôle des prix, y compris des obligations concernant l'orientation des prix en fonction des coûts et des obligations concernant les systèmes de comptabilisation des coûts, pour la fourniture de types particuliers d'interconnexion et/ou d'accès, lorsqu'une analyse du marché indique qu'une entreprise puissante sur le marché peut, en l'absence de concurrence efficace, maintenir des prix à un niveau excessivement élevé ou comprimer les prix, au détriment des utilisateurs finaux.

Pour décider si des obligations en matière de contrôle des prix seraient ou non appropriées, le Conseil des médias prend en considération la nécessité de promouvoir la concurrence et les intérêts à long terme des utilisateurs finaux liés à la mise en œuvre et au déploiement de réseaux de nouvelle génération, et notamment de réseaux à très haute capacité. Afin d'encourager l'entreprise à investir notamment dans les réseaux de nouvelle génération, le Conseil des médias tient compte des investissements qu'elle a réalisés.

Dans les cas où le Conseil des médias juge les obligations en matière de contrôle des prix appropriées, il permet à l'entreprise de recevoir une rémunération raisonnable du capital adéquat engagé, compte tenu de tout risque spécifiquement lié à un nouveau projet d'investissement particulier dans les réseaux.

Le Conseil des médias étudie la possibilité de ne pas imposer ou de ne pas maintenir d'obligations au titre du présent article dans les cas où il établit qu'il existe une pression démontrable sur les prix de détail et que toute obligation imposée conformément aux articles 84 à 88, y compris notamment tout test de reproductibilité économique imposé conformément à l'article 85, garantit un accès effectif et non discriminatoire.

Lorsque le Conseil des médias juge approprié d'imposer des obligations en matière de contrôle des prix sur l'accès à des éléments de réseau existants, il tient également compte des avantages que présentent des prix de gros prévisibles et stables pour garantir une entrée efficace sur le marché et des incitations suffisantes pour que toutes les entreprises déploient des réseaux nouveaux et améliorés.

§ 2 - Le Conseil des médias veille à ce que tous les mécanismes de récupération des coûts ou les méthodologies de tarification rendus obligatoires visent à promouvoir le déploiement de réseaux nouveaux et améliorés et l'efficacité, à favoriser une concurrence durable et à optimiser les avantages durables pour l'utilisateur final. À cet égard, le Conseil des médias peut également prendre en compte les prix en vigueur sur les marchés concurrentiels comparables.

§ 3 - Lorsqu'une entreprise est soumise à une obligation concernant l'orientation des prix en fonction des coûts, il incombe à l'opérateur de prouver, le cas échéant, que les tarifs sont déterminés en fonction des coûts, en tenant compte d'un retour sur investissements raisonnable.

Afin de calculer le coût d'une fourniture de services efficaces, le Conseil des médias peut utiliser des méthodes de comptabilisation des coûts distinctes de celles appliquées par l'entreprise. Le Conseil des médias peut demander à une entreprise de justifier intégralement ses prix et, si nécessaire, en exiger l'adaptation.

§ 4 - Lorsque la mise en place d'un système de comptabilisation des coûts est rendue obligatoire pour soutenir le contrôle des prix, le Conseil des médias veille à ce que soit mise à la disposition du public une description du système de comptabilisation des coûts faisant apparaître au moins les principales catégories au sein desquelles les coûts sont regroupés et les règles appliquées en matière de répartition des coûts. Le respect du système de comptabilisation des

coûts est vérifié, à la charge de l'entreprise, par un organisme indépendant compétent qui remet chaque année une déclaration qui sera publiée par le Conseil des médias.

Art. 90 - Traitement des nouveaux éléments de réseau à très haute capacité sur le plan de la régulation

§ 1^{er} - Conformément à la procédure décrite à l'article 93, alinéa 2, des entreprises puissantes sur le marché peuvent offrir des engagements d'ouvrir au co-investissement le déploiement d'un nouveau réseau à très haute capacité qui consiste en des éléments de fibre optique jusqu'aux locaux de l'utilisateur final ou à la station de base, par exemple en proposant une copropriété ou un partage des risques à long terme au moyen d'un cofinancement ou d'accords d'achat faisant naître des droits spécifiques de nature structurelle par d'autres fournisseurs de réseaux ou de services de communications électroniques.

Lorsque le Conseil des médias évalue ces engagements, il détermine, en particulier, si l'offre de co-investissement respecte les conditions suivantes :

1° elle est ouverte à tout moment de la durée de vie du réseau à tout fournisseur de réseaux ou de services de communications électroniques;

2° elle permettrait à d'autres co-investisseurs qui sont des fournisseurs de réseaux ou de services de communications électroniques d'entrer en concurrence de manière effective et durable à long terme sur les marchés en aval sur lesquels l'entreprise désignée comme étant puissante sur le marché est active, selon des conditions incluant :

a) des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires permettant l'accès à la pleine capacité du réseau dans la mesure où il fait l'objet d'un co-investissement;

b) une souplesse en ce qui concerne la valeur et le calendrier de la participation de chaque co-investisseur;

c) la possibilité d'augmenter cette participation à l'avenir; et

d) l'attribution, par les co-investisseurs, de droits réciproques après le déploiement de l'infrastructure qui fait l'objet du co-investissement;

3° elle est rendue publique par l'entreprise en temps utile et, si l'entreprise ne possède pas les caractéristiques énumérées à l'article 94, § 1^{er}, au moins six mois avant le lancement du déploiement du nouveau réseau; ce délai peut être prolongé en fonction des circonstances;

4° les demandeurs d'accès qui ne participent pas au co-investissement peuvent bénéficier dès le départ d'une qualité, d'une vitesse, de conditions et de possibilités d'atteindre les utilisateurs finaux identiques à celles qui existaient avant le déploiement, accompagnées d'un mécanisme d'adaptation au fil du temps confirmé par le Conseil des médias, au regard des évolutions sur les marchés de détail connexes, qui maintient les incitations à participer au co-investissement. Ce mécanisme garantit que les demandeurs d'accès ont accès aux éléments à très haute capacité du réseau à un moment et sur la base de conditions transparentes et non discriminatoires qui reflètent de manière appropriée les degrés de risques encourus par les co-investisseurs respectifs à différents stades du déploiement et tiennent compte de la situation concurrentielle sur les marchés de détail;

5° elle respecte au minimum les critères figurant au § 5 et elle est faite de bonne foi.

§ 2 - Si le Conseil des médias, compte tenu des résultats du test de marché effectué conformément à l'article 93, § 2, conclut que l'engagement de co-investissement proposé respecte les conditions énoncées au § 1^{er}, il rend cet engagement contraignant en vertu de l'article 93, § 3, et n'impose pas d'obligations supplémentaires en vertu de l'article 73, § 4, pour ce qui est des éléments du nouveau réseau à très haute capacité faisant l'objet de l'engagement, si au moins un co-investisseur potentiel a conclu un accord de co-investissement avec l'entreprise désignée comme étant puissante sur le marché.

Le premier alinéa s'entend sans préjudice du traitement, sur le plan de la régulation, de circonstances qui ne respectent pas les conditions énoncées au premier alinéa, compte tenu des résultats de tout test de marché effectué conformément à l'article 93, § 2, mais qui ont une incidence sur la concurrence et sont prises en considération aux fins des articles 72 et 73.

En vue des objectifs énumérés à l'article 5, en application de l'article 102 et par dérogation au premier alinéa, le Conseil des médias prend, dans des circonstances dûment justifiées, des mesures correctrices conformément aux articles 73 et 84 à 89 en ce qui concerne de nouveaux réseaux à très haute capacité afin de résoudre d'importants problèmes de concurrence sur des marchés spécifiques lorsqu'il constate que, compte tenu des spécificités de ces marchés, ces problèmes de concurrence ne pourraient être résolus autrement.

§ 3 - Le Conseil des médias assure un contrôle permanent du respect des conditions énoncées au § 1^{er} et peut imposer à l'entreprise désignée comme étant puissante sur le marché de lui fournir chaque année une déclaration de conformité.

Le présent article s'entend sans préjudice du pouvoir qu'a le Conseil des médias de prendre des décisions en vertu de l'article 113, § 1^{er}, en cas de litige survenant entre des entreprises en rapport avec un accord de co-investissement dont il juge qu'il respecte les conditions énoncées au § 1^{er}.

§ 4 - Pour l'application du présent article, le Conseil des médias tient compte des lignes directrices adoptées par l'ORECE afin d'encourager une application cohérente, par les autorités de régulation nationales, des conditions énoncées au § 1^{er} et des critères énoncés au § 5.

§ 5 - Lors de l'évaluation d'une offre de co-investissement en application du § 1^{er}, le Conseil des médias vérifie s'il a été satisfait au minimum aux critères énoncés ci-après. Le Conseil des médias peut envisager des critères supplémentaires dans la mesure où ceux-ci sont nécessaires pour assurer l'accessibilité d'investisseurs potentiels au co-investissement, compte tenu des conditions locales spécifiques et de la structure du marché :

1° l'offre de co-investissement est ouverte à toute entreprise sur la durée de vie du réseau construit dans le cadre d'une offre de co-investissement sur une base non discriminatoire. L'entreprise désignée comme étant puissante sur le marché peut inclure dans l'offre des conditions raisonnables concernant la capacité financière de toute entreprise afin que, par exemple, les co-investisseurs potentiels soient tenus de démontrer leur capacité à fournir les paiements échelonnés sur la base desquels le déploiement est prévu, l'acceptation d'un plan stratégique qui sert de base à l'élaboration des plans de déploiement à moyen terme, etc.;

2° l'offre de co-investissement est transparente :

a) l'offre est disponible et aisément identifiable sur le site internet de l'entreprise désignée comme étant puissante sur le marché;

b) les conditions détaillées et complètes sont, sans retard indu, mises à la disposition de tout candidat potentiel ayant manifesté son intérêt, y compris la forme juridique de l'accord de co-investissement et, le cas échéant, les grands principes des règles de gouvernance du véhicule de co-investissement et

c) le processus, comme la feuille de route pour la définition et l'élaboration du projet de co-investissement, est fixé

à l'avance; il est clairement expliqué par écrit à tout co-investisseur potentiel, et toutes les étapes principales sont clairement communiquées à toutes les entreprises sans discrimination;

3° l'offre de co-investissement comprend des conditions pour les co-investisseurs potentiels qui favorisent une concurrence durable à long terme, notamment :

a) toutes les entreprises se voient proposer des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires pour participer à l'accord de co-investissement en fonction du moment où elles adhèrent, notamment en ce qui concerne la contrepartie financière exigée pour l'acquisition de droits spécifiques, la protection que ces droits assurent aux co-investisseurs, que ce soit pendant la phase de construction ou pendant la phase d'exploitation, par exemple par l'octroi de droits irrévocables d'usage (DIU) pour la durée de vie prévisible du réseau qui fait l'objet du co-investissement, et en ce qui concerne les conditions régissant l'adhésion à l'accord de co-investissement et sa résiliation potentielle. Des conditions non discriminatoires dans ce contexte n'impliquent pas que tous les co-investisseurs potentiels se voient offrir exactement les mêmes conditions, y compris financières, mais que tous les écarts entre les conditions proposées sont justifiés sur la base des mêmes critères objectifs, transparents, non discriminatoires et prévisibles tels que le nombre de lignes d'utilisateur final pour lequel un engagement est souscrit;

b) l'offre permet une certaine souplesse en ce qui concerne la valeur et le calendrier de l'engagement souscrit par chaque co-investisseur, par exemple sous la forme d'un pourcentage convenu, et susceptible d'augmentation, du total des lignes d'utilisateur final dans une zone donnée, pourcentage par rapport auquel les co-investisseurs ont la possibilité de s'engager progressivement et qui est fixé à un niveau unitaire permettant à des co-investisseurs plus modestes disposant de ressources limitées de participer au co-investissement à un niveau raisonnablement minimum et d'augmenter progressivement leur participation, tout en garantissant des niveaux d'engagement initial suffisants. La contrepartie financière à fournir par chaque co-investisseur doit être déterminée de manière à refléter le fait que les premiers investisseurs acceptent des risques plus élevés et engagent leurs capitaux plus tôt;

c) une prime qui augmente au fil du temps est considérée comme justifiée pour les engagements souscrits à des stades ultérieurs et pour les nouveaux co-investisseurs qui adhèrent à l'accord de co-investissement après le début du projet, de manière à refléter la diminution des risques et à neutraliser toute incitation à retenir les capitaux aux premiers stades;

d) l'accord de co-investissement permet de transférer des droits acquis par des co-investisseurs à d'autres co-investisseurs ou à des tiers acceptant d'adhérer à l'accord de co-investissement, sous réserve que le cessionnaire soit tenu de remplir toutes les obligations initiales du cédant au titre de l'accord de co-investissement;

e) les co-investisseurs s'accordent mutuellement des droits réciproques, à des conditions équitables et raisonnables, en vue de l'accès à l'infrastructure objet du co-investissement aux fins de la fourniture de services en aval, y compris aux utilisateurs finaux, conformément aux conditions transparentes qui doivent apparaître de façon transparente dans l'offre de co-investissement et l'accord ultérieur, notamment lorsque les co-investisseurs sont responsables individuellement et séparément du déploiement de parties spécifiques du réseau. Si un véhicule de co-investissement est créé, il offre l'accès au réseau à tous les co-investisseurs, que ce soit directement ou indirectement, sur la base d'une équivalence des intrants et conformément à des conditions équitables et raisonnables, y compris les conditions financières reflétant les niveaux de risque différents acceptés par les co-investisseurs individuels;

4° l'offre de co-investissement garantit un investissement pérenne susceptible de répondre aux besoins futurs, grâce au déploiement de nouveaux éléments de réseau contribuant de manière significative au déploiement de réseaux à très haute capacité.

Art. 91 - Séparation fonctionnelle

§ 1^{er} - Lorsque le Conseil des médias conclut que les obligations appropriées imposées en vertu des articles 84 à 89 n'ont pas permis d'assurer une concurrence effective et que d'importants problèmes de concurrence et/ou défaillances du marché persistent en ce qui concerne la fourniture en gros de certains marchés d'accès, il peut, à titre exceptionnel, conformément aux dispositions de l'article 73, § 5, imposer à des entreprises verticalement intégrées l'obligation de confier les activités de fourniture en gros des produits concernés à une entité économique fonctionnellement indépendante.

Cette entité économique fournit des produits et services d'accès à toutes les entreprises, y compris aux autres entités économiques au sein de la société mère, aux mêmes échéances et conditions, y compris en termes de tarif et de niveaux de service, et à l'aide des mêmes systèmes et procédés.

§ 2 - Lorsque le Conseil des médias entend imposer une obligation de séparation fonctionnelle, il soumet à la Commission européenne une demande qui comporte :

1° des éléments de preuve justifiant les conclusions du Conseil des médias conformément au § 1^{er};

2° une appréciation motivée concluant qu'il n'y a pas ou guère de perspectives d'une concurrence effective et durable fondée sur les infrastructures dans un délai raisonnable;

3° une analyse de l'effet escompté sur le Conseil des médias, sur l'entreprise, en particulier sur les travailleurs de l'entreprise séparée et sur le secteur des communications électroniques dans son ensemble, et sur les incitations à l'investissement dans un secteur dans son ensemble, notamment en ce qui concerne la nécessité d'assurer la cohésion sociale et territoriale, ainsi que sur d'autres parties intéressées, y compris, en particulier, une analyse de l'effet escompté sur la concurrence, ainsi que des effets potentiels qui s'ensuivent pour les consommateurs;

4° une analyse des raisons justifiant que cette obligation serait le moyen le plus efficace pour appliquer des mesures visant à résoudre les problèmes de concurrence ou, selon le cas, de défaillances du marché identifiés.

§ 3 - Le projet de mesure comporte les éléments suivants :

1° la nature et le degré précis de séparation et, en particulier, le statut juridique de l'entité économique distincte;

2° la liste des actifs de l'entité économique distincte ainsi que des produits ou services qu'elle doit fournir;

3° les modalités de gestion visant à assurer l'indépendance du personnel employé par l'entité économique distincte, et les mesures incitatives correspondantes;

4° les règles visant à assurer le respect des obligations;

5° les règles visant à assurer la transparence des procédures opérationnelles, en particulier envers les autres parties prenantes;

6° un programme de contrôle visant à assurer le respect des obligations, y compris la publication d'un rapport annuel.

§ 4 - À la suite de la décision prise par la Commission européenne sur le projet de mesure, le Conseil des médias procède à une analyse coordonnée des différents marchés liés au réseau d'accès conformément à la procédure visée à

l'article 73. Sur la base de son évaluation, le Conseil des médias impose des obligations, les maintient, les modifie ou les lève conformément à l'article 116, § 2.

§ 5 - Une entreprise à laquelle a été imposée une séparation fonctionnelle peut être soumise à toute obligation visée aux articles 72 à 89 et 95 sur tout marché spécifique où elle a été désignée comme étant puissante conformément à l'article 73, ou à toute autre obligation autorisée par la Commission européenne.

Art. 92 - Séparation sur une base volontaire par une entreprise verticalement intégrée

§ 1^{er} - Les entreprises puissantes sur le marché notifient au Conseil des médias, au moins trois mois à l'avance et en temps utile, afin de lui permettre d'évaluer l'incidence de la transaction envisagée, leur intention de céder leurs actifs de réseau d'accès local, ou une partie importante de ceux-ci, à une entité juridique distincte sous la propriété d'un tiers, ou d'instituer une entité économique distincte afin de fournir à toutes les entreprises fournissant des services de détail, y compris à leurs divisions fournissant des services de détail, des produits d'accès parfaitement équivalents.

Les entreprises notifient également au Conseil des médias tout changement quant à cette intention ainsi que le résultat final du processus de séparation.

Ces entreprises peuvent aussi proposer des engagements relatifs aux conditions d'accès qui s'appliquent à leur réseau au cours d'une période de mise en œuvre après la mise en œuvre de la forme de séparation proposée, en vue de garantir aux tiers un accès effectif et non discriminatoire. La proposition d'engagements est suffisamment détaillée, notamment en ce qui concerne le calendrier de mise en œuvre et la durée, pour permettre au Conseil des médias de mener à bien ses tâches conformément au § 2. De tels engagements peuvent s'étendre au-delà de la période maximale pour les analyses de marché énoncée à l'article 73, § 8.

§ 2 - Le Conseil des médias évalue l'incidence de la transaction envisagée, ainsi que les engagements proposés s'il y a lieu, sur les obligations réglementaires existantes conformément au présent décret.

À cet effet, le Conseil des médias procède à une analyse coordonnée des différents marchés liés au réseau d'accès selon la procédure énoncée à l'article 73.

Sur la base de son évaluation, le Conseil des médias impose des obligations, les maintient, les modifie ou les lève conformément à l'article 116, § 1^{er}, en appliquant, le cas échéant, l'article 94. Dans sa décision, le Conseil des médias peut rendre les engagements contraignants, totalement ou en partie. Par dérogation à l'article 73, § 8, le Conseil des médias peut rendre contraignants les engagements, totalement ou en partie, pour toute la période pour laquelle ils sont proposés.

§ 3 - L'entité économique distincte sur le plan juridique et/ou opérationnel peut être soumise, sur tout marché spécifique où elle a été désignée comme puissante conformément à l'article 73, à toute obligation visée aux articles 84 à 89 et 95 ou à toute autre obligation autorisée par la Commission européenne en vertu de l'article 73, § 5, lorsque les réglementations proposées sont insuffisantes pour permettre la réalisation des objectifs énoncés à l'article 5.

§ 4 - Le Conseil des médias surveille la mise en œuvre des engagements proposés par les entreprises qu'il a rendus contraignants conformément au § 2, et envisage leur prolongation à l'expiration de la période pour laquelle ils ont été initialement proposés.

Art. 93 - Procédure d'engagements

§ 1^{er} - Les entreprises puissantes sur le marché peuvent proposer au Conseil des médias des engagements relatifs aux conditions d'accès, de co-investissement ou aux deux, applicables à leurs réseaux, en ce qui concerne entre autres :

1° des accords de coopération relatifs à l'évaluation d'obligations appropriées et proportionnées en vertu de l'article 73;

2° le co-investissement dans des réseaux à très haute capacité en vertu de l'article 90 ou

3° l'accès effectif et non discriminatoire par des tiers en vertu de l'article 92, tant au cours d'une période de mise en œuvre d'une séparation volontaire par une entreprise verticalement intégrée qu'après la mise en œuvre de la forme de séparation proposée.

La proposition d'engagements est suffisamment détaillée, notamment en ce qui concerne le calendrier et la portée de leur mise en œuvre ainsi que leur durée, pour permettre au Conseil des médias de procéder à son évaluation en vertu du § 2. De tels engagements peuvent s'étendre au-delà des périodes de réalisation des analyses de marché prévues à l'article 73, § 8.

§ 2 - Afin d'évaluer les engagements proposés par une entreprise en vertu du § 1^{er}, le Conseil des médias effectue, sauf lorsque de tels engagements ne remplissent clairement pas une ou plusieurs des conditions ou critères pertinents, un test de marché, en particulier pour ce qui est des conditions proposées, en procédant à une consultation publique des parties intéressées, en particulier des tiers qui sont directement touchés. Les co-investisseurs ou demandeurs d'accès potentiels peuvent exprimer leur point de vue quant au respect par les engagements proposés des conditions prévues à l'article 73, 90 ou 92, selon le cas, et peuvent proposer des modifications.

En ce qui concerne les engagements proposés au titre du présent article, le Conseil des médias porte, lors de l'évaluation des obligations au titre de l'article 73, § 4, alinéa 2, une attention particulière :

1° aux éléments de preuve concernant le caractère équitable et raisonnable des engagements proposés;

2° à l'ouverture des engagements à tous les acteurs du marché;

3° à la disponibilité de l'accès en temps utile à des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires, y compris aux réseaux à très haute capacité, avant le lancement de services de détail correspondants et

4° à l'aptitude globale des engagements proposés à permettre une concurrence durable sur les marchés en aval et à faciliter le déploiement coopératif de réseaux à très haute capacité et la pénétration de ces réseaux dans l'intérêt des utilisateurs finaux.

Compte tenu de l'ensemble des points de vue exprimés durant la consultation et de la mesure dans laquelle ces points de vue sont représentatifs des différentes parties prenantes, le Conseil des médias communique à l'entreprise désignée comme étant puissante sur le marché ses conclusions préliminaires sur la question de savoir si les engagements proposés respectent les objectifs, les critères et les procédures énoncés au présent article et aux articles 73, 90 ou 93, selon le cas, et dans quelles conditions il peut envisager de rendre les engagements contraignants. L'entreprise peut réviser son offre initiale pour tenir compte des conclusions préliminaires du Conseil des médias et en vue de satisfaire aux critères énoncés au présent article et à l'article 73, 90 ou 92, selon le cas.

§ 3 - Sans préjudice de l'article 90, § 2, alinéa 1^{er}, le Conseil des médias peut prendre la décision de rendre les engagements contraignants, totalement ou en partie.

Par dérogation à l'article 73, § 8, le Conseil des médias peut rendre contraignant tout ou partie des engagements pour une période donnée, qui peut correspondre à toute la période pour laquelle ils sont proposés. Dans le cas

d'engagements de co-investissement rendus contraignants en vertu de l'article 90, § 2, alinéa 1^{er}, il les rend contraignants pour une période minimale de sept ans.

Sous réserve de l'article 90, le présent article s'entend sans préjudice de l'application de la procédure d'analyse de marché et de l'imposition d'obligations en vertu de l'article 73.

Lorsque le Conseil des médias rend des engagements contraignants en vertu du présent article, il évalue, au titre de l'article 73, les conséquences de cette décision sur l'évolution du marché et le caractère approprié de toute obligation qu'il a imposée ou qu'il aurait, en l'absence de ces engagements, envisagé d'imposer en vertu dudit article ou des articles 84 à 89. Lorsque le Conseil des médias notifie le projet de mesure concerné au titre de l'article 73, § 4, conformément à l'article 116, § 2, il accompagne le projet de mesure notifié de la décision relative aux engagements.

§ 4 - Le Conseil des médias assure le suivi, le contrôle et le respect des engagements qu'il a rendus contraignants conformément au § 3, de la même manière qu'il assure le suivi, le contrôle et le respect des obligations imposées au titre de l'article 73, § 4, et il envisage la prolongation de la période pour laquelle ils ont été rendus contraignants lorsque la période initiale vient à expiration. Si le Conseil des médias conclut qu'une entreprise n'a pas respecté les engagements qui ont été rendus contraignants conformément au § 3, il peut infliger des sanctions à l'entreprise concernée conformément à l'article 139 de ce décret. Le Conseil des médias peut réévaluer les obligations imposées conformément à l'article 73, § 10.

Art. 94 - Entreprises uniquement de gros

§ 1^{er} - Le Conseil des médias qui désigne une entreprise absente de tout marché de détail des services de communications électroniques comme étant puissante sur un ou plusieurs marchés de gros conformément à l'article 73, § 4, examine si ladite entreprise possède les caractéristiques suivantes :

1° toutes les sociétés et entités économiques au sein de l'entreprise, toutes les sociétés qui sont contrôlées, mais pas nécessairement détenues intégralement par le même propriétaire ultime, et tout actionnaire en mesure d'exercer un contrôle sur l'entreprise, ont uniquement des activités, actuelles et planifiées pour l'avenir, sur des marchés de gros des services de communications électroniques, et n'ont donc pas d'activités sur un quelconque marché de détail des services de communications électroniques fournis aux utilisateurs finaux dans l'Union;

2° l'entreprise n'est pas tenue de traiter avec une entreprise unique et distincte opérant en aval, qui est active sur un quelconque marché de détail des services de communications électroniques fournis à des utilisateurs finaux en raison d'un accord exclusif ou d'un accord équivalent de fait à un accord exclusif.

§ 2 - Si le Conseil des médias conclut que les conditions du § 1^{er} sont remplies, il ne peut imposer à cette entreprise que des obligations conformément aux articles 85 et 88 ou des obligations concernant une tarification équitable et raisonnable si cela se justifie sur la base d'une analyse de marché, y compris une évaluation prospective du comportement probable de l'entreprise désignée comme étant puissante sur le marché.

§ 3 - Le Conseil des médias réexamine les obligations imposées à l'entreprise conformément au présent article lorsqu'il conclut que les conditions prévues au § 1^{er} ne sont plus remplies, et applique, le cas échéant, les articles 72 à 73 et 84 à 89. Les entreprises informent, sans retard indu, le Conseil des médias de tout changement de situation pertinent au regard du § 1^{er}.

§ 4 - Le Conseil des médias réexamine également les obligations imposées à l'entreprise conformément au présent article si, sur la base d'éléments de preuve concernant les conditions offertes par l'entreprise à ses clients en aval, il conclut que sont survenus ou risquent de survenir, au détriment des utilisateurs finaux, des problèmes de concurrence qui requièrent l'imposition d'une ou plusieurs obligations prévues aux articles 84, 86, 87 ou 89, ou la modification des obligations imposées conformément au § 2.

§ 5 - L'imposition d'obligations et leur réexamen conformément au présent article sont mis en œuvre conformément aux procédures visées aux articles 116 et 117.

Art. 95 - Migration à partir de l'infrastructure historique

§ 1^{er} - Les entreprises puissantes sur le marché notifient au Conseil des médias, au préalable et en temps utile, leur intention de déclasser les parties du réseau soumises à des obligations au titre des articles 73 et 84 à 94, ou de les remplacer par une infrastructure nouvelle. Cela inclut également l'infrastructure historique nécessaire à l'exploitation d'un réseau cuivre.

§ 2 - Le Conseil des médias veille à ce que la procédure de déclassement ou de remplacement prévoie des conditions et un calendrier transparents comprenant une période de préavis appropriée pour la transition, et établisse la disponibilité de produits de substitution d'une qualité au moins comparable donnant accès à l'infrastructure de réseau améliorée se substituant aux éléments remplacés, si cela est nécessaire pour préserver la concurrence et les droits des utilisateurs finaux.

En ce qui concerne les actifs dont le déclassement ou le remplacement est proposé, le Conseil des médias peut retirer les obligations après s'être assuré que le fournisseur d'accès :

1° a établi les conditions appropriées pour la migration, notamment en mettant à disposition un produit d'accès de substitution d'une qualité au moins comparable à celle qui était disponible lors de l'utilisation de l'infrastructure historique permettant aux demandeurs d'accès d'atteindre les mêmes utilisateurs finaux et

2° a respecté les conditions et la procédure notifiées au Conseil des médias conformément au présent article.

Ce retrait d'obligations est mis en œuvre conformément aux procédures visées aux articles 116 et 117.

CHAPITRE 4. — Accès à des contenus et services spécifiques

Art. 96 - Droit de diffusion obligatoire pour les services de médias audiovisuels linéaires

§ 1^{er} - Le Gouvernement peut accorder à un fournisseur de services de médias audiovisuels le droit de diffusion obligatoire pour un ou plusieurs de ses services de médias audiovisuels linéaires. L'attribution de ce droit suppose que le Gouvernement conclut une convention avec le fournisseur de services de médias.

Conformément à l'article 97, § 1^{er}, 2°, ce droit peut être invoqué à l'égard des opérateurs de réseaux de communications électroniques dont les services sont utilisés par un nombre important d'utilisateurs finaux comme principal moyen de réception de services de médias audiovisuels.

§ 2 - Le droit de diffusion obligatoire est demandé au Gouvernement par recommandé. Le Gouvernement accuse réception de la demande dans les trente jours.

Le Gouvernement transmet la demande et le projet d'accord au Conseil des médias. Celui-ci émet un avis dans les soixante jours. À défaut d'avis remis dans le délai fixé dans cet alinéa, cette formalité peut être négligée.

§ 3 - Le droit de diffusion obligatoire d'un service de médias audiovisuels linéaire ne peut être octroyé que lorsque ce service remplit au moins les conditions suivantes :

1° outre les dispositions de l'article 24, § 3, illustrer le patrimoine de la Communauté germanophone, en particulier le patrimoine culturel;

2° offrir quotidiennement un nombre minimal d'heures de programmes, le programme ne pouvant être constitué exclusivement de rediffusions;

3° offrir quotidiennement au moins une émission d'information générale.

§ 4 - La convention visée au § 1^{er} fixe les détails quant aux obligations mentionnées au § 3. Elle peut prévoir des obligations plus larges lorsque le format et la nature des services de médias audiovisuels linéaires l'imposent.

§ 5 - Le fournisseur de services de médias audiovisuels linéaires auquel un droit de diffusion obligatoire a été accordé indique dans le rapport d'activités visé à l'article 9 comment il a rempli les obligations mentionnées dans la convention.

§ 6 - Le fournisseur de services de médias audiovisuels linéaires auquel un droit de diffusion obligatoire a été octroyé doit diffuser le service concerné au plus tard six mois après octroi du droit.

Art. 97 - Obligations de transmission (Must carry)

§ 1^{er} - Afin de promouvoir la diversité d'opinions et de cultures et de tenir compte de la particularité culturelle de la Communauté germanophone en tant que région frontalière dans un État multilingue sans organisme national de radiodiffusion, les opérateurs de réseaux et services de communications électroniques dont les services sont utilisés par un grand nombre d'utilisateurs finaux pour la réception de services de médias audiovisuels et sonores linéaires sont tenus de retransmettre au moment de leur diffusion et dans leur intégralité :

1° les services de médias audiovisuels et sonores linéaires du BRF ainsi que des sociétés commerciales avec lesquelles le BRF a conclu un accord de coopération ou au capital desquelles le BRF participe directement ou indirectement;

2° les services de médias audiovisuels linéaires auxquels un droit a été octroyé en vertu de l'article 96;

3° deux services de médias sonores linéaires et les services de médias audiovisuels linéaires de l'organisme public de radiodiffusion de la Communauté française;

4° deux services de médias sonores linéaires et les services de médias audiovisuels linéaires de l'organisme public de radiodiffusion de la Communauté flamande;

5° les programmes mentionnés à l'article 31.

§ 2 - Le Conseil des médias peut imposer à un ou plusieurs opérateurs de réseaux de communications électroniques dont les services sont utilisés par un nombre important d'utilisateurs finaux comme principal moyen de réception de services de médias audiovisuels et sonores linéaires l'obligation de diffuser d'autres services de médias audiovisuels et sonores. Le Gouvernement fixe les critères et indique expressément les objectifs d'intérêt général poursuivis. Avant de prendre sa décision, le Conseil des médias invite les opérateurs de réseaux de communications électroniques concernés et les utilisateurs, via son site internet, à prendre position dans un délai de trente jours au moins sur son projet de décision. Si aucune prise de position n'est communiquée dans le délai imparti, le Conseil des médias peut prendre sa décision.

Le Conseil des médias peut attribuer un canal en vue de son utilisation à différents moments ou à tour de rôle pour différents programmes.

§ 3 - Les obligations mentionnées dans cet article sont contrôlées tous les cinq ans par le Conseil des médias. Les résultats de ce contrôle sont publiés sur le site internet du Conseil des médias.

§ 4 - En cas de différend entre l'opérateur et les fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores à propos du paiement, l'une des parties peut en saisir le Conseil des médias, qui statuera sur une rétribution raisonnable.

Lors du règlement de tels différends, le Conseil des médias veille à ce qu'il n'y ait pas, dans des circonstances comparables, de discrimination dans le traitement des opérateurs de réseaux et services de communications électroniques et que le prélèvement du paiement s'opère selon le principe de proportionnalité et en toute transparence.

Art. 98 - Services obligatoires additionnels

Le Conseil des médias peut imposer à des opérateurs de services de communications électroniques dont les services sont utilisés par un nombre important d'utilisateurs finaux comme principal moyen de réception de services de médias audiovisuels et sonores linéaires l'obligation de proposer des services complémentaires, notamment des services d'accessibilité destinés à assurer un accès approprié pour les utilisateurs finaux qui sont des personnes dépendantes.

CHAPITRE 5. — Normes techniques

Art. 99 - Interopérabilité des récepteurs de télévision numériques

Les équipements grand public destinés à la réception de signaux numériques de télévision qui sont vendus, loués ou mis à disposition d'une quelconque autre manière en région de langue allemande et qui sont capables de désembrouiller des signaux numériques de télévision doivent pouvoir :

1° désembrouiller ces signaux conformément à un algorithme européen commun d'embrouillage administré par un organisme de normalisation européen reconnu;

2° reproduire des signaux qui ont été transmis en clair, à condition que, dans le cas où l'équipement considéré est loué, le locataire se conforme au contrat de location applicable.

Tout récepteur de télévision numérique équipé d'un écran d'affichage intégral d'une diagonale visible supérieure à 30 centimètres et qui est mis sur le marché à des fins de vente ou de location en région de langue allemande doit être doté d'au moins une prise d'interface ouverte - normalisée par un organisme de normalisation européen reconnu ou conforme à une norme adoptée par un tel organisme, ou conforme à une spécification acceptée par l'ensemble du secteur industriel concerné -, permettant le raccordement simple d'équipements périphériques et capable de transférer tous les éléments pertinents d'un signal de télévision numérique, y compris les informations relatives aux services interactifs et à accès conditionnel.

Les fournisseurs de services et d'équipement de télévision numérique coopèrent à la fourniture de services télévisuels interopérables pour les utilisateurs finaux qui sont des personnes dépendantes.

Art. 100 - Exigences en matière d'accessibilité

§ 1^{er} - Les équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels commercialisés après le 28 juin 2025, remplissent les exigences en matière d'accessibilité telles que fixées à l'Annexe 1^{re}, sections I^{re} et IV.

§ 2 - Les services qui permettent l'accès à des services de médias audiovisuels commercialisés après le 28 juin 2025 remplissent les exigences en matière d'accessibilité telles que fixées à l'Annexe 1^{re}, sections II et III ou IV, selon le cas.

Les microentreprises qui proposent des services sont exonérées de l'obligation de se conformer aux exigences en matière d'accessibilité visées à l'alinéa 1^{er} et de toutes obligations relatives à la conformité avec ces exigences.

§ 3 - Les exigences en matière d'accessibilité visées aux § § 1^{er} et 2 s'appliquent uniquement dans la mesure où la conformité :

1° n'exige pas de modification significative d'un produit ou d'un service qui entraîne une modification fondamentale de la nature de celui-ci et

2° n'entraîne pas l'imposition d'une charge disproportionnée aux opérateurs économiques concernés.

Les opérateurs économiques effectuent une évaluation afin de déterminer si la conformité avec les exigences en matière d'accessibilité visées aux § § 1^{er} et 2 introduirait une modification fondamentale ou, sur la base des critères pertinents énoncés à l'annexe 2, imposerait une charge disproportionnée, conformément au premier alinéa. Les opérateurs économiques apportent des preuves à l'appui de leur évaluation. Les opérateurs économiques conservent tous les résultats pertinents pendant une période de cinq ans à compter de la date de dernière mise à disposition d'un produit sur le marché ou de dernière fourniture d'un service, selon le cas. À la demande du Conseil des médias ou des autorités chargées du contrôle de la conformité des services, les opérateurs économiques leur fournissent, le cas échéant, une copie de l'évaluation.

§ 4 - Lorsque les acteurs économiques perçoivent, aux fins de l'amélioration de l'accessibilité, un financement provenant d'autres sources que leurs ressources propres, qu'elles soient d'origine publique ou privée, ils ne peuvent invoquer le § 3, 2°.

TITRE 4. — Conseil des médias et commission consultative pour les services de médias de la communauté germanophone

CHAPITRE 1.^{er} — *Conseil des médias de la Communauté germanophone*

Section 1.^{re} — Statut et objectifs

Art. 101 - Statut, séances

§ 1^{er} - Le Conseil des médias jouit de la personnalité juridique. Il s'agit d'une autorité règlementaire exerçant ses compétences de manière impartiale, transparente et dans un délai raisonnable.

Il se dote d'un règlement d'ordre intérieur, qui sera publié au *Moniteur belge*.

§ 2 - Le Conseil des médias se compose d'au moins trois membres et au plus quatre, ainsi que du personnel mis à sa disposition conformément au § 4. Le Gouvernement désigne les membres et le président du Conseil des médias.

Le président représente le Conseil des médias dans tous les actes judiciaires et extrajudiciaires, mène les opérations courantes et exécute les décisions prises. Sauf disposition contraire contenue dans le règlement d'ordre intérieur et relative aux pouvoirs délégués au président, les décisions conformes à l'article 112, § 1^{er}, sont prises par le Conseil des médias. Conformément au règlement d'ordre intérieur, cela se passe par procédure écrite ou au moyen d'une procurator donnée par un membre à un autre. Le Conseil des médias agit en collège et prend des décisions administratives de manière concertée. Le Conseil des médias statue par consensus.

Le personnel subordonné à l'autorité et à la responsabilité du Conseil des médias prépare les décisions dudit conseil. Il ne sollicite ni n'accepte aucune instruction d'un autre organe. Le Conseil des médias et son personnel peuvent s'adresser à des services tiers ou à des experts pour obtenir de l'aide dans l'exercice de leurs missions.

§ 3 - Le Conseil des médias désigne, parmi ses membres et/ou le personnel lui assigné, un ou plusieurs auditeurs pour une durée d'un an. Le mandat est renouvelable. Le président ne peut être désigné à la fonction d'auditeur.

Si des plaintes sont adressées au Conseil des médias et concernent l'application de ce décret ou de ses dispositions d'exécution, à l'exception des plaintes se rapportant aux décisions prises par le Conseil des médias ou à des infractions supposées au présent décret, le président désigne un de ces auditeurs pour traiter le cas. Les auditeurs ne sont pas liés à des instructions pour le traitement de plaintes ou des procédures *ex officio*. Ils ne participent pas à la décision prise par le Conseil des médias à propos d'un cas qu'ils ont examiné.

En vue de l'exécution des tâches qui lui sont confiées, l'auditeur peut :

1° se faire communiquer, à distance ou sur place par les autorités administratives, les demandeurs, les fournisseurs de services de médias, les fournisseurs de réseaux et services de communications électroniques ainsi que par tout intéressé tous les renseignements nécessaires permettant de déterminer si les obligations découlant de ce décret ou de ses dispositions d'exécution sont rencontrées ou non;

2° enquêter chez les personnes mentionnées au 1° selon les modalités fixées par le Gouvernement.

§ 4 - Le Gouvernement met des ressources techniques, financières et humaines suffisantes à la disposition du Conseil des médias afin qu'il puisse accomplir les missions qui lui sont assignées.

§ 5 - Les séances du Conseil des médias sont convoquées selon les besoins par le président, au moins six fois par an toutefois. Les séances ordinaires ne sont pas publiques. Des conseillers et experts peuvent participer aux séances du Conseil des médias avec le droit de s'exprimer à propos des thèmes discutés.

L'auditeur ne peut participer à aucune séance où sont abordées les procédures auxquelles il a participé directement ou indirectement.

Art. 102 - Principes de régulation

§ 1^{er} - En mettant en œuvre les mesures énumérées dans le présent décret, le Conseil des médias a pour mission d'atteindre les objectifs visés à l'article 5.

Lors de la poursuite des objectifs fixés à l'article 5, le Conseil des médias applique des principes règlementaires objectifs, transparents, non discriminatoires et proportionnés, notamment :

1° promouvoir la prévisibilité de la régulation en assurant une approche de la régulation cohérente sur des périodes de révision appropriées et en coopérant avec d'autres autorités règlementaires, avec l'ORECE, le RSPG et la Commission européenne;

2° veiller à ce que, dans des circonstances similaires, il n’y ait pas de discrimination dans le traitement des fournisseurs de réseaux et services de communications électroniques;

3° appliquer le droit de l’Union d’une manière technologiquement neutre, dans la mesure où cela est compatible avec la réalisation des objectifs énoncés à l’article 5;

4° le cas échéant, préserver la concurrence au profit des consommateurs et promouvoir, s’il y a lieu, une concurrence fondée sur les infrastructures;

5° promouvoir des investissements efficaces et des innovations dans des infrastructures nouvelles et améliorées, notamment en veillant à ce que toute obligation d’accès tienne dûment compte du risque encouru par les entreprises qui investissent et en permettant diverses modalités de coopération entre les investisseurs et ceux qui recherchent un accès, afin de diversifier le risque d’investissement, tout en veillant à ce que la concurrence sur le marché et le principe de non-discrimination soient respectés;

6° tenir dûment compte de la diversité des conditions en matière d’infrastructures, de concurrence, et des situations des utilisateurs finaux et, en particulier, des consommateurs dans les différentes zones géographiques en Communauté germanophone, y compris les infrastructures locales gérées par des personnes physiques dans un but non lucratif;

7° n’imposer des obligations réglementaires *ex ante* que dans la mesure nécessaire pour garantir une concurrence effective et durable dans l’intérêt des utilisateurs finaux, et suspendre ou supprimer de telles obligations dès qu’il est satisfait à cette condition;

8° tenir le plus grand compte des lignes directrices, des avis, des recommandations, des positions communes, des bonnes pratiques et des méthodes adoptés par l’ORECE lorsqu’il adopte ses propres décisions. Lorsqu’il remplit ses missions, le Conseil des médias tient largement compte des recommandations pertinentes de la Commission européenne. Sans préjudice de l’article 116, il communique à la Commission européenne les dérogations motivées;

9° remplir son obligation quant à la gestion et à l’évaluation réglementaires conformément à l’article 6 de la Convention européenne des droits de l’Homme et du Pacte international relatif aux droits civils et politiques.

Art. 103 - Coopération avec d’autres autorités

§ 1^{er} - Le Conseil des médias coopère :

1° avec l’autorité fédérale compétente en matière de concurrence, mentionnée à l’article 73, § 9;

2° avec les autorités réglementaires d’autres secteurs économiques;

3° avec la Commission européenne, conformément entre autres à l’article 120;

4° avec une autre autorité réglementaire belge - notamment dans le cadre des accords de coopération conclus en matière de médias et de communications électroniques - ou d’un autre État membre de l’Union européenne, en particulier conformément aux articles 121 et 122;

5° avec l’Organe des régulateurs européens des communications électroniques (ORECE), notamment conformément à l’article 123;

6° avec le groupe des régulateurs européens pour les services de médias audiovisuels (ERGA), en se coordonnant, le cas échéant, avec les autorités de régulation des autres Communautés; et

7° avec les organismes chargés de la protection des consommateurs.

Le Conseil des médias échange notamment des informations avec les autres autorités réglementaires et les autorités compétentes en matière de concurrence, sans préjudice de l’article 124.

§ 2 - Dans la mesure où cela s’avère nécessaire à l’accomplissement des missions qui lui sont assignées, le Conseil des médias peut conclure des traités et des accords de coopération avec d’autres autorités belges ou étrangères. En vue de préparer sa décision ou de rendre un avis sur des questions de régulation, le Conseil des médias peut faire appel à des consultants spécialisés.

Art. 104 - Rapport d’activités

Le Conseil des médias établit chaque année un rapport d’activités qu’il remet au Gouvernement de la Communauté germanophone et au Parlement. Ce rapport contient, entre autres, des informations sur l’état du marché des communications électroniques, sur les décisions que le Conseil des médias adopte, sur ses ressources humaines et financières et sur la manière dont ces ressources sont attribuées, ainsi que sur ses plans pour l’avenir. Ces rapports sont rendus publics sur le site internet du Conseil des médias.

Section 2. — Membres du Conseil des médias

Art. 105 - Composition, serment

En plus du président, le Gouvernement désigne aussi un président suppléant au sein du Conseil des médias. Le président suppléant représente le président en cas d’empêchement.

Les mandats des membres du Conseil des médias font l’objet d’un appel public aux candidats.

Les membres du Conseil des médias prêtent le serment prévu par le décret du 20 juillet 1831 concernant le serment à la mise en vigueur de la monarchie constitutionnelle représentative. Ils prêtent serment entre les mains du Ministre compétent en matière de Médias.

Art. 106 - Durée du mandat

Le mandat des membres du Conseil des médias a une durée de quatre ans. Il prend cours à la première séance du Conseil des médias.

Au terme du mandat, le Conseil des médias poursuit les affaires jusqu’à ce que le Conseil des médias nouvellement formé tienne son assemblée constituante.

Le mandat des membres et du président est renouvelable.

Art. 107 - Conditions personnelles, incompatibilités

Les membres du Conseil des médias doivent avoir des qualifications, compétences, connaissances et expériences dans les domaines des sciences, du droit, de l’économie et des techniques relativement aux médias, être des experts dans le domaine des communications électroniques ou exercer ou avoir exercé la fonction de magistrat du parquet, de juge d’une juridiction ordinaire ou de conseiller d’État. Ils doivent jouir des droits civils et politiques et être majeurs.

Ne peuvent faire partie du Conseil des médias :

1° les membres de la Chambre des Représentants, du Sénat, d’un parlement régional ou communautaire, du Parlement européen, d’un conseil provincial, d’un conseil communal, du Gouvernement fédéral, d’un gouvernement régional ou communautaire, d’un collège communal, d’un collège provincial ou d’un cabinet ministériel;

- 2° un gouverneur de Province, un commissaire d'arrondissement ou un bourgmestre;
- 3° les membres de la commission consultative, à l'exception du président;
- 4° les membres du personnel et les membres du conseil d'administration ou de la direction du BRF, d'un fournisseur de services de médias ou d'une entreprise qui fournit des réseaux, appareils ou services de communications électroniques;
- 5° les personnes qui exercent des fonctions ou ont des parts dans une société ou toute autre organisation active en région de langue allemande en ce qui concerne le contenu ou la technicité dans le domaine des médias sonores ou audiovisuels ou qui fournit des réseaux, appareils ou services de communications électroniques.

S'il existe, pour un membre, un conflit d'intérêt concernant un objet soumis à la décision du Conseil des médias, le membre concerné ne peut prendre part ni aux délibérations, ni aux prises de décisions au sein dudit Conseil. Le règlement d'ordre intérieur du Conseil des médias fixe la procédure *ad hoc*.

Art. 108 - Motifs de retrait

Un membre se retire du Conseil des médias pour les motifs suivants :

- 1° il est absent sans être excusé à plus de la moitié des séances par an;
- 2° il est révoqué par le Gouvernement conformément à l'article 109.

Si un membre du Conseil des médias se retire de manière anticipée, un successeur doit être désigné pour le reste du mandat selon les règles applicables à la désignation.

Art. 109 - Révocation

Si un membre du Conseil des médias ne remplit plus les conditions énumérées à l'article 107 ou s'il contrevient à l'article 124, il est révoqué par le Gouvernement.

La décision relative à la révocation de membres du Conseil des médias est publiée au *Moniteur belge* au moment de la révocation. Les personnes révoquées reçoivent au préalable une justification suffisante et ont le droit d'en exiger la publication si celle-ci n'intervient pas d'office. Dans ce cas, la justification est publiée.

Art. 110 - Indemnités

Les membres du Conseil des médias perçoivent des jetons de présence appropriés et ont droit au remboursement des frais de déplacement et autres frais conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

Les conseillers ainsi que les experts participant aux séances du Conseil des médias conformément à l'article 101, § 5, et sans autre indemnité, ont droit à des jetons de présence et à une indemnité pour frais de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

Art. 111 - Indépendance

Les membres du Conseil des médias ne sont pas liés à des instructions. Toutefois, le Gouvernement peut leur indiquer des mesures ou des omissions qui violent ce décret ou les lois en général.

À la demande du Gouvernement, le Conseil des médias doit communiquer les renseignements nécessaires à l'exercice de la tutelle et fournir les documents correspondants.

Section 3. — Responsabilités du Conseil des médias

Art. 112 - Missions

§ 1^{er} - Conformément à ce décret et en tenant compte des objectifs mentionnés à l'article 5, le Conseil des médias remplit notamment les missions suivantes :

1° dresser une liste actualisée des fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores et des fournisseurs de plateformes de partage de vidéos, ce pour quoi il est compétent conformément à l'article 3, § 2 et 3 ou 4 à 7, selon le cas, en indiquant les critères sur lesquels sa compétence est fondée;

2° diffuser des informations relatives à la réduction du fossé digital, conformément aux objectifs mentionnés à l'article 5;

3° réceptionner les communications, conformément à l'article 8;

4° réceptionner les rapports d'activités, conformément à l'article 9;

5° ordonner des suspensions provisoires et interdictions de retransmettre des services de médias, conformément à l'article 16, § 2;

6° adopter des mesures à l'encontre de certains services de médias audiovisuels, conformément à l'article 16, § 3;

7° réceptionner des informations relatives à la diffusion, par des opérateurs, de services de médias audiovisuels, conformément à l'article 16, § 4;

8° communiquer à la Commission européenne, pour le 19 décembre 2022 au plus tard et ensuite tous les trois ans, les mesures prises par les fournisseurs de services de médias audiovisuels conformément à l'article 21 pour rendre leurs services progressivement accessibles aux personnes dépendantes. Dans la mesure du possible et du raisonnable, le Conseil des médias publie cette communication, sur son site internet, dans un format accessible;

9° tous les deux ans, rédiger un rapport sur le soutien apporté à la production d'œuvres européennes et à l'accès à celles-ci dans les services de médias audiovisuels non linéaires, conformément à l'article 30;

10° juger de l'adéquation des mesures prises par les fournisseurs de plateformes de partage de vidéos, conformément à l'article 32;

11° communiquer le Code RDS-PI, conformément à l'article 33, alinéa 1^{er}, 4°;

12° réceptionner les enregistrements relatifs à la fourniture de réseaux et services de communications électroniques, conformément à l'article 46, § 1^{er};

13° tenir et publier un registre des opérateurs de réseaux de communications électroniques et des fournisseurs de services de communications électroniques, conformément à l'article 46, § 2;

14° délivrer la déclaration d'enregistrement mentionnée à l'article 48;

15° attribuer des radiofréquences, conformément aux articles 51 et 63;

16° publier des informations quant à la disponibilité de radiofréquences, conformément à l'article 52;

17° exercer le contrôle sur les conventions de fourniture de parties de programmes, conformément à l'article 59, 1°;

18° réceptionner les communications, conformément à l'article 60;

19° retirer les attributions de radiofréquences conformément à l'article 67, § 1^{er};

20° réceptionner des renoncements, conformément à l'article 67, § 2;

- 21° prendre les mesures, conformément à l'article 71;
- 22° réguler le marché, conformément au titre 3, chapitre 3, y compris réaliser une analyse du marché conformément à l'article 73 et adopter des mesures de régulation;
- 23° respecter les conditions de l'autorisation générale ou de l'utilisation de radiofréquences ainsi que les obligations particulières imposées en vertu de l'article 73, § 4;
- 24° vérifier le respect de l'obligation prescrite par l'article 82 en ce qui concerne les récepteurs de services de médias sonores linéaires diffusés via la radio numérique terrestre;
- 25° émettre un avis sur la demande relative au droit de diffusion obligatoire et sur le projet de convention qui lui sont soumis conformément à l'article 96;
- 26° ordonner des obligations et vérifier leur respect, conformément aux articles 97 et 98;
- 27° désigner un ou plusieurs auditeurs, conformément à l'article 101, § 3;
- 28° prendre les mesures mentionnées aux articles 113 et 114 en matière de règlement des litiges;
- 29° exiger des renseignements, conformément à l'article 115;
- 30° mener des consultations, conformément à l'article 116;
- 31° respecter la procédure décrite à l'article 117;
- 32° entendre les intéressés, conformément à l'article 118;
- 33° publier des informations, conformément à l'article 119;
- 34° fournir des informations, conformément aux articles 120 et 121;
- 35° coopérer, conformément aux articles 122 et 123;
- 36° proposer, pour les fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores via Internet ainsi que de services de plateformes de partage de vidéos par Internet, de possibles représentants auprès de la commission consultative, conformément à l'article 127, § 2;
- 37° soumettre des propositions, conformément à l'article 137;
- 38° ordonner des sanctions administratives, conformément au titre 6, chapitre 1^{er};
- 39° soutenir l'Institut belge des services postaux et des télécommunications lors de la surveillance, conformément à l'article 5 du Règlement (UE) 2015/2120, des mesures de transparence adoptées par le fournisseur de services d'accès Internet et encourager la disponibilité permanente de services d'accès à l'Internet non discriminatoires à des niveaux de qualité qui correspondent à l'état d'avancement des technologies. À cette fin, le Conseil des médias peut imposer des exigences en matière de caractéristiques techniques, des exigences minimales de qualité du service et d'autres mesures adéquates et nécessaires à un ou plusieurs fournisseurs de communications électroniques au public, y compris les fournisseurs de services d'accès à l'Internet, dans le respect des lignes directrices de l'ORECE pour la mise en œuvre des obligations imposées aux autorités de régulation nationales par le Règlement (UE) 2015/2120;
- 40° contrôler le respect des dispositions relatives à la mission de droit public du BRF et découlant du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, et notamment l'approbation de nouvelles offres non linéaires du BRF conformément à l'article 1.8 du même décret;
- 41° l'application des articles 101 et 102 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, conformément à l'article 35 du Règlement (CE) n° 1/2003 du Conseil du 16 décembre 2002 relatif à la mise en œuvre des règles de concurrence prévues, aux articles 81 et 82 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, en ce qui concerne les infractions de nature à empêcher, restreindre ou fausser de manière sensible la concurrence sur un marché dans le secteur sonore et audiovisuel sur le territoire de la Communauté germanophone. La procédure fixée dans le livre IV, titre 2, chapitre 1^{er}, section 2, du Code économique s'applique *mutatis mutandis*. Le Gouvernement fixe les autres modalités de cette procédure.

§ 2 - Pour les données à caractère personnel collectées dans le cadre de l'exécution de ses missions, le Conseil des médias est responsable du traitement au sens du Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la Directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données) et de la Directive 2002/58/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 juillet 2002 concernant le traitement des données à caractère personnel et la protection de la vie privée dans le secteur des communications électroniques (directive vie privée et communications électroniques).

Art. 113 - Règlement extrajudiciaire des litiges

Sans préjudice de la compétence des tribunaux ordinaires, les litiges opposant utilisateurs et fournisseurs de réseaux et services de communications électroniques et relatifs aux conditions et/ou à l'exécution de contrats de fourniture de tels réseaux ou services, peuvent être soumis au Conseil des médias conformément aux dispositions de la Directive 2013/11/UE. Cette procédure n'enlève pas au consommateur la protection juridique qui lui est garantie par d'autres législations.

Les entreprises qui fournissent des réseaux et services de communications électroniques sont tenues de coopérer à une telle procédure et de fournir tout renseignement et de remettre tout document nécessaire à la compréhension de la cause.

Le Conseil des médias arrive à une solution consensuelle ou communique son opinion sur le cas aux parties.

Art. 114 - Règlement des litiges entre entreprises

§ 1^{er} - Lorsqu'un litige survient, en lien avec des obligations contenues dans le titre 3, entre des entreprises qui fournissent des réseaux ou des services de communications électroniques ou entre ces entreprises et d'autres entreprises d'un État membre bénéficiant d'obligations d'accès ou d'interconnexion, le Conseil des médias peut, à la demande d'une des parties, prendre une décision motivée contraignante. Sauf cas exceptionnel, cette décision doit être prise dans les quatre mois. Il n'est pas porté préjudice à la compétence des tribunaux ordinaires.

La décision du Conseil des médias se base sur la réalisation des objectifs énoncés à l'article 5. Les obligations que le Conseil des médias impose à une entreprise dans le cadre de la résolution d'un litige respectent le présent décret. Sans préjudice de l'article 124, elle est rendue publique conformément à l'article 119.

Le Conseil des médias fournit aux parties concernées un exposé complet des motifs sur lesquels la décision est fondée.

§ 2 - En cas de litiges entre parties relevant de différents États membres qui concernent l'application du titre 3 et ressortissant à la compétence des autorités réglementaires nationales d'au moins deux États membres, chacune des parties peut saisir les instances compétentes, sans préjudice de la compétence des tribunaux ordinaires. Les autorités

coordonnent leurs mesures pour résoudre le litige. Lorsque le litige peut avoir une incidence sur les échanges entre les États membres, le Conseil des médias le notifie à l'ORECE dans les deux semaines suivant son introduction si l'autorité ou les autorités de régulation nationales ne l'ont pas encore fait, et ce, afin qu'il soit réglé de façon cohérente.

Le Conseil des médias doit autant que possible tenir compte de l'avis émis par l'ORECE et invitant l'autorité ou les autorités de régulation nationales concernées à prendre des mesures spécifiques pour régler le litige, ou à s'abstenir d'agir. Le Conseil des médias et/ou les autres autorités de régulation nationales doivent prendre leurs mesures pour régler le litige dans les meilleurs délais et, en tout état de cause, dans le mois suivant la remise de l'avis, sauf dans des circonstances exceptionnelles.

Dans des circonstances exceptionnelles, lorsqu'il est urgent d'agir afin de préserver la concurrence ou de protéger les intérêts des utilisateurs finaux, le Conseil des médias peut, à la demande des parties ou de sa propre initiative, adopter des mesures provisoires, et ce, sans attendre l'avis de l'ORECE.

Les obligations que les autorités de régulation nationales imposent à une entreprise dans le cadre du règlement d'un litige respectent le titre 3.

Les autorités de régulation nationales compétentes peuvent refuser conjointement de régler un litige lorsque d'autres mécanismes, notamment la médiation, existent et conviendraient mieux au règlement du litige en temps utile conformément aux dispositions de l'article 5. Le Conseil des médias en informe les parties sans tarder. Si, après une période de quatre mois, le litige n'est pas réglé et s'il n'a pas été porté devant une juridiction par la partie qui demande réparation, le Conseil des médias et les autorités de régulation nationales, à la demande d'une des parties, coordonnent leurs efforts pour parvenir au règlement du litige conformément à l'article 6.

Section 4. — Procédure

Art. 115 - Demande de renseignements

Sans préjudice des obligations de rapport et d'information, les exploitants de réseaux publics de communications, les fournisseurs de services de communications électroniques, les fournisseurs de ressources et services associés, les titulaires de droits d'utilisation de fréquences, les autres fournisseurs de services de médias ainsi que tous les intéressés sont tenus, dans les limites des droits et devoirs découlant de ce décret, de fournir à la demande du Conseil des médias les renseignements qui, aux fins d'exécution du décret, de ses dispositions d'exécution et des prescriptions internationales pertinentes, sont raisonnablement et objectivement justifiés. Il s'agit notamment des renseignements nécessaires pour pouvoir :

1° vérifier, systématiquement ou au cas par cas, le respect des obligations concernant :

- a) les taxes administratives;
- b) l'utilisation efficace et efficiente des radiofréquences;
- c) les obligations spécifiques pour les entreprises puissantes sur le marché;
- d) les exigences en matière d'accessibilité;

e) l'interopérabilité des récepteurs de services de radio automobiles, des récepteurs de services de radio grand public et des équipements de télévision numérique grand public;

2° vérifier, au cas par cas, si les conditions et obligations découlant de l'autorisation générale ainsi que des obligations spécifiques conformément à l'article 83, § 4, sont remplies et vérifier les demandes d'octroi de droits d'utilisation de radiofréquences;

3° exécuter les procédures de demandes d'octroi de droits d'utilisation et l'évaluation de ces demandes;

4° publier, dans l'intérêt des consommateurs, des bilans comparatifs concernant la qualité et le prix des services;

5° rassembler des statistiques, des rapports ou des études bien définis;

6° réaliser une étude de marché aux fins du présent décret, comprenant des données sur les marchés en aval ou les marchés de détail associés ou liés aux marchés qui font l'objet de l'étude de marché;

7° préserver l'efficacité de l'utilisation et de la gestion des radiofréquences;

8° évaluer l'évolution des réseaux ou des services susceptible d'avoir une incidence sur les services fournis en gros aux concurrents;

9° réaliser des relevés géographiques en vue de l'extension du réseau;

10° répondre aux demandes d'information motivées de l'ORECE.

Les informations mentionnées au premier alinéa ne sont pas requises, à l'exception de celles reprises au 3°, pour l'accès au marché ou comme conditions d'accès au marché.

Les entreprises fournissent ces informations rapidement et sur demande, en respectant les délais et le niveau de détail exigés par le Conseil des médias. Le Conseil des médias communique également à ces entreprises le but spécifique pour lequel les informations mentionnées au premier alinéa seront utilisées et traite celles-ci conformément à l'article 124.

Le Conseil des médias ne duplique pas les demandes d'information déjà formulées par l'ORECE en application de l'article 40 du Règlement (UE) 2018/1971 lorsque l'ORECE a mis les informations reçues sa disposition.

Art. 116 - Procédure de consultation

§ 1^{er} - Sauf dans les cas relevant du § 3 ou de l'article 114, le Conseil des médias donne aux parties intéressées un délai raisonnable, compte tenu de la complexité du dossier, et en tout état de cause d'au moins trente jours - sauf dans des circonstances exceptionnelles - pour présenter leurs observations sur le projet de mesures qu'il a l'intention de prendre et ayant des incidences importantes sur le marché concerné. La procédure d'audition ainsi que les résultats sont publiés par le Conseil des médias. Il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrication et des secrets commerciaux des parties conformément à l'article 124. À cette fin, le Conseil des médias installe un point d'information unique où est tenue une liste de toutes les auditions en cours.

Cet article ne s'applique pas aux décisions visant à régler les litiges entre entreprises ni aux décisions prises en relation avec le § 3.

§ 2 - De plus, le Conseil des médias communique à la Commission européenne, à l'ORECE, ainsi qu'aux autorités de régulation nationales des autres États membres le projet des mesures à prendre conformément à ce décret, pour autant que ces dernières relèvent des articles 72, 73 ou 77 et pourraient avoir des répercussions sur le commerce entre les États membres.

Le Conseil des médias doit tenir largement compte des positions adoptées dans un certain délai par la Commission européenne, l'ORECE et les autorités de régulation des autres États membres. Il communique à la Commission européenne le projet qui en découle.

Si un projet comporte la définition d'un marché pertinent se distinguant de ceux définis dans la recommandation, dans la version respectivement applicable, ou la définition de la mesure dans laquelle une ou plusieurs entreprises disposent d'une puissance significative sur ce marché, la décision pouvant avoir des répercussions sur le commerce entre les États membres, et si la Commission européenne déclare dans le délai fixé conformément à la première phrase du § 1^{er} que le projet créerait un obstacle pour le marché intérieur ou qu'elle a des doutes sérieux quant à la compatibilité avec le droit de l'Union et en particulier avec les objectifs de l'article 5, le Conseil des médias reporte de deux mois la décision sur le projet de mesure. Si la Commission européenne décide dans ce délai d'inviter le Conseil des médias à retirer le projet, cette décision est contraignante pour lui. Si le Conseil veut suivre les modifications proposées par la Commission européenne, il modifie le projet dans le sens de la décision de la Commission européenne dans les six mois suivant celle-ci, mène une procédure d'audition conformément au § 1^{er} et transmet le projet modifié à la Commission.

Le Conseil des médias tient compte autant que possible des avis émis par les autres autorités nationales de régulation, par l'ORECE et par la Commission européenne.

Le Conseil des médias transmet à la Commission européenne et à l'ORECE toutes les mesures définitives auxquelles s'applique l'alinéa 3.

§ 3 - Si le Conseil des médias est d'avis, lorsque se présentent des circonstances exceptionnelles, qu'il faut agir d'urgence, sans suivre la procédure du § 1^{er} et du § 2, alinéas 1^{er} à 3, afin de garantir la concurrence et de protéger les intérêts des utilisateurs, il peut prendre directement des mesures *ad hoc* provisoires. Il communique sans tarder celles-ci, dûment motivées, à la Commission européenne, à l'ORECE et aux autres autorités de régulation nationales. Toute décision du Conseil des médias de rendre ces mesures permanentes ou de prolonger la période pendant laquelle elles sont applicables est soumise aux dispositions du § 1^{er} et du § 2, alinéas 1^{er} à 4.

Art. 117 - Procédure pour la mise en place cohérente de certaines mesures

Si la Commission européenne notifie, dans le délai prévu à l'article 116, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, au Conseil des médias les raisons pour lesquelles elle estime que le projet de mesure constitue une entrave au marché unique ou a de sérieux doutes quant à sa compatibilité avec le droit de l'Union, le projet de mesure ne peut être adopté dans un délai de trois mois supplémentaires après la notification par la Commission européenne. À défaut d'une telle notification, le Conseil des médias peut adopter le projet de mesure en tenant le plus grand compte de toutes les observations formulées par la Commission, l'ORECE, ou toute autre autorité de régulation nationale.

Dans le délai de trois mois visé au premier alinéa, la Commission européenne, l'ORECE et le Conseil des médias coopèrent étroitement pour identifier la mesure la plus appropriée et la plus efficace au regard des objectifs visés à l'article 5, tout en prenant dûment en considération les avis des acteurs du marché et la nécessité de veiller à la mise en place de pratiques de régulation cohérentes.

Avant la fin de la période de trois mois visée au premier alinéa, le Conseil des médias peut :

1^o modifier ou retirer son projet de mesure en tenant le plus grand compte de la notification de la Commission européenne, visée à l'alinéa 1^{er}, ainsi que de l'avis et de la recommandation de l'ORECE;

2^o maintenir son projet de mesure.

Pour les projets de mesures relevant de l'article 90, § 3, la Commission européenne peut prendre une décision demandant au Conseil des médias de retirer le projet de mesure lorsque l'ORECE partage les doutes sérieux de la Commission.

Dans un délai d'un mois à partir de l'émission de la recommandation de la Commission européenne conformément à l'article 32, paragraphe 5, a), du Code ou de la levée des réserves conformément au paragraphe 5, b), le Conseil des médias communique à la Commission européenne et à l'ORECE la mesure définitive adoptée. Cette période peut être prolongée pour permettre au Conseil des médias d'entreprendre une consultation publique conformément à l'article 116, § 1^{er}.

Lorsque le Conseil des médias décide de ne pas modifier ni de retirer le projet de mesure sur la base de la recommandation émise conformément à l'article 32, paragraphe 5, a), du Code, il motive sa décision.

Le Conseil des médias peut retirer le projet de mesure proposé à tout stade de la procédure.

Art. 118 - Audition des intéressés

Pour toutes les questions relatives aux droits des utilisateurs finaux et aux droits des consommateurs de services de communications électroniques accessibles au public, le Conseil des médias consulte la commission consultative pour tenir compte de l'opinion des utilisateurs finaux et consommateurs dans la mesure appropriée, notamment lorsque ces questions ont des répercussions significatives sur le marché.

Art. 119 - Publication d'informations

Sans préjudice de l'article 124, le Conseil des médias publie, sur son site Internet, des informations relatives aux droits, conditions, procédures, taxes administratives et décisions portant sur les autorisations générales, les droits d'utilisation, les droits de mettre en place des ressources et la régulation du marché. Il veille à la mise à jour permanente des informations. Si les informations peuvent être obtenues auprès d'autres organismes ou autorités de régulation belges, le Conseil des médias veille à ce que l'ensemble des informations soit présenté de manière conviviale.

Le Conseil des médias transmet à la Commission européenne et à l'ORECE, directement ou par le biais de la Conférence des autorités de régulation, pour le domaine des communications électroniques, une copie de toutes les mesures définitives qu'il a prises en matière de régulation du marché.

Art. 120 - Obligation d'informer la Commission européenne

Sans préjudice de l'article 124, le Conseil des médias met, sur demande motivée de la Commission européenne, les informations nécessaires à disposition afin que la Commission puisse remplir ses missions. S'il s'agit d'informations transmises par des opérateurs de réseaux de communications électroniques et des fournisseurs de services de communications électroniques, le Conseil des médias en informe ceux-ci.

Lors de la transmission de ces informations à la Commission européenne, le Conseil des médias peut y annexer un recours motivé contre la transmission à une autre autorité.

Art. 121 - Obligation d'informer une autre autorité belge ou une autorité d'un autre État membre

Sans préjudice de l'article 124, le Conseil des médias transmet, sur demande motivée d'une autre autorité belge compétente ou d'une autorité compétente d'un autre État membre de l'Union européenne, les informations dont ladite autorité a besoin pour remplir les obligations lui imposées conformément au droit de l'Union.

Sans préjudice d'autres dispositions légales, le Conseil des médias veille à ce que les informations obtenues d'autres autorités aient un niveau de confidentialité au moins aussi élevé que celui de l'autorité qui les a fournies.

Art. 122 - Coopération dans le cadre de la directive « Services de médias audiovisuels »

Le Conseil des médias ou le Gouvernement, selon le cas, transmet à la Commission européenne et aux autorités compétentes des autres États membres les informations dont il a besoin pour appliquer la Directive 2010/13/CE.

Il s'agit notamment d'informations relatives à :

1° l'application de l'article 3, § 3, ou § 4 à 7, selon le cas, et de l'article 16, notamment la transmission à la Commission européenne de la liste actualisée des fournisseurs de services de médias audiovisuels et des fournisseurs de services de plateformes de partage de vidéos établis en région de langue allemande, avec mention des critères mentionnés à l'article 3, § 3, ou à l'article 3, § 4 à 6, selon le cas, sur lesquels se base la compétence de la Communauté germanophone, et, le cas échéant, indiquant qu'aucun accord n'a pu être atteint avec les autorités de régulation ou organes des autres entités ou États membres concernés;

2° d'éventuelles mesures conformément à l'article 25 à propos des événements, nationaux ou non, d'une importance majeure pour la société qui, de ce fait, ne peuvent pas faire l'objet d'un exercice de droits d'exclusivité empêchant une part importante du public de suivre l'événement en direct ou en différé dans le cadre d'une d'émission télévisée accessible à tous;

3° l'application des articles 24 et 30 relatifs aux œuvres européennes;

4° des législations qui, le cas échéant, sont plus détaillées ou plus strictes que les prescriptions de la Directive 2010/13/UE et ont été adoptées notamment sur la base de l'article 11;

5° des données qui, conformément à l'article 16, sont nécessaires pour trouver une solution convenant aux deux parties si une difficulté surgit lorsqu'un fournisseur de services de médias audiovisuels relevant de la compétence d'un autre État membre ou d'un État de l'Espace économique européen met à disposition des programmes audiovisuels qui s'adressent totalement ou essentiellement à la région de langue allemande.

Art. 123 - ORECE

Le Conseil des médias soutient activement les objectifs de l'ORECE visant à promouvoir une meilleure coordination et une plus grande cohérence en matière de réglementation.

Art. 124 - Gestion des secrets de fabrique et secrets commerciaux

Les membres effectifs et suppléants, conseillers, experts et membres du personnel du Conseil des médias doivent traiter confidentiellement les secrets de fabrique et les secrets commerciaux dont ils ont eu connaissance.

*Section 5. — Frais***Art. 125** - Financement

§ 1^{er} - Les recettes du Conseil des médias comprennent :

1° toutes les recettes provenant des activités du Conseil des médias;

2° des revenus aléatoires;

3° des dons et legs;

4° la dotation annuelle octroyée par la Communauté germanophone, dont les modalités de liquidation peuvent déroger à l'article 103, alinéa 1^{er}, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Pour couvrir les frais administratifs, le Conseil des médias peut fixer des taxes administratives à la charge des entreprises qui fournissent un réseau ou un service de communications électroniques ou auxquelles un droit d'utilisation a été octroyé. Si le Conseil des médias prélève des taxes administratives, il publie annuellement un relevé de ses frais administratifs et du total des taxes encaissées. Des ajustements sont effectués selon la différence entre le total des taxes et des coûts administratifs.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

§ 2 - Le Gouvernement veille à ce que le Conseil des médias dispose de ressources financières suffisantes pour pouvoir leur permettre, entre autres, de participer à l'ORECE et de contribuer au travail de l'ERGA.

À cette fin, le Conseil des médias dispose d'un budget annuel propre. Il agit de manière autonome en ce qui concerne l'utilisation des crédits budgétaires octroyés.

Art. 126 - Obligations de transparence

Chaque année, le Conseil des médias établit un compte annuel et son propre budget. Ces documents sont transmis au Gouvernement et publiés sur le site internet du Conseil des médias.

*CHAPITRE 2. — Commission consultative pour les services de médias de la Communauté germanophone***Art. 127** - Création et composition

§ 1^{er} - Il est créé une commission consultative pour les services de médias de la Communauté germanophone.

La commission consultative se compose des groupes formés par les fournisseurs de services de médias, les utilisateurs de médias, en ce compris les personnes dépendantes, et les représentants des mandataires élus au sein du Parlement de la Communauté germanophone.

Le Gouvernement assure la rédaction des procès-verbaux et le secrétariat des séances de la commission consultative.

§ 2 - Les membres suivants, ayant le droit de vote, appartiennent au groupe des fournisseurs de services de médias :

1° un membre proposé par le Conseil d'administration du BRF;

2° un membre proposé par et pour chaque fournisseur privé de services de médias linéaires, conformément à l'article 53, § 2, 6°;

3° un membre proposé par les radios locales;

4° un membre proposé par et pour chaque radio régionale;

5° un membre proposé par et pour chaque réseau d'émetteurs;

6° un membre proposé par et pour chacun des opérateurs enregistrés de réseaux de communications électroniques ou fournisseurs de services de communications électroniques;

7° un membre proposé par le comité de direction de l'Association générale des journalistes professionnels de Belgique;

8° trois représentants des fournisseurs de services de médias audiovisuels et sonores par Internet, ainsi que de services de plateformes de partage de vidéos par Internet, proposés par le Conseil des médias.

Les membres suivants, ayant le droit de vote, appartiennent au groupe des utilisateurs de médias :

1° un membre proposé par les organisations représentatives des travailleurs;

2° un membre proposé par les organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone ou les organisations des Classes moyennes;

3° un membre proposé par les organisations de défense des consommateurs établies en région de langue allemande;

4° un membre proposé par le Conseil pour la formation des adultes;

5° un membre proposé par l'association reconnue comme Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone;

6° un membre proposé par le conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles;

7° un membre proposé par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; et

8° trois représentants de la société civile, proposés par le conseil citoyen installé auprès du Parlement de la Communauté germanophone. À cette fin, le conseil citoyen organise un appel public.

Les mandataires élus au sein du Parlement de la Communauté germanophone peuvent, pour la liste sur laquelle ils étaient candidats, déléguer auprès de la commission consultative un représentant qui aura voix consultative ainsi qu'un représentant suppléant.

§ 3 - Si l'un des organismes habilités à faire des propositions ne présente aucun candidat, de sorte que la commission consultative ne peut être constituée conformément aux § 1^{er} et 2, la désignation des autres membres effectifs et suppléants de la commission consultative et la composition de celle-ci sont toutefois considérées comme régulières.

Les mandats restés vacants peuvent également être attribués après l'installation de la commission consultative conformément à la procédure déterminée aux § 1^{er} et 2.

§ 4 - La commission consultative choisit, parmi ses membres ayant voix délibérative, un président pour un mandat de quatre ans renouvelable.

§ 5 - Le Gouvernement désigne les membres de la commission consultative et un suppléant pour chacun d'eux.

Le mandat des membres dure quatre ans et est renouvelable.

Art. 128 - Motifs de retrait

Un membre se retire de la commission consultative pour les motifs suivants :

1° il est absent sans être excusé à plus de la moitié des séances par an;

2° l'organe visé à l'article 127, § 2, et qui l'a proposé, retire le mandat.

En cas de retrait d'un membre, le suppléant termine le mandat. Le Gouvernement désigne un nouveau suppléant.

Art. 129 - Missions

La commission consultative a pour missions :

1° de rendre un avis préalable, à la demande du Conseil des médias, à propos des consultations menées conformément à l'article 116;

2° de rendre un avis préalable à la demande du Président du Parlement de la Communauté germanophone;

3° de rendre, à la demande du Gouvernement ou de sa propre initiative, un avis à propos d'un avant-projet de décret ou d'arrêté concernant les médias. Lorsque l'avis concerne un avant-projet de décret, le Gouvernement le joint au projet de décret déposé au Parlement.

4° de rendre des avis concernant :

a) le contenu des programmes ainsi que la programmation générale, et ce, en application de la loi du 16 juillet 1973 garantissant la protection des tendances idéologiques et philosophiques. Ces avis seront transmis aux fournisseurs concernés. Si le BRF est concerné, ces avis sont transmis à son conseil d'administration.

b) d'autres thèmes relatifs aux médias;

5° d'élaborer des impulsions et des propositions concernant les services de médias en région de langue allemande et qui ont été soumis à la commission consultative par une personne physique ou morale, dans la mesure où ces thèmes ne sont pas du ressort du Conseil des médias ou du Conseil de déontologie journalistique;

6° par mandat, de rédiger un rapport sur le paysage médiatique en région de langue allemande, qui aborde entre autres l'équilibre de l'offre et le respect de la diversité d'opinions;

7° d'émettre des propositions réglant l'accessibilité des services aux personnes dépendantes et sur la façon de pouvoir promouvoir et améliorer l'éducation aux médias en région de langue allemande. À la demande du Gouvernement, la commission consultative lui transmet un rapport sur les mesures prises en vue de promouvoir l'éducation aux médias, et ce, aux fins des obligations de présenter des rapports à la Commission européenne;

8° de remettre annuellement un rapport d'activités, transmis simultanément au Parlement et au Gouvernement;

9° d'organiser des séances d'information et des formations continues en matière d'utilisation et de régulation des médias.

Les avis mentionnés au premier alinéa sont soumis dans un délai raisonnable, fixé par l'institution demandeuse et d'au moins trente jours. À défaut d'avis remis dans le délai fixé dans cet alinéa, cette formalité peut être négligée.

La commission consultative peut également rendre des avis de sa propre initiative à propos de toute question relative aux médias.

Art. 130 - Fonctionnement

§ 1^{er} - La commission consultative se dote d'un règlement d'ordre intérieur, lequel doit être approuvé par le Gouvernement. Ce règlement d'ordre intérieur règle les détails du fonctionnement de la commission consultative.

§ 2 - Les décisions de la commission consultative sont prises à la majorité des voix émises par les membres présents. En cas de parité des voix, celle du président est prépondérante. Conformément au règlement d'ordre intérieur, des décisions peuvent être prises par procédure écrite. En outre, chaque membre peut, conformément au règlement d'ordre intérieur, accorder une procuration de vote à un autre membre. Chaque membre ne peut accepter qu'une procuration par séance.

La commission ne délibère valablement que si la moitié des membres au moins sont présents ou représentés.

Si le quorum n'est pas atteint, le président invite les membres à une seconde séance au cours de laquelle la commission consultative peut délibérer valablement nonobstant la condition mentionnée à l'alinéa 2.

§ 3 - Le groupe dont l'opinion n'a pu s'imposer est habilité à rendre un avis minoritaire.

§ 4 - Les membres suppléants de la commission consultative peuvent participer aux séances. Ils ne disposent que d'une voix consultative, à moins qu'ils ne représentent le membre effectif. Aux fins d'accomplissement de ses missions, la commission consultative peut inviter des experts aux séances, qui siègent avec voix consultative. Par ailleurs, elle peut créer des groupes de travail.

Art. 131 - Indemnités

Les membres effectifs et suppléants de la commission consultative, les représentants des mandataires élus au sein du Parlement de la Communauté germanophone ainsi que les experts participant aux séances en application de l'article 130, § 4, ont droit à des jetons de présence et à une indemnité pour frais de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

Art. 132 - Intérêts des utilisateurs finaux

Pour toutes les questions relatives aux droits des utilisateurs finaux et des consommateurs de services de communications électroniques accessibles au public, la commission consultative veille à ce que ses avis tiennent dûment compte des intérêts des consommateurs, y compris des accès et choix équivalents pour les utilisateurs finaux qui sont des personnes dépendantes.

TITRE 5 - Exploitants de cinéma et prix du court métrage

Art. 133 - Subventionnement des exploitants de cinéma et promotion de leurs projets

La Communauté germanophone promeut la réalisation des projets d'exploitants de cinéma, visés à l'alinéa 2, 2°, en accordant un subside annuel dans les limites des crédits budgétaires disponibles et dont le montant maximal est fixé par le Gouvernement.

Pour obtenir ce subside, les exploitants de cinéma doivent remplir les conditions suivantes :

1° chacun d'eux organise au moins 200 projections par an;

2° ils soumettent ensemble un accord réglant la coopération, notamment en vue de l'organisation annuelle de cinéforums ou de journées du cinéma, ainsi que la projection d'au moins quatre copies de promotion par an.

Le subside visé au premier alinéa est liquidé à parts égales aux exploitants de cinéma participants, sur présentation des justificatifs des frais engagés dans le cadre de la réalisation du projet visé à l'alinéa 2, 2°.

Le Gouvernement peut fixer les autres modalités.

Art. 134 - Promotion de la production cinématographique

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer un soutien pour la production de films, de films d'animation et de documentaires, quelles qu'en soient la nature et la longueur. Le montant du soutien et les modalités sont fixées dans une convention conclue entre le Gouvernement et le bénéficiaire.

Peuvent être subsidiés, en tout ou partie, les films de producteurs ou auteurs professionnels domiciliés en région de langue allemande ou les films qui, en raison du thème traité, se réfèrent à la Communauté germanophone d'un point de vue historique, culturel ou architectural, dans la mesure où

1° le scénario est terminé;

2° le film est destiné à des projections publiques;

3° le film n'a pas un caractère publicitaire prépondérant ou n'a pas de finalité publicitaire;

4° le film est de bonne qualité, que ce soit d'un point de vue artistique ou économique;

5° l'équipe et le personnel sont qualifiés.

Le Gouvernement peut fixer les autres modalités.

Art. 135 - Coefficient

Le Gouvernement peut multiplier par un coefficient les montants fixés à l'article 133 en vertu de l'article 134 afin de les adapter aux crédits budgétaires disponibles.

Art. 136 - Contrôle

Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés en application du présent titre s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Art. 137 - Prix du court métrage de la Belgique de l'Est

Chaque année, le prix du court métrage de la Belgique de l'Est peut distinguer des prestations excellentes au niveau de la production de courts métrages, qu'il s'agisse de films, de films d'animation ou de documentaires.

Le Conseil des médias et les membres du jury du court métrage désignés par le Gouvernement peuvent introduire des propositions quant à l'attribution du prix du court métrage de la Belgique de l'Est.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

TITRE 6. — Dispositions pénales

CHAPITRE 1^{er}. — Sanctions administratives

Art. 138 - Sanctions des dispositions du titre 2

En cas d'infraction aux dispositions du titre 2 et de ses dispositions d'exécution ainsi que de la législation générale relative aux services de médias, notamment en cas de non-respect des conventions conclues conformément à l'article 11 ou de violation des dispositions relatives à la mission de droit public du BRF et découlant du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, le Conseil des médias peut imposer aux fournisseurs de services de médias les sanctions suivantes :

1° un avertissement;

2° l'arrêt provisoire de l'émission mise en cause;

3° la publication d'une annonce dans la presse ou

4° le paiement d'une amende administrative allant jusqu'à 25 000 euros.

En cas de récidive dans un délai de cinq ans, le montant de l'amende administrative est fixé à 5 % du chiffre d'affaires annuel hors taxes. L'amende administrative peut être ordonnée en sus de toute autre sanction prévue dans cet article.

Art. 139 - Sanctions des dispositions du titre 3

§ 1^{er} - En cas de non-respect des obligations imposées conformément au titre 3, chapitres 2, 3 et 4, et à l'article 100, le Conseil des médias peut infliger aux fournisseurs de réseaux et services de communications électroniques ainsi que - en cas d'infractions à l'article 100 - à d'autres fournisseurs d'équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels et à des services offerts par des services de médias audiovisuels, les sanctions suivantes :

1° un avertissement;

2° la publication d'une annonce dans la presse;

3° l'injonction de cesser ou de retarder la fourniture d'un service ou d'un ensemble de services qui, s'ils se poursuivaient, seraient de nature à entraver la concurrence de manière significative, jusqu'au respect des obligations imposées en matière d'accès à la suite d'une analyse du marché réalisée en application de l'article 73;

4° la saisie des ressources ou

5° le paiement d'une amende administrative de 2 500 à 25 000 euros.

§ 2 - En cas de menace immédiate et grave pour la sûreté publique, la sécurité publique ou la santé publique, ou en cas de graves problèmes économiques ou opérationnels chez d'autres fournisseurs ou utilisateurs de réseaux ou de services de communications électroniques, ou d'autres utilisateurs de fréquences, le Conseil des médias peut prendre des mesures provisoires d'urgence. L'entreprise concernée se voit ensuite accorder une possibilité raisonnable d'exprimer son point de vue et de proposer des mesures correctrices. Le cas échéant, le Conseil des médias peut confirmer lesdites mesures provisoires. Ces mesures, dont la validité est de trois mois au maximum, peuvent être prorogées pour une nouvelle durée de trois mois au maximum si la mise en œuvre des procédures d'exécution n'est pas terminée.

§ 3 - Sans préjudice du § 1^{er}, le Conseil des médias peut ordonner le paiement d'une amende administrative de 2 500 à 25 000 euros lorsqu'un fournisseur ne remplit pas les obligations lui imposées conformément à l'article 116 dans le délai fixé par le Conseil des médias.

Art. 140 - Règles de procédure

§ 1^{er} - Les auditeurs du Conseil des médias sont compétents pour poursuivre les infractions mentionnées aux articles 138 et 139. Pour leur répression, c'est le Conseil des médias qui est compétent.

Dès qu'une plainte ou qu'un fait susceptible de constituer une violation ou un manquement est porté à la connaissance du Conseil des médias, le président charge un auditeur d'instruire l'affaire et de statuer sur la recevabilité du dossier.

Si le dossier est recevable, l'auditeur en assure l'instruction. Il peut classer sans suite.

Le Conseil des médias peut faire siennes les décisions prises par l'auditeur quant à la non-admissibilité ou au classement sans suite.

Le rapport d'instruction est transmis au président du Conseil des médias.

§ 2 - Le président notifie les griefs et le rapport d'instruction au contrevenant. Celui-ci dispose d'un délai d'un mois pour consulter le dossier et présenter ses observations écrites.

§ 3 - Le contrevenant est invité à comparaître à la date fixée par le président du Conseil des médias et communiquée par lettre recommandée. Il peut se faire représenter. Le Conseil des médias peut entendre toute personne pouvant contribuer utilement à son information.

§ 4 - Le Conseil des médias rend une décision motivée dans les soixante jours suivant la clôture des débats et fixe, le cas échéant, les sanctions mentionnées aux articles 138 et 139. La décision est communiquée par recommandé. Le Conseil des médias peut statuer par défaut.

§ 5 - Des sanctions peuvent être appliquées afin de couvrir la durée de tout manquement, même si celui-ci a été ultérieurement corrigé.

§ 6 - Si le Conseil des médias constate qu'il n'a pas été donné suite à la décision, il donne à la personne ou l'entreprise concernées l'occasion de se mettre en ordre dans :

1° le mois qui suit la communication; ou

2° un délai plus court, convenu avec la personne ou l'entreprise ou dans un délai fixé par Conseil des médias en cas de récidive;

3° un délai plus long fixé par Conseil des médias.

§ 7 - Lorsqu'une décision par défaut a été prononcée, le contrevenant peut faire opposition, par lettre recommandée, dans les quinze jours qui suivent la date de la notification de la décision.

Une nouvelle date d'audience est fixée. Si le contrevenant est à nouveau en défaut de comparaître, il n'est plus admis à former opposition.

§ 8 - Si la personne ou l'entreprise ne remédie pas aux manquements dans le délai mentionné au § 6, le Conseil des médias prend des sanctions appropriées afin que les exigences soient rencontrées. La décision motivée est communiquée dans la semaine à l'entreprise, avec fixation d'un délai raisonnable pour satisfaire aux mesures.

§ 9 - En cas de manquement répété aux obligations imposées, le Conseil des médias peut en tout ou partie interdire, selon le cas, de poursuivre la fourniture de services de médias, de proposer des réseaux ou services de communications électroniques, ou de suspendre voire retirer les droits d'utilisation de fréquences, pour autant que les mesures prises conformément aux §§ 1^{er} à 4 soient restées sans suite.

Art. 141 - Poursuite et répression des infractions, exécution des sanctions

Le président du Conseil des médias est chargé d'exécuter la décision prise par le Conseil des médias, y compris le recouvrement des amendes administratives dues, et la saisie. Avant d'établir le titre exécutoire, le président invite le débiteur, par lettre recommandée, à payer l'amende administrative. S'il n'est pas donné suite à cette invitation, le président établit le titre exécutoire dans les trois mois suivant cette invitation. Le titre exécutoire a force de chose jugée dans les huit jours de la notification qui en est faite au débiteur de l'amende. Elle est exécutée par huissier de justice dans les formes prévues par le code judiciaire.

Le délai de trois mois mentionné à l'alinéa 1^{er} n'est pas prescrit sous peine de nullité. L'accomplissement du titre exécutoire ne peut être suspendu que par une opposition avec assignation motivée. Sous peine de forclusion, cette opposition doit être notifiée par exploit d'huissier au Gouvernement de la Communauté germanophone dans les trente jours calendrier qui suivent la notification du titre exécutoire.

Les amendes administratives sont perçues au profit de la Communauté germanophone.

Art. 142 - Recours contre les décisions prises par le Conseil des médias

Tout intéressé peut, conformément aux lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, introduire auprès du Conseil d'État un recours contre des décisions prises par le Conseil des médias.

Le Conseil des médias recueille des informations sur l'objet général des recours, le nombre de recours, la durée des procédures et le nombre de décisions d'octroi de mesures provisoires. Il fournit ces informations à la Commission européenne et à l'ORECE à la demande motivée de l'une ou de l'autre.

CHAPITRE 2. — *Sanctions pénales*

Art. 143 - Diffusion sans attribution de radiofréquences

Sera puni d'une peine d'emprisonnement de huit jours à cinq ans et d'une amende de 100 à 100 000 euros ou d'une de ces peines seulement, quiconque aura sciemment utilisé une radiofréquence concernée par les articles 50, 51 et 63 sans en avoir obtenu l'attribution ou l'utilise alors que l'attribution a été suspendue, a été retirée ou est venue à échéance.

Art. 144 - Communication commerciale illégale

Est passible d'une amende de 100 à 100 000 euros celui qui diffuse des communications commerciales violant les articles 12 à 15, 18 à 20, 27, 28 et 34.

Art. 145 - Programmes interdits

Sera puni d'une peine d'emprisonnement de huit jours à cinq ans et d'une amende de 100 à 100 000 euros, ou d'une de ces peines seulement, quiconque aura sciemment diffusé un service de médias audiovisuels ou sonores contraire à l'article 7, § 2, ou un service de médias audiovisuels contraire à l'article 17.

Art. 146 - Code pénal

Les dispositions du Livre I^{er} du Code pénal, y compris le chapitre VII et l'article 85, sont applicables aux infractions mentionnées dans le présent chapitre.

TITRE 7. — *Dispositions finales*

Art. 147 - Disposition modificative

Dans l'article 1.1, 1^o, 2^o et 3^o, du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, inséré par le décret du 14 février 2011, le mot « audiovisuels » est chaque fois remplacé par les mots « audiovisuels et sonores ».

Art. 148 - Disposition modificative

Dans l'article 1.4, 1^o et 3^o, du même décret, inséré par le décret du 14 février 2011, le mot « audiovisuels » est chaque fois remplacé par les mots « audiovisuels et sonores ».

Art. 149 - Disposition modificative

Dans l'article 1.5, alinéa 2, 16^o et 17^o, du même décret, inséré par le décret du 14 février 2011, les mots « audiovisuels » est chaque fois remplacé par les mots « audiovisuels et sonores ».

Art. 150 - Disposition modificative

Dans l'article 1.6, alinéa 2, 1^o et 2^o, et alinéa 3, 1^o et 2^o, du même décret, insérés par le décret du 14 février 2011, le mot « audiovisuels » est chaque fois remplacé par les mots « audiovisuels et sonores ».

Art. 151 - Disposition modificative

L'article 4 du même décret, remplacé par le décret du 16 octobre 1995, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4 - Pour que le Centre puisse remplir efficacement la mission de base de droit public conformément à l'article 1.3, le Gouvernement met suffisamment de radiofréquences à sa disposition, y compris des fréquences disponibles en vertu d'un accord de coopération conclu avec d'autres Communautés.

Le Centre peut aussi diffuser d'autres services de médias par le biais d'autres systèmes que la retransmission terrestre. »

Art. 152 - Disposition modificative

Dans le même décret, il est inséré un article 36.1 rédigé comme suit :

« Art. 36.1 - L'attribution de radiofréquences au Centre conformément aux procédures applicables avant l'entrée en vigueur du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, reste valable jusqu'à sa suppression. »

Art. 153 - Disposition modificative

Le chapitre II de la loi du 23 juin 1961 relative au droit de réponse, inséré par la loi du 4 mars 1977, est abrogé.

Art. 154 - Disposition modificative

Dans le chapitre 3.6 du décret de crise du 6 avril 2020, inséré par le décret du 10 décembre 2020, il est inséré un article 5.12 rédigé comme suit :

« Art. 5.12 - En vue d'atténuer les répercussions de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19), le Gouvernement accorde aux exploitants de cinéma mentionnés à l'article 4, 29^o, du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, un subside forfaitaire unique d'un montant de 15 000 euros par salle exploitée en région de langue allemande.

Pour recevoir ce subside, les exploitants de cinéma adressent au Gouvernement une demande à l'aide du formulaire prévu par lui, et ce, pour le 31 mars 2021 au plus tard.

Le subside peut être cumulé avec d'autres subsides et aides de la Communauté germanophone, de la Région wallonne ou de l'État fédéral. »

Art. 155 - Disposition abrogatoire

Le décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, modifié en dernier lieu par le décret du 20 février 2017, est abrogé.

Art. 156 - Dispositions transitoires

Tant les agrégations que les enregistrements opérés conformément au droit en vigueur jusqu'à présent, ainsi que l'attribution de radiofréquences, restent valables pour la période initialement prévue, sans qu'il y ait prorogation tacite.

Les procédures administratives en cours au moment de l'entrée en vigueur du présent décret seront menées à bonne fin en vertu des dispositions du présent décret.

Les services de médias et les réseaux et services de communications et électroniques qui ne devaient pas être enregistrés jusqu'à présent, mais doivent l'être en vertu du présent décret, devront l'être conformément à l'article 8, et ce, au plus tard six mois après l'entrée en vigueur du présent décret.

Pour le 21 décembre 2021 au plus tard, le Conseil des médias transmet à l'ORECE la liste des entreprises qui, jusqu'au 21 décembre 2021 au plus tard, ont été inscrites dans son inventaire conformément à l'article 46.

Le mandat des membres de la chambre décisionnelle et de la chambre consultative du Conseil des médias en fonction au moment de l'entrée en vigueur du présent décret se termine au plus tard le 4 décembre 2023.

Art. 157 - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication.

Eupen, le 1^{er} mars 2021.

O. PAASCH

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

—————
Note

Session 2020-2021

Documents parlementaires : 123 (2020-2021) n° 1 Projet de décret + Addendum + Erratum

123 (2020-2021) n° 2 Rapport

123 (2020-2021) n° 3 Texte adopté en séance plénière

Compte-rendu intégral : 1^{er} mars 2021 - n° 22 Discussion et vote

—————
Annexe 1^{re} - Exigences en matière d'accessibilité

Section I. — Exigences en matière d'accessibilité

Les équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels doivent être conçus et fabriqués de manière à garantir une utilisation prévisible optimale par les personnes dépendantes et sont accompagnés d'informations accessibles sur leur fonctionnement et leurs caractéristiques d'accessibilité, figurant dans la mesure du possible dans ou sur le produit.

1° Exigences relatives à la fourniture d'informations

a) informations sur l'utilisation du produit, figurant sur le produit lui-même (étiquetage, instructions et avertissement). Ces informations sont :

i) disponibles au moyen de plusieurs canaux sensoriels;

ii) présentées de façon compréhensible;

iii) présentées aux utilisateurs de manière qu'ils les perçoivent;

iv) présentées en utilisant une police de caractères de taille et de forme appropriées compte tenu des conditions d'utilisation prévisibles, ainsi qu'un contraste suffisant, et en ménageant un espace ajustable entre les lettres, les lignes et les paragraphes;

b) instructions concernant l'utilisation d'un produit lorsqu'elles ne sont pas fournies sur le produit lui-même, mais sont disponibles lors de l'utilisation du produit ou par d'autres moyens comme un site internet, notamment les fonctions d'accessibilité du produit, leur activation et leur interopérabilité avec des solutions d'assistance. Ces instructions sont mises à la disposition du public lorsque le produit est mis sur le marché et :

i) disponibles au moyen de plusieurs canaux sensoriels;

ii) présentées de façon compréhensible;

iii) présentées aux utilisateurs de manière qu'ils les perçoivent;

iv) présentées en utilisant une police de caractères de taille et de forme appropriées compte tenu des conditions d'utilisation prévisibles, ainsi qu'un contraste suffisant, et en ménageant un espace ajustable entre les lettres, les lignes et les paragraphes;

v) sont disponibles, en ce qui concerne leur contenu, dans des formats texte permettant de générer d'autres formats auxiliaires pouvant être présentés de différentes manières et par l'intermédiaire de plusieurs canaux sensoriels;

vi) sont accompagnées d'une présentation de substitution de tout contenu non textuel;

vii) comprennent une description de l'interface utilisateur du produit (manipulation, commande et retour d'informations, entrée-sortie) conformément au 2°; la description indique, pour chacun des éléments énumérés au 2°, si le produit présente ces caractéristiques;

viii) comprennent une description des fonctionnalités du produit. Des fonctions adaptées aux besoins des personnes dépendantes sont proposées conformément au 2°; la description indique, pour chacun des éléments

énumérés au 2^o, si le produit présente ces caractéristiques;

ix) comprennent une description de l'interfaçage logiciel et matériel du produit avec des dispositifs d'assistance; la description inclut une liste des dispositifs d'assistance qui ont été testés avec le produit.

2^o Conception de l'interface utilisateur et des fonctionnalités

Le produit, y compris son interface utilisateur, comporte des caractéristiques, des éléments et des fonctions permettant aux personnes dépendantes d'accéder au produit, de le percevoir, de l'utiliser, de le comprendre et de le commander, en veillant aux aspects suivants :

a) lorsque le produit permet la communication, l'utilisation, la fourniture d'informations, la commande et l'orientation, ces fonctions sont disponibles au moyen de plusieurs canaux sensoriels, notamment en proposant des solutions de substitution à la vision, à l'audition, à la parole et au toucher;

b) lorsque le produit utilise la parole, des solutions de substitution à la parole et à l'intervention vocale sont proposées pour la communication, l'utilisation, la commande et l'orientation;

c) lorsque le produit utilise des éléments visuels, des fonctions flexibles d'agrandissement, de réglage de la luminosité et de contraste sont proposées pour la communication, la fourniture d'informations et l'utilisation et il est veillé à l'interopérabilité avec des programmes et des dispositifs d'assistance pour explorer l'interface;

d) lorsque le produit utilise des couleurs pour transmettre des informations, indiquer une action, demander une réponse ou signaler des éléments, une solution de substitution à la couleur est proposée;

e) lorsque le produit utilise des signaux auditifs pour transmettre des informations, indiquer une action, demander une réponse ou signaler des éléments, une solution de substitution aux signaux auditifs est proposée;

f) lorsque le produit utilise des éléments visuels, des fonctions flexibles sont proposées pour améliorer la clarté visuelle;

g) lorsque le produit utilise des sons, une fonction de réglage du volume et de la vitesse est proposée, ainsi que des caractéristiques audio avancées, notamment de réduction des interférences provenant de produits proches et de clarté auditive;

h) lorsque le produit nécessite une utilisation et une commande manuelles, une commande séquentielle et des possibilités de commande autres que fondées sur la motricité fine sont proposées, en évitant que des commandes simultanées soient nécessaires pour la manipulation, et des éléments perceptibles au toucher sont disponibles;

i) le produit est conçu pour éviter les modes de fonctionnement exigeant une forte amplitude de mouvements et une grande force;

j) le produit est conçu pour éviter le déclenchement de réactions photosensibles;

k) le produit préserve la vie privée de l'utilisateur lors de son utilisation des caractéristiques d'accessibilité;

l) le produit offre une solution de substitution à l'identification et à la commande biométriques;

n) le produit garantit la cohérence des fonctionnalités et prévoit un laps de temps suffisant et flexible pour l'interaction;

n) le produit prévoit un interfaçage logiciel et matériel avec les technologies d'assistance;

o) le produit remplit les exigences spécifiques en matière d'accessibilité fixées dans la section II.

3^o Services d'assistance : Le cas échéant, les services d'assistance (services d'aide, centres d'appel, assistance technique, services de relais et services de formation) fournissent des informations sur l'accessibilité du produit et sur sa compatibilité avec les technologies d'assistance, via des modes de communication accessibles.

4^o Afin de garantir une utilisation prévisible optimale par les personnes dépendantes, les emballages des produits relevant de la présente section et les instructions doivent être rendus accessibles. Cela signifie que:

a) l'emballage du produit, y compris les informations contenues dans celui-ci (par exemple concernant l'ouverture, la fermeture, l'utilisation, l'élimination), notamment, le cas échéant, les informations sur les caractéristiques du produit en matière d'accessibilité, est rendu accessible; et, dans la mesure du possible, ces informations accessibles sont mentionnées sur l'emballage;

b) les instructions concernant l'installation, l'entretien, le stockage et l'élimination du produit qui ne sont pas fournies sur le produit lui-même, mais sont disponibles par d'autres moyens comme un site internet, sont mises à la disposition du public lorsque le produit est mis sur le marché et sont conformes aux exigences suivantes :

i) elles sont disponibles au moyen de plusieurs canaux sensoriels;

ii) elles sont présentées de façon compréhensible;

iii) elles sont présentées aux utilisateurs de manière qu'ils les perçoivent;

iv) elles sont présentées en utilisant une police de caractères de taille et de forme appropriées compte tenu des conditions d'utilisation prévisibles, ainsi qu'un contraste suffisant, et en ménageant un espace ajustable entre les lettres, les lignes et les paragraphes;

v) elles sont disponibles, en ce qui concerne leur contenu, dans des formats texte permettant de générer d'autres formats auxiliaires pouvant être présentés de différentes manières et par l'intermédiaire de plusieurs canaux sensoriels;

vi) elles sont accompagnées d'une présentation de substitution du contenu lorsqu'elles contiennent du contenu non textuel;

Section II. — Exigences en matière d'accessibilité pour les services fournissant un accès aux services de médias audiovisuels

Afin de garantir une utilisation prévisible optimale par les personnes dépendantes, les services proposés doivent être conformes aux exigences suivantes :

a) veiller à ce que les produits utilisés dans la fourniture du service soient accessibles, conformément à la section I et, le cas échéant, à la section II;

b) fournir des informations sur le fonctionnement du service et, lorsque des produits sont utilisés dans la fourniture du service, sur son lien avec ces produits, ainsi que des informations sur leurs caractéristiques en matière d'accessibilité et sur leur interopérabilité avec des dispositifs et fonctionnalités d'assistance :

i) en mettant à disposition les informations au moyen de plusieurs canaux sensoriels;

ii) elles sont présentées de façon compréhensible;

iii) elles sont présentées aux utilisateurs de manière qu'ils les perçoivent;

iv) en mettant à disposition le contenu informatif dans des formats texte permettant de générer d'autres formats

auxiliaires pouvant être présentés de différentes manières par les utilisateurs et par l'intermédiaire de plusieurs canaux sensoriels;

v) en utilisant une police de caractères de taille et de forme appropriées compte tenu des conditions d'utilisation prévisibles, ainsi qu'un contraste suffisant, et en ménageant un espace ajustable entre les lettres, les lignes et les paragraphes;

vi) en accompagnant tout contenu non textuel d'une présentation de substitution dudit contenu; et

vii) en fournissant les informations électroniques nécessaires à la fourniture du service d'une manière cohérente et adéquate en les rendant perceptibles, utilisables, compréhensibles et robustes;

c) rendre les sites internet, y compris les applications en ligne connexes, et les services intégrés sur appareils mobiles, y compris les applications mobiles, accessibles d'une manière cohérente et appropriée en les rendant perceptibles, utilisables, compréhensibles et robustes;

d) le cas échéant, veiller à ce que les services d'assistance (services d'aide, centres d'appel, assistance technique, services de relais et services de formation) fournissent des informations sur l'accessibilité du service et sur sa compatibilité avec les technologies d'assistance, via des modes de communication accessibles.

e) fournir des guides électroniques de programme perceptibles, utilisables, compréhensibles et robustes et fournir des informations sur la disponibilité des caractéristiques d'accessibilité;

f) veiller à ce que les éléments d'accessibilité (services d'accès) des services de médias audiovisuels, tels que le sous-titrage pour les personnes sourdes ou malentendantes, l'audiodescription, le sous-titrage audio et l'interprétation en langue des signes, soient entièrement transmis avec une qualité appropriée à un affichage net et synchronisés avec le son et la vidéo, tout en permettant à l'utilisateur de régler leur affichage et leur utilisation;

Section III - Informations relatives aux services répondant aux exigences en matière d'accessibilité

Le prestataire de services permettant l'accès à des services de médias audiovisuels inclut les informations évaluant la façon dont le service respecte les exigences en matière d'accessibilité visées à la section II dans les clauses et conditions générales ou dans un document équivalent. Ces informations décrivent les exigences applicables et portent, dans la mesure nécessaire à l'évaluation, sur la conception et le fonctionnement du service.

Pour satisfaire aux exigences de l'alinéa précédent, le prestataire de services peut appliquer entièrement ou en partie les normes harmonisées et les spécifications techniques dont les références ont été publiées au Journal officiel de l'Union européenne.

Section IV. — Exigences spécifiques en matière d'accessibilité

Les équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels mettent à disposition des personnes dépendantes les éléments en matière d'accessibilité fournis par le prestataire de services de médias audiovisuels en ce qui concerne l'accès, la sélection, la commande et la personnalisation par l'utilisateur ainsi que la transmission aux dispositifs d'assistance.

Annexe 2 - Critères d'évaluation du caractère disproportionné de la charge

Critères pour l'évaluation et preuves à apporter à l'appui de cette évaluation :

1° Rapport entre les coûts nets de la conformité avec les exigences en matière d'accessibilité et les coûts totaux (dépenses opérationnelles et dépenses en capital) pour fabriquer, distribuer ou importer le produit ou fournir le service que supportent les opérateurs économiques.

Éléments à appliquer pour évaluer les coûts nets de la conformité avec les exigences en matière d'accessibilité :

a) critères liés à des coûts organisationnels ponctuels à prendre en considération dans l'évaluation :

i) coûts liés à des ressources humaines supplémentaires spécialisées dans les questions d'accessibilité;

ii) coûts liés à la formation des ressources humaines et à l'acquisition de compétences en matière d'accessibilité;

iii) coûts liés à la mise au point d'un nouveau procédé pour inclure l'accessibilité dans le développement de produits ou la prestation de services;

iv) coûts liés à la mise au point d'orientations concernant l'accessibilité;

v) coûts ponctuels liés à l'examen de la législation sur l'accessibilité;

b) critères liés aux coûts récurrents de développement et de production à prendre en considération dans l'évaluation:

i) coûts liés à la conception des caractéristiques d'accessibilité pour le produit ou le service;

ii) coûts supportés dans le cadre des procédés de fabrication;

iii) coûts liés aux essais d'accessibilité concernant le produit ou le service;

iv) frais en relation avec l'établissement de la documentation.

2° L'estimation des coûts et des avantages pour les opérateurs économiques, y compris en ce qui concerne les processus de production et les investissements, par rapport à l'avantage estimé pour les personnes dépendantes, compte tenu de la quantité et de la fréquence d'utilisation d'un produit ou d'un service spécifique.

3° Rapport entre les coûts nets de la conformité avec les exigences en matière d'accessibilité et le chiffre d'affaires net de l'opérateur économique.

Éléments à appliquer pour évaluer les coûts nets de la conformité avec les exigences en matière d'accessibilité:

a) critères liés à des coûts organisationnels ponctuels à prendre en considération dans l'évaluation :

i) coûts liés à des ressources humaines supplémentaires spécialisées dans les questions d'accessibilité;

ii) coûts liés à la formation des ressources humaines et à l'acquisition de compétences en matière d'accessibilité;

iii) coûts liés à la mise au point d'un nouveau procédé pour inclure l'accessibilité dans le développement de produits ou la prestation de services;

iv) coûts liés à la mise au point d'orientations concernant l'accessibilité;

v) coûts ponctuels liés à l'examen de la législation sur l'accessibilité;

b) critères liés aux coûts récurrents de développement et de production à prendre en considération dans l'évaluation:

i) coûts liés à la conception des caractéristiques d'accessibilité pour le produit ou le service;

- ii) coûts supportés dans le cadre des procédés de fabrication;
- iii) coûts liés aux essais d'accessibilité concernant le produit ou le service;
- iv) frais en relation avec l'établissement de la documentation.

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/201177]

1 MAART 2021. — Decreet betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

TITEL 1. — Algemene bepalingen

Artikel 1 - Europese clausule

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de volgende richtlijnen, voor zover deze onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen:

1° Richtlijn (EU) 2018/1808 van het Europees Parlement en de Raad van 14 november 2018 tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU betreffende de coördinatie van bepaalde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen in de lidstaten inzake het aanbieden van audiovisuele mediadiensten (richtlijn audiovisuele mediadiensten) in het licht van een veranderende marktsituatie;

2° Richtlijn (EU) 2018/1972 van het Europees Parlement en de Raad van 11 december 2018 tot vaststelling van het Europees wetboek voor elektronische communicatie (herschikking);

3° Richtlijn (EU) 2019/882 van het Europees Parlement en de Raad van 17 april 2019 betreffende de toegankelijkheidsvoorschriften voor producten en diensten.

Art. 2 - Persoonsaanduidingen

De persoonsaanduidingen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 - Algemeen toepassingsgebied

§ 1 - Dit decreet is van toepassing op:

1° mediadiensten;

2° het aanbieden van voor het overbrengen van mediadiensten geschikte elektronische communicatienetwerken en -diensten en bijbehorende faciliteiten, welke onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen;

3° consumentenapparatuur bestemd voor de ontvangst van lineaire audiovisuele en auditieve mediasignalen; en

4° consumentenapparatuur met interactieve functies die bedoeld zijn voor de organisatie van filmvoorstellingen in het Duitse taalgebied en die worden gebruikt om toegang te krijgen tot audiovisuele mediadiensten.

§ 2 - Onderworpen aan de bepalingen van dit decreet zijn:

1° het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap,

2° de aanbieders van mediadiensten die in het Duitse taalgebied zijn gevestigd,

3° de ondernemingen die openbare elektronische communicatienetwerken en -diensten, met inbegrip van bijbehorende faciliteiten en bijbehorende diensten aanbieden in de Duitstalige Gemeenschap, en ondernemingen die in de Duitstalige Gemeenschap nieuwe voertuigen van categorie M te koop of te huur aanbieden.

§ 3 - Aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten worden in de volgende gevallen geacht in het Duitse taalgebied te zijn gevestigd:

1° de aanbieder van mediadiensten heeft zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap en de redactionele beslissingen betreffende de audiovisuele of auditieve mediadienst worden in de Duitstalige Gemeenschap genomen;

2° de aanbieder van mediadiensten heeft zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap, de redactionele beslissingen betreffende de audiovisuele of auditieve mediadienst worden echter in een andere gemeenschap of lidstaat genomen, maar een aanzienlijk deel van het bij de programmagerelateerde activiteit van de audiovisuele of auditieve mediadienst betrokken personeel is werkzaam in de Duitstalige Gemeenschap.

Als een aanzienlijk deel van het bij de programmagerelateerde activiteiten van de audiovisuele of auditieve mediadienst betrokken personeel zowel in de Duitstalige Gemeenschap als in een andere gemeenschap of lidstaat werkzaam is, wordt de aanbieder van de mediadienst geacht gevestigd te zijn in het Duitse taalgebied als hij zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap heeft.

Als geen aanzienlijk deel van het bij de programmagerelateerde activiteiten van de audiovisuele of auditieve mediadienst betrokken personeel in de Duitstalige Gemeenschap, noch in een andere gemeenschap of lidstaat werkzaam is, wordt de aanbieder van mediadiensten geacht gevestigd te zijn in het Duitse taalgebied als hij daar het eerst met zijn activiteiten is begonnen overeenkomstig het recht van de Duitstalige Gemeenschap en mits hij een duurzame en reële band met de economie van de Duitstalige Gemeenschap onderhoudt;

3° de aanbieder van mediadiensten heeft zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap, terwijl beslissingen betreffende de audiovisuele of auditieve mediadienst in een derde land worden genomen, of andersom, mits een aanzienlijk deel van het bij de activiteiten van de audiovisuele of auditieve mediadienst betrokken personeel in de Duitstalige Gemeenschap werkzaam is.

Aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten waarop het eerste lid niet van toepassing is, worden geacht in het Duitse taalgebied te zijn gevestigd als zij niet zijn gevestigd in een lidstaat of in een staat in de Europese Economische Ruimte maar gebruikmaken van een in de Duitstalige Gemeenschap gelegen aarde-satellietverbinding.

§ 4 - Een aanbieder van videoplatforms die niet in de zin van artikel I.18, 4°, van het Wetboek van economisch recht in het Duitse taalgebied is gevestigd, wordt geacht in het Duitse taalgebied te zijn gevestigd, als die:

1° een moederonderneming of een dochteronderneming heeft die in het Duitse taalgebied is gevestigd, of

2° deel uitmaakt van een groep waarvan een andere onderneming in het Duitse taalgebied is gevestigd.

Voor de toepassing van het eerste lid wordt verstaan onder:

1° "moederonderneming": een onderneming die zeggenschap heeft over een of meer dochterondernemingen;

2° "dochteronderneming": een onderneming waarover een moederonderneming zeggenschap heeft, met inbegrip van elke dochteronderneming van een uiteindelijke moederonderneming;

3° "groep": een moederonderneming, al haar dochterondernemingen en alle andere ondernemingen die er op organisatorisch gebied economische en juridische banden mee hebben.

§ 5 - Als de moederonderneming, de dochteronderneming of de andere ondernemingen van de groep allemaal in verschillende gemeenschappen of lidstaten zijn gevestigd, wordt de aanbieder van videoplatforms geacht te zijn gevestigd in het Duitse taalgebied als

1° zijn moederonderneming in het Duitse taalgebied is gevestigd of, bij gebreke van een dergelijke vestiging,

2° als zijn dochteronderneming in het Duitse taalgebied is gevestigd of, bij gebreke van een dergelijke vestiging,

3° als de andere onderneming van de groep in het Duitse taalgebied is gevestigd.

§ 6 - Als er meerdere dochterondernemingen zijn die allemaal in verschillende gemeenschappen of lidstaten zijn gevestigd, wordt de aanbieder van videoplatforms geacht te zijn gevestigd in het Duitse taalgebied, als een van de dochterondernemingen voor het eerst met haar activiteiten is begonnen in het Duitse taalgebied, mits die aanbieder een duurzame en reële band met de economie van de Duitstalige Gemeenschap onderhoudt en, voor zover andere gemeenschappen betrokken zijn, mits het zwaartepunt van de activiteiten inzake mediadiensten in het Duitse taalgebied ligt.

Als meerdere andere ondernemingen deel uitmaken van de groep en deze allemaal in verschillende gemeenschappen of lidstaten zijn gevestigd, wordt de aanbieder van videoplatforms geacht te zijn gevestigd in het Duitse taalgebied, als een van deze ondernemingen voor het eerst met haar activiteiten is begonnen in het Duitse taalgebied, mits die aanbieder een duurzame en reële band met de economie van de Duitstalige Gemeenschap onderhoudt en, voor zover andere gemeenschappen betrokken zijn, mits het zwaartepunt van de activiteiten inzake mediadiensten in het Duitse taalgebied ligt.

§ 7 - Voor de toepassing van de § § 5 en 6 zijn de artikelen XII.3, XII.4, XII.6 en XII.17 tot XII.20 van het Wetboek van economisch recht van toepassing op aanbieders van videoplatforms die overeenkomstig paragraaf 4 worden geacht in het Duitse taalgebied te zijn gevestigd.

Art. 4 - Begripsbepalingen

Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder:

1° algemene machtiging: de regelgeving waarbij, overeenkomstig dit decreet, rechten worden verleend voor het aanbieden van elektronischecommunicatienetwerken of -diensten en specifieke sectorgebonden verplichtingen worden vastgesteld die voor alle of voor welbepaalde soorten elektronischecommunicatienetwerken en -diensten kunnen gelden;

2° Application Program Interface - Applicatieprogramma-interface (API): een software interface tussen toepassingen, die beschikbaar is gesteld door omroepen, dienstenleveranciers, alsmede de hulpmiddelen in de eindapparatuur voor digitale televisie- en radiodiensten;

3° audiovisuele commerciële communicatie: beelden, al dan niet met geluid, welke dienen om rechtstreeks of onrechtstreeks de goederen, de diensten of het imago van een natuurlijke of rechtspersoon die een economische activiteit verricht, te promoten. Dergelijke beelden vergezellen of maken deel uit van een programma of van een door gebruikers gegenereerde video, tegen betaling of een soortgelijke vergoeding of ten behoeve van zelfpromotie. Vormen van audiovisuele commerciële communicatie zijn onder meer televisiereclame, sponsoring, telewinkelen en productplaatsing;

4° audiovisuele mediadienst: een economische dienst die valt onder de redactionele verantwoordelijkheid van een aanbieder van audiovisuele mediadiensten, waarvan het hoofddoel of een losstaand gedeelte daarvan bestaat uit de levering van programma's voor het algemene publiek, via elektronischecommunicatienetwerken, ter informatie, vermaak of educatie. Bij deze audiovisuele mediadiensten gaat het ofwel om lineaire of om niet-lineaire audiovisuele mediadiensten en/of audiovisuele commerciële communicatie;

5° aanbieder van audiovisuele mediadiensten: de natuurlijke of rechtspersoon die de redactionele verantwoordelijkheid draagt voor de keuze van de audiovisuele inhoud van de mediadienst en die bepaalt hoe deze wordt georganiseerd;

6° auditieve commerciële communicatie: geluid dat dient om rechtstreeks of onrechtstreeks de goederen, de diensten of het imago van een natuurlijke of rechtspersoon die een economische activiteit verricht te promoten. Dergelijke geluiden vergezellen of maken deel uit van een programma, tegen betaling of een soortgelijke vergoeding of ten behoeve van zelfpromotie. Vormen van auditieve commerciële communicatie zijn onder meer radioreclame, sponsoring en productplaatsing;

7° auditieve mediadienst: een economische dienst die valt onder de redactionele verantwoordelijkheid van een aanbieder van auditieve mediadiensten, met als hoofddoel de levering aan het algemene publiek van programma's ter informatie, vermaak of educatie via elektronischecommunicatienetwerken. Bij deze auditieve mediadiensten gaat het ofwel om lineaire of om niet-lineaire auditieve mediadiensten en/of om auditieve commerciële communicatie;

8° aanbieder van auditieve mediadiensten: de natuurlijke of rechtspersoon die de redactionele verantwoordelijkheid draagt voor de keuze van de auditieve inhoud van de mediadienst en die bepaalt hoe deze wordt georganiseerd;

9° adviesraad: het in artikel 127 vermelde orgaan;

10° aanbieden van een elektronischecommunicatienetwerk: het bouwen, exploiteren, leiden of beschikbaar stellen van een dergelijk netwerk;

11° exploitant: onderneming die een openbaar elektronisch communicatienetwerk of een bijbehorende faciliteit aanbiedt of gemachtigd is aan te bieden;

12° AMM-richtsnoeren: de richtsnoeren van de Europese Commissie voor de marktanalyse en de beoordeling van aanmerkelijke marktmacht in het bestek van het EU-regelgevingskader voor elektronischecommunicatienetwerken en -diensten nr. 2018/C 159/01;

13° BRF: het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

14° elektronischecommunicatiedienst: een gewoonlijk tegen vergoeding aangeboden dienst die geheel of hoofdzakelijk bestaat in het overbrengen van signalen voor de distributie van mediadiensten via elektronischecommunicatienetwerken, met uitzondering van diensten die inhoud leveren via elektronischecommunicatienetwerken en -diensten of een redactionele controle hierover uitoefenen;

15° elektronischecommunicatienetwerken: de transmissiesystemen, al dan niet gebaseerd op een permanente infrastructuur of gecentraliseerde beheercapaciteit, en in voorkomend geval de schakel- of routeringsapparatuur en andere middelen, waaronder netwerkelementen die niet actief zijn, die het mogelijk maken signalen over te brengen via draad, radiogolven, optische of andere elektromagnetische middelen voor zover deze worden gebruikt voor de distributie van mediadiensten;

- 16° elektronische programmagids: elektronisch computerprogramma dat het beschikbare programma-aanbod van lineaire audiovisuele mediadiensten oplijst en het gebruik ervan mogelijk maakt;
- 17° aanbeveling: de mededeling van de Europese Commissie inzake relevante markten voor producten en diensten, die de Europese Commissie krachtens artikel 64 lid 1 van het Europees W
- Wetboek voor elektronische communicatie publiceert.
- 18° eindgebruiker: een gebruiker die geen openbaar elektronischecommunicatienetwerk of voor het publiek beschikbare elektronischecommunicatiediensten aanbiedt;
- 19° geavanceerde digitale eindapparatuur: kastjes met converter en decoder en geïntegreerde digitale televisietoestellen voor de ontvangst van de digitale interactieve televisiediensten;
- 20° IZJD: de instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie in de Duitstalige Gemeenschap;
- 21° Europese producties:
- a) producties die afkomstig zijn uit de gemeenschappen of lidstaten;
- b) producties die afkomstig zijn uit derde Europese staten die partij zijn bij het Europese Verdrag inzake grensoverschrijdende televisie van de Raad van Europa, als er in de betrokken landen geen discriminerende maatregelen tegen producties uit de gemeenschappen of lidstaten bestaan en
- c) coproducties die zijn vervaardigd in het kader van tussen de Unie en derde landen gesloten overeenkomsten met betrekking tot de audiovisuele sector en die voldoen aan de voorwaarden van de betrokken overeenkomsten, als er in de betrokken landen geen discriminerende maatregelen tegen producties uit gemeenschappen of lidstaten bestaan.
- Producties uit gemeenschappen of lidstaten of producties uit derde Europese staten die partij zijn bij het Europese Verdrag inzake grensoverschrijdende televisie van de Raad van Europa zijn werken die voornamelijk tot stand zijn gebracht met hulp van auteurs en medewerkers die in één of meer van deze staten woonachtig zijn en die aan één van de volgende drie voorwaarden voldoen:
- de producties zijn tot stand gebracht door één of meer in één of meer van deze staten gevestigde producent(en) of
 - de vervaardiging geschiedt onder het toezicht en de feitelijke controle van één of meer in één of meer van deze staten gevestigde producent(en);
 - de bijdrage van de coproducten uit deze staten in de totale kosten van de coproductie bedraagt meer dan de helft en de coproductie wordt niet door één of meer buiten deze staten gevestigde producent(en) gecontroleerd.
- Producties die geen Europese producties overeenkomstig littera a), b) en c) zijn, maar die vervaardigd worden in het kader van tussen de gemeenschappen of lidstaten en derde landen gesloten bilaterale coproductieovereenkomsten, worden als Europese producties beschouwd mits de coproducten uit de Europese Unie een meerderheidsaandeel hebben in de totale productiekosten en de productie niet onder controle staat van één of meer buiten de gemeenschappen of de lidstaten gevestigde producent(en);
- 22° televisieomroeporganisatie: een aanbieder van mediadiensten die lineaire audiovisuele mediadiensten aanbiedt;
- 23° televisiereclame: de door een publieke of particuliere onderneming of natuurlijke persoon, tegen betaling of soortgelijke vergoeding dan wel ten behoeve van zelfpromotie op televisie uitgezonden boodschap - in welke vorm dan ook - in verband met de uitoefening van een commerciële, industriële, ambachtelijke activiteit of van een beroep, ter bevordering van de levering tegen betaling van goederen of diensten, met inbegrip van onroerende goederen, rechten en verplichtingen;
- 24° cineforum: jaarlijkse voorstelling van ten minste acht films met hoge kunstwaarde die voor de jongelui toegankelijk zijn en waarvan de kwaliteit door ten minste één evaluatie-instelling van één der lidstaten erkend werd;
- 25° cinedagen: voorstelling van ten minste vier films met hetzelfde thema over een week;
- 26° promotiekopie: een door een bioscoopouder gefinancierde kopie van een film die ten laatste twee weken na zijn nationaal lanceren in België of in de Bondsrepubliek Duitsland voorgesteld wordt;
- 27° schadelijke interferentie: een interferentie die het functioneren van een radionavigatiedienst of van andere veiligheidsvoorzieningen in gevaar brengt, of die een overeenkomstig de geldende internationale, communautaire of nationale voorschriften werkende radiocommunicatiedienst op een andere wijze ernstig verslechtert, hindert of herhaaldelijk onderbreekt;
- 28° BEREC: het orgaan van Europese regelgevende instanties voor elektronische communicatie, opgericht overeenkomstig Verordening (EU) nr. 2018/1971 van het Europees Parlement en de Raad van 11 december 2018 tot instelling van het Orgaan van Europese regulerende instanties voor elektronische communicatie (Berec) en het Bureau voor ondersteuning van Berec (Berec-Bureau), tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Verordening (EG) nr. 1211/2009;
- 29° bioscoopouder: de natuurlijke of rechtspersonen die in het Duitse taalgebied een bioscoopzaal bedrijven waar zij films vertonen tegen betaling;
- 30° Europees wetboek voor elektronische communicatie: de Richtlijn (EU) 2018/1972 van het Europees Parlement en de Raad van 11 december 2018 tot vaststelling van het Europees wetboek voor elektronische communicatie;
- 31° commerciële communicatie: audiovisuele en auditieve commerciële communicatie;
- 32° controleoverdracht: procédé waarmee het mogelijk is van systeem voor voorwaardelijke toegang te veranderen, zonder te raken aan het gescrembelde signaal van een mediadienst;
- 33° transnationale markten: door de Europese Commissie gedefinieerde markten die de Europese Unie of een aanzienlijk, zich over meer dan één lidstaat uitstrekkend, deel daarvan beslaan;
- 34° lineaire mediadienst: een door een aanbieder van mediadiensten aangeboden mediadienst voor het gelijktijdig bekijken van programma's op basis van een programmaschema;
- 35° mediadienst: een dienst of andere activiteit, verstuurd via elektronischecommunicatienetwerken, die vanuit het oogpunt van degene die uitzendt, openbare audiovisuele of auditieve informatie verspreiden, bestemd voor het publiek in het algemeen of voor een deel ervan en geen vertrouwelijk karakter hebben, zelfs als het uitzenden op individueel verzoek gebeurt en ongeacht de daartoe gebruikte techniek. Diensten die geïndividualiseerde en door een vorm van vertrouwelijkheid gekenmerkte informatie leveren, vallen daarentegen niet onder de mediadiensten;
- 36° Mediaraad: de in titel 4, hoofdstuk 1, genoemde Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap;
- 37° lidstaat: een lidstaat van de Europese Unie;

38° netwerkaansluitpunt (NAP): het fysieke punt waarop een abonnee de toegang tot een openbaar elektronisch communicatienetwerk wordt geboden; in het geval van netwerken met schakelings- of routeringsfuncties wordt het NAP bepaald door middel van een specifiek netwerkadres, dat met een abonneenummer of -naam kan zijn verbonden;

39° niet-lineaire mediadienst: een door een aanbieder van mediadiensten aangeboden mediadienst die de gebruiker de mogelijkheid biedt tot het bekijken van programma's op diens individueel verzoek en op het door hem gekozen moment op basis van een door de aanbieder van mediadiensten geselecteerde programmacatalogus;

40° gebruiker: een natuurlijke of rechtspersoon die gebruik maakt van of verzoekt om een voor het publiek beschikbare elektronisch communicatiedienst;

41° door gebruikers gegenereerde video: een reeks bewegende beelden, al dan niet met geluid, die ongeacht de duur ervan een afzonderlijk element vormt, die door een gebruiker is gecreëerd en door die gebruiker of een andere gebruiker naar een videoplatform is geüpload;

42° openbaar toegankelijke elektronisch communicatiediensten: de voor de brede openbaarheid beschikbare elektronisch communicatiediensten;

43° openbaar elektronisch communicatienetwerk: een elektronisch communicatienetwerk dat geheel of hoofdzakelijk wordt gebruikt om voor het publiek beschikbare elektronisch communicatiediensten aan te bieden ter ondersteuning van de overdracht van informatie tussen netwerkaansluitpunten;

44° personen met ondersteuningsbehoefte: de personen bedoeld in artikel 3, 3°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

45° productplaatsing: elke vorm van audiovisuele commerciële communicatie die bestaat in het opnemen van, of het verwijzen naar, een product of dienst of een desbetreffend handelsmerk in het kader van een programma of een door gebruikers gegenereerde video, tegen betaling of soortgelijke vergoeding;

46° Kaderbesluit 2008/913/JBZ: het Kaderbesluit 2008/913/JBZ van de Raad van 28 november 2008 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen en uitingen van racisme en vreemdelingenhaat door middel van het strafrecht;

47° redactionele beslissing: een beslissing die op regelmatige basis wordt genomen met het oog op de uitoefening van redactionele verantwoordelijkheid en verband houdt met het dagelijkse beheer van de audiovisuele of auditieve mediadienst;

48° redactionele verantwoordelijkheid: het uitoefenen van effectieve controle over de keuze van programma's en de organisatie ervan in hetzij een chronologisch schema, in het geval van lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten, hetzij een catalogus, in het geval van niet-lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten;

49° Richtlijn 2010/13/EU: de Richtlijn 2010/13/EU van het Europees Parlement en de Raad van 10 maart 2010 betreffende de coördinatie van bepaalde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen in de lidstaten inzake het aanbieden van audiovisuele mediadiensten (richtlijn audiovisuele mediadiensten) zoals gewijzigd door Richtlijn (EU) 2018/1808;

50° Richtlijn 2011/93/EU: de Richtlijn 2011/93/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 ter bestrijding van seksueel misbruik en seksuele uitbuiting van kinderen en kinderpornografie, en ter vervanging van Kaderbesluit 2004/68/JBZ van de Raad;

51° Richtlijn 2013/11/EU: de Richtlijn 2013/11/EU van het Europees Parlement en de Raad van 21 mei 2013 betreffende alternatieve beslechting van consumentengeschillen en tot wijziging van Verordening (EG) nr. 2006/2004 en Richtlijn 2009/22/EG;

52° Richtlijn (EU) 2017/541: de Richtlijn (EU) 2017/541 van het Europees Parlement en de Raad van 15 maart 2017 inzake terrorismebestrijding en ter vervanging van Kaderbesluit 2002/475/JBZ van de Raad en tot wijziging van Besluit 2005/671/JBZ van de Raad;

53° Richtlijn (EU) 2018/1808: de Richtlijn (EU) 2018/1808 van het Europees Parlement en de Raad van 14 november 2018 tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU betreffende de coördinatie van bepaalde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen in de lidstaten inzake het aanbieden van audiovisuele mediadiensten (richtlijn audiovisuele mediadiensten) in het licht van een veranderende marktsituatie;

54° sluikreclame in de commerciële communicatie: het vermelden of vertonen van goederen, diensten, naam, handelsmerk of activiteiten van een producent van goederen of een dienstverlener in uitzendingen, als dit door de aanbieders van audiovisuele of auditieve mediadiensten wordt gedaan met de bedoeling reclame te maken en als het publiek kan worden misleid omtrent het eigenlijk doel van deze vermelding of vertoning. Een bedoeling wordt met name geacht aanwezig te zijn, als tegenover de vermelding of vertoning een geldelijke of andere vergoeding staat;

55° programma: een reeks bewegende beelden, al dan niet met geluid, of geluiden die ongeacht de duur ervan een afzonderlijk element vormt van een door een aanbieder van audiovisuele of auditieve mediadiensten opgesteld schema of een catalogus. Voorbeelden van programma's zijn hoorspelen, concerten, bioscoopfilms, videoclippen, sportevenementen, komische series, documentaires, kinderprogramma's en originele televisiefilms;

56° sponsoring: elke bijdrage van publieke of particuliere ondernemingen of natuurlijke personen die zich niet bezighouden met het aanbieden van audiovisuele mediadiensten of videoplatformdiensten of met de vervaardiging van audiovisuele werken, aan de financiering van audiovisuele mediadiensten, videoplatformdiensten, door gebruikers gegenereerde video's of programma's met het doel hun naam, handelsmerk, imago, activiteiten of producten meer bekendheid te geven;

57° telewinkelen: de uitzendingen die tegen betaling goederen en diensten, met inbegrip van onroerende goederen, rechten en verplichtingen rechtstreeks aan het publiek aanbieden;

58° transmissiesysteem: de reeks fasen met betrekking tot de verwerking van de audio- en videosignalen en daarmee verband houdende gegevens van een omroepdienst die ertoe dient deze signalen vorm te geven en naar het publiek over te brengen. Die reeks omvat voorzieningen voor het genereren van programmasignalen (broncodering van audio- en videosignalen, multiplexing van signalen) en aanpassing aan de transmissiemedia (kanaalcodering, modulatie en, voor zover nodig, energiedispersie);

59° consument: een natuurlijke persoon die gebruik maakt van of verzoekt om een openbare elektronisch communicatiedienst voor andere dan bedrijfs- of beroepsdoeleinden;

60° eindapparatuur voor gebruik door consumenten, met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten: elke soort apparatuur met als voornaamste functie het verlenen van toegang tot audiovisuele mediadiensten;

61° Verordening (EU) 2015/2120: de Verordening (EU) 2015/2120 van het Europees Parlement en de Raad van 25 november 2015 tot vaststelling van maatregelen betreffende open-internettoegang en tot wijziging van Richtlijn 2002/22/EG inzake de universele dienst en gebruikersrechten met betrekking tot elektronische communicatienetwerken en -diensten en Verordening (EU) nr. 531/2012 betreffende roaming op openbare mobiele communicatienetwerken binnen de Unie;

62° scrambling: de verwerking van audio- en videosignalen van omroepdiensten, om die te coderen en zo onverstaanbaar te maken voor elke persoon die niet over de vereiste toegangsbewijzen beschikt;

63° aanbieder van videoplatforms: de natuurlijke of rechtspersoon die een videoplatformdienst aanbiedt;

64° videoplatformdienst: een economische dienst, als het hoofddoel van de dienst of een daarvan losstaand gedeelte of een essentiële functie van de dienst bestaat in het aanbieden van programma's, door gebruikers gegenereerde video's, of beide, aan het algemene publiek, waarvoor de aanbieder van het videoplatform geen redactionele verantwoordelijkheid draagt, ter informatie, vermaak of educatie via elektronische communicatienetwerken en waarvan de organisatie wordt bepaald door de aanbieder van het videoplatform, onder meer met automatische middelen of algoritmen, met name door weergeven, taggen en rangschikken;

65° economische mediadienst: een mediadienst in de zin van de artikelen 56 en 57 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie. Een dergelijke dienst wordt vermoed als de dienstverlener onderworpen is aan een registratieplicht in de Kruispuntbank van Ondernemingen, in werking gesteld door de wet van 16 januari 2003 tot oprichting van een Kruispuntbank van Ondernemingen, tot modernisering van het handelsregister, tot oprichting van erkende ondernemingsloketten en houdende diverse bepalingen, voor activiteiten die onder meer betrekking hebben op mediadiensten;

66° toegang: het beschikbaar stellen van faciliteiten en/of diensten aan een andere onderneming, onder uitdrukkelijke voorwaarden, hetzij op exclusieve hetzij op niet-exclusieve basis, met het oog op het aanbieden van elektronische-communicatiediensten, voor zover die gebruikt worden om diensten voor de informatiemaatschappij of inzake inhoud voor radio- en televisieomroepen aan te bieden. Deze term bestrijkt onder meer: toegang tot netwerkelementen en verwante faciliteiten waarbij eventueel apparatuur kan worden verbonden met vaste of niet-vaste middelen (dit omvat met name toegang tot het aansluitnet en tot faciliteiten en diensten die noodzakelijk zijn om diensten te kunnen aanbieden via het aansluitnet); toegang tot materiële infrastructuur waaronder gebouwen, kabelgoten en masten; toegang tot relevante programmatuursystemen waaronder operationele ondersteuningssystemen; toegang tot informatiesystemen of databases voor reservering, levering, bestelling, onderhouds- en herstelverzoeken en facturering; toegang tot voorwaardelijke toegangssystemen voor digitale televisiediensten en toegang tot virtuele netwerkdiensten;

67° systeem voor voorwaardelijke toegang: elke technische maatregel of regeling waarbij toegang tot een beschermd radio- of televisieomroepdienst afhankelijk wordt gemaakt van een abonnement of een individuele machtiging;

68° bijbehorende diensten: de bij een elektronische communicatienetwerk en/of een elektronische communicatiedienst behorende diensten die het aanbieden van diensten via dat netwerk en/of dienst mogelijk maken en/of ondersteunen of het potentieel hiertoe bezitten en onder meer nummervertaalsystemen of systemen met soortgelijke functies, voorwaardelijke toegangssystemen en elektronische programmagidsen alsmede andere diensten zoals identiteit, locatie en presentie-informatiediensten omvatten;

69° bijbehorende faciliteiten: de bij een elektronische communicatienetwerk en/of een elektronische communicatiedienst behorende diensten, fysieke infrastructuren en andere faciliteiten of elementen die het aanbieden van diensten via dat netwerk en/of die dienst mogelijk maken en/of ondersteunen of het potentieel hiertoe bezitten en onder meer gebouwen of toegangen tot gebouwen, bekabeling in gebouwen, antennes, torens en andere ondersteunende constructies, kabelgoten, kabelbuizen, masten, mangaten en straatkasten omvatten;

70° interconnectie: een specifiek type toegang dat tussen exploitanten van openbare netwerken wordt gerealiseerd door het fysiek en logisch verbinden van openbare elektronische communicatienetwerken die door dezelfde of een andere onderneming worden gebruikt om het de gebruikers van een onderneming mogelijk te maken te communiceren met die van dezelfde of van een andere onderneming of toegang te hebben tot diensten die door een andere onderneming worden aangeboden. Diensten kunnen worden aangeboden door de betrokken partijen of andere partijen die toegang hebben tot het netwerk. Interconnectie wordt gerealiseerd tussen exploitanten van openbare netwerken.

Art. 5 - Doelstellingen

§ 1 - Het decreet beoogt de volgende doelstellingen:

1° De bevordering van mediapluralisme, culturele en taalkundige diversiteit, mediageletterdheid, toegankelijkheid, non-discriminatie, de goede werking van de interne markt en een eerlijke mededinging bij het aanbieden van economische mediadiensten;

2° met betrekking tot het aanbieden van elektronische communicatienetwerken en -diensten:

a) de bevordering van de connectiviteit met en de toegang tot, alsmede de benutting van netwerken met een zeer hoge capaciteit, met inbegrip van vaste, mobiele en draadloze netwerken, voor alle burgers en bedrijven van de Europese Unie;

b) het bevorderen van de mededinging bij het aanbieden van elektronische communicatienetwerken en bijbehorende faciliteiten, met inbegrip van efficiënte concurrentie op basis van infrastructuur, en bij het aanbieden van elektronische communicatiediensten en bijbehorende diensten;

c) het bijdragen tot de ontwikkeling van de interne markt door het opheffen van resterende belemmeringen voor en het bevorderen van convergerende voorwaarden voor investeringen in en het aanbieden van elektronische communicatienetwerken, elektronische communicatiediensten, bijbehorende faciliteiten en bijbehorende diensten, in de Duitstalige Gemeenschap, door het ontwikkelen van gemeenschappelijke regels en voorspelbare regelgeving, en door het bevorderen van doeltreffend, efficiënt en gecoördineerd gebruik van het radiospectrum, open innovatie, het opzetten en ontwikkelen van trans-Europese netwerken, de verstrekking, de beschikbaarheid en de interoperabiliteit van pan-Europese diensten, en eind-tot-eind connectiviteit;

d) het bevorderen van de belangen van de burgers, door het verzekeren van connectiviteit met, en ruime beschikbaarheid en benutting van, netwerken met een zeer hoge capaciteit en van elektronische communicatiediensten, waarbij op basis van daadwerkelijke mededinging optimaal kan worden geprofiteerd wat betreft keuze, prijs en kwaliteit, en rekening wordt gehouden met de nood aan keuzevrijheid en gelijkwaardige toegang voor eindgebruikers met ondersteuningsbehoeften.

§ 2 - Bij de uitoefening van de in de bepalingen van de titels 2 en 3 genoemde regulerende taken, neemt de Mediaraad alle passende maatregelen die noodzakelijk en evenredig zijn om de in § 1 genoemde toepasselijke doelstellingen te verwezenlijken.

TITEL 2. — Programma's in mediadiensten

HOOFDSTUK 1. — ALGEMENE BEPALINGEN

Art. 6 - Toepassingsgebied

Onverminderd het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap is deze titel, met uitzondering van afdeling 4 van hoofdstuk 3, van toepassing op audiovisuele en auditieve mediadiensten van het BRF, alsook op de economische mediadiensten van andere aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten en aanbieders van videoplatforms.

In afwijking van het eerste lid, geldt artikel 7 voor alle aanbieders van mediadiensten.

Art. 7 - Vrijheid van meningsuiting, beperkingen

§ 1 - De vrijheid van meningsuiting en informatie is gewaarborgd voor de mediadiensten in de Duitstalige Gemeenschap.

Iedereen is vrij om mediadiensten aan te bieden en kan, onder voorbehoud van de bepalingen in dit decreet die gelden voor aanbieders van economische mediadiensten, aan geen enkele vormvereiste of voorafgaande controle worden onderworpen.

§ 2 - De aanbieders van mediadiensten mogen geen mediadiensten aanbieden die:

- 1° de wetten overtreden, de veiligheid van de Staat, de openbare orde of de goede zeden in gevaar brengen;
- 2° publiekelijk uitlokken tot het plegen van een terroristisch misdrijf als bedoeld in artikel 5 van Richtlijn (EU) 2017/541;
- 3° tot discriminatie, haat of geweld aanzetten op basis van een van de kenmerken die beschermd zijn op grond van artikel 3, 1°, van het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie, of het behoren tot een nationale minderheid.

§ 3 - Dit artikel laat de artikelen XII.19 en XII.20 van het Wetboek van economisch recht onverlet.

Art. 8 - Aanmeldingsplicht

§ 1 - Particuliere aanbieders van mediadiensten moeten voor elke mediadienst die ze voornemens zijn aan te bieden via andere middelen dan een zelfstandig functionerend elektronisch communicatienetwerk dat gebruik maakt van een radiofrequentie overeenkomstig artikel 58, een meldplicht bij de Mediaraad nakomen. De activiteit mag ten vroegste vijftien dagen nadat de Mediaraad de ontvangst van aanmelding heeft bevestigd, worden aangevangen.

De in het eerste lid vermelde aanmelding bevat:

- 1° de naam van de aanbieder;
- 2° in voorkomend geval, het ondernemingsnummer en de statuten van de aanbieder;
- 3° in voorkomend geval, het geografische adres van de hoofvestiging van de aanbieder in de Europese Unie en van elk eventueel bijkantoor in een lidstaat;
- 4° een contactpersoon en contactgegevens, d.w.z. informatie waarmee de aanbieder van mediadiensten snel kan worden gecontacteerd en er rechtstreeks en effectief kan worden gecommuniceerd, met inbegrip van zijn e-mailadres en/of website;
- 5° de aard en de beschrijving van de mediadienst, met inbegrip van de beschrijving van het eventueel geplande informatiesysteem evenals, indien van toepassing, het bewijs van tewerkstelling van journalisten;
- 6° de beoogde datum waarop de mediadienst van start zal gaan;
- 7° indien van toepassing: de nadere regels voor de commercialisering van de mediadienst, wanneer de particuliere aanbieder de mediadienst zelf exploiteert;
- 8° een schriftelijke verbintenis om het decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan en de wetten over het algemeen na te leven.

§ 2 - In het geval van rechtspersonen, moeten aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten in de in paragraaf 1 bedoelde aanmelding eveneens de volgende informatie verstrekken:

- 1° de plaats waar de redactionele beslissingen over de audiovisuele of auditieve mediadiensten getroffen worden;
- 2° het percentage van het bij de programmagerelateerde activiteiten van de audiovisuele en auditieve mediadienst betrokken personeel dat werkzaam is in de Duitstalige Gemeenschap;
- 3° als de aanbieder van mediadiensten voor het eerst met zijn activiteiten is begonnen in het Duitse taalgebied: informatie over de vraag of er een duurzame en effectieve band bestaat met de economie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3 - In het geval van rechtspersonen, moeten aanbieders van videoplatforms in de in paragraaf 1 bedoelde aanmelding eveneens de volgende informatie verstrekken, als hun hoofdkantoor niet in het Duitse taalgebied is gevestigd:

- 1° of de aanbieder deel uitmaakt van een groep en of een andere onderneming van deze groep op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap is gevestigd;
- 2° als de aanbieder van mediadiensten niet zelf in het Duitse taalgebied, in het taalgebied van een andere gemeenschap of in een andere lidstaat gevestigd is, maar verschillende dochterondernemingen of andere ondernemingen van dezelfde groep in verschillende gemeenschappen of lidstaten zijn gevestigd en een van deze ondernemingen voor het eerst met zijn activiteiten is begonnen in het Duitse taalgebied, of er een duurzame en effectieve band bestaat tussen deze onderneming en de economie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4 - De Mediaraad stelt een aanmeldingsformulier ter beschikking op zijn website.

§ 5 - De Mediaraad moet schriftelijk op de hoogte worden gesteld van de geplande stopzetting van particuliere mediadiensten, alsmede van de geplande wijzigingen met betrekking tot hetgeen wordt bepaald in paragrafen 1 tot 3, alvorens deze worden doorgevoerd.

Art. 9 - Activiteitenverslag

§ 1 - Jaarlijks dienen particuliere aanbieders van mediadiensten een activiteitenverslag in bij de Mediaraad. Dit verslag omvat ten minste:

- 1° gegevens over het tewerkgestelde en het meewerkende personeel;

2° de balansen en jaarrekeningen met betrekking tot het vorige jaar, in zoverre de aanbieder verplicht is deze op te stellen overeenkomstig het Wetboek van vennootschappen en verenigingen.

Particuliere aanbieders van lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten moeten eveneens de volgende informatie vermelden in hun activiteitenverslag:

1° het wekelijkse programmaschema samen met inlichtingen over herhalingen van programma's, geleverde en niet-gepresenteerde programmaonderdelen;

2° gegevens inzake naleving van de verplichtingen volgens artikel 24.

Particuliere aanbieders van niet-lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten moeten bijkomstig de volgende informatie vermelden in hun activiteitenverslag:

1° de activiteiten m.b.t. het voorjaar;

2° gegevens over de bevordering van Europese producties overeenkomstig artikel 30.

Aanbieders van videoplatforms moeten in hun activiteitenverslag eveneens een beschrijving van de maatregelen genomen op grond van artikel 32, § 3, opnemen.

§ 2 - De Mediaraad legt de datum vast waarop het verslag bij hem moet aankomen.

HOOFDSTUK 2. — *Bepalingen voor audiovisuele en auditieve mediadiensten*

Art. 10 - Registratieplicht en inzagerecht

De aanbieders van lineaire mediadiensten nemen de uitzendingen volledig op en bewaren ze volledig. Van programma's die als opname of als film uitgezonden worden, kan, bij wijze van afwijking, de opname of de film bewaard worden of de vervanging ervan gewaarborgd worden.

De verplichtingen vermeld in het eerste lid gelden tot drie maanden na de dag van uitzending. Als binnen die termijn een bezwaar tegen een uitzending wordt ingediend, gelden de verplichtingen tot de zaak via een in kracht van gewijsde gegane gerechtelijke beslissing of via bemiddeling beslecht is.

Binnen de termijnen bepaald in het tweede lid kan de Mediaraad te allen tijde kopieën van uitzendingen, opnames en films gratis inkijken of vragen om ze hem gratis toe te zenden.

Wie schriftelijk aannemelijk maakt dat zijn rechten geschonden zijn, kan binnen de termijnen vermeld in het tweede lid eisen dat de aanbieder van mediadiensten inzage in de kopieën van de uitzendingen, opnames en films geeft. Op aanvraag krijgt hij tegen betaling van de kostprijs exemplaren, fragmenten of kopieën van de opname of de film toegezonden.

Art. 11 - Waarborgen van de meningsverscheidenheid

§ 1 - Een machtspositie in de audiovisuele sector die uitgaat van één of meer aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten die door dezelfde aandeelhouder worden gecontroleerd, mag geen belemmering vormen voor de vrijheid van het publiek om toegang tot een pluralistisch aanbod aan audiovisuele mediadiensten te hebben.

Onder een pluralistisch aanbod wordt een media-aanbod verstaan dat gekenmerkt wordt door een veelheid van onafhankelijke en zelfstandige media die een zo groot mogelijke verscheidenheid aan meningen weerspiegelen.

§ 2 - Als de Mediaraad vaststelt dat een onderneming een machtspositie heeft, onderzoekt hij de verscheidenheid van het aanbod aan audiovisuele mediadiensten van de aanbieders die in paragraaf 1 worden genoemd.

Een machtspositie wordt inzonderheid vermoed als:

1° een natuurlijke persoon of rechtspersoon die meer dan 24 % van het kapitaal van een aanbieder van audiovisuele mediadiensten in handen heeft, indirect of direct meer dan 24 % van het kapitaal van een andere aanbieder van audiovisuele mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap bezit;

2° een natuurlijke persoon of rechtspersoon die meer dan 24 % van het kapitaal van een aanbieder van auditieve mediadiensten in handen heeft, indirect of direct meer dan 24 % van het kapitaal van een andere aanbieder van auditieve mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap bezit;

3° het aantal kijkers van verscheidene aanbieders van audiovisuele mediadiensten 20 % van de kijkers van alle aanbieders van audiovisuele mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap bedraagt en één enkele natuurlijke persoon of rechtspersoon indirect of direct meerderheids- of minderheidsaandeelhouder van die aanbieders van audiovisuele mediadiensten is;

4° een aanbieder van audiovisuele mediadiensten meer dan één vierde van de radiofrequenties gebruikt die voor particuliere lineaire audiovisuele mediadiensten bedoeld zijn;

5° het aantal luisteraars van verscheidene aanbieders van auditieve mediadiensten 20 % van de luisteraars van alle aanbieders van auditieve mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap bereikt en één enkele natuurlijke of rechtspersoon indirect of direct meerderheids- of minderheidsaandeelhouder van die aanbieders van auditieve mediadiensten is;

6° een aanbieder van auditieve mediadiensten meer dan één vierde van de radiofrequenties gebruikt die voor particuliere auditieve mediadiensten bedoeld zijn.

§ 3 - Als de Mediaraad vaststelt dat de vrijheid van het publiek om toegang te krijgen tot een pluralistisch aanbod aan audiovisuele en auditieve mediadiensten belemmerd wordt, deelt hij de betrokkenen zijn bezwaren mee en overlegt hij met hen om maatregelen overeen te komen die de naleving van een gediversifieerd aanbod mogelijk maken.

Als binnen zes maanden na aanvang van het overleg geen overeenstemming wordt bereikt over de maatregelen die overeenkomstig het eerste lid een pluralistisch aanbod mogelijk maken of als de afgesproken maatregelen niet in acht worden genomen, kan de Mediaraad overeenkomstig artikel 138 sancties opleggen.

§ 4 - Voor de toepassing van deze bepaling kan de Mediaraad advies inwinnen bij de mededingingsautoriteiten.

§ 5 - De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing op het BRF.

Art. 12 - Algemene bepaling betreffende commerciële communicatie

Commerciële communicatie mag niet:

1° de menselijke waardigheid aantasten;

2° enige vorm van discriminatie bevatten of bevorderen die gebaseerd is op een van de kenmerken die beschermd zijn op grond van artikel 3, 1°, van het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie of die gebaseerd is op het behoren tot een nationale minderheid;

3° aansporen tot gedrag dat schadelijk is voor gezondheid of veiligheid;

4° aansporen tot gedrag dat in hoge mate schadelijk is voor het milieu of in strijd is met de relevante Europese regelgeving op het gebied van milieubescherming;

5° de religieuze, filosofische of politieke overtuigingen schenden.

Art. 13 - Regulering van commerciële communicatie

Aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten die commerciële communicatie bevatten, moeten voldoen aan de volgende voorwaarden:

1° de commerciële communicatie moet gemakkelijk als zodanig herkenbaar zijn en moet onderscheidbaar zijn van de redactionele inhoud. Ze moet met visuele en/of akoestische middelen van andere programma-onderdelen gescheiden zijn. Sluikreclame in de commerciële communicatie is verboden;

2° in de commerciële communicatie mogen geen subliminale technieken worden gebruikt;

3° commerciële communicatie voor alcoholische dranken mag niet specifiek gericht zijn op minderjarigen en mag niet tot overmatig gebruik van dergelijke dranken aanzetten;

4° elke vorm van commerciële communicatie over sigaretten en andere tabaksproducten, alsook over elektronische sigaretten en navulverpakkingen is verboden;

5° commerciële communicatie over geneesmiddelen en medische behandelingen die alleen op doktersvoorschrift verkrijgbaar zijn, is verboden.

Art. 14 - Bescherming van minderjarigen bij commerciële communicatie

Commerciële communicatie mag minderjarigen geen lichamelijke of zedelijke schade toebrengen. Zij mag minderjarigen er niet rechtstreeks toe aanzetten een product of dienst te kopen of te huren door te profiteren van hun onervarenheid of goedgelovigheid, hen niet rechtstreeks aanzetten hun ouders of anderen te overreden de aangeprezen goederen of diensten aan te kopen, niet profiteren van het bijzondere vertrouwen dat minderjarigen in ouders, leerkrachten of andere personen stellen, en minderjarigen niet zonder gegronde redenen in gevaarlijke situaties tonen.

HOOFDSTUK 3. — *Bijzondere bepalingen voor audiovisuele mediadiensten*

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 15 - Minimale informatie

De aanbieder van audiovisuele mediadiensten stelt de volgende informatie gemakkelijk, rechtstreeks en permanent ter beschikking van de ontvangers van een dienst:

1° de naam van de aanbieder van mediadiensten;

2° het geografische adres waar de aanbieder van de mediadiensten gevestigd is;

3° nadere gegevens van de aanbieder van mediadiensten, waaronder zijn e-mailadres en/of website, zodat hij snel, rechtstreeks en doeltreffend kan worden bereikt;

4° de verklaring dat de dienst onder toezicht staat van de Mediaraad.

Art. 16 - Maatregelen betreffende bepaalde audiovisuele mediadiensten

§ 1 - Audiovisuele mediadiensten uit andere gemeenschappen of lidstaten of uit een andere staat in de Europese Economische Ruimte, genieten de vrijheid van ontvangst en doorgifte binnen het Duitse taalgebied.

§ 2 - Onverminderd paragraaf 1 kan de Mediaraad voorlopige maatregelen nemen met betrekking tot de vrijheid van ontvangst of de doorgifte van een specifieke audiovisuele mediadienst die wordt aangeboden door een aanbieder van mediadiensten die onder de bevoegdheid van een andere gemeenschap of lidstaat valt, onder de volgende voorwaarden:

1° tijdens de voorafgaande twaalf maanden heeft de aanbieder van mediadiensten al minstens tweemaal een duidelijke, belangrijke en ernstige inbreuk gepleegd op artikel 7, § 2, 3°, of artikel 17 of een afbreuk gedaan aan de volksgezondheid of een belangrijk en ernstig risico daarop gevormd;

2° de Mediaraad heeft de aanbieder van mediadiensten, de gemeenschap of de lidstaat die ten aanzien van die aanbieder bevoegd is en de Commissie schriftelijk in kennis gesteld van de vermeende inbreuken en van de evenredige maatregelen die de Mediaraad voornemens is te treffen als een dergelijke inbreuk opnieuw plaatsvindt;

3° de Mediaraad heeft de rechten van verdediging van de aanbieder van mediadiensten geëerbiedigd en heeft met name die aanbieder de mogelijkheid gegeven zijn standpunt inzake de vermeende inbreuken kenbaar te maken; en

4° overleg met de gemeenschap of de lidstaat die ten aanzien van de aanbieder van mediadiensten bevoegd is en met de Commissie, heeft binnen een maand na de ontvangst door de Commissie van de in de bepaling onder 2° bedoelde kennisgeving niet tot een minnelijke schikking geleid.

§ 3 - Onverminderd paragraaf 1 kan de Mediaraad voorlopige maatregelen nemen als een audiovisuele mediadienst die wordt geleverd door een onder de bevoegdheid van een andere Belgische overheidsinstantie of een andere lidstaat vallende aanbieder van mediadiensten een duidelijke, belangrijke en ernstige inbreuk pleegt op artikel 7, § 2, 2°, of afbreuk doet aan of een belangrijk en ernstig risico vertoont dat afbreuk zal worden gedaan aan de openbare veiligheid, met inbegrip van de bescherming van de nationale veiligheid en defensie.

Deze uitzonderingsregeling is onderhevig aan de volgende voorwaarden:

1° tijdens de voorgaande 12 maanden heeft de aanbieder van mediadiensten het in het eerste lid bedoelde gedrag minstens eenmaal vertoond;

2° de Mediaraad heeft de aanbieder van mediadiensten, de gemeenschap of de lidstaat die ten aanzien van die aanbieder bevoegd is en de Europese Commissie schriftelijk in kennis gesteld van de vermeende inbreuken en van de evenredige maatregelen die de Mediaraad voornemens is te treffen als die inbreuken opnieuw plaatsvinden.

De Mediaraad kan in dringende gevallen, niet later dan een maand na de vermeende inbreuk, afwijken van de in het eerste lid, 1° en 2°, vastgestelde voorwaarden. In dat geval moeten de getroffen maatregelen zo spoedig mogelijk, met opgave van de redenen waarom de Mediaraad van oordeel is dat het om een dringend geval gaat, worden meegedeeld aan de Europese Commissie en de gemeenschap of de lidstaat onder wiens bevoegdheid de aanbieder van mediadiensten valt.

§ 4 - Audiovisuele mediadiensten die niet onder de bevoegdheid van een andere gemeenschap, van een lidstaat of van een andere staat in de Europese Economische Ruimte vallen, mogen in het Duitse taalgebied worden uitgezonden, op voorwaarde dat de Mediaraad vooraf op de hoogte wordt gebracht.

De Mediaraad beschikt over een termijn van zestig dagen om zich tegen de doorgifte van een lineaire audiovisuele mediadienst te verzetten, als die maatregel noodzakelijk is voor 's lands veiligheid, voor de territoriale integriteit van de Staat, voor de openbare veiligheid, voor het handhaven van de openbare orde en het voorkomen van strafbare

feiten, voor de bescherming van de gezondheid en van de goede zeden, voor de bescherming van de goede naam of de rechten van derden, om het verspreiden van vertrouwelijke gegevens te vermijden, om de autoriteit en onpartijdigheid van de rechterlijke macht te waarborgen of wanneer artikel 7 wordt overtreden.

§ 5 - Boek XI van het Wetboek van economisch recht blijft door de bepalingen van dit artikel onaangetaast.

Art. 17 - Bescherming van minderjarigen

Aanbieders van audiovisuele mediadiensten nemen passende maatregelen om ervoor te zorgen dat audiovisuele mediadiensten die de lichamelijke, geestelijke of morele ontwikkeling van minderjarigen zouden kunnen aantasten, in het bijzonder nodeloos geweld en pornografie, uitsluitend zodanig beschikbaar worden gesteld dat minderjarigen deze normaliter niet te horen of te zien krijgen en op een wijze evenredig aan de mogelijke schade die het programma kan berokkenen.

Door aanbieders van mediadiensten verzamelde of op andere wijze gegenereerde persoonsgegevens van minderjarigen worden niet verwerkt voor commerciële doeleinden, zoals direct marketing, profilering en op gedrag gerichte reclame.

Aanbieders van audiovisuele mediadiensten verstrekken voldoende informatie aan de kijkers over inhoud die de lichamelijke, geestelijke of morele ontwikkeling van minderjarigen kan aantasten. Daartoe maken de aanbieders gebruik van een systeem met de nadere omschrijving van het potentieel schadelijke karakter van de inhoud van een audiovisuele mediadienst.

Art. 18 - Audiovisuele commerciële communicatie voor alcoholische dranken

Aanbieders van audiovisuele mediadiensten die audiovisuele commerciële communicatie voor alcoholische dranken inhouden, moeten aan de volgende criteria voldoen:

1° zij mogen zich niet specifiek tot minderjarigen richten en mogen in het bijzonder geen minderjarigen tonen die dit soort dranken gebruiken;

2° zij mogen geen verband leggen tussen alcoholgebruik en een verbetering van fysieke prestaties of gemotoriseerd rijden;

3° zij mogen niet de indruk wekken dat alcoholgebruik bijdraagt tot sociale of seksuele successen;

4° er mag niet in worden gesuggereerd dat alcoholhoudende dranken therapeutische kwaliteiten bezitten, dan wel een stimulerend, kalmerend of spanningsreducerend effect hebben;

5° zij mogen geen overmatig alcoholgebruik aanmoedigen dan wel onthouding of matig alcoholgebruik in een negatief daglicht stellen;

6° zij mogen geen nadruk leggen op het hoge alcoholgehalte van dranken als positieve eigenschap.

De in het eerste lid genoemde vereisten zijn niet van toepassing op sponsoring en productplaatsing, voor zover het niet-lineaire audiovisuele mediadiensten betreft.

Art. 19 - Sponsoring Audiovisuele mediadiensten of programma's die worden gesponsord, moeten aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° de inhoud en, in het geval van televisie-uitzendingen, de programmering, mogen nimmer dusdanig worden beïnvloed dat de verantwoordelijkheid en de redactionele onafhankelijkheid van de aanbieder van mediadiensten worden aangetast;

2° zij mogen niet rechtstreeks aansporen tot aankoop of huur van goederen of diensten, in het bijzonder door specifieke aanprijzingen van die goederen of diensten;

3° de kijkers moeten duidelijk worden gewezen op het bestaan van een sponsoringovereenkomst. Gesponsorde programma's moeten duidelijk als zodanig worden gekenmerkt doordat aan het begin, tijdens en/of aan het einde van het programma op passende wijze naam, logo en/of ander symbool van de sponsor, zoals een verwijzing naar zijn product(en) of dienst(en) of een onderscheidingsteken daarvan, worden vermeld.

Bij sponsoring van audiovisuele mediadiensten of programma's door ondernemingen waarvan de activiteiten de vervaardiging of verkoop van geneesmiddelen en medische behandelingen omvatten, mag de naam of het imago van de onderneming worden aangeprezen, maar mogen geen specifieke geneesmiddelen of medische behandelingen worden aangeprezen die alleen op doktersvoorschrift verkrijgbaar zijn.

Nieuwsprogramma's en politieke actualiteitenprogramma's mogen niet worden gesponsord.

Audiovisuele mediadiensten of programma's mogen niet worden gesponsord door ondernemingen waarvan de voornaamste activiteit bestaat in de vervaardiging of verkoop van sigaretten en andere tabaksproducten, alsmede elektronische sigaretten en navulverpakkingen.

Art. 20 - Productplaatsing

§ 1 - Productplaatsing is toegestaan in alle audiovisuele mediadiensten, behalve in nieuwsprogramma's en politieke actualiteitenprogramma's, programma's over consumentenzaken, religieuze programma's en kinderprogramma's.

Programma's die productplaatsing bevatten, voldoen minstens aan alle volgende voorwaarden:

1° de inhoud en de programmering ervan in een schema, in het geval van televisie-uitzendingen, of de opname ervan in een catalogus, in het geval van audiovisuele mediadiensten op aanvraag, mogen nimmer dusdanig worden beïnvloed dat de verantwoordelijkheid en de redactionele onafhankelijkheid van de aanbieder van mediadiensten worden aangetast;

2° zij sporen niet rechtstreeks aan tot aankoop of huur van goederen of diensten, in het bijzonder door specifieke aanprijzing van die producten of diensten;

3° het betrokken product krijgt geen overmatige aandacht;

4° de kijkers worden duidelijk gewezen op de aanwezigheid van productplaatsing. Programma's die productplaatsing bevatten, worden aan het begin en het eind van het programma, alsook wanneer een programma na een reclamepauze wordt hervat, op passende wijze als zodanig aangeduid om verwarring bij de kijker te voorkomen. Deze voorwaarde geldt enkel voor programma's die door een aanbieder van mediadiensten zelf of door een aan die aanbieder van mediadiensten verbonden onderneming geproduceerd of besteld zijn.

Programma's mogen in geen geval productplaatsing bevatten:

1° voor sigaretten en andere tabaksproducten, alsmede elektronische sigaretten en navulverpakkingen, of productplaatsing van ondernemingen waarvan de voornaamste activiteit bestaat in de vervaardiging of verkoop van die producten;

2° voor specifieke geneesmiddelen of medische behandelingen die alleen op voorschrift beschikbaar zijn.

§ 2 - De bepalingen van dit artikel gelden enkel voor programma's die na 19 december 2009 werden geproduceerd.

Art. 21 - Personen met ondersteuningsbehoefte

§ 1 - De aanbieders van audiovisuele mediadiensten maken hun diensten, door middel van evenredige maatregelen voortdurend en in toenemende mate toegankelijker voor personen met ondersteuningsbehoefte en nemen de bepalingen in acht die door de Regering, op voorstel van de dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, werden aangenomen om de diensten voor personen met ondersteuningsbehoefte toegankelijk te maken, mits deze geen onevenredige belasting voor hen vormen.

Aanbieders van mediadiensten brengen om de drie jaar, te rekenen vanaf de datum van hun aanmelding, verslag uit bij de Mediaraad over de uitvoering van de maatregelen als bedoeld in het eerste lid.

§ 2 - Noodinformatie, met inbegrip van openbare mededelingen en aankondigingen bij natuurrampen, die via audiovisuele mediadiensten beschikbaar wordt gesteld aan het publiek, wordt verstrekt op een wijze die toegankelijk is voor personen met ondersteuningsbehoefte.

§ 3 - De dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven verstrekt de in het kader van dit artikel relevante informatie en ontvangt klachten betreffende toegankelijkheidskwesties als bedoeld in dit artikel.

Art. 22 - Signaalintegriteit

Overeenkomstig Boek XI van het Wetboek van economisch recht krijgen audiovisuele mediadiensten die worden aangeboden door aanbieders van mediadiensten geen overlay voor commerciële doeleinden en geen wijzigingen zonder de uitdrukkelijke toestemming van die aanbieders.

Art. 23 - Bioscoopfilms

Overeenkomstig Boek XI van het Wetboek van economisch recht mogen de aanbieders van audiovisuele mediadiensten geen bioscoopfilms tonen buiten de met de houders van rechten overeengekomen periodes.

Afdeling 2. — Bijzondere bepalingen voor lineaire audiovisuele mediadiensten

Art. 24 - Europese producties en andere vereisten

§ 1 - Voor de voorstelling van de grote verscheidenheid in de Duitstalige en Europese ruimte en ter ondersteuning van Europese film- en televisieproducties moeten de aanbieders van lineaire audiovisuele mediadiensten het grootste deel van hun totale zendtijd die niet uit nieuws, sportberichten, spelen of reclame en videotekst alsmede telewinkelen bestaat, voorbehouden aan de uitzending van Europese werken overeenkomstig Europees recht.

Rekening houdende met de verantwoordelijkheid van de aanbieders t.o.v. hun publiek in de domeinen informatie, vorming, cultuur en ontspanning moet dit gedeelte stapsgewijs door aangepaste criteria worden bereikt.

De Regering bepaalt de nadere regels voor deze verplichting.

§ 2 - De aanbieders van lineaire audiovisuele mediadiensten moeten ofwel ten minste 10 % hun zendtijd die niet aan nieuws, sport, spel, reclame, videotekst of telewinkeluitzendingen gewijd is ofwel 10 % van hun begroting reserveren voor de uitzending van Europese producties, vervaardigd door producenten die van de aanbieders onafhankelijk zijn. Bovendien moet een behoorlijk gedeelte worden gereserveerd voor recente producties, d.w.z. producties die binnen de vijf jaar na hun vervaardiging worden uitgezonden.

Art. 25 - Uitzenden van buitengewone evenementen

§ 1 - De Regering kan een lijst opstellen van nationale en niet-nationale evenementen die van aanzienlijk belang voor de samenleving worden geacht en die derhalve niet op een exclusieve basis mogen worden uitgezonden die tot gevolg heeft dat een belangrijk deel van het publiek dergelijke evenementen niet via rechtstreekse of uitgestelde verslaggeving op de kosteloze televisie kan volgen.

De Regering bepaalt of deze evenementen via volledige of gedeeltelijke rechtstreekse verslaggeving dan wel, waar nodig of passend om objectieve redenen van openbaar belang, via volledige of gedeeltelijke uitgestelde verslaggeving beschikbaar moeten zijn.

De Regering stelt de Europese Commissie onmiddellijk in kennis van alle maatregelen die zij overeenkomstig deze paragraaf heeft genomen.

§ 2 - Het is de aanbieders van lineaire audiovisuele mediadiensten verboden verworven exclusieve rechten zodanig uit te oefenen dat een belangrijk deel van het publiek in een andere gemeenschap of lidstaat evenementen die door die andere gemeenschap of lidstaat overeenkomstig artikel 14 van de Richtlijn 2010/13/EU zijn aangewezen, niet op de kosteloze televisie kan volgen via volledige of gedeeltelijke rechtstreekse verslaggeving dan wel, waar nodig of passend om objectieve redenen van openbaar belang, via volledige of gedeeltelijke uitgestelde verslaggeving, zoals door die andere deelstaat of lidstaat overeenkomstig artikel 14 van dezelfde richtlijn is bepaald.

Art. 26 - Korte nieuwsverslagen

Met het oog op korte nieuwsverslagen verleent elke in de Europese Unie of in een staat in de Europese Economische Ruimte gevestigde aanbieder van lineaire audiovisuele mediadiensten - op billijke, redelijke en niet-discriminatoire basis - toegang tot evenementen van groot belang voor het publiek die op basis van exclusiviteit door een onder de rechtsbevoegdheid van de gemeenschappen of de lidstaten vallende aanbieder worden uitgezonden.

Als een andere aanbieder van lineaire audiovisuele mediadiensten die in dezelfde gemeenschap of in dezelfde lidstaat als de om toegang verzoekende aanbieder van lineaire audiovisuele mediadiensten is gevestigd, exclusieve rechten heeft verworven voor het betrokken evenement van groot belang voor het publiek, dient bij deze aanbieder om toegang te worden verzocht.

De aanbieders hebben de mogelijkheid om korte fragmenten uit het signaal van de aanbieder die de uitzending verzorgt vrij te kiezen waarbij, tenzij dat om praktische redenen niet mogelijk is, in ieder geval de bron dient te worden vermeld.

Korte fragmenten worden alleen voor algemene nieuwsprogramma's gebruikt, en mogen uitsluitend in niet-lineaire audiovisuele mediadiensten worden gebruikt, als hetzelfde programma door dezelfde aanbieder van mediadiensten via uitgestelde verslaggeving wordt aangeboden.

De kosteloze korte verslaggeving is beperkt tot een kort nieuwsverslag passend bij het evenement. De duur van de korte nieuwsverslagen is beperkt tot de tijd die nodig is om de noodzakelijke informatie over het evenement uit te zenden. Bij regelmatig weerkende evenementen op korte termijn van vergelijkbare aard bedraagt de maximale duur doorgaans anderhalve minuut. Als korte verslagen over evenementen van vergelijkbare aard samengevat worden, moet ook in deze samenvatting het nieuws karakter bewaard blijven. De Regering kan de regelingen voor de kostenterugbetaling vastleggen.

Art. 27 - Televisiereclame en telewinkelen

Televisiereclame en telewinkelprogramma's dienen duidelijk herkenbaar te zijn en te kunnen worden onderscheiden van redactionele inhoud. Zonder afbreuk te doen aan het gebruik van nieuwe reclametechnieken dienen televisiereclame en telewinkelprogramma's met visuele en/of akoestische en/of ruimtelijke middelen van andere onderdelen van het programma te worden gescheiden. Afzonderlijke reclamespots en telewinkelspots moeten, behalve in geval van uitzending van sportmanifestaties, een uitzondering blijven.

Televisiereclame of telewinkelspots die in lopende uitzendingen worden ingevoegd, mogen noch de samenhang van deze uitzendingen aantasten, rekening houdende met de natuurlijke onderbrekingen van de uitzendingen evenals met de duur en aard van de uitzending, noch aan de rechten van rechtheouders afbreuk doen.

Art. 28 - Aandeel van televisiereclame- en telewinkelspots

§ 1 - Het aandeel televisiereclame- en telewinkelspots bedraagt tussen 6.00 uur en 18.00 uur niet meer dan 20 % van dat tijdvak. Het aandeel televisiereclame- en telewinkelspots bedraagt tussen 18.00 uur en 24.00 uur niet meer dan 20 % van dat tijdvak.

Worden niet beschouwd als reclame in de zin van het eerste lid:

1° verwijzingen van de televisieomroeporganisatie naar eigen uitzendingen en begeleidend materiaal dat rechtstreeks van deze uitzendingen afgeleid is of verwijzingen naar uitzendingen van andere delen van dezelfde omroepgroep;

2° aanduidingen van sponsors;

3° productplaatsing;

4° neutrale frames tussen redactionele inhoud en televisiereclame of telewinkelspots, en tussen individuele spots.

§ 2 - Telewinkelprogramma's moeten met visuele en akoestische middelen duidelijk als zodanig worden gekenmerkt, en moeten zonder onderbreking minimaal 15 minuten in beslag nemen.

§ 3 - Nieuws en religieuze uitzendingen mogen niet door reclame- en telewinkelspots worden onderbroken.

De uitzending van televisiefilms, met uitzondering van series, feuilletons en documentaires, de uitzending van bioscoopfilms en nieuwsprogramma's mogen voor elke geprogrammeerde zendtijd van ten minste dertig minuten één keer worden onderbroken voor televisiereclame en/of telewinkelen. Uitzendingen van kinderprogramma's mogen één keer per geprogrammeerd tijdvak van ten minste 30 minuten worden onderbroken voor televisiereclame, mits de geprogrammeerde duur van het programma meer dan 30 minuten bedraagt. Uitzendingen van telewinkelen zijn verboden tijdens kinderprogramma's.

§ 4 - De bepalingen van dit decreet zijn mutatis mutandis van toepassing op televisiezenders die uitsluitend gewijd zijn aan reclame en telewinkelen, alsmede op televisiezenders die uitsluitend aan zelfpromotie gewijd zijn. De artikelen 24, 27, § 2, en 28, § 1, van dit decreet gelden niet voor dergelijke zenders.

Afdeling 3 - Bijzondere bepalingen voor niet-lineaire audiovisuele mediadiensten

Art. 29 - Beginsel

Iedereen kan niet-lineaire audiovisuele mediadiensten aanbieden overeenkomstig de voorwaarden bepaald in dit hoofdstuk, voor zover de dienst aan de vereisten bepaald in deze titel voldoet en onafhankelijk van een politieke partij is.

Deze diensten kunnen geheel of gedeeltelijk als signalen in gecodeerde vorm uitgezonden worden. De ontvangst ervan kan tegen betaling gebeuren.

Art. 30 - Europese producties

§ 1 - Niet-lineaire audiovisuele mediadiensten die door geregistreerde aanbieders ter beschikking gesteld worden, bevorderen de vervaardiging van en de toegang tot Europese producties. Ze moeten een aandeel van ten minste 30 % aan Europese producties opnemen in hun catalogi en ervoor zorgen dat die producties aandacht krijgen.

Een dergelijke promotie kan onder meer betrekking hebben op de financiële bijdrage van zulke diensten aan de vervaardiging van en de verwerving van rechten van Europese producties, of op het aandeel en/of de prominente aanwezigheid van Europese producties in de door de audiovisuele mediadienst op aanvraag aangeboden programmacatalogus.

De Regering bepaalt de nadere regels. Zij kan andere aangepaste bevorderingsvormen vastleggen.

§ 2 - Niet-lineaire audiovisuele mediadiensten die zich tot publiek in de Duitstalige Gemeenschap richten maar in een andere lidstaat of gemeenschap zijn gevestigd, kunnen eveneens worden verplicht om overeenkomstig paragraaf 1 financiële bijdragen te leveren, die proportioneel en niet-discriminerend zijn.

De financiële bijdrage wordt uitsluitend gebaseerd op de inkomsten die zijn gegenereerd in de Duitstalige Gemeenschap en voldoet aan het Unierecht, en in het bijzonder de staatssteunregels.

De Regering bepaalt de nadere regels.

§ 3 - De verplichtingen uit hoofde van paragrafen 1 en 2 gelden niet voor aanbieders van mediadiensten met een lage omzet of een klein publiek.

Afdeling 4. — Bijzondere bepalingen voor uitzendingen van openbare zittingen en evenementen van het Parlement

Art. 31 - Zittingen en evenementen van het Parlement

Uitzendingen van openbare zittingen en evenementen van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap mogen geen televisiereclame bevatten. Gesponsorde programma's en productplaatsing zijn verboden.

De uitzendingen zijn niet onderworpen aan het toezicht van de Regering of de Mediaraad.

HOOFDSTUK 4. — Bijzondere bepalingen voor videoplatformdiensten**Art. 32** - Verplichtingen voor videoplatforms

§ 1 - Aanbieders van videoplatforms nemen passende maatregelen om:

1° minderjarigen te beschermen tegen programma's, door gebruikers gegenereerde video's en audiovisuele commerciële communicatie die hun lichamelijke, geestelijke of morele ontwikkeling kunnen aantasten, overeenkomstig artikel 17;

2° het algemene publiek te beschermen tegen programma's, door gebruikers gegenereerde video's en audiovisuele commerciële communicatie die aanzetten tot geweld of haat jegens een groep personen of een lid van een groep, op grond van een van de kenmerken genoemd in artikel 3, 1°, van het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie, of het behoren tot een nationale minderheid;

3° het algemene publiek te beschermen tegen programma's, door gebruikers gegenereerde video's en audiovisuele commerciële communicatie met inhoud waarvan de verspreiding een activiteit inhoudt die krachtens het Unierecht een misdrijf is, met name het publiekelijk uitlokken van het plegen van een terroristisch misdrijf bepaald in artikel 5 van Richtlijn (EU) 2017/541, strafbare feiten met betrekking tot kinderpornografie bepaald in artikel 5, lid 4, van Richtlijn 2011/93/EU en strafbare feiten op het gebied van racisme en vreemdelingenhaat bepaald in artikel 1 van Kaderbesluit 2008/913/JBZ.

§ 2 - Aanbieders van videoplatforms voldoen aan de in artikelen 12 tot 14 bedoelde voorschriften met betrekking tot audiovisuele commerciële communicatie die door deze aanbieders in de handel gebracht, verkocht of georganiseerd wordt.

Aanbieders van videoplatforms nemen passende maatregelen om te voldoen aan de in artikelen 12 tot 14 bedoelde voorschriften met betrekking tot audiovisuele commerciële communicatie die door deze aanbieders van videoplatforms niet in de handel gebracht, verkocht of georganiseerd wordt, rekening houdend met de beperkte controle van deze videoplatforms op die audiovisuele commerciële communicatie.

Aanbieders van videoplatforms informeren gebruikers duidelijk als programma's en door gebruikers gegenereerde video's audiovisuele commerciële communicatie bevatten, op voorwaarde dat een dergelijke communicatie overeenkomstig § 3, derde lid, 3°, gemeld werd of de aanbieder van dat feit op de hoogte is.

§ 3 - Voor de toepassing van paragrafen 1 en 2 worden de passende maatregelen bepaald aan de hand van de aard van de desbetreffende inhoud, de schade die deze inhoud kan berokkenen, de kenmerken van de te beschermen categorie personen alsmede de in het geding zijnde rechten en gerechtvaardigde belangen, waaronder die van de aanbieders van videoplatforms en de gebruikers die de inhoud hebben gecreëerd of geüpload, alsmede het algemeen belang.

Die maatregelen moeten uitvoerbaar en proportioneel zijn, rekening houdend met de omvang van de videoplatformdienst en de aard van de verleende dienst. Die maatregelen mogen niet leiden tot eventuele controlemaatregelen vooraf of filtering bij het uploaden van inhoud die niet voldoet aan artikel XII.20, § 1, van het Wetboek van economisch recht. Ter bescherming van minderjarigen, als bedoeld in § 1, 1°, gelden voor de meest schadelijke inhoud de meest strikte toegangscontrolemaatregelen.

Die maatregelen omvatten naargelang het geval:

1° het opnemen en het toepassen, in de voorwaarden van de videoplatformdiensten, van de in paragraaf 1 bedoelde voorschriften;

2° het opnemen en het toepassen, in de voorwaarden van de videoplatformdiensten, van de in artikel 12 tot 14 bedoelde voorschriften inzake audiovisuele commerciële communicatie die door de aanbieders van videoplatformdiensten niet in de handel gebracht, verkocht of georganiseerd wordt;

3° het beschikken over een functie waarmee gebruikers die door gebruikers gegenereerde video's uploaden, kunnen melden of die video's audiovisuele commerciële communicatie bevatten, voor zover zij zulks weten of redelijkerwijs zouden kunnen weten;

4° het tot stand brengen en het gebruiken van transparante en gebruiksvriendelijke mechanismen waarmee gebruikers van een videoplatform de in paragraaf 1 bedoelde, op het platform van de betrokken aanbieder van videoplatforms aangeboden inhoud bij die aanbieder kunnen rapporteren of markeren;

5° het tot stand brengen en het gebruiken van systemen waarmee aanbieders van videoplatforms aan de gebruikers ervan kunnen uitleggen welk gevolg er is gegeven aan de in 4° genoemde rapportage en markeringen;

6° het tot stand brengen en het gebruiken van systemen voor leeftijdscontrole van gebruikers van videoplatforms met betrekking tot inhoud die de lichamelijke, geestelijke of morele ontwikkeling van minderjarigen kan aantasten;

7° het tot stand brengen en het gebruiken van gemakkelijk te bedienen systemen waarmee de gebruikers van videoplatforms een beoordeling van de in paragraaf 1 bedoelde inhoud kunnen geven;

8° het ter beschikking stellen van systemen voor ouderlijk toezicht die door de eindgebruiker worden beheerd met betrekking tot inhoud die de lichamelijke, geestelijke of morele ontwikkeling van minderjarigen kan aantasten;

9° het tot stand brengen en het gebruiken van transparante, gemakkelijk te gebruiken en doeltreffende procedures voor de behandeling en afhandeling van klachten van de gebruikers bij de aanbieder van videoplatforms omtrent de uitvoering van de in de bepalingen onder 4° tot 8° genoemde maatregelen;

10° het voorzien in doeltreffende maatregelen en instrumenten op het gebied van mediageletterdheid en vergroten van de bekendheid van gebruikers met die maatregelen en instrumenten.

§ 4 - Door aanbieders van videoplatforms op grond van § 3, 6° en 8°, verzamelde of op andere wijze gegenereerde persoonsgegevens van minderjarigen, worden niet verwerkt voor commerciële doeleinden, zoals direct marketing, profilering en op gedrag gerichte reclame.

§ 5 - De Mediaraad stelt de nodige mechanismen vast om de geschiktheid van de door de aanbieders van videoplatforms getroffen maatregelen, die zijn bedoeld in § 3, te beoordelen. Deze mechanismen worden gepubliceerd op de website van de Mediaraad. Een synthese van deze mechanismen wordt ook in andere media gepubliceerd.

HOOFDSTUK 5. — *Bijzondere bepalingen voor auditieve mediadiensten*

Afdeling 1. — Bijzondere bepalingen voor lineaire auditieve mediadiensten

Art. 33 - Minimale informatie

Aanbieders van lineaire auditieve mediadiensten stellen minstens de volgende informatie ter beschikking van de ontvangers van een dienst:

1° de benaming van de auditieve mediadienst;

2° de plaats van de zender;

3° inlichtingen over de gebruikte frequenties, indien van toepassing;

4° het radio data system, waarbij de door de Mediaraad meegedeelde RDS-PI-code moet worden gebruikt, indien van toepassing.

Als de aanbieder van lineaire auditieve mediadiensten voor zijn dienst radiospectrum gebruikt, moeten de in het eerste lid, 1° tot 3°, vermelde inlichtingen aan het begin en aan het einde van het programma worden gegeven. Bovendien moeten ze tijdens het programma met regelmatige tussenpozen worden herhaald.

Art. 34 - Commerciële communicatie in lineaire auditieve mediadiensten van het BRF

De zendtijd voor auditieve commerciële communicatie in de lineaire auditieve mediadiensten van het BRF mag 15 % van de dagelijkse zendtijd niet overschrijden.

De zendtijd voor auditieve commerciële communicatie mag 20 % in één uur, gerekend vanaf een heel uur, niet overschrijden.

Afdeling 2. — Bijzondere bepalingen voor niet-lineaire auditieve mediadiensten

Art. 35 - Minimale informatie

Aanbieders van niet-lineaire auditieve mediadiensten maken minstens de benaming van de auditieve mediadienst toegankelijk voor de ontvangers van een dienst.

HOOFDSTUK 6. — het recht tot antwoord

Art. 36 - Recht tot antwoord

§ 1 - Met betrekking tot audiovisuele en auditieve mediadiensten, heeft iedereen recht op weerwoord dat wordt uitgeoefend op de in dit hoofdstuk beschreven wijze.

§ 2 - Onverminderd de andere rechtsmiddelen heeft elke natuurlijke persoon of rechtspersoon, elke feitelijke vereniging, die bij name is genoemd of impliciet is aangewezen in een audiovisueel of auditief programma van periodieke aard, het recht, onder aanwijzing van een persoonlijk belang, kosteloos de uitzending of de opname van een antwoord te vorderen om één of meer onjuiste feiten die hem betreffen recht te zetten of om te antwoorden op één of meer feiten of verklaringen die van zodanige aard zijn dat zij de eer aantasten.

§ 3 - Er is geen grond tot antwoord als spontaan een bevredigende rechtzetting is gedaan door de producent of de hoofd- of eindredacteur.

Als deze rechtzetting door de verzoeker niet bevredigend wordt geacht, kan hij gebruik maken van zijn recht van antwoord.

§ 4 - Als de persoon overleden is, behoort het recht van antwoord aan al de bloedverwanten in de rechte lijn of aan de echtgenoot of, bij ontstentenis van dezen, aan de naaste bloedverwanten; het recht wordt slechts eenmaal en door de meest gereede onder hen uitgeoefend.

Als, op de dag van het overlijden van de genoemde of aangewezen persoon, de termijn van dertig dagen, bepaald in artikel 37, is ingegaan, beschikken de rechthebbenden alleen over het nog overblijvende gedeelte van die termijn.

Art. 37 - Voorwaarden

Op straffe van onontvankelijkheid voldoet de aanvraag tot antwoord aan de volgende voorwaarden:

1° uiterlijk de dertigste dag na de datum van het programma aangetekend worden toegezonden aan de producent, de hoofd- of eindredacteur of aan een andere persoon die het antwoord kan laten opnemen. Deze termijn begint te lopen op:

a) de dag van de eerste uitzending, als het recht van antwoord betrekking heeft op een programma van een lineaire audiovisuele of auditieve mediadienst;

b) de eerste dag dat het programma door de gebruiker kan opgevraagd worden, als het recht van antwoord betrekking heeft op een programma van een niet-lineaire audiovisuele of auditieve mediadienst. Dit geldt niet voor programma's van niet-lineaire audiovisuele of auditieve mediadiensten die reeds eerder lineair werden verdeeld. In dit geval begint de termijn te lopen op het ogenblik van de eerste lineaire uitzending;

2° als het een natuurlijke persoon betreft, worden de volledige identiteit en de woonplaats van de verzoeker vermeld. Bij rechtspersonen worden de firmanaam, de juridische aard, de maatschappelijke zetel en de hoedanigheid van de ondertekenaar van het verzoek vermeld. Bij feitelijke verenigingen worden de naam, de zetel, de statutaire organen en de hoedanigheid van de ondertekenaar van het verzoek vermeld;

3° alle nodige inlichtingen die toelaten om het bestreden programma of de gewraakte passages te identificeren, moeten worden vermeld;

4° met redenen omkleed en ondertekend zijn;

5° het gevraagde antwoord bevatten, waarvan de tekst beperkt moet blijven tot wat strikt noodzakelijk is om te reageren op de informatie die de aanleiding is geweest tot het verzoek en een leestijd van drie minuten of 4500 typografische tekens niet overschrijdt.

Art. 38 - Weigering van antwoord

De uitzending of de opname van elk antwoord kan geweigerd worden als:

1° het niet in onmiddellijk verband staat met de bestreden woorden of beelden of het verder gaat dan nodig is om de onjuist verklaarde feiten of de feiten schadelijk voor de eer, te verbeteren;

2° het beledigend is of in strijd met de wetten of de goede zeden;

3° het zonder noodzakelijkheid derden in de zaak betreft;

4° het gesteld is in een andere taal dan die van het bestreden programma.

Art. 39 - Termijn van antwoord

§ 1 - Als het recht van antwoord betrekking heeft op een programma van een lineaire audiovisuele of auditieve mediadienst, wordt dat antwoord uitgezonden in het eerstvolgend programma van dezelfde reeks of van hetzelfde type, zo dicht mogelijk bij het uur waarop het betrokken programma heeft plaatsgehadt.

Als er binnen vijftien dagen na de ontvangst van het verzoek geen uitzending van het programma gepland is, wordt het antwoord binnen die termijn uitgezonden op een voor het publiek toegankelijk uitzenduur.

Als het recht van antwoord betrekking heeft op een programma van een niet-lineaire audiovisuele of auditieve mediadienst, wordt het antwoord aan het betrokken programma vastgehecht, en dit na afloop van een termijn van twee werkdagen, die ingaat op de dag waarop een van de personen vermeld in artikel 37, 1°, het antwoord ontvangt. Het antwoord wordt zonder commentaar of repliek gelezen door de persoon die door de producent of door de hoofd- of eindredacteur is aangewezen.

De verzoeker heeft geen toegang tot de microfoon, de camera of de opnameapparatuur.

§ 2 - Wordt het verzochte antwoord aanvaard, maar niet in zijn geheel, dan stuurt de producent of de hoofd- of eindredacteur aan de verzoeker een tegenvoorstel. Dit wordt binnen vier werkdagen, te rekenen vanaf de dag na de ontvangst van de aanvraag, aangetekend toegezonden.

Wordt het tegenvoorstel door de verzoeker aanvaard, dan wordt het antwoord uitgezonden of opgenomen op de wijze bepaald in paragraaf 1.

§ 3 - Als de producent of de hoofd- of eindredacteur de aanvraag tot antwoord afwijst, deelt hij dit onder opgave van redenen bij aangetekend schrijven aan de verzoeker mee binnen een termijn van vier werkdagen die ingaat op de dag na de ontvangst van de aanvraag.

Art. 40 - Bevoegdheid van de voorzitter van de rechtbank van eerste aanleg

Als de formaliteiten bepaald in artikel 39, § 2, eerste lid, en § 3, niet vervuld zijn, als de aanvraag tot antwoord wordt afgewezen of het tegenvoorstel van tekst niet wordt aanvaard, kan de verzoeker binnen vijftien dagen te rekenen van de dag waarop van de weigering of van het tegenvoorstel kennis moest worden gegeven of binnen vijftien dagen na de kennisgeving van de weigering of van het tegenvoorstel, de zaak aanhangig maken bij de voorzitter van de rechtbank van eerste aanleg, die ten gronde en in laatste aanleg beslist over de verplichting van de producent of de hoofd- of eindredacteur om het antwoord uit te zenden of op te nemen.

Art. 41 - Registratieplicht

Gedurende de termijn waarin een aanvraag tot opname van een recht van antwoord kan worden ingediend, bewaren de in artikel 37, 1°, vermelde personen een opname van elk programma.

Wanneer geen opname kan worden overgelegd, wordt het antwoord uitgezonden, voor zover het in overeenstemming is met de wet.

Wanneer de aanvraag tot antwoord tijdig is ingediend, wordt de opname van het betrokken programma bewaard tot het geschil beslecht is.

De opname van het antwoord wordt gedurende drie maanden bewaard.

TITEL 3. — Elektronischecommunicatienetwerken en -diensten

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

Art. 42 - Toepassingsgebied

Niettegenstaande de bepalingen van titel 2 en onverminderd de bevoegdheid van andere overheden is deze titel van toepassing op het aanbieden van elektronischecommunicatienetwerken en -diensten.

Art. 43 - Opschorting van rechten

De Regering mag het vrije aanbod door ondernemingen van elektronischecommunicatienetwerken en -diensten enkel beperken, indien noodzakelijk om redenen van openbare orde, openbare veiligheid of volksgezondheid.

De Regering brengt de met redenen omklede opschorting ter kennis van de Europese Commissie.

De exploitant is ertoe verplicht elke, overeenkomstig het eerste lid opgelegde opschorting binnen een redelijke termijn op eigen kosten naleven.

Art. 44 - Wijziging van rechten en verplichtingen

Als de Mediaraad van plan is om wijzigingen aan te brengen in de rechten, voorwaarden en procedures die van toepassing zijn bij de algemene machtiging en bij de gebruiksrechten of rechten om faciliteiten te installeren, geeft hij de belanghebbende partijen, met inbegrip van gebruikers en consumenten, de gelegenheid om binnen een termijn van ten minste vier weken hun standpunt kenbaar te maken. In uitzonderlijke gevallen kan de termijn korter zijn.

Wijzigingen mogen slechts in objectief gerechtvaardigde gevallen en op proportionele wijze worden aangebracht. Dat doet geen afbreuk aan de mogelijkheid kleine wijzigingen aan te brengen die met de houder van de rechten of de houder van de algemene machtiging overeengekomen zijn.

Behalve in met redenen omklede gevallen mogen de rechten om faciliteiten te installeren of de rechten om radiospectrum te gebruiken, niet beperkt of ingetrokken worden voordat de termijn waarvoor zij verleend zijn, verstreken is.

HOOFDSTUK 2. — Aanbieden van elektronischecommunicatienetwerken en -diensten

Afdeling 1. — Algemene machtiging

Art. 45 - Beginsel

Elke onderneming mag elektronischecommunicatienetwerken en -diensten overeenkomstig de in dit decreet vastgelegde voorwaarden aanbieden.

Art. 46 - Registratieplicht

§ 1 - Het voornemen om elektronischecommunicatienetwerken en -diensten aan te bieden, te wijzigen of daarmee te stoppen, moet vooraf schriftelijk de Mediaraad per brief of e-mail worden meegedeeld, voor zover artikel 58 niet van toepassing is.

De mededeling behelst de volgende gegevens:

1° de naam van de aanbieder;

2° in voorkomend geval, het ondernemingsnummer en de statuten;

3° het geografische adres van de hoofdvestiging van de aanbieder in de Europese Unie en, in voorkomend geval, van elk bijkantoor in een lidstaat;

4° het websiteadres van de aanbieder dat wordt gebruikt voor het aanbieden van elektronischecommunicatienetwerken of -diensten;

5° een contactpersoon en contactgegevens;

6° een korte beschrijving van de aan te bieden netwerken of diensten;

7° de betrokken lidstaten; en

8° de datum waarop de activiteiten vermoedelijk van start gaan, gewijzigd wordt of een einde neemt.

§ 2 - De Mediaraad houdt een register van de exploitanten van elektronischecommunicatienetwerken en van de aanbieders van elektronischecommunicatiediensten bij en publiceert dat register.

§ 3 - Ondernemingen die grensoverschrijdende elektronischecommunicatiediensten verlenen aan ondernemingen die in België of in één of meer lidstaten gevestigd zijn, hoeven in België slechts één kennisgeving af te geven.

Art. 47 - Collectieve antennes

Het aanbieden van collectieve antennes is niet onderworpen aan kennisgeving voor zover deze uitsluitend worden gebruikt ten behoeve van houders van ontvangtoestellen die:

1° verblijven in kamers of appartementen van hetzelfde gebouw;

2° verblijven in gegroepeerde gebouwen van eenzelfde eigenaar waarvan het aantal vijftig niet overschrijdt;

3° verblijven in gegroepeerde woningen waarvan het aantal vijftig niet overschrijdt;

4° gebruik maken van caravans of staanplaatsen van eenzelfde camping.

Art. 48 - Verklaring ter vereenvoudiging van de procedures

Binnen een week na de ontvangst van de in artikel 46 vermelde kennisgeving of de in artikel 58 vermelde radiospectrumtoewijzing geeft de Mediaraad een standaardverklaring af. Die verklaring heeft tot doel de procedures voor het installeren van faciliteiten te vergemakkelijken, het onderhandelen over interconnectie te vergemakkelijken en aanvragen om toegang of interconnectie te vergemakkelijken.

De verklaring omvat:

1° een bevestiging van de registratie of van de spectrumtoewijzing;

2° de vermelding van de bepalingen van dit decreet die de onderneming ertoe machtigen het recht aan te vragen om faciliteiten te installeren, het recht aan te vragen om over een interconnectie te onderhandelen en/of het recht aan te vragen om een toegang of interconnectie te verkrijgen;

3° de vermelding van de criteria en procedures volgens welke overeenkomstig artikel 69, § 4, bijzondere verplichtingen aan specifieke ondernemingen kunnen worden opgelegd.

Art. 49 - Onderhandelingsplicht

Elke exploitant die zich geregistreerd heeft of aan wie radiospectrum wordt toegewezen is gerechtigd - en op verzoek verplicht - te goeder trouw over interconnectie te onderhandelen met andere exploitanten van openbare communicatienetwerken die binnen de Europese Unie aan de voorwaarden voldoen om communicatiediensten en -netwerken te mogen aanbieden, teneinde de verlening en interoperabiliteit van diensten te waarborgen.

Exploitanten verlenen andere ondernemingen toegang en interconnectie onder voorwaarden die verenigbaar zijn met de verplichtingen die door de Mediaraad worden opgelegd.

Afdeling 2. — Gebruiksrechten voor radiospectrum

Art. 50 - Radiospectrum

§ 1 - De Regering stelt het plan op met het radiospectrum dat aan de verschillende lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten kan worden toegewezen met inachtneming van de desbetreffende federale technische normen en van het federale frequentieplan voor de verdeling tussen civiele en militaire frequentiebanden, evenals met samenwerkingsakkoorden afgesloten met ander gemeenschappen. Bij gebrek aan zulke normen richt zich de Regering naar de overeenkomstige internationale en supranationale normen.

Met inachtneming van deze normen kan de Regering eigen normen bepalen.

§ 2 - In samenwerking met de andere lidstaten en de Europese Commissie bevordert de Regering - voor zover radiospectrum gebruikt wordt om signalen over te brengen voor de distributie van lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten - de coördinatie van de aanpak van het radiospectrumbeleid in de Europese Unie en, in voorkomend geval, de vaststelling van geharmoniseerde voorwaarden inzake beschikbaarheid en efficiënt gebruik van het radiospectrum die voor het tot stand brengen en het functioneren van de Europese interne markt op het gebied van elektronische communicatie vereist zijn.

Art. 51 - Toewijzing van radiospectrum

Om radiospectrum opgenomen in het frequentieplan van de Duitstalige Gemeenschap te kunnen gebruiken, dient het vooraf te worden toegewezen, onverminderd de bijzondere criteria en procedure bepaald in het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap voor de toewijzing van radiospectrum aan het BRF om doelstellingen van algemeen belang te bereiken. Radiospectrum toewijzen betekent dat een gebruiksrecht voor radiospectrum onder vastgelegde voorwaarden wordt verleend.

Radiospectrum wordt met een bepaalde bestemming toegewezen, met inachtneming van het frequentieplan en onder niet-discriminerende voorwaarden op grond van objectieve, transparante en concurrentiebevorderende procedures die de Regering, op voorstel van de Mediaraad, vaststelt.

De aanvrager heeft geen recht op een bepaald radiospectrum. In het kader van de toewijzing van radiospectrum aan een aanbieder van mediadiensten wordt daarenboven geen ander radiospectrum voor de signaaltoevoer toegewezen.

Art. 52 - Informatie over de beschikbaarheid van radiospectrum

De Mediaraad maakt het inventaris bekend van het gehele in de Duitstalige Gemeenschap beschikbare, resp. beschikbaar te stellen radiospectrum, evenals, indien van toepassing, de indeling van radiospectrum volgens zendercategorieën, het ogenblik waarop ze kunnen worden toegewezen alsmede de beschikbare zendtijden voor elke wijze van uitzending met bepaling van een redelijke termijn om de aanvragen in te dienen.

De Mediaraad zorgt voor een evenwichtige en passende toewijzing van radiospectrum aan elk van de volgende zes categorieën spectrumgebruik:

1° auditieve lineaire mediadiensten gericht tot het hele publiek in het Duitse taalgebied en de verplichtingen opgenomen in artikel 54, 3°, voor alle gemeenten van het Duitse taalgebied vervullen, hierna zendernet genoemd;

2° auditieve lineaire mediadiensten die zich tot een regionaal publiek in het Duitse taalgebied richten en de verplichtingen opgenomen in artikel 54, 3°, voor vier aan elkaar grenzende gemeenten in het Duitse taalgebied vervullen, hierna regionale radio genoemd;

3° auditieve lineaire mediadiensten die tot een geografisch beperkt publiek in een gemeente of gemeentedeel van het Duitse taalgebied wenden en de verplichtingen opgenomen in artikel 54, 3°, vervullen, hierna lokale radio genoemd;

4° in de tijd begrensde lineaire programma's die de plaats van een evenement bestrijken, hierna evenementenradio genoemd;

5° de uitzending van bijdragen van één of meer scholen in een gemeente, hierna schoolradio genoemd;

6° lineaire audiovisuele mediadiensten die zich tot het publiek in het Duitse taalgebied richten.

Art. 53 - Voorwaarden

Radiospectrum wordt toegewezen wanneer:

1° het radiospectrum met het oog op het gepland gebruik ervan ingedeeld is in het radiofrequentieplan;

2° de verenigbaarheid met het gebruik van andere radiofrequenties is verzekerd; en

3° een efficiënt en storingvrij gebruik van het radiospectrum gegarandeerd wordt door de aanvrager.

Art. 54 - Algemene voorwaarden voor het verkrijgen van radiospectrum voor lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten

Voor de toewijzing van radiospectrum moet de aanvrager van de categorieën genoemd in artikel 52 aan de volgende eisen voldoen:

1° een privaatrechtelijke rechtspersoon zijn waarvan de zetel en de zendinstallaties in het Duitse taalgebied gelegen zijn, binnen het gebied dat door de zender bestreken wordt. In het geval van evenementenradio's zijn aanvragen van natuurlijke personen ook ontvankelijk;

2° onafhankelijk zijn van werkgevers- of werknemersorganisaties of van politieke groeperingen;

3° ervoor zorgen dat een bepaald percentage van de zendtijd bestaat uit uitzendingen in de Duitse taal; muzieknummers worden in deze context niet meegerekend;

4° bijzondere aandacht besteden in zijn programma's aan cultuur en kunstenaars uit de Duitstalige Gemeenschap en de naburige regio's; en

5° de Mediaraad te allen tijde in staat stellen zijn functioneren ter plaatse te controleren.

Art. 55 - Bijzondere voorwaarden voor de toewijzing van radiospectrum voor zendernetwerken, regionale radio's of audiovisuele mediadiensten

§ 1 - Naast de voorwaarden van artikel 54 moet de aanvrager van gebruiksrechten van radiospectrum voor auditieve mediadiensten dat wordt toegewezen voor zendernetten, regionale radio's of audiovisuele mediadiensten-aanbieders aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° zich wijden aan de informatie over wat in het Duitstalige gebied en in de aangrenzende regio's gebeurt, waarbij rekening gehouden wordt met de opinieverscheidenheid en de evenwichtigheid van de informatie;

2° tussen 6 uur en 22 uur een programmering hebben waarvan, afgezien van programma's bestaande uit doorlopende muziek, 50 % uit programma's bestaat die door de medewerkers van het zendernet resp. de regionale radio worden gerealiseerd;

3° lid van de IZJD zijn;

4° zich ertoe verplichten dat nieuwsprogramma's objectief en zakelijk zijn, uitgewerkt worden in samenwerking met beroepsjournalisten of met personen die onder de voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist en dat commentaren duidelijk te onderscheiden zijn van de informaties en de naam van hun auteur wordt vermeld;

5° zich ertoe verplichten inhoudelijk de opinieverscheidenheid in wezen tot uitdrukking te brengen. De belangrijke, politieke, levensaanshouwelijke en maatschappelijke krachten en groepen moeten behoorlijk aan het woord komen; er moet rekening worden gehouden met opvattingen van minderheden. De mogelijkheid om thematische programma's aan te bieden, blijft hierdoor onaangetaast. Een thematisch programma is een audiovisuele of auditieve mediadienst met inhoud die in wezen gelijkaardig zijn.

6° de mediageletterdheid in de Duitstalige Gemeenschap bevorderen.

§ 2 - Aanvragers van radiospectrum voor zendernetten moeten zich daarenboven ertoe verbinden dagelijks acht nieuwsprogramma's uit te zenden. Deze uren ten minste drie minuten, weer- en verkeersberichten niet inbegrepen.

Ze moeten worden opgesteld in samenwerking met beroepsjournalisten of met personen die onder voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 over de erkenning en de bescherming van de beroepstitel als beroepsjournalist.

§ 3 - Aanvragers van radiospectrum voor regionale radio's moeten zich naast de in paragraaf 1 vermelde voorwaarden, ertoe verbinden dagelijks ten minste vier nieuwsprogramma's uitzenden. Deze uren ten minste drie minuten, weer- en verkeersberichten niet inbegrepen.

Ze moeten worden opgesteld in samenwerking met beroepsjournalisten of met personen die onder voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 over de erkenning en de bescherming van de beroepstitel als beroepsjournalist.

Art. 56 - Bijzondere voorwaarden voor de toewijzing van radiospectrum bestemd voor lokale radio's

Onverminderd de voorwaarden bepaald in artikel 54 moet de aanvrager van gebruiksrechten voor radiospectrum bestemd voor lokale radio's bovendien tussen 6 uur en 22 uur een programmering hebben waarvan, afgezien van programma's bestaande uit doorlopende muziek, 25 % uit programma's bestaat die door de medewerkers van de lokale radio worden gerealiseerd. Muziekprogramma's zonder presentator worden niet als eigen programmering beschouwd. Daarenboven moeten lokale radio's de mediageletterdheid in het Duitstalige Gemeenschap bevorderen.

Art. 57 - Bijzondere bepalingen voor de toewijzing van radiospectrum bestemd voor school- en evenementenradio's

§ 1 - De Mediaraad mag radiospectrum toewijzen aan evenementenradio's voor programma's die uitgezonden worden in de context, in de omgeving en voor de duur van een openbaar evenement.

In afwijking van artikel 62 mag de Mediaraad mag in de tijd beperkte gebruiksrechten verlenen voor dergelijke evenementenradio's voor een bepaald evenemententerrein, in het betrokken plaatselijke zendgebied, en voor de duur van het evenement, met een maximale duur van twee maanden.

§ 2 - In afwijking van artikel 62 mag de Mediaraad radiospectrum toewijzen aan schoolradio's voor een periode van maximaal twee jaar.

§ 3 - Als omroeporganisatie gelden de personen die de programma's uitzenden. Wie op grond van andere voorschriften gemachtigd is tot het organiseren van mediadiensten, wordt niet toegelaten als omroeporganisatie voor schoolradio's of evenementenradio's.

§ 4 - Voor schoolradio's en evenementenradio's is productplaatsing verboden in de programma's die ze zelf produceren of zelf modereren.

§ 5 - De toewijzing van radiospectrum aan evenementenradio's en schoolradio's is onderworpen aan een vereenvoudigde toewijzingsprocedure die de Regering op voorstel van de Mediaraad vaststelt.

Evenementradio's en schoolradio's kunnen ook buiten de in artikel 52 bedoelde bekendmakingsprocedure spectrum aanvragen.

Art. 58 - Aanvraag

De aanvraag om toewijzing van radiospectrum dient bij de Mediaraad schriftelijk te worden ingediend per brief of e-mail. In dit geval is de aanvrager niet onderworpen aan de in artikel 46 genoemde registratieplicht.

De aanvraag wordt ondertekend door ten minste twee daarvoor bevoegde personen die het beheer van de

omroeporganisatie voeren en hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied, binnen het gebied dat door de zender bestreken wordt.

De Mediaraad bepaalt voor elk van de zes in artikel 55 genoemde categorieën van spectrumgebruik de vorm en inhoud van de aanvraagformulieren. De Mediaraad kan onder meer de volgende informatie en documenten opvragen:

- 1° de benaming van de aanvrager en van de lineaire mediadienst;
- 2° in voorkomend geval, het ondernemingsnummer en de statuten van de technische dienstverleners, evenals het adres van de bedrijfszetels en de studio's;
- 3° het gebied of de gebieden waar de radiofrequentie moet worden gebruikt en de gewenste radiofrequentie of radiofrequenties;
- 4° de aard en de beschrijving van de mediadienst, met inbegrip van:
 - a) de beschrijving van het eventueel geplande informatiesysteem evenals, indien van toepassing, het bewijs van tewerkstelling van journalisten;
 - b) het geplande wekelijkse programmaschema, indien van toepassing;
 - c) voor zendernetten, regionale en lokale radio's, een financieringsplan voor een periode van drie jaar;
 - d) voor zendernetten, regionale en lokale radio's, de precieze samenstelling van het kapitaal en van de bestuursorganen;
 - e) het voornemen om geleverde programmaonderdelen over te nemen. Meerdere aanvragers mogen evenwel geen programmaonderdelen van één en dezelfde derde persoon verspreiden.
 - f) voor zendernetten, regionale en lokale radio's, een uitleg over hoe de aanvragers van plan zijn de mediageletterdheid in het Duitstalige gebied te bevorderen;
 - g) de lijst van de mogelijke prestaties die naast de uitzending van lineaire mediadiensten kunnen worden verstrekt;
- 5° indien van toepassing: de nadere regels voor de commercialisering van de mediadienst, wanneer de aanvrager de mediadienst zelf exploiteert;
- 6° de beoogde datum waarop de mediadienst van start zal gaan;
- 7° de aard van het netwerk of van de technologie waarvoor de gebruiksrechten voor radiospectrum bedoeld zijn;
- 8° de lokalisatie van de zendinstallaties;
- 9° de geplande antennehoogte of in voorkomend geval de geplande hoogte van het stralingscentrum van de antenne;
- 10° het merk en het type van de zender, alsmede het homologatienummer ervan of een meetverslag conform de door de bevoegde federale overheid vastgelegde regels;
- 11° het soort antenne(s), de typische kenmerken van de antenne(s), met inbegrip van de antennewinst in dBd, het richtdiagram en de gedetailleerde beschrijving van de antenne (aantal dipolen, aantal en soort elementen);
- 12° het type en de lengte van de kabels tussen zender en antenne met vermelding van de demping in dB;
- 13° welke soort van elementen voor signaaltoevoer tussen zenderuitgang en antenne-ingang is ingevoegd;
- 14° De stedenbouwkundige of de globale vergunning voor de zendmast;
- 15° het maximale uitgangsvermogen van de zender in watt;
- 16° alle gegevens die de behandeling van de aanvraag mogelijk maken;
- 17° de eventuele afspraken die over de verspreiding van commerciële communicatie werden gemaakt met andere aanvragers of met bestaande zendernetten, regionale of lokale radio's; en
- 18° een schriftelijke verbintenis om het decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan en de wetten in het algemeen na te leven.

Ter aanvulling van de aanvraag kan de Mediaraad nog andere documenten opvragen.

Voor de behandeling van de aanvraag mag de Mediaraad administratieve vergoedingen in rekening brengen die door de Regering zijn vastgelegd.

De Mediaraad spreekt zich uit over volledige aanvragen, deelt zijn beslissing mee en publiceert de besluiten over het verlenen van individuele gebruiksrechten voor radiospectrum uiterlijk zes weken nadat vastgesteld is dat de aanvragen volledig zijn.

Art. 59 - Beperking van het aantal spectrumtoewijzingen

Als de Mediaraad vaststelt dat het aantal gebruiksrechten moet worden beperkt, beoordeelt hij de aanvragen overeenkomstig artikel 58, waarbij rekening wordt gehouden met de volgende criteria:

- 1° de manier waarop de aanvragers zich ertoe verplichten te voldoen aan de voorwaarden die uit de artikelen 55, 56 en 58, 11° tot 18°, voortvloeien, in het bijzonder wanneer het gaat om programmaonderdelen over de Duitstalige Gemeenschap en over haar gemeenten;
- 2° de relevantie van het financieringsplan dat in artikel 58, derde lid, 4°, c), wordt vermeld;
- 3° de originaliteit en het innovatieve karakter van de aanvraag;
- 4° het aandeel van de producties die in het Duitstalige gebied worden gemaakt;
- 5° de ervaring van de aanvrager in de audiovisuele en auditieve sector;
- 6° de haalbaarheid van het project;
- 7° het waarborgen van de meningsverscheidenheid in de zin van artikel 11;
- 8° het efficiënt en storingvrij gebruik van de frequenties, zonder betwisting door het Belgisch Instituut voor Post- en Telecommunicatie;
- 9° de doeleinden vermeld in artikel 5.

Art. 60 - Mededelingsplicht

De aanvang en het einde van het gebruik van radiospectrum dienen onverwijld aan de Mediaraad te worden meegedeeld. Naam- en adreswijzigingen dienen aan de Mediaraad te worden meegedeeld.

De houders van gebruiksrechten van radiospectrum voor zendernetten, regionale of lokale radio's en lineaire audiovisuele mediadiensten vermelden, in het activiteitenverslag vermeld in artikel 9, gegevens inzake naleving van de verplichtingen vervat in artikel 54, 3° en 4°.

Art. 61 - Overdracht of verhuur van gebruiksrechten voor radiospectrum

Het overdragen of verhuren van individuele gebruiksrechten voor radiospectrum is verboden. De ondernemingen

die over gebruiksrechten van radiospectrum beschikken, mogen de uitzending van hun programma's echter uitbesteden aan derden. In dat geval moet vooraf toestemming van de Mediaraad worden verkregen.

Art. 62 - Geldigheid van de toewijzing van radiospectrum

Radiospectrum wordt voor een bepaalde duur toegewezen. Onverminderd artikel 57 en 63 hebben gebruiksrechten van radiospectrum een geldigheidsduur van vijftien jaar.

Art. 63 - Voor een bepaalde duur toegewezen radiospectrum

In gerechtvaardigde bijzondere gevallen, in het bijzonder om innovatieve technologieën te testen of in geval van behoefte aan radiospectrum voor een korte termijn, kan de Mediaraad radiospectrum voor een bepaalde duur toewijzen. De met redenen omklede aanvraag dient bij de Mediaraad schriftelijk te worden ingediend. Artikel 58 geldt mutatis mutandis.

Art. 64 - Gedeeld gebruik van radiospectrum

Radiospectrum dat door een aanbieder niet efficiënt kan worden gebruikt, kan ook aan meerdere aanvragers worden toegewezen met het oog op een gedeeld gebruik ervan. De houders van dat toegewezen radiospectrum moeten de verantwoordelijkheid dragen voor de nadelen die zouden kunnen voortvloeien uit een gedeeld gebruik van het radiospectrum.

Art. 65 - Bestanddelen van de toewijzing van radiospectrum

Bij de toewijzing van radiospectrum bepaalt de Mediaraad in het bijzonder de aard en omvang van het gebruik van dat radiospectrum voor zover het noodzakelijk is om een efficiënt en storingvrij spectrumgebruik te waarborgen.

Om een efficiënt en storingvrij gebruik van radiospectrum te waarborgen, kan de spectrumtoewijzing aan bijkomende voorwaarden worden onderworpen.

De exploitant van een elektronisch communicatienetwerk dient de instructies van het Belgisch Instituut voor Postdiensten en Telecommunicatie of van elke elektriciteitsmaatschappij of -dienst onverwijld na te leven.

De Mediaraad bezorgt het Belgische Instituut voor Post- en Telecommunicatie een kopie van de radiospectrumtoewijzing.

De titel van toewijzing bevat minstens de volgende inlichtingen:

- 1° de benaming van de mediadienst;
- 2° de naam en het adres van de houder van de toewijzingstitel;
- 3° het toegewezen radiospectrum;
- 4° de frequentie-afwijking per frequentie;
- 5° in voorkomend geval de lijst van het radiospectrum dat in het kader van een bedrijfsovereenkomst of een soortgelijke overeenkomst ter beschikking worden gesteld, alsook de naam van de technische dienstverlener(s);
- 6° in voorkomend geval het adres van de maatschappelijke zetel van de technische dienstverlener(s);
- 7° de aard van het gebruik;
- 8° de geografische coördinaten in lengte- en breedtegraad van de antennestandplaats(en), met verwijzing naar de WGS-84 datum;
- 9° het maximale stralingsvermogen, uitgedrukt in watt, dat via de zendantenne wordt afgegeven en de opgelegde beperkingen;
- 10° de antennehoogte of in voorkomend geval de hoogte van het stralingscentrum van de antenne;
- 11° de datum van inwerkingtreding van de toewijzing;
- 12° het adres van de bedrijfszetels en de studio's;
- 13° het maximaal toegestane zenderuitgangsvermogen in watt;
- 14° het soort antenne(s), de typische kenmerken van de antenne(s), met inbegrip van de hoofdstraalrichting in graad, de antennewinst in dBd, het richtdiagram en de gedetailleerde beschrijving van de antenne (aantal dipolen, aantal en soort elementen);
- 15° het soort en de lengte van de verbindingkabel tussen zender en antenne, met vermelding van de demping in dB;

16° het soort elementen voor signaaltoevoer die tussen zenderuitgang en antenne-ingang worden geplaatst;

17° het volledige verlies aan signaaltoevoer tussen zenderuitgang en antenne-ingang in dB.

Art. 66 - Wijziging van toegewezen radiospectrum

Elke wijziging inzake zendplaats, toegewezen radiospectrum of antennehoogte en elke verhoging van het equivalent isotroop uitgestraald vermogen wordt schriftelijk aangevraagd bij de Mediaraad, met vermelding van de redenen daarvoor, en moet vooraf door de Mediaraad zijn toegestaan.

Er wordt onderzocht of de aanvraag technisch compatibel is. Als deze technische compatibiliteit niet voorhanden is, wordt de aanvraag afgewezen. Wijzigingen worden met opgave van redenen gepubliceerd.

De Mediaraad mag voor de behandeling van de aanvraag door de Regering vastgestelde administratieve vergoedingen in rekening brengen.

Art. 67 - Intrekking van toegewezen radiospectrum, afstand

§ 1 - Onverminderd artikel 139 kan de Mediaraad toegewezen radiospectrum intrekken, wanneer:

- 1° aan één van de voorwaarden in artikel 53 niet meer voldaan wordt;
- 2° de openbare veiligheid het vereist;
- 3° als er na de toewijzing van radiospectrum een gebrek aan radiospectrum ontstaat dat de mededinging of de invoering van nieuwe technieken verhindert of belemmert die het optimaliseren van het gebruik van radiospectrum mogelijk maken.

Elk voornemen om gebruiksrechten voor radiospectrum in te trekken zonder toestemming van de houder van de rechten, wordt aan overleg met de belanghebbenden onderworpen overeenkomstig artikel 116.

De intrekking wordt aangetekend ter kennis gebracht, met vermelding van de termijn waarbinnen de intrekking ingaat.

§ 2 - De toewijzing van radiospectrum vervalt door afstand. De afstand wordt aangetekend ter kennis gebracht van de Mediaraad.

In dit geval moet de uitzending op de eerder gebruikte radiofrequentie of op de radiofrequentie waarvoor de

toewijzing is verlopen, worden stopgezet binnen dertig dagen na de nieuwe toewijzing aan een derde of het verstrijken van de toewijzing.

Art. 68 - Vervallenverklaring van toegewezen radiospectrum

Toegewezen radiospectrum vervalt wanneer het langer dan een jaar niet, of niet meer, gebruikt wordt, of wanneer aan de houder van die radiospectrum een nieuw radiospectrum - dat het oude vervangt - wordt toegewezen voor hetzelfde programma.

In uitzonderlijke gevallen kan de Mediaraad op verzoek van de houder een met redenen omkleed besluit tot verlenging van de periode van één jaar in het eerste lid verlenen, naar behoren rekening houdend met het standpunt van de adviesraad.

Afdeling 3. — Doorgangsrechten en gedeeld gebruik van faciliteiten

Art. 69 - Beginselen m.b.t. doorgangsrechten

Onverminderd de bepalingen van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling en van het decreet van 30 april 2009 betreffende de informatie, de coördinatie en de organisatie van de werven onder, op of boven de wegen of waterlopen, beschikt de overeenkomstig artikel 46 aangemelde exploitant van elektronischecommunicatienetwerken over doorgangsrechten op, over of onder openbaar of particulier eigendom overeenkomstig deze afdeling om de installatie van netwerkelementen en bijbehorende faciliteiten mogelijk te maken.

Art. 70 - Doorgangsrechten

§ 1 - De exploitanten die kabels aanleggen om hun elektronischecommunicatienetwerken aan te bieden, hebben het recht op of onder de pleinen, straten, wegen, paden, waterlopen en vaarten die deel uitmaken van het openbaar domein alle werken m.b.t. het aanleggen of onderhouden van de kabels en bijbehorende uitrustingen op hun kosten te laten uitvoeren, op voorwaarde dat ze zich gedragen naar de wetten en besluiten over het vruchtgebruik van het openbaar domein en de bestemming ervan eerbiedigen.

Alvorens dit recht uit te oefenen, leggen de exploitanten documenten over het tracé en de bijzonderheden van de aanleg van de geleidingen voor advies voor aan de respectievelijk bevoegde overheid die eigenares is van het openbaar domein. Binnen zes maanden te rekenen vanaf de datum waarop deze documenten werden verzonden, brengt de overheid - behalve in geval van onteigening - een advies uit en brengt ze haar beslissing ter kennis van de belanghebbende. Na het verstrijken van deze termijn geldt het stilzwijgen van de overheid als goedkeuring. In geval van blijvende onenigheid wordt daarover besloten bij wege van een besluit van de Regering.

Later heeft de bevoegde overheid in elk geval het recht om de bestemming of het tracé van een aanleg, alsmede de daarmee verband houdende werkzaamheden op haar eigendom te laten wijzigen. Worden wijzigingen opgelegd ofwel om reden van de openbare veiligheid, ofwel tot de bescherming van het milieu, ofwel in het belang van de wegen, waterlopen, vaarten of van een openbare dienst, ofwel als gevolg van een verandering die de aangelanden aan de toegangen tot hun privé-eigendom langs de gebezigde wegen hebben aangebracht, dan worden de werken ten laste van de exploitant uitgevoerd. In de andere gevallen vallen de werken ten laste van de overheid die de wijzigingen oplegt. Deze overheid mag vooraf een kostenraming eisen en, in geval van onenigheid, de werken in eigen regie laten uitvoeren.

§ 2 - De exploitanten die kabels aanleggen om hun elektronischecommunicatiewerken aan te bieden, hebben tevens het recht voor de aanleg van de kabels en de bijbehorende uitrustingen steunen en ankers aan te brengen op muren en gevels die uitkomen op de openbare weg en hun kabels in open en onbebouwde grond aan te leggen of zonder vasthechting of aanraking boven particuliere eigendommen te laten doorgaan.

De werken mogen slechts beginnen nadat aan de eigenaars, volgens de gegevens van het kadaster, aan de huurders en aan de bewoners een behoorlijke schriftelijke kennisgeving is bezorgd.

De uitvoering van de werken heeft geen buitenbezitstelling tot gevolg.

Het plaatsen van steunen en ankers op muren of gevels mag de eigenaar niet hinderen in zijn recht zijn goed af te breken of te herstellen.

De ondergrondse kabels en de steunen geplaatst in een open en onbebouwde grond moeten, op verzoek van de eigenaar, worden weggenomen, als hij zijn recht om te bouwen of te omheinen uitoefent. De kosten m.b.t. het wegnemen van de installaties vallen ten laste van de exploitant. De eigenaar dient evenwel ten minste drie maanden vóór het begin van de in het vierde en vijfde lid bedoelde werken de exploitant hiervan aangetekend te verwittigen.

§ 3 - De vergoedingen voor schade wegens de aanleg of de exploitatie van een elektronischecommunicatienetwerk vallen ten laste van de vergunninghouder die aansprakelijk blijft voor al de voor derden schadelijke gevolgen.

§ 4 - De exploitant is ertoe verplicht onmiddellijk gevolg te geven aan elke vordering van enig bedrijf voor elektriciteitsvoorziening of enige exploitant van een elektronischecommunicatienetwerk om elke storing in of nadelige invloed op de werking van de elektronische telecommunicatie-installaties of van de installaties voor elektriciteitsvoorziening onverwijld te doen ophouden.

Bij gebreke daarvan worden de nodig geachte maatregelen, met inbegrip van het verplaatsen van de kabels en de bijbehorende installaties, door de betrokken diensten of bedrijven getroffen op kosten en risico van de exploitant.

§ 5 - Openbare overheden die een participatie hebben in of controle behouden over exploitanten van openbare elektronischecommunicatiediensten of aanbieders van openbaar toegankelijke elektronischecommunicatienetwerken garanderen een daadwerkelijke structurele scheiding tussen het verlenen van de in voorliggend artikel bedoelde rechten en de activiteiten die verband houden met de eigendom of controle.

Art. 71 - Collocatie en gedeeld gebruik van netwerkelementen en bijbehorende faciliteiten door exploitanten van elektronischecommunicatienetwerken

§ 1 - Wanneer een onderneming die elektronischecommunicatienetwerken aanbiedt, krachtens artikel 70 het recht heeft om faciliteiten te installeren op, over of onder openbaar of particulier eigendom, dan wel een procedure kan volgen voor de onteigening of het gebruik van eigendom, kan de Mediaraad met volledige inachtneming van het evenredigheidsbeginsel het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom, met inbegrip van gebouwen, toegangen tot gebouwen, bekabeling in gebouwen, masten, antennes, torens en andere ondersteuningsgebouwen, kabelgoten, leidingen, mangaten en straatkasten, verplicht stellen.

§ 2 - Exploitanten van een elektronischecommunicatienetwerk kunnen worden verplicht tot het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom (met inbegrip van fysieke collocatie) of tot het treffen van maatregelen om de coördinatie van publieke werken te vergemakkelijken ten einde het milieu, de volksgezondheid en de openbare veiligheid te beschermen of om stedenbouwkundige of planologische redenen, doch zulks pas na een passende periode van openbare raadpleging waarin alle belanghebbende partijen in staat zijn gesteld hun standpunt naar voren te brengen.

Dergelijke regelingen kunnen een omslagregeling bevatten voor de kosten van het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom.

§ 3 - De Mediaraad is bevoegd om na een passende periode van openbare raadpleging waarin alle belanghebbende partijen in staat zijn gesteld hun standpunt naar voren te brengen, verplichtingen op te leggen voor het gedeeld gebruik van bekabeling in gebouwen of tot aan het eerste punt van samenkomst of distributie als dit zich buiten het gebouw bevindt, aan de exploitanten van elektronische communicatienetwerken en/of aan de eigenaar van de bekabeling, als dit gerechtvaardigd is omwille van het feit dat duplicatie van dergelijke infrastructuur economisch inefficiënt of fysiek onuitvoerbaar zou zijn. Dergelijke regelingen kunnen een omslagregeling voor de kosten van het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom bevatten, waar nodig aangepast aan de risico's.

Als de Mediaraad, in voorkomend geval met inachtneming van de verplichtingen die voortvloeien uit een relevante marktanalyse, concludeert dat de overeenkomstig het eerste lid opgelegde verplichtingen onvoldoende de hoge en niet-tijdelijke economische of fysieke drempels voor replicatie aanpakken die ten grondslag liggen aan een bestaande of opkomende marktsituatie die de concurrentie-uitkomsten voor eindgebruikers in aanzienlijke mate beperkt, kan hij, onder billijke en redelijke voorwaarden de toegangsverplichtingen uitbreiden voorbij het eerste punt van samenkomst of distributie, zodat een punt wordt bereikt dat volgens hem het dichtst bij eindgebruikers ligt, dat in staat is een toereikend aantal eindgebruikersverbindingen te bereiken om commercieel haalbaar te zijn voor efficiënte toegangsverzoekers. Bij het bepalen hoe ver voorbij het eerste punt van samenkomst of distributie die uitbreiding moet gaan, houdt de Mediaraad zoveel mogelijk rekening met de betrokken BEREK-richtsnoeren. Als gerechtvaardigd in technisch of economisch opzicht kan de Mediaraad actieve of virtuele toegangsverplichtingen opleggen.

De Mediaraad legt geen verplichtingen overeenkomstig het tweede lid op aan aanbieders van elektronische communicatienetwerken als hij constateert dat: 1° de aanbieder de in artikel 94, eerste lid, genoemde kenmerken bezit en in een haalbare en vergelijkbare alternatieve manier voorziet om eindgebruikers te bereiken door aan ondernemingen onder billijke, niet-discriminerende en redelijke voorwaarden toegang tot een netwerk met zeer hoge capaciteit aan te bieden. De Mediaraad kan die vrijstelling uitbreiden tot andere ondernemingen die onder billijke, niet-discriminerende en redelijke voorwaarden toegang tot een netwerk met zeer hoge capaciteit aanbieden; of dat 2° het opleggen van verplichtingen de economische of financiële levensvatbaarheid van de uitrol van een nieuw netwerk, met name door kleine lokale projecten, in het gedrang zou brengen. In afwijking van het derde lid, 1°, kan de Mediaraad verplichtingen opleggen aan aanbieders van elektronische communicatienetwerken die voldoen aan de criteria vermeld in de bepaling onder 1°, als het betrokken netwerk uit openbare middelen wordt gefinancierd.

§ 4 - De Mediaraad kan van ondernemingen verlangen dat ze de nodige informatie verstrekken, zodat hij, samen met de andere nationale regelgevende instanties, een gedetailleerd overzicht van de aard, de beschikbaarheid en de geografische locatie van de in paragraaf 1 bedoelde faciliteiten kan opstellen en dit overzicht ter beschikking kan stellen van de belanghebbende partijen.

§ 5 - De maatregelen die de Mediaraad in overeenstemming met dit artikel heeft genomen, zijn objectief, transparant, niet-discriminerend en evenredig.

Zo nodig worden deze maatregelen in overleg met plaatselijke instanties uitgevoerd.

HOOFDSTUK 3. — Marktregulering

Afdeling 1. — Marktdefinitie en marktanalyse

Art. 72 - Marktdefinitie

§ 1 - Zoveel mogelijk rekening houdend met de Aanbeveling van de Europese Commissie inzake relevante markten voor producten en diensten en met de AMM-richtsnoeren, definieert de Mediaraad de relevante markten in het Duitse taalgebied, in het bijzonder de geografische markten.

§ 2 - De Mediaraad kan overwegen een relevante markt te definiëren die verschilt van de markten die in de Aanbeveling zijn gedefinieerd. Hij moet dan zijn ontwerp voorleggen voor openbare raadpleging, volgens de nadere regels van artikel 116 en daarvan kennisgeven aan de Europese Commissie.

Art. 73 - Marktanalyseprocedure

§ 1 - De Mediaraad onderzoekt of de relevante markt, gedefinieerd overeenkomstig artikel 72, beantwoordt aan alle volgende voorwaarden:

- 1° er zijn hoge en niet-tijdelijke toegangsbelemmeringen van structurele, wettelijke of regelgevende aard aanwezig;
- 2° er is geen vooruitzicht op daadwerkelijke mededinging binnen de relevante periode, gezien de toestand van de op infrastructuur gebaseerde en andere mededinging die aan de toegangsbelemmeringen ten grondslag ligt;
- 3° het mededingingsrecht alleen is niet voldoende om het vastgestelde marktfalen op adequate wijze aan te pakken.

De relevante markten die in de Aanbeveling zijn vermeld, worden geacht te voldoen aan de in het eerste lid beoogde voorwaarden, tenzij de Mediaraad vaststelt dat niet is voldaan aan een van die voorwaarden voor de betreffende geografische markt.

§ 2 - Bij het krachtens paragraaf 1 beoogde onderzoek beoordeelt de Mediaraad ontwikkelingen vanuit een toekomstgericht perspectief als er geen vooraf bestaande regelgeving is, rekening houdend met elk van de volgende elementen:

- 1° marktontwikkelingen die van invloed zijn op de waarschijnlijkheid dat de relevante markt naar daadwerkelijke mededinging neigt;
- 2° elke vorm van concurrentiedruk, op wholesaleniveau en op retailniveau, ongeacht de vraag of de bronnen van die druk worden beschouwd als elektronische communicatienetwerken, elektronische communicatiediensten of andere types diensten of toepassingen die vanuit het oogpunt van de eindgebruiker vergelijkbaar zijn, en ongeacht de vraag of die druk deel uitmaakt van de relevante markt;
- 3° andere soorten opgelegde regelgeving of maatregelen waardoor de relevante markt dan wel verwante retailmarkt(en) gedurende de desbetreffende periode wordt of worden beïnvloed;
- 4° regelgeving die op andere relevante markten is opgelegd.

§ 3 - Wanneer de Mediaraad na afloop van het in paragraaf 1 beoogde onderzoek van oordeel is dat de daarin bedoelde voorwaarden zijn vervuld, identificeert hij de onderneming of ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht op de relevante markt. Een onderneming wordt geacht aanmerkelijke marktmacht te hebben wanneer zij, alleen of samen met andere, een aan machtspositie gelijkwaardige positie, namelijk een economische kracht bezit die haar in staat stelt zich in belangrijke mate onafhankelijk van haar concurrenten, klanten en consumenten te gedragen.

Een onderneming die aanmerkelijke marktmacht op een specifieke markt bezit, kan ook worden aangewezen als

onderneming met aanmerkelijke marktmacht op een nauw verwante markt als de koppelingen tussen beide markten van dien aard zijn dat de marktmacht op de specifieke markt op de nauw verwante markt zo kan worden gebruikt dat de marktmacht van de onderneming wordt vergroot. Er kunnen correctiemaatregelen op grond van de artikelen 84 tot 86 en 89 worden genomen op de nauw verwante markt om een dergelijk gebruik te voorkomen.

In geval van gemeenschapsoverschrijdende geografische en productmarkten, die zowel onder de federale en gemeenschapsbevoegdheid vallen, gaat de Mediaraad, overeenkomstig het samenwerkingsakkoord van 17 november 2006 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franstalige Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende het wederzijds consulteren bij het opstellen van regelgeving inzake elektronische communicatienetwerken, het uitwisselen van informatie en de uitoefening van de bevoegdheden met betrekking tot elektronische communicatienetwerken door de regulerende instanties bevoegd voor telecommunicatie of radio-omroep en televisie, samen met de andere regelgevende instanties die bevoegd zijn voor deze markten, onderzoeken of er sprake is van aanmerkelijke marktmacht.

In geval van door de Europese Commissie omschreven transnationale markten, gaat de Mediaraad, samen met de nationale regelgevende instanties van de lidstaten waarin deze markten zich bevinden, na of er al dan niet van aanmerkelijke marktmacht sprake is. De raadplegingsprocedure bedoeld in artikel 116 geldt mutatis mutandis.

Bij gebreke van transnationale markten, kan de Mediaraad eveneens met de nationale regelgevende instanties van andere lidstaten gezamenlijk aan de Commissie kennis geven van hun ontwerpmaatregelen betreffende de marktanalyse en van eventuele wettelijke verplichtingen als zij van mening zijn dat de marktvoorwaarden in hun respectieve rechtsgebieden voldoende homogeen zijn.

§ 4 - De Mediaraad legt ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht op een relevante markt één of meer van de volgende verplichtingen op:

- 1° de in artikel 84 genoemde transparantieplichtingen;
- 2° de in artikel 85 genoemde non-discrimatieplichtingen;
- 3° de in artikel 86 genoemde verplichtingen een gescheiden boekhouding te houden;
- 4° de in artikel 87 genoemde toegang tot civieltechnische voorzieningen;
- 5° de in artikel 88 genoemde toegang tot en gebruik van bepaalde netwerkonderdelen en bijbehorende faciliteiten;
- 6° de in artikel 89 genoemde verplichtingen inzake prijscontrole en kostentoe rekening;
- 7° het bindend verklaren van toezeggingen voor mede-investering als bedoeld in artikel 90;
- 8° het bindend verklaren van toezeggingen als bedoeld in artikel 93;
- 9° de in artikel 94 genoemde verplichtingen inzake billijke en redelijke prijzen;
- 10° het bepalen van voorwaarden voor de buitenbedrijfstelling van netwerkonderdelen of de vervanging ervan door nieuwe infrastructuur als bedoeld in artikel 95.

De overeenkomstig het eerste lid opgelegde verplichtingen moeten:

- 1° worden gebaseerd op de aard van het geconstateerde probleem;
- 2° proportioneel zijn, indien mogelijk rekening houdend met de kosten en baten;
- 3° gerechtvaardigd zijn in het licht van de doelstellingen vervat in artikel 5; en
- 4° opgelegd worden na de raadpleging waarvan sprake in artikel 116, § 1 en 2.

De Mediaraad legt de in het eerste lid vermelde verplichtingen alleen op aan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht, onverminderd:

- 1° de noodzaak aan internationale afspraken te voldoen;
- 2° de maatregelen genomen door de Mediaraad of het Belgisch Instituut voor Postdiensten en Telecommunicatie om een passende toegang en interconnectie, alsook de interoperabiliteit van de diensten te waarborgen, overeenkomstig artikel 77;
- 3° de bepalingen inzake persoonlijke levenssfeer in de sector elektronische communicatie waarbij verplichtingen worden opgelegd aan andere ondernemingen dan diegene die aangewezen zijn als ondernemingen met een aanmerkelijke marktmacht;
- 4° de verplichtingen inzake collocatie en gedeeld gebruik van netwerkelementen en bijbehorende faciliteiten;
- 5° de verplichtingen inzake gescheiden boekhouding voor operatoren die beschikken over uitsluitende of bijzondere rechten in andere sectoren dan die van de elektronische communicatie.

Met betrekking tot de noodzaak aan internationale afspraken te voldoen zoals bedoeld in het derde lid, 1°, geeft de Mediaraad de Europese Commissie kennis van besluiten om voor ondernemingen geldende verplichtingen op te leggen, te wijzigen of op te heffen, volgens de procedure van artikel 116.

§ 5 - In uitzonderlijke omstandigheden kan de Mediaraad, met de toestemming van de Europese Commissie aan ondernemingen die zijn aangewezen als ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht andere verplichtingen met betrekking tot toegang of interconnectie opleggen dan die vermeld in de artikelen 84 tot 90 en in het artikel 94.

§ 6 - De Mediaraad mag verplichtingen maar aan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht op een retailmarkt opleggen overeenkomstig § 3, wanneer aan de volgende voorwaarden is voldaan:

- 1° hij stelt overeenkomstig paragraaf 1 vast dat er op een overeenkomstig artikel 72 gedefinieerde markt niet genoeg mededinging is; alsmede
- 2° hij concludeert dat de krachtens de artikelen 84 tot 89 opgelegde verplichtingen niet zouden leiden tot de verwezenlijking van de in artikel 5 beschreven doelstellingen.

§ 7 - Wanneer de Mediaraad na afloop van het in paragraaf 1 beoogde onderzoek van oordeel is dat de daarin bedoelde voorwaarden niet zijn vervuld, legt het geen enkele van de in de artikelen 84 tot 95 genoemde verplichtingen op en handhaaft het die evenmin.

De Mediaraad staat een passende opzeggingstermijn toe aan de partijen waarop een dergelijke intrekking van verplichtingen van invloed is. Bij het bepalen van een dergelijke opzeggingstermijn kan de Mediaraad in verband met bestaande overeenkomsten inzake toegang specifieke voorwaarden en opzeggingstermijnen vaststellen.

§ 8 - De Mediaraad neemt de in de paragrafen 4 tot 7 bedoelde besluiten:

- 1° binnen vijf jaar na de aanneming van een vorig besluit;
- 2° binnen drie jaar na goedkeuring van een aanbeveling, voor de markten waarvoor nog niet eerder kennisgeving is gedaan bij de Europese Commissie, overeenkomstig artikel 116, § 2.

Uiterlijk vier maanden voordat de in het eerste lid, 1^o, bedoelde periode verstrijkt, kan de Mediaraad bij de Europese Commissie een gemotiveerd voorstel indienen om die periode met maximaal één jaar te verlengen.

De termijnen bedoeld in het eerste lid worden met zes maanden verlengd, als de Mediaraad de bijstand van BEREK vraagt bij de voltooiing van de analyse van de markt en de verplichtingen die moeten worden opgelegd.

De marktanalyse en de overeenkomstig de paragrafen 4 tot 7 opgelegde verplichtingen blijven van kracht tot de inwerkingtreding van de volgende marktanalyse.

§ 9 - De Mediaraad raadpleegt de Belgische Mededingingsautoriteit in verband met de ontwerpbesluiten die artikel 72, § 1, en de paragrafen 1, eerste lid, 3, eerste lid, 4, 6 en 7 van onderhavig artikel betreffen.

De Mediaraad kan de Belgische Mededingingsautoriteit ook raadplegen over andere onderwerpen met betrekking tot het mededingingsrecht.

De Belgische Mededingingsautoriteit moet het in het eerste en tweede lid bedoelde advies verstrekken binnen een termijn van hoogstens dertig dagen. Als er binnen de gestelde termijn geen advies uitgebracht werd, mag aan deze formaliteit worden voorbijgegaan.

§ 10 - De Mediaraad onderzoekt de impact van de nieuwe marktontwikkelingen, met name inzake handelsakkoorden, met inbegrip van akkoorden inzake co-investeren, die invloed uitoefenen op de concurrentiedynamiek.

Als deze ontwikkelingen niet belangrijk genoeg zijn om tot een nieuwe marktanalyse te nopen, beoordeelt de Mediaraad onverwijld of het nodig is de verplichtingen te herzien die opgelegd zijn aan de ondernemingen die aangewezen zijn als ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht en alle vorige besluiten te wijzigen, met inbegrip van het intrekken van de verplichtingen of het opleggen van nieuwe verplichtingen, om te garanderen dat deze verplichtingen blijven voldoen aan de voorwaarden waarvan sprake in § 4, tweede lid. Dergelijke gewijzigde verplichtingen mogen pas worden opgelegd na de raadplegingen gedaan overeenkomstig artikel 116, § 1 en 2.

Afdeling 2. — Verplichtingen die aan ondernemingen opgelegd kunnen worden, ongeacht hun aanmerkelijke marktmacht Art. 74 - Verplichtingen met betrekking tot toegang en interconnectie

De Mediaraad kan, hetzij op eigen initiatief, hetzij op verzoek van één van de partijen, na ze gehoord te hebben, ingrijpen ter bevordering en, waar nodig, ter waarborging, van een passende toegang of interoperabiliteit van diensten overeenkomstig artikel 77 en het bepaalde in dit hoofdstuk en ter waarborging van de basisdoelstellingen bepaald in artikel 5.

Wanneer de Mediaraad overeenkomstig het eerste lid ingrijpt, kan hij onder meer:

1^o termijnen opleggen waarbinnen onderhandelingen inzake toegang of het realiseren van interoperabiliteit van diensten afgerond moeten worden;

2^o richtinggevende principes inzake toegang of interoperabiliteit van diensten bepalen, waarover overeenstemming moet worden bereikt;

3^o als er geen overeenstemming kan worden bereikt tussen de partijen, de voorwaarden inzake de te verstrekken toegang of te realiseren interoperabiliteit bepalen, die hij passend acht.

De Mediaraad biedt richtsnoeren en stelt de procedures inzake het verkrijgen van toegang en interconnectie voor het publiek beschikbaar teneinde te waarborgen dat kleine en middelgrote ondernemingen en operatoren met een beperkt geografisch bereik kunnen profiteren van de opgelegde verplichtingen.

Art. 75 - Vertrouwelijkheid van informatie

Informatie die door ondernemingen in het kader van onderhandelingen over toegangen of interconnecties werd verkregen, mag uitsluitend worden gebruikt voor het doel waarvoor zij werd verstrekt. Informatie mag niet aan derden, in het bijzonder andere afdelingen, dochterondernemingen of partners, worden doorgegeven die door die informatie concurrentievoordeel zouden kunnen behalen.

De Mediaraad kan bepalen dat onderhandelingen moeten worden gevoerd via neutrale tussenpersonen als de concurrentievoorwaarden dit vereisen.

Art. 76 - Behoud van de netwerkintegriteit

Levert een exploitant het bewijs aan dat de prestatie het behoud van de netwerkintegriteit of de veiligheid van de netwerkwering zou kunnen bedreigen, dan legt de Mediaraad de desbetreffende toegangsverplichting niet op of legt ze deze verplichting op een andere wijze op. Het behoud van de netwerkintegriteit en de veiligheid van de netwerkwering moeten worden beoordeeld volgens objectieve maatstaven.

Art. 77 - Verplichtingen voor ondernemingen die de toegang tot de eindgebruikers controleren

Onverminderd de maatregelen ten aanzien van exploitanten met een aanmerkelijke marktmacht kan de Mediaraad exploitanten van openbare communicatienetwerken die de toegang tot de eindgebruikers controleren, in gegronde gevallen en op dienovereenkomstig verzoek ertoe verplichten voor de interconnectie van hun netwerken met die van exploitanten van andere openbare communicatienetwerken te zorgen voorzover het noodzakelijk is om eind-tot-eindverbindingen van diensten te waarborgen. Te dien einde kan de Mediaraad daarenboven deze exploitanten andere toegangsverplichtingen en verplichtingen om hun diensten interoperabel te maken opleggen.

De raadplegingsprocedure bedoeld in artikel 116 geldt mutatis mutandis. Verplichtingen en voorwaarden die overeenkomstig het eerste lid worden opgelegd, zijn objectief, transparant, evenredig en niet-discriminerend.

Art. 78 - Elektronische programmagids en applicatieprogramma-interface

Om de toegang van eindgebruikers tot door de Regering gespecificeerde lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten te waarborgen, kan de Mediaraad de exploitanten van openbare communicatiediensten ertoe verplichten, toegang tot de elektronische programmagidsen en applicatieprogramma-interfaces op billijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden aan te bieden.

De raadplegingsprocedure bedoeld in artikel 116 geldt mutatis mutandis.

Art. 79 - Controle-overdracht

Aanbieders van audiovisuele mediadiensten die aan hun eindgebruikers digitaaltelevisieapparatuur verstrekken, moeten hen bij de beëindiging van hun contract de mogelijkheid geven om de digitaaltelevisieapparatuur via een kosteloze en gemakkelijke procedure terug te geven, tenzij de aanbieder aantoonbaar dat de digitaaltelevisieapparatuur volledig interoperabel is met de audiovisuele mediadiensten van andere aanbieders, onder wie ook de aanbieder naar wie de eindgebruiker is overgestapt.

Digitaaltelevisieapparatuur die voldoet aan de geharmoniseerde normen waarvan de kenmerken zijn bekendgemaakt in het Publicatieblad van de Europese Unie, of aan delen daarvan, wordt geacht overeen te komen met de in het eerste lid bedoelde vereisten van interoperabiliteit, waarop die normen of delen daarvan betrekking hebben.

Art. 80 - Verplichtingen ten aanzien van aanbieders van diensten voor voorwaardelijke toegang

De aanbieders van lineaire audiovisuele mediadiensten met systemen voor voorwaardelijke toegang die diensten met het oog op de toegang tot de digitale televisie- en radiodiensten aanbieden waarvan de omroeporganisaties afhangen, bieden op verzoek van elke omroeporganisatie op eerlijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden de technische diensten aan waarmee hun lineaire audiovisuele mediadiensten door de ertoe gerechtigde kijkers of luisteraars kunnen worden ontvangen middels decoders beheerd door de aanbieders.

Wanneer de aanbieder andere activiteiten uitoefent, voert hij een gescheiden boekhouding voor de in het eerste lid bedoelde activiteit.

Art. 81 - Verplichtingen inzake licentieverlening

Houders van industriële eigendomsrechten inzake voorwaardelijke toegangssystemen en -producten moeten op eerlijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden licenties verlenen aan fabrikanten van voor het grote publiek bestemde apparatuur.

De houders van rechten mogen het verlenen van licenties, waarbij rekening wordt gehouden met technische en commerciële factoren, niet doen afhangen van voorwaarden waardoor het verboden, ontraden of onaantrekkelijk gemaakt wordt om in het betrokken product:

1° hetzij een gemeenschappelijke interface in te bouwen die een verbinding met andere toegangssystemen mogelijk maakt;

2° hetzij tot een ander toegangssysteem behorende middelen in te bouwen, als de licentiehouder zicht houdt aan de redelijke en passende voorwaarden inzake de beveiliging van de transacties van de aanbieders van systemen voor voorwaardelijke toegang.

Art. 82 - Interoperabiliteit van autoradio-ontvangers

Elk bedrijf dat in het Duitstalige gebied nieuwe voertuigen van categorie M met audioradio-ontvanger op de markt aanbiedt voor verkoop of verhuur, moet ervoor zorgen dat er in de voertuigen een autoradio-ontvanger is ingebouwd, die ten minste radiodiensten kan ontvangen en reproduceren die via digitale terrestrische radio-uitzendingen worden uitgezonden. Ontvangers die voldoen aan geharmoniseerde normen waarvan de kenmerken zijn bekendgemaakt in het Publicatieblad van de Europese Unie, of die voldoen aan delen daarvan, worden geacht te voldoen aan die vereiste waarop die normen of delen daarvan betrekking hebben.

Afdeling 3. — Verplichtingen die aan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht kunnen worden opgelegd

Art. 83 - Wijziging van reeds gesloten toegangsovereenkomsten

Om de verplichtingen te doen naleven die krachtens artikel 73, § 3, worden opgelegd, kan de Mediaraad een wijziging van de reeds gesloten toegangsovereenkomsten opleggen.

Art. 84 - Transparantieverplichting

§ 1 - De Mediaraad kan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht verplichtingen inzake transparantie met betrekking tot interconnectie of toegang opleggen op grond waarvan ondernemingen nader genoemde informatie openbaar moeten maken, zoals boekhoudkundige informatie, tarieven, technische specificaties, netwerkkenmerken en verwachte ontwikkelingen daarvan, alsook eisen en voorwaarden voor levering en gebruik, met inbegrip van voorwaarden tot wijziging van de toegang tot of het gebruik van diensten en toepassingen, met name wat betreft migratie van legacy-infrastructuur, als dergelijke voorwaarden door de lidstaten zijn toegestaan in overeenstemming met het Europese Unierecht.

§ 2 - In het bijzonder wanneer voor een onderneming verplichtingen inzake non-discriminatie gelden, kan de Mediaraad van die onderneming eisen dat zij een referentieteaanbod publiceert dat voldoende gespecificeerd is om te garanderen dat de ondernemingen niet behoeven te betalen voor faciliteiten die voor de gewenste dienst niet nodig zijn. Dit referentieteaanbod bevat een beschrijving van de betrokken offertes, uitgesplitst in diverse elementen naargelang van de marktbehoeften, en van de daaraan verbonden eisen en voorwaarden, met inbegrip van de tarieven.

Elk nieuw referentieteaanbod wordt, voordat het gepubliceerd wordt, door de Mediaraad goedgekeurd.

De Mediaraad kan onder meer eisen dat een referentieteaanbod wordt gewijzigd om uitvoering te geven aan de uit hoofde van dit decreet opgelegde verplichtingen.

§ 3 - De Mediaraad kan preciseren welke informatie in welke vorm beschikbaar moet worden gesteld en hoe gedetailleerd ze moet zijn.

§ 4 - Onverminderd § 3, als een onderneming uit hoofde van de artikelen 88 en 89 verplichtingen heeft aangaande wholesaletoeegang tot netwerkinfrastructuur, zorgt de Mediaraad ongeacht § 2, derde lid, ervoor dat een referentieteaanbod wordt gepubliceerd, zoveel mogelijk rekening houdend met de richtsnoeren van BEREC wat betreft de minimumcriteria voor een referentieteaanbod, zorgt het ervoor dat, in voorkomend geval, kernprestatie-indicatoren worden vastgesteld, alsmede de bijbehorende dienstverleningsniveaus en ziet het toe op de naleving ervan. Daarnaast legt de Mediaraad zo nodig bij voorbaat de daarmee verbonden boetebedragen vast overeenkomstig het Unierecht en het nationale recht.

Art. 85 - Verplichtingen inzake non-discriminatie

De Mediaraad kan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht verplichtingen inzake non-discriminatie met betrekking tot interconnectie of toegang opleggen.

Verplichtingen inzake non-discriminatie moeten in het bijzonder waarborgen dat de onderneming ten aanzien van andere aanbieders van gelijkwaardige diensten onder gelijkwaardige omstandigheden gelijkwaardige voorwaarden toepast, en aan anderen diensten en informatie aanbiedt onder dezelfde voorwaarden en van dezelfde kwaliteit als die welke zij voor haar eigen diensten of diensten van haar dochterondernemingen of partners biedt. De Mediaraad kan aan die onderneming verplichtingen opleggen inzake de levering van toegangsproducten en -diensten aan alle ondernemingen, inclusief aan zichzelf, binnen dezelfde tijdspanne, en tegen dezelfde voorwaarden, met inbegrip van de prijs en diensten en door middel van dezelfde systemen en processen, teneinde gelijkwaardigheid op het gebied van toegang te waarborgen.

Art. 86 - Verplichting tot het voeren van gescheiden boekhoudingen

§ 1 - De Mediaraad kan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht het voeren van gescheiden boekhoudingen voorschrijven met betrekking tot bepaalde met interconnectie of toegang verband houdende activiteiten.

De Mediaraad bepaalt welk boekhoudkundig model en welke boekhoudkundige methode door de in het eerste lid bedoelde onderneming gehanteerd moet worden.

De Mediaraad kan onder meer van een verticaal geïntegreerde onderneming eisen dat deze opening van zaken

geeft over haar interne groothandelsprijzen en verrekenprijzen, onder andere om ervoor te zorgen dat van de non-discriminatievoorschriften als bedoeld in artikel 85 nageleefd worden of om, zo nodig, onrechtmatige kruissubsidiëring te voorkomen. De Mediaraad kan bepalen welk formaat en welke boekhoudkundige methode moet worden gebruikt.

Een erkende bedrijfsrevisor, aangeduid door de onderneming, ziet op kosten van de onderneming toe op de naleving van de besluiten die in de vorige leden worden vermeld. Volgend op het rapport van die erkende bedrijfsrevisor, kan de Mediaraad ieder jaar een verklaring betreffende de inachtneming van de verplichting tot het voeren van gescheiden boekhoudingen en van de hierbij horende nadere regels publiceren.

§ 2 - Onverminderd de artikelen 118, 119, 120 en 121 kan de Mediaraad, om het toezicht op de naleving van verplichtingen inzake transparantie en non-discriminatie te vergemakkelijken, eisen dat boekhouddocumenten, met inbegrip van gegevens over van derden ontvangen inkomsten, op verzoek worden overgelegd. De Mediaraad bepaalt binnen welke termijn documenten ter beschikking moeten worden gesteld.

De Mediaraad mag die informatie publiceren en kan de onderneming aan wie het een verplichting tot het voeren van gescheiden boekhoudingen heeft opgelegd, verplichten die informatie eveneens te publiceren wanneer zij bijdraagt tot een open en concurrentiële markt, met inachtneming van de regels inzake vertrouwelijkheid van de bedrijfsgegevens.

Art. 87 - Toegang tot civieltechnische voorzieningen

§ 1 - De Mediaraad kan aan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht verplichtingen opleggen om in te gaan op redelijke verzoeken om toegang tot en gebruik van civieltechnische voorzieningen, met inbegrip van, maar niet beperkt tot, gebouwen of toegangen tot gebouwen, kabels in gebouwen inclusief bedrading, antennes, torens en andere ondersteuningsgebouwen, palen, masten, kabelgaten, leidingen, inspectieputten, mangaten en straatkasten, wanneer de Mediaraad op basis van de marktanalyse concludeert dat het weigeren van toegang of verlening van toegang onder onredelijke voorwaarden met eenzelfde effect de ontwikkeling van een door duurzame concurrentie gekenmerkte markt zou belemmeren en niet in het belang van de eindgebruiker zou zijn.

§ 2 - De Mediaraad mag aan een onderneming verplichtingen opleggen om toegang te verlenen overeenkomstig dit artikel, ongeacht of de activa die door de verplichtingen worden beïnvloed deel uitmaken van de betrokken markt in overeenstemming met de marktanalyse, mits de verplichting noodzakelijk en evenredig is met het oog op de verwezenlijking van de doelstellingen van artikel 5.

Art. 88 - Verplichtingen inzake toegang tot en gebruik van specifieke netwerkfaciliteiten

§ 1 - De Mediaraad kan ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht de verplichting opleggen in te gaan op redelijke verzoeken om toegang tot en gebruik van specifieke netwerkelementen en bijbehorende faciliteiten.

Aan ondernemingen kan onder meer worden opgelegd dat zij:

1° derden toegang verlenen tot, en hun het gebruik toestaan van specifieke fysieke netwerkelementen en bijbehorende faciliteiten, in voorkomend geval met inbegrip van ontbundelde toegang tot het aansluitnetwerk en subnetwerk;

2° derden toegang verlenen tot specifieke actieve of virtuele netwerkelementen en -diensten;

3° te goeder trouw onderhandelen met ondernemingen die verzoeken om toegang;

4° reeds verleende toegang tot faciliteiten niet intrekken;

5° op wholesalebasis specifieke diensten aanbieden voor doorverkoop door derden;

6° open toegang verlenen tot technische interfaces, protocollen of andere kerntechnologieën die onmisbaar zijn voor de interoperabiliteit van diensten of virtuele netwerkdiensten;

7° colocatie of andere vormen van gedeeld gebruik van bijbehorende faciliteiten aanbieden;

8° specifieke diensten aanbieden die nodig zijn voor de interoperabiliteit van de aan gebruikers geleverde eind-tot-eind-diensten, of roaming binnen mobiele netwerken;

9° toegang verlenen tot operationele ondersteuningssystemen of vergelijkbare softwaresystemen die nodig zijn om billijke concurrentie bij het aanbieden van diensten te waarborgen;

10° zorgen voor interconnectie van netwerken of netwerkfaciliteiten;

11° toegang verschaffen aan verwante diensten zoals identiteits-, locatie- en presentieinformatiediensten.

De Mediaraad kan die verplichtingen aan voorwaarden aangaande billijkheid, redelijkheid en opportuniteit onderwerpen.

§ 2 - Wanneer de Mediaraad onderzoekt of de verplichtingen uit hoofde van paragraaf 1 moeten worden opgelegd, met name bij de beoordeling of deze verplichtingen in verhouding staan tot de doelstellingen van artikel 5, onderzoekt de Mediaraad of andere vormen van toegang tot bepaalde wholesale-inputs, hetzij op dezelfde, hetzij op een verwante wholesalemarkt, voldoende zijn om het geconstateerde probleem met betrekking tot de belangen van de eindgebruikers op te lossen. Die beoordeling omvat ook commerciële aanbiedingen inzake toegang, gereguleerde toegang op grond van artikel 74 of bestaande dan wel geplande gereguleerde toegang tot andere wholesale-inputs op grond van dit artikel.

De Mediaraad betreft met name de volgende factoren in zijn overwegingen:

1° de technische en economische levensvatbaarheid van het gebruik of de installatie van concurrerende faciliteiten, in het licht van het tempo van de marktontwikkeling, rekening houdend met de aard van en het soort interconnectie of toegang, inclusief de levensvatbaarheid van andere toeleveringsproducten zoals toegang tot kabelgoten;

2° de verwachte technologische ontwikkeling die van invloed is op het ontwerp en beheer van netwerken;

3° de noodzaak om technologieneutraliteit te waarborgen teneinde de partijen in staat te stellen hun eigen netwerken te ontwerpen en te beheren;

4° de haalbaarheid van de aangeboden toegangsverlening, rekening houdend met de beschikbare capaciteit;

5° de door de eigenaar van de faciliteit verrichte initiële investering, rekening houdend met de verrichte overheidsinvesteringen en de aan de investering verbonden risico's, in het bijzonder rekening houdend met investeringen in en risiconiveaus betreffende netwerken met zeer hoge capaciteit;

6° de noodzaak om op de lange termijn de concurrentie in stand te houden, met speciale aandacht voor economisch doeltreffende concurrentie op basis van de infrastructuur en innovatieve bedrijfsmodellen die bevorderlijk zijn voor duurzame concurrentie, zoals de modellen op basis van mede-investeringen in netwerken;

7° in voorkomend geval, de intellectuele-eigendomsrechten;

8° het verlenen van pan-Europese diensten.

§ 3 - Als een onderneming in overeenstemming met de bepalingen van dit artikel de verplichting wordt opgelegd toegang te verlenen, kan de Mediaraad technische of operationele voorwaarden opleggen aan de aanbieder of de gebruikers van die toegang, wanneer dat nodig is om de normale werking van het netwerk te garanderen. Verplichtingen om specifieke technische normen of specificaties te volgen, zijn in overeenstemming met de door de Europese Commissie vastgestelde normen en specificaties.

§ 4 - Als de Mediaraad overeenkomstig artikel 73 de oplegging van verplichtingen op grond van artikel 87 of van dit artikel in overweging neemt, onderzoekt hij of de loutere oplegging van verplichtingen overeenkomstig artikel 87 een evenredig middel is om de concurrentie en de belangen van de eindgebruiker te bevorderen.

Art. 89 - Verplichtingen inzake prijscontrole en kostentoerekening

§ 1 - De Mediaraad kan overeenkomstig artikel 73, § 3 en 5, verplichtingen inzake het terugverdienen van kosten en prijscontrole opleggen, inclusief verplichtingen inzake kostenoriëntering van prijzen en kostentoerekeningsystemen, voor het verlenen van specifieke interconnectie- en/of toegangstypes, wanneer uit een marktanalyse blijkt dat een onderneming met aanmerkelijke marktmacht de prijzen door het ontbreken van werkelijke concurrentie op een buitensporig hoog peil kan handhaven of de marges kan uithollen, ten nadele van de eindgebruikers.

Wanneer de Mediaraad beslist of verplichtingen inzake prijscontrole passend zouden zijn, houdt hij rekening met de noodzaak om de mededinging te bevorderen en met de belangen van de eindgebruikers op de lange termijn op het gebied van de implementatie en toepassing van nieuwegeneratienetwerken, en met name van netwerken met zeer hoge capaciteit. In het bijzonder om investeringen door de onderneming, ook in nieuwegeneratienetwerken, aan te moedigen, houdt de Mediaraad rekening met de door de onderneming gedane investeringen.

Als de Mediaraad van mening is dat verplichtingen inzake prijscontrole passend zijn, laat hij toe dat de onderneming een redelijke opbrengst krijgt uit haar kapitaalbreng, waarbij het de specifieke risico's van een bepaald nieuw netwerkproject waarin wordt geïnvesteerd in aanmerking neemt.

De Mediaraad neemt in overweging om geen verplichtingen op grond van dit artikel op te leggen of in stand te houden wanneer hij vaststelt dat er sprake is van een aantoonbare retailprijnsbeperking en dat een overeenkomstig de artikelen 84 tot 88 opgelegde verplichting, inclusief met name een overeenkomstig artikel 85 opgelegde economische-repliceerbaarheidstoets, voor effectieve en niet-discriminerende toegang zorgt.

Als de Mediaraad het passend acht verplichtingen inzake prijscontrole op te leggen betreffende toegang tot bestaande netwerkelementen, houdt hij ook rekening met de voordelen van voorspelbare en stabiele wholesaleprijzen ten aanzien van het waarborgen van efficiënte markttoegang en afdoende stimulansen die erop gericht zijn dat alle ondernemingen nieuwe en verbeterde netwerken uitrollen.

§ 2 - De Mediaraad ziet erop toe dat regelingen voor het terugverdienen van kosten en tarifieringsmethoden die worden opgelegd, erop gericht zijn de uitrol van nieuwe en verbeterde netwerken alsmede de efficiëntie en duurzame concurrentie te bevorderen en de eindgebruiker maximaal en op duurzame wijze voordeel te bieden. In dat verband kan de Mediaraad ook rekening houden met beschikbare prijzen van vergelijkbare concurrerende markten.

§ 3 - Als voor een onderneming een verplichting inzake kostenoriëntering van haar tarieven geldt, is het aan haar om aan te tonen dat de tarieven worden bepaald op basis van de kosten, verhoogd met een redelijk investeringsrendement.

Voor de berekening van de kosten verbonden aan efficiënte dienstverlening, kan de Mediaraad boekhoudkundige kostenberekeningsmethoden gebruiken die los staan van de door de onderneming gebruikte methoden. De Mediaraad kan van een onderneming verlangen dat zij volledige verantwoording aflegt over haar tarieven en indien nodig dat deze worden aangepast.

§ 4 - De Mediaraad zorgt ervoor dat, wanneer de invoering van een kostentoerekeningssysteem verplicht wordt gesteld met het oog op prijscontrole, een beschrijving van dit systeem voor het publiek beschikbaar wordt gesteld waarin ten minste de hoofdcategorieën waarin de kosten worden ingedeeld en de voor de toerekening van de kosten toegepaste regels worden vermeld. De inachtneming van het kostentoerekeningssysteem wordt op kosten van de onderneming geverifieerd door een erkend revisor, die elk jaar een verklaring van overeenstemming opstelt, welke door de Mediaraad wordt gepubliceerd.

Art. 90 - Regelgeving inzake nieuwe elementen van netwerken met zeer hoge capaciteit

§ 1 - Ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht kunnen overeenkomstig de in artikel 93 beschreven procedure en onder de in het tweede lid genoemde voorwaarden, afspraken aanbieden om de uitrol van een nieuw netwerk met zeer hoge capaciteit dat tot aan de gebouwen van de eindgebruiker of het basisstation uit optische-vezelcomponenten bestaat, open te stellen voor mede-investeringen - bijvoorbeeld door het aanbieden van mede-eigendom of langetermijnrisicodeling aan de hand van medefinanciering of van koopovereenkomsten die specifieke rechten van structurele aard meebrengen - door andere aanbieders van elektronischecommunicatienetwerken of -diensten.

Wanneer de Mediaraad die afspraken evalueert, gaat het met name na of het aanbod van mede-investeringen voldoet aan elk van de volgende voorwaarden:

1° het aanbod geldt op elk moment van de levensduur van het netwerk voor alle aanbieders van elektronischecommunicatienetwerken of -diensten;

2° het aanbod biedt andere mede-investeerders die aanbieders van elektronischecommunicatienetwerken of -diensten zijn, de mogelijkheid om daadwerkelijk en duurzaam te concurreren in downstreammarkten waarop de als onderneming met aanmerkelijke marktmacht aangewezen onderneming actief is, onder voorwaarden die onder meer het volgende omvatten:

a) billijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden die toegang bieden tot de volledige capaciteit van het netwerk voor zover de mede-investering ervoor geldt;

b) flexibiliteit wat betreft de waarde en looptijd van de deelname van elke mede-investeerder;

c) de mogelijkheid om die deelname in de toekomst uit te breiden; en

d) wederzijdse rechten die door de mede-investeerders worden verleend na de uitrol van infrastructuur die is medegefinancierd;

3° de onderneming maakt het aanbod tijdig bekend en, als de onderneming niet beschikt over de in artikel 94, § 1, vermelde kenmerken, ten minste zes maanden voor de uitrol van het nieuwe netwerk; die periode kan op grond van de omstandigheden worden verlengd;

4° toegangvragende partijen die niet deelnemen aan de mede-investering, kunnen van de aanvang af profiteren van dezelfde kwaliteit, snelheid en voorwaarden en hetzelfde eindgebruikersbereik als beschikbaar vóór de uitrol, samen met een mechanisme van aanpassing in de tijd dat door de Mediaraad wordt bevestigd in het licht van de

ontwikkelingen op de relevante retailmarkten, en dat de prikkels voor het deelnemen aan de mede-investeringen in stand houdt; dat mechanisme zorgt ervoor dat toegangvragende partijen toegang krijgen tot de elementen met zeer hoge capaciteit van het netwerk, zulks op een tijdstip en op basis van transparante en niet-discriminerende voorwaarden die passen bij de risiconiveaus waaraan de diverse mede-investeerders in verschillende stadia van de uitrol zijn blootgesteld en met inachtneming van de mededingingscontext op de retailmarkten;

5° het aanbod voldoet ten minste aan de in paragraaf 5 vervatte criteria en is te goeder trouw gedaan.

§ 2 - Als de Mediaraad, rekening houdend met de resultaten van de overeenkomstig artikel 93, § 2, uitgevoerde markttoets, constateert dat de aangeboden mede-investeringsafspraken voldoet aan de voorwaarden van paragraaf 1 van dit artikel, maakt hij die afspraak bindend op grond van artikel 93, § 3, en legt hij met betrekking tot de onder de afspraken vallende elementen van het nieuwe netwerk met zeer hoge capaciteit geen extra verplichtingen op grond van artikel 73, § 4, op, op voorwaarde dat ten minste één potentiële mede-investeerder een mede-investeringsovereenkomst met de als onderneming met aanmerkelijke marktmacht aangewezen onderneming heeft gesloten.

Het eerste lid doet geen afbreuk aan de regelgeving betreffende omstandigheden die niet voldoen aan de voorwaarden van het eerste lid, rekening houdend met de resultaten van eventueel overeenkomstig artikel 93, § 2, uitgevoerde markttoetsen, maar die de mededinging beïnvloeden en in aanmerking worden genomen voor de toepassing van de artikelen 72 en 73.

In afwijking van het eerste lid zorgt de Mediaraad in naar behoren gerechtvaardigde omstandigheden, met het oog op de in artikel 5 opgesomde doelstellingen en ter uitvoering van artikel 102, overeenkomstig de artikelen 73 en 84 tot 89 voor oplossingen met betrekking tot nieuwe netwerken met zeer hoge capaciteit, teneinde significante problemen met de mededinging op specifieke markten aan te pakken als de Mediaraad constateert dat die problemen met de mededinging, gelet op de bijzondere eigenschappen van die markten, anders niet zouden worden aangepakt.

§ 3 - De Mediaraad monitort voortdurend de naleving van de voorwaarden van paragraaf 1 en kan de onderneming die is aangewezen als een onderneming met aanmerkelijke marktmacht, ertoe verplichten jaarlijkse nalevingsverklaringen in te dienen.

Dit artikel doet geen afbreuk aan de bevoegdheid van de Mediaraad om besluiten te nemen overeenkomstig artikel 113, § 1, van dit decreet, als zich een geschil voordoet tussen ondernemingen in verband met een overeenkomst inzake mede-investeringen die volgens de Mediaraad aan de in paragraaf 1 beschreven voorwaarden voldoet.

§ 4 - Bij de toepassing van dit artikel houdt de Mediaraad rekening met de richtsnoeren van BEREC ter bevordering van de consistente toepassing door de nationale regelgevende instanties van de voorwaarden van paragraaf 1 en de criteria van paragraaf 5.

§ 5 - Wanneer de Mediaraad een aanbieding betreffende mede-investeringen op grond van paragraaf 1, beoordeelt, controleert hij of ten minste aan de volgende criteria is voldaan. De Mediaraad kan overwegen aanvullende criteria te bepalen voor zover deze noodzakelijk zijn om te zorgen voor toegankelijkheid van potentiële investeerders tot de mede-investering, in het licht van specifieke plaatselijke omstandigheden en van de marktstructuur:

1° de aanbieding betreffende mede-investeringen staat op niet-discriminerende basis gedurende de levensduur van het door middel van een aanbieding betreffende mede-investeringen aangelegde netwerk open voor alle ondernemingen. De onderneming die is aangewezen als onderneming met aanmerkelijke marktmacht kan in de aanbieding redelijke voorwaarden betreffende de financiële capaciteit van ondernemingen opnemen, zoals bijvoorbeeld de voorwaarde dat potentiële mede-investeerders moeten aantonen dat zij in staat zijn gefaseerde betalingen te doen op basis waarvan de implementatie wordt gepland, de aanvaarding van een strategisch plan op basis waarvan implementatieplannen voor de middellange termijn worden uitgestippeld, enzovoort;

2° de aanbieding betreffende mede-investeringen is transparant:

a) de aanbieding is beschikbaar en gemakkelijk te vinden op de website van de onderneming die is aangewezen als onderneming met aanmerkelijke marktmacht;

b) de volledige voorwaarden, inclusief alle bijzonderheden, worden ter beschikking gesteld van alle potentiële bidders die belangstelling voor de aanbidding hebben, met inbegrip van de rechtsvorm van de overeenkomst betreffende mede-investering en, indien relevant, de belangrijkste governancevoorschriften van het mede-investeringsvehikel; en

c) het proces, waaronder het stappenplan voor de oprichting en ontwikkeling van het mede-investeringsproject, wordt van tevoren vastgesteld, wordt op duidelijke wijze schriftelijk aan alle potentiële mede-investeerders uiteengezet, en alle significante mijlpalen worden op niet-discriminerende wijze aan alle ondernemingen meegedeeld.

3° de aanbidding betreffende mede-investeringen omvat voorwaarden voor potentiële investeerders op basis waarvan duurzame mededinging op de lange termijn wordt bevorderd, met name:

a) aan alle ondernemingen worden billijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden aangeboden voor de deelname aan een overeenkomst betreffende de mede-investering naargelang van het tijdstip waarop zij partij worden, onder meer wat betreft een verplichte financiële bijdrage voor de verwerving van specifieke rechten, wat betreft de bescherming van de mede-investeerders op grond van die rechten, zowel tijdens de aanlegfase als tijdens de exploitatiefase, bijvoorbeeld door het verlenen van onvervreembare gebruiksrechten voor de verwachte levensduur van het netwerk waarin mede-investering plaatsvindt, en wat betreft de voorwaarden voor de deelname aan en eventuele opzegging van de overeenkomst betreffende mede-investering. Niet-discriminerende voorwaarden houden in dit verband niet in dat aan alle potentiële mede-investeerders precies dezelfde voorwaarden, met inbegrip van financiële voorwaarden, worden aangeboden, maar dat alle varianten van de aangeboden voorwaarden gerechtvaardigd zijn op basis van dezelfde objectieve, transparante, niet-discriminerende en voorspelbare criteria, zoals het aantal vastgelegde eindgebruikerslijnen;

b) de aanbidding voorziet in flexibiliteit wat betreft de waarde en looptijd van de verbintenissen die door elke mede-investeerder worden aangegaan, bijvoorbeeld door middel van een overeengekomen en potentieel toenemend percentage van de totale eindgebruikerslijnen in een bepaald gebied, waartoe de mede-investeerders zich geleidelijk kunnen verbinden en dat wordt vastgesteld op een niveau per eenheid dat kleinere mede-investeerders met beperkte middelen de mogelijkheid biedt in te stappen in de mede-investering op wat redelijkerwijs een minimum niveau mag worden genoemd en daarna hun deelname geleidelijk te verhogen, terwijl een adequaat niveau van de oorspronkelijke verbintenissen wordt gewaarborgd. Bij de vaststelling van de door elke mede-investeerder te leveren financiële bijdrage wordt rekening gehouden met het feit dat vroege investeerders grotere risico's lopen en eerder kapitaal inbrengen;

c) een geleidelijk toenemende premie wordt als gerechtvaardigd beschouwd voor verbintenissen die in een later stadium worden aangegaan en voor nieuwe mede-investeerders die instappen in de mede-investering nadat het project van start is gegaan, zodat rekening wordt gehouden met afnemende risico's en wordt voorkomen dat er prikkels van uitgaan om kapitaal niet in een vroeg stadium in te brengen;

d) de overeenkomst betreffende de mede-investering staat toe dat mede-investeerders verkregen rechten overdragen aan andere mede-investeerders of aan derden die bereid zijn partij te worden bij de overeenkomst betreffende de mede-investering, mits de overnemende partij verplicht wordt om alle in het kader van de overeenkomst betreffende de mede-investering aan de overdragende partij opgelegde oorspronkelijke verplichtingen na te leven;

e) de mede-investeerders verlenen elkaar onder billijke en redelijke voorwaarden wederzijdse rechten betreffende toegang tot infrastructuur waarop de mede-investering betrekking heeft, met als doel het downstream aanbieden van diensten, onder meer aan eindgebruikers, overeenkomstig transparante voorwaarden die duidelijk zijn vastgelegd in de aanbieding betreffende mede-investeringen en de daaropvolgende overeenkomst, met name als de mede-investeerders individueel en afzonderlijk verantwoordelijk zijn voor de implementatie van specifieke onderdelen van het netwerk. Als een mede-investeringsvehikel wordt gecreëerd, voorziet dit, direct of indirect, in toegang tot het netwerk voor alle mede-investeerders, op basis van de gelijkwaardigheid van inputs en onder billijke en redelijke voorwaarden, met inbegrip van financiële voorwaarden waarin rekening is gehouden met de verschillende risiconiveaus die de afzonderlijke mede-investeerders aanvaarden;

4° met de aanbieding betreffende mede-investeringen wordt een duurzame investering gewaarborgd waarmee waarschijnlijk tegemoet wordt gekomen aan toekomstige behoeften, doordat nieuwe netwerkelementen worden geïmplementeerd die aanzienlijk bijdragen tot de implementatie van netwerken met een zeer hoge capaciteit.

Art. 91 - Functionele scheiding

§ 1 - Als de Mediaraad besluit dat de passende verplichtingen die zijn opgelegd krachtens de artikelen 84 tot 89 er niet in geslaagd zijn daadwerkelijke concurrentie tot stand te brengen en dat er belangrijke en blijvende concurrentieproblemen en/of markttekortkomingen zijn vastgesteld met betrekking tot het aanbod op wholesaleniveau op bepaalde markten voor toegangsproducten, kan hij uitzonderlijk, in overeenstemming met artikel 73, § 5, een verplichting opleggen aan verticaal geïntegreerde ondernemingen om activiteiten die verband houden met het aanbieden van de desbetreffende toegangsproducten op wholesaleniveau in een onafhankelijk opererende bedrijfseenheid te plaatsen.

Die bedrijfseenheid moet toegangsproducten en -diensten leveren aan alle ondernemingen, met inbegrip van andere bedrijfseenheden binnen de moedermaatschappij, binnen dezelfde tijdspanne en tegen dezelfde voorwaarden, met inbegrip van de prijs en kwaliteit van dienstverlening, en door middel van dezelfde systemen en processen.

§ 2 - Als de Mediaraad voornemens is functionele scheiding verplicht te stellen, dient hij hiertoe een voorstel in bij de Europese Commissie met:

1° het bewijs dat het in paragraaf 1 bedoelde besluit van de Mediaraad gerechtvaardigd is;

2° een gemotiveerde evaluatie die besluit dat er binnen een redelijke termijn weinig of geen kans is op daadwerkelijke en duurzame op infrastructuur gegronde concurrentie;

3° een analyse van de verwachte impact op de Mediaraad, op de onderneming, met name op de werknemers van de gescheiden bedrijfseenheid, op de elektronische-communicatiesector als geheel, op de stimuli om daarin te investeren, met name in verband met de noodzaak te zorgen voor sociale en territoriale cohesie, en op andere belanghebbenden, met name de verwachte impact op de mededinging op het gebied van infrastructuur en eventuele daaruit voortvloeiende gevolgen voor de consument;

4° een analyse van de redenen waarom die verplichting het efficiëntste middel zou zijn om mededingingsproblemen op te lossen of correctiemaatregelen te doen toepassen die erop gericht zijn de geïdentificeerde mededingingsproblemen of problemen in verband met markttekortkomingen op te lossen.

§ 3 - De ontwerpmaatregel omvat de volgende elementen:

1° de exacte aard en het niveau van scheiding, waarbij met name de rechtsstatus van de afzonderlijke bedrijfseenheid wordt vermeld;

2° de lijst van de activa van de afzonderlijke bedrijfseenheid alsook van de producten of diensten die door deze eenheid moeten worden geleverd;

3° de bestuursregelingen om te zorgen voor de onafhankelijkheid van het personeel dat in dienst is bij de afzonderlijke bedrijfseenheid, en de overeenkomstige stimulerende maatregelen;

4° voorschriften om te zorgen voor de naleving van de verplichtingen;

5° voorschriften om te zorgen voor transparantie van de operationele procedures, met name naar de belanghebbenden toe;

6° een toezichtprogramma om te zorgen voor naleving, met inbegrip van de publicatie van een jaarverslag.

§ 4 - Naar aanleiding van het besluit van de Europese Commissie inzake die ontwerpmaatregel, voert de Mediaraad een gecoördineerde analyse uit van de verschillende markten die verbonden zijn met het toegangsnetwerk overeenkomstig de in artikel 73 beschreven procedure. Op basis van die analyse moet de Mediaraad, overeenkomstig artikel 116, § 2, verplichtingen opleggen, handhaven of intrekken.

§ 5 - Een onderneming die functionele scheiding kreeg opgelegd, kan worden onderworpen aan alle in de artikelen 72 tot 89 en 95 bedoelde verplichtingen op elke specifieke markt wanneer is vastgesteld dat het een onderneming betreft die overeenkomstig artikel 73 is aangewezen als een onderneming met aanmerkelijke marktmacht, of andere verplichtingen die door de Europese Commissie zijn goedgekeurd.

Art. 92 - Vrijwillige scheiding door een verticaal geïntegreerde onderneming

§ 1 - Ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht stellen de Mediaraad ten minste drie maanden vooraf in kennis van hun voornemen hun plaatselijke toegangsnetwerkactiva of een belangrijk deel ervan over te dragen aan een afzonderlijke rechtseenheid met een verschillende eigenaar, of een afzonderlijke bedrijfseenheid op te richten om aan alle retailers, met inbegrip van de eigen retailafdelingen, volledige equivalente toegangsproducten te verstrekken, zodat de Mediaraad de impact van de geplande transactie kan beoordelen.

Die ondernemingen stellen de Mediaraad tevens in kennis van eventuele veranderingen van dat voornemen, alsmede van het eindresultaat van het scheidingsproces.

Dergelijke ondernemingen kunnen ook afspraken inzake toegangsvoorwaarden aanbieden die van toepassing zullen zijn op hun netwerk tijdens een implementatieperiode nadat de voorgestelde vorm van de scheiding is geïmplementeerd, teneinde effectieve en niet-discriminerende toegang door derden te waarborgen. Het aanbod van afspraken is voldoende gedetailleerd, onder meer wat betreft het tijdschema voor de implementatie en de looptijd opdat de Mediaraad zijn taken overeenkomstig paragraaf 2 kan uitvoeren. Dergelijke afspraken kunnen een langere periode bestrijken dan de maximale periode voor marktbeoordelingen die in artikel 73, § 8, is vastgesteld.

§ 2 - De Mediaraad onderzoekt welk effect de voorgenomen transactie, indien van toepassing in combinatie met de aangeboden afspraken, zal hebben op de bestaande regelgevende verplichtingen op grond van dit decreet.

Hiertoe voert de Mediaraad een analyse uit van de verschillende markten die verbonden zijn aan het toegangsnetwerk in overeenstemming met de in artikel 73 beschreven procedure.

Op basis van die analyse moet de Mediaraad verplichtingen opleggen, handhaven, wijzigen of intrekken, overeenkomstig de in artikel 116, § 1, omschreven procedure, waarbij in voorkomend geval artikel 94 wordt toegepast. De Mediaraad kan in zijn besluit bepalen dat de afspraken in hun geheel of gedeeltelijk bindend zijn. In afwijking van artikel 73, § 8, kan de Mediaraad bepalen dat de afspraken in hun geheel of gedeeltelijk bindend zijn voor de gehele periode waarvoor zij worden aangeboden.

§ 3 - De juridisch of operationeel gescheiden bedrijfseenheid waarvan overeenkomstig artikel 73, is vastgesteld dat zij op een specifieke markt aanmerkelijke marktmacht heeft, kan in voorkomend geval worden onderworpen aan alle in de artikelen 84 tot 89 en 95 bedoelde verplichtingen, of andere verplichtingen die de Europese Commissie op grond van artikel 73, § 5, heeft toegestaan, als de aangeboden afspraken niet afdoende zijn om de doelstellingen vermeld in artikel 5 te verwezenlijken.

§ 4 - De Mediaraad houdt toezicht op de implementatie van de door de ondernemingen aangeboden afspraken die hij overeenkomstig paragraaf 2 bindend heeft gemaakt, en neemt de verlenging ervan in overweging wanneer de looptijd waarvoor deze oorspronkelijk werden aangeboden, is verstreken.

Art. 93 - Afspraakprocedure

§ 1 - Ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht kunnen aan de Mediaraad afspraken aanbieden in verband met de voor hun netwerken geldende voorwaarden voor toegang of mede-investeringen, of beide, met betrekking tot onder meer:

1° samenwerkingsregelingen inzake de beoordeling van passende en evenredige verplichtingen op grond van artikel 73;

2° mede-investeringen in netwerken met zeer hoge capaciteit op grond van artikel 90; of

3° doeltreffende en niet-discriminerende toegang voor derde partijen op grond van artikel 92, zowel tijdens een implementatieperiode van vrijwillige scheiding door een verticaal geïntegreerde onderneming als nadat de voorgestelde vorm van scheiding is geïmplementeerd.

Het aanbod voor afspraken is voldoende gedetailleerd, onder meer wat betreft het tijdstip en de reikwijdte van de implementatie ervan en de duur ervan, teneinde de Mediaraad in staat te stellen zijn beoordeling op grond van paragraaf 2 uit te voeren. Die afspraken kunnen een langere periode bestrijken dan de in artikel 73, § 8, bepaalde maximumperiode voor marktanalyse.

§ 2 - Teneinde op grond van paragraaf 1 door een onderneming aangeboden afspraken te beoordelen, verricht de Mediaraad, tenzij die afspraken duidelijk niet aan één of meerdere desbetreffende voorwaarden of criteria voldoen, een markttoets, met name betreffende de aangeboden voorwaarden, door het organiseren van een raadpleging van belanghebbende partijen, met name derde partijen die rechtstreekse gevolgen ondervinden. Mogelijke mede-investeers of toegangvragende partijen kunnen zich uitspreken over de conformiteit van de aangeboden afspraken met de voorwaarden van artikel 73, 90 of 92, naargelang van toepassing, en kunnen veranderingen voorstellen.

Wat betreft de krachtens dit artikel aangeboden afspraken houdt de Mediaraad bij het beoordelen van verplichtingen op grond van artikel 73, § 4, tweede lid, in het bijzonder rekening met:

1° bewijsmateriaal inzake de billijke en redelijke aard van de aangeboden afspraken;

2° het openstaan van de afspraken voor alle marktdeelnemers;

3° de tijdige beschikbaarheid van toegang onder billijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden, onder meer tot netwerken met zeer hoge capaciteit, voordat aanverwante retaildiensten worden aangeboden; en

4° de algemene mate waarin de aangeboden afspraken duurzame mededinging op downstreammarkten mogelijk maken en de uitrol en ingebruikneming van netwerken met zeer hoge capaciteit in samenwerkingsverband faciliteren ten behoeve van eindgebruikers.

De Mediaraad deelt, rekening houdend met alle tijdens de raadpleging geuite standpunten en met de mate waarin die standpunten representatief zijn voor de verschillende belanghebbenden, aan de onderneming die is aangewezen als onderneming met aanmerkelijke marktmacht zijn voorlopige conclusies mee over de vraag of de aangeboden afspraken voldoen aan de doelstellingen, criteria en procedures in dit artikel en artikel 73, 90 of 93, naargelang van toepassing, alsmede onder welke voorwaarden het in overweging zou kunnen nemen de afspraken bindend te maken. De onderneming kan haar initiële aanbod herzien om rekening te houden met de conclusies van de Mediaraad en met het oog op het voldoen aan de criteria in dit artikel en, naargelang van toepassing, in artikel 73, 90 of 92.

§ 3 - Onverminderd artikel 90, § 2, eerste lid, kan de Mediaraad een besluit nemen om de afspraken geheel of gedeeltelijk bindend te maken.

In afwijking van artikel 73, § 8, kan de Mediaraad bepaalde of alle afspraken bindend maken voor een specifieke periode, die de hele periode waarvoor het aanbod geldt kan zijn, en in het geval van mede-investeringsafspraken die op grond van artikel 90, § 2, eerste lid, bindend zijn gemaakt, maakt het deze bindend voor een periode van minimaal zeven jaar.

Met inachtneming van artikel 90 laat dit artikel de toepassing van de marktanalyseprocedure en het opleggen van verplichtingen op grond van artikel 73 onverlet.

Als de Mediaraad afspraken op grond van dit artikel bindend maakt, onderzoekt hij krachtens artikel 73 de gevolgen van dat besluit voor de marktontwikkeling, alsmede het al dan niet passend zijn van verplichtingen die hij heeft opgelegd of die hij, bij gebrek aan afspraken, overwoog op te leggen op grond van dat artikel of de artikelen 84 tot 89. Wanneer de Mediaraad overeenkomstig artikel 73, § 4, kennis geeft van een ontwerpmaatregel krachtens artikel 116, § 2, voegt hij het besluit tot vaststelling van de afspraak bij de ter kennis gebrachte ontwerpmaatregel.

§ 4 - De Mediaraad monitort, controleert en waarborgt de naleving van de afspraken die hij overeenkomstig paragraaf 3 bindend heeft gemaakt op dezelfde manier als waarop hij de naleving van krachtens artikel 73, § 4, opgelegde verplichtingen monitort, controleert en waarborgt, en neemt de verlenging van de periode waarvoor zij bindend zijn gemaakt in overweging wanneer de initiële periode verstrijkt. Wanneer de Mediaraad concludeert dat een onderneming niet heeft voldaan aan de overeenkomstig paragraaf 3 bindend gemaakte afspraken, kan hij die onderneming overeenkomstig artikel 139 van dit decreet sancties opleggen. De Mediaraad kan de overeenkomstig artikel 73, § 10, opgelegde verplichtingen opnieuw evalueren.

Art. 94 - Uitsluitend op wholesalemarkten actieve ondernemingen

§ 1 - Als de Mediaraad een onderneming die niet actief is op een retailmarkt voor elektronischcommunicatiediensten overeenkomstig artikel 73, § 4, aanwijst als een onderneming met aanmerkelijke marktmacht op één of meerdere wholesalemarkten, gaat hij na of die onderneming over de volgende kenmerken beschikt:

1° alle bedrijven en bedrijfsonderdelen binnen de onderneming, alle bedrijven waarover dezelfde uiteindelijke eigenaar zeggenschap heeft, maar die niet per se volledig in zijn of hun bezit zijn, en eventuele aandeelhouders die zeggenschap kunnen uitoefenen over de onderneming, ontplooiën slechts activiteiten op wholesalemarkten voor elektronischcommunicatiediensten en beogen dat ook in de toekomst te doen, en ontplooiën dus geen activiteiten op een retailmarkt voor elektronischcommunicatiediensten die in de Europese Unie aan eindgebruikers worden verstrekt;

2° de onderneming is niet gebonden aan een enkele en afzonderlijke downstream actieve onderneming die activiteiten ontplooit op een retailmarkt voor elektronischcommunicatiediensten die aan eindgebruikers worden verstrekt, op grond van een exclusieve overeenkomst of een overeenkomst die feitelijk neerkomt op een exclusieve overeenkomst.

§ 2 - Als de Mediaraad concludeert dat aan de in paragraaf 1 bedoelde voorwaarden is voldaan, kan hij aan die onderneming alleen verplichtingen op grond van de artikelen 85 en 88, of verplichtingen met betrekking tot eerlijke en redelijke prijzen, opleggen als dit gerechtvaardigd is op basis van een marktanalyse, inclusief een prospectieve beoordeling van het waarschijnlijke gedrag van de onderneming die is aangewezen als onderneming met aanmerkelijke marktmacht.

§ 3 - De Mediaraad kan de overeenkomstig dit artikel aan de onderneming opgelegde verplichtingen te allen tijde heroverwegen als het concludeert dat niet meer aan de in paragraaf 1 bedoelde voorwaarden wordt voldaan, en het past voor zover passend de artikelen 72 tot 73 en 84 tot 89 toe. De ondernemingen stellen de Mediaraad zonder onnodige vertraging in kennis van elke wijziging in de omstandigheden die relevant zijn voor paragraaf 1.

§ 4 - De Mediaraad heroverweegt de overeenkomstig dit artikel aan de onderneming opgelegde verplichtingen ook als het op basis van bewijsstukken betreffende de door de onderneming aan haar downstreamklanten aangeboden voorwaarden concludeert dat er concurrentieproblemen zijn ontstaan of dreigen te ontstaan waardoor de eindgebruikers worden benadeeld en het noodzakelijk is één of meer van de in artikel 84, 86, 87 of 89 bedoelde verplichtingen op te leggen of de overeenkomstig paragraaf 2 opgelegde verplichtingen aan te passen.

§ 5 - Het opleggen van verplichtingen en de heroverweging daarvan wordt uitgevoerd in overeenstemming met de in de artikelen 116 en 117 bedoelde procedures.

Art. 95 - Migratie van legacy-infrastructuur

§ 1 - Ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht stellen de Mediaraad van tevoren en tijdig in kennis wanneer zij beogen over te gaan tot buitenbedrijfstelling of vervanging door nieuwe infrastructuur van onder verplichtingen op grond van de artikelen 73 en 84 tot 94 vallende delen van het netwerk, met inbegrip van legacy-infrastructuur die nodig is om een kopernetwerk te gebruiken.

§ 2 - De Mediaraad waarborgt dat het proces van buitenbedrijfstelling of vervanging transparante tijdschema's en voorwaarden omvat, inclusief een passende opzeggingstermijn voor de overgang, en stelt vast dat indien nodig alternatieve producten van ten minste vergelijkbare kwaliteit beschikbaar zijn die toegang verstrekken tot de opgewaardeerde netwerkinfrastructuur die in de plaats komt van de vervangen elementen, teneinde de concurrentie en de rechten van de eindgebruikers zeker te stellen.

De Mediaraad kan de verplichtingen betreffende activa waarvan buitenbedrijfstelling of vervanging is beoogd, intrekken wanneer het zich ervan heeft vergewist dat de aanbieder van toegang:

1° passende voorwaarden voor de migratie tot stand heeft gebracht, onder meer door een alternatief toegangsproduct van ten minste vergelijkbare kwaliteit beschikbaar te stellen waarmee toegangsvragende partijen dezelfde eindgebruikers kunnen bereiken als met de legacy-infrastructuur; en

2° voldoet aan de voorwaarden en het proces waarvan de Mediaraad overeenkomstig dit artikel in kennis is gesteld.

Een dergelijke intrekking wordt uitgevoerd overeenkomstig de in de artikelen 116 en 117 bedoelde procedures.

HOOFDSTUK 4 - Toegang tot specifieke inhoud en diensten

Art. 96 - Het recht op verplichte verbreiding voor lineaire audiovisuele mediadiensten

§ 1 - De Regering kan een aanbieder van audiovisuele mediadiensten het recht op verplichte verbreiding van één of meer van zijn lineaire audiovisuele mediadiensten toekennen. De toekenning van dat recht veronderstelt dat de aanbieder van mediadiensten en de Regering een overeenkomst hebben gesloten.

Dit recht wordt overeenkomstig artikel 97, § 1, 2°, uitgeoefend ten aanzien van de exploitanten van elektronischcommunicatiediensten van wie de diensten door een significant aantal eindgebruikers gebruikt worden als voornaamste middel om lineaire audiovisuele mediadiensten te ontvangen.

§ 2 - Het recht op verplichte verbreiding wordt bij de Regering per aangetekend schrijven aangevraagd. De Regering bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig dagen na ontvangst ervan.

De Regering bezorgt de aanvraag en de ontwerpovereenkomst aan de Mediaraad. De Mediaraad verstrekt binnen zestig dagen advies daarover. Als hij binnen de gestelde termijn geen advies uitbrengt, kan deze formaliteit buiten beschouwing worden gelaten.

§ 3 - Het recht op verplichte verbreiding van een lineaire audiovisuele mediadienst kan alleen toegekend worden als die dienst aan de volgende minimumvoorwaarden voldoet:

1° bijdragen tot de luister van het erfgoed - inzonderheid het culturele erfgoed - van de Duitstalige Gemeenschap, waarbij die bijdrage verder reikt dan het bepaalde in artikel 24, § 3;

2° dagelijks een minimumaantal zenduren aanbieden, waarbij de programma's niet alleen uit heruitzendingen mogen bestaan;

3° dagelijks op zijn minst een algemeen journaal aanbieden.

§ 4 - In de in paragraaf 1 genoemde overeenkomst worden de bijzonderheden van de in paragraaf 3 genoemde verplichtingen vastgelegd. In die overeenkomst kunnen ruimere verplichtingen worden opgenomen als dit wegens het formaat en de aard van de lineaire audiovisuele mediadienst noodzakelijk is.

§ 5 - De aanbieder van lineaire audiovisuele mediadiensten aan wie een recht op verplichte verbreiding is toegekend, legt in het in artikel 9 genoemde activiteitenverslag uit hoe de verplichtingen die in de overeenkomst worden vermeld, zijn nagekomen.

§ 6 - De aanbieder van lineaire audiovisuele mediadiensten, aan wie een recht op verplichte verbreiding is toegekend, verspreidt de dienst in kwestie uiterlijk zes maanden na toekenning van het recht.

Art. 97 - Doorgifteverplichtingen (must carry)

§ 1 - Ten einde de opinieverscheidenheid en de culturele diversiteit te bevorderen en rekening houdend met de culturele bijzonderheid van de Duitstalige Gemeenschap als grensregio in een meertalige staat zonder nationale radio- en televisieomroeporganisatie, moeten de aanbieders van elektronische communicatienetwerken en -diensten waarvan de netwerken en diensten voor een significant aantal eindgebruikers het belangrijkste middel zijn om lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten te ontvangen de volgende lineaire audiovisuele mediadiensten, op het ogenblik van hun uitzending en in hun geheel doorgeven:

1° de lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten van het BRF alsmede van de handelsmaatschappijen waarmee het BRF een samenwerkingsakkoord heeft gesloten of aan het kapitaal waarvan het rechtstreeks of onrechtstreeks deelneemt;

2° de lineaire audiovisuele mediadiensten die over een recht zoals bedoeld in artikel 96 beschikken;

3° twee lineaire auditieve mediadiensten en de lineaire audiovisuele mediadiensten van de publiekrechtelijke radio-omroeporganisatie van de Franse Gemeenschap;

4° twee lineaire auditieve mediadiensten en de lineaire audiovisuele mediadiensten van de publiekrechtelijke radio-omroeporganisatie van de Vlaamse Gemeenschap;

5° De in artikel 31 vermelde uitzendingen.

§ 2 - De Mediaraad kan één of meerdere aanbieders van elektronische communicatiediensten waarvan de diensten door een significant aantal eindgebruikers gebruikt worden als voornaamste middel om lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten te ontvangen, ertoe verplichten nog andere audiovisuele mediadiensten aan te bieden. De Regering bepaalt de desbetreffende criteria en vermeldt uitdrukkelijk welke doelstellingen van algemeen belang daarmee worden nagestreefd. Voordat hij zijn besluit neemt, verzoekt de Mediaraad de betrokken exploitanten van elektronische communicatiediensten en verbruikers via zijn website om binnen een termijn van ten minste zestig dagen hun standpunt omtrent het ontwerpbesluit te kennen te geven. Als binnen die termijn geen standpunt te kennen wordt gegeven, kan de Mediaraad zijn besluit uitvaardigen.

De Mediaraad kan een kanaal voor verschillende programma's toewijzen met het oog op het gebruik ervan op verschillende tijdstippen of beurtelings.

§ 3 - De in dit artikel bedoelde verplichtingen worden om de vijf jaar door de Mediaraad geëvalueerd. De resultaten van de evaluatie worden gepubliceerd op de website van de Mediaraad.

§ 4 - In geval van een geschil tussen aanbieders van elektronische communicatiediensten en aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten over de vergoeding, kan elk van de partijen het geschil voorleggen aan de Mediaraad, die beslist over een passende vergoeding.

Bij de beslechting van dergelijke geschillen zorgt de Mediaraad ervoor dat er onder vergelijkbare omstandigheden geen sprake is van discriminatie in de behandeling van aanbieders van elektronische communicatienetwerken en -diensten en dat de vergoeding op evenredige en transparante wijze wordt vastgesteld.

Art. 98 - Aanvullende verplichte diensten

De Mediaraad kan aanbieders van elektronische communicatiediensten waarvan de diensten door een significant aantal eindgebruikers gebruikt worden als voornaamste middel om lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten te ontvangen, ertoe verplichten aanvullende diensten aan te bieden, in het bijzonder toegankelijkheidsdiensten om een passende toegang voor eindgebruikers met ondersteuningsbehoefte mogelijk te maken.

HOOFDSTUK 5. — *Technische normen*

Art. 99 - Interoperabiliteit van digitaaltelevisieapparatuur

Alle voor de ontvangst van digitaaltelevisiesignalen bestemde apparatuur voor consumenten die in het Duitstalige gebied wordt verkocht of verhuurd of anderszins ter beschikking wordt gesteld en waarmee digitaaltelevisiesignalen kunnen worden gedecodeerd, moet geschikt zijn om:

1° het decoderen van dergelijke signalen mogelijk te maken overeenkomstig een gemeenschappelijk Europese coderingsalgoritme zoals beheerd door een erkende Europese normalisatieorganisatie;

2° signalen weer te geven die ongecodeerd zijn uitgezonden, met dien verstande dat, als dergelijke apparatuur wordt gehuurd, de huurder aan de desbetreffende huurovereenkomst voldoet.

Digitaaltelevisietoestellen met een integraal scherm waarvan de zichtbare diagonaal groter is dan 30 cm die in het Duitse taalgebied worden verkocht of verhuurd, moeten zijn voorzien van ten minste één open interface contrastekker, die hetzij door een erkende Europese normalisatieorganisatie genormaliseerd is, hetzij voldoet aan een door die instelling vastgestelde norm, hetzij aan een door de industrie algemeen aanvaarde specificatie, waarmee eenvoudige aansluiting van randapparatuur mogelijk is en die alle relevante elementen van een digitaal televisiesignaal doorlaat, met inbegrip van informatie betreffende interactieve en voorwaardelijk toegankelijke diensten.

Aanbieders van digitale tv-diensten en -apparatuur werken samen om interoperabele tv-diensten voor eindgebruikers met ondersteuningsbehoefte aan te bieden.

Art. 100 - Toegankelijkheidsvoorschriften

§ 1 - Eindapparatuur voor gebruik door consumenten, met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten die na 28 juni 2025 in de handel worden gebracht, moeten voldoen aan de toegankelijkheidsvoorschriften die in bijlage 1, afdelingen I en IV, zijn bepaald.

§ 2 - Tot audiovisuele mediadiensten toegang verschaffende diensten die na 28 juni 2025 aan consumenten worden geleverd moeten voldoen aan de toegankelijkheidsvoorschriften die in bijlage 1, afdeling II en III respectievelijk afdeling IV zijn bepaald.

Micro-ondernemingen die diensten aanbieden, worden vrijgesteld van de in toegankelijkheidsvoorschriften als bedoeld in het eerste lid en van elke verplichting in verband met de naleving van die voorschriften.

§ 3 - De in de paragrafen 1 en 2 genoemde toegankelijkheidsvoorschriften zijn uitsluitend van toepassing voor zover de naleving ervan:

1° geen ingrijpende wijziging van een product of dienst vereist, resulterend in een fundamentele wijziging van de wezenlijke aard ervan, en

2° geen onevenredige last voor de betrokken marktdeelnemers oplevert.

Marktdeelnemers voeren een beoordeling uit om te kunnen bepalen of het naleven van de in paragrafen 1 en 2 bedoelde toegankelijkheidsvoorschriften tot een fundamentele wijziging leidt of, overeenkomstig de desbetreffende criteria in bijlage 2, een onevenredige last als bedoeld in het eerste lid oplevert. Marktdeelnemers documenteren hun beoordeling. Marktdeelnemers bewaren alle relevante resultaten gedurende een periode van vijf jaar nadat, naargelang van het geval, een product voor het laatst op de markt is aangeboden of een dienst voor het laatst op de markt is verleend. De marktdeelnemers verstrekken, naargelang van het geval, aan de Mediaraad of aan de voor het controleren van de conformiteit van diensten verantwoordelijke autoriteiten, op hun verzoek, een exemplaar van deze beoordeling.

§ 4 - Indien een marktdeelnemer uit andere bronnen dan zijn eigen middelen financiering ontvangt ter verbetering van de toegankelijkheid, ongeacht of het om publieke of particuliere financiering gaat, kan hij geen beroep doen op § 3, 2°.

TITEL 4. — Mediaraad en adviesraad voor mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap

HOOFDSTUK 1. — Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap

Afdeling 1. — Rechtsvorm en doelstellingen

Art. 101 - Rechtsvorm, zittingen

§ 1 - De Mediaraad heeft rechtspersoonlijkheid. Het is een regelgevende instantie die zijn bevoegdheden onpartijdig, transparant en binnen een redelijke termijn uitoefent.

Hij stelt zijn huishoudelijk reglement op dat in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

§ 2 - De Mediaraad bestaat uit minstens drie en hoogstens vier leden, evenals de overeenkomstig paragraaf 4 ter beschikking gestelde personeelsleden. De Regering wijst de leden en de voorzitter van de Mediaraad aan.

De voorzitter vertegenwoordigt de Mediaraad bij elke gerechtelijke en buitengerechtelijke handeling, hij regelt de lopende zaken en voert de beslissingen van de Mediaraad uit. Besluiten op grond van artikel 112, § 1, worden genomen door de Mediaraad, voor zover in het huishoudelijk reglement niets anders wordt bepaald wat de volmachten aan de voorzitter betreft. Dit kan overeenkomstig het huishoudelijk reglement via een schriftelijke procedure of op grond van een volmacht verleend door een lid aan een ander lid. De Mediaraad treedt op als collegiaal orgaan en beraadslaat bij consensus. De Mediaraad neemt besluiten bij consensus.

Het personeel dat onder het toezicht en de verantwoordelijkheid van de Mediaraad valt, bereidt de beslissingen van de Mediaraad voor. Het personeel vraagt noch ontvangt instructies van andere instanties. De Mediaraad en zijn personeel kunnen zich tot andere overheidsdiensten of deskundigen wenden om hen bij de uitoefening van hun taken te ondersteunen.

§ 3 - De Mediaraad wijst onder zijn leden en/of het ter beschikking gestelde personeel één of meerdere auditoren aan voor een verlengbaar mandaat van een jaar. De voorzitter kan niet worden aangewezen voor de functie van auditeur.

Bij klachten aan de Mediaraad over de toepassing van dit decreet of de uitvoeringsbepalingen ervan, met uitzondering van de klachten tegen besluiten van de Mediaraad, en in geval van vermoede inbreuken op dit decreet, wijst de voorzitter per geval een van deze auditoren aan om deze zaken te onderzoeken. Bij de behandeling van aan hen toevertrouwde klachten en ex-officioprocedures, zijn de auditoren niet aan instructies gebonden. Zij nemen niet deel aan de beraadslaging van de Mediaraad over een zaak waarin zij het onderzoek hebben uitgevoerd.

Voor de uitoefening van de hem toevertrouwde taken kan de auditeur:

1° van op afstand of ter plaatse bij de overheidsinstanties, de aanvragers, de aangemelde aanbieders van mediadiensten, de exploitanten van elektronische-communicatienetwerken en -diensten alle nodige inlichtingen inwinnen om te kunnen vaststellen of de verplichtingen die uit dit decreet voortvloeien of op grond van dit decreet gelden, worden nageleefd;

2° overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen, onderzoek instellen bij de personen genoemd in 1°.

§ 4 - De Regering stelt de Mediaraad voldoende technische, financiële en menselijke middelen ter beschikking om ervoor te zorgen dat die raad de hem toegewezen taken kan vervullen.

§ 5 - De voorzitter roept de Mediaraad bijeen wanneer het nodig is, maar tenminste zes keer per jaar. De gewone zittingen geschieden met gesloten deuren. Adviseurs en deskundigen kunnen de vergaderingen van de Mediaraad bijwonen, met het recht om hun standpunt te kennen te geven over de onderwerpen die om advies zijn voorgelegd.

Een auditeur mag geen vergaderingen bijwonen waarin zaken besproken worden, waarvan hij het onderzoek verricht heeft of waaraan hij rechtstreeks of onrechtstreeks deelgenomen heeft.

Art. 102 - Regelgevingsbeginselen

§ 1 - De Mediaraad heeft tot taak, door alle maatregelen bepaald bij dit decreet, de doelstellingen vermeld in artikel 5 te bereiken.

§ 2 - De Mediaraad past bij het nastreven van de in artikel 5 vastgelegde doelstellingen objectieve, transparante, niet-discriminerende en evenredige principes in de regelgeving toe, onder meer op de volgende wijze:

1° hij bevordert de voorspelbaarheid van de regelgeving door middel van een consistente aanpak van de regelgeving tijdens geschikte herzieningsperioden en door samen te werken met andere regelgevende instanties, met BEREK, met de Beleidsgroep Radiospectrum en met de Commissie;

2° hij waarborgt dat er bij gelijke omstandigheden geen discriminatie plaatsvindt bij de behandeling van aanbieders van elektronischecomunicatienetwerken en -diensten;

3° hij past het Unierecht toe op technologisch neutrale wijze, voor zover dat in overeenstemming is met de verwezenlijking van de doelstellingen van artikel 5;

4° indien toepasselijk, beschermt hij de concurrentie in het belang van de consument en bevordert waar nodig een op infrastructuur gebaseerde concurrentie;

5° hij bevordert efficiënte investeringen en innovatie in nieuwe en betere infrastructuur, onder meer door ervoor te zorgen dat er in de toegangsverplichtingen voldoende rekening wordt gehouden met de risico's die de investerende ondernemingen lopen, en door samenwerkingsafspraken toe te staan tussen investeerders en partijen die toegang willen hebben teneinde het investeringsrisico te spreiden, waarbij ervoor wordt gezorgd dat de mededinging op de markt en het non-discriminatiebeginsel niet in het gedrang komen;

6° hij houdt naar behoren rekening met de uiteenlopende omstandigheden betreffende infrastructuur, mededinging, de omstandigheden van eindgebruikers en met name van consumenten die in de verschillende geografische

gebieden binnen een lidstaat bestaan, inclusief lokale infrastructuur die door natuurlijke personen zonder winstoogmerk wordt beheerd;

7° hij legt voorafgaande regelgevende verplichtingen uitsluitend op voor zover dit noodzakelijk is om, in het belang van de eindgebruiker, effectieve en duurzame mededinging te waarborgen, en zij verlichten die verplichtingen of heffen ze op zodra er aan die voorwaarde is voldaan.

8° bij de aanneming van hun beslissingen houdt hij zeer zorgvuldig rekening met door BERECA aangenomen richtsnoeren, adviezen, aanbevelingen, gemeenschappelijke standpunten, beste praktijken en methodologieën. Bij de uitoefening van zijn taken houdt de Mediaraad eveneens zoveel mogelijk rekening houden met de toepasselijke aanbevelingen van de Europese Commissie. Hij stelt de Europese Commissie in kennis van met redenen omklede afwijkingen. Er wordt geen afbreuk gedaan aan artikel 116.

9° hij voldoet ten volle aan zijn verplichting tot behoorlijk bestuur en waarborgt het recht van eenieder op een eerlijke behandeling van zijn zaak, overeenkomstig artikel 6 van het Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en het Internationaal Verdrag inzake burgerrechten en politieke rechten.

Art. 103 - Samenwerking met andere overheden

§ 1 - De Mediaraad werkt samen met:

1° de in artikel 73, § 9, vermelde Belgische mededingingsautoriteit;

2° de regelgevende instanties van andere economische sectoren;

3° de Europese Commissie, inzonderheid overeenkomstig artikel 120;

4° een andere regelgevende instantie van België - in het bijzonder in het kader van samenwerkingsakkoorden inzake media en elektronische communicatie - of van een andere lidstaat van de Europese Unie, inzonderheid overeenkomstig artikel 121 en 122;

5° het Orgaan van Europese regelgevende instanties voor elektronische communicatie (BEREC), in het bijzonder overeenkomstig artikel 123;

6° de Europese Groep van regulerende instanties voor audiovisuele mediadiensten (ERGA), door zich in voorkomend geval met de regulerende instanties van de andere gemeenschappen te coördineren; en

7° de instellingen die belast zijn met de bescherming van de consument.

De Mediaraad wisselt in het bijzonder inlichtingen met de andere regelgevende instanties en mededingingsautoriteiten uit. Er wordt geen afbreuk gedaan aan artikel 124.

§ 2 - Voor zover het noodzakelijk is voor de vervulling van de hem toegewezen opdrachten kan de Mediaraad overeenkomsten en samenwerkingsakkoorden sluiten met andere Belgische of buitenlandse overheden. De Mediaraad kan een beroep doen op deskundigen ten einde zijn beslissingen voor te bereiden of om vragen in verband met de regulering te beoordelen.

Art. 104 - Activiteitenverslag

Jaarlijks stelt de Mediaraad een activiteitenverslag op en dient het bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap en bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap in. Dit verslag bevat onder meer informatie over de toestand van de markt voor elektronische communicatie, over de genomen besluiten, over zijn personele en financiële middelen en hoe die middelen worden toegewezen, en over toekomstige plannen. Die verslagen worden gepubliceerd op de website van de Mediaraad.

Afdeling 2. — De leden van de Mediaraad

Art. 105 - Samenstelling, eedaflegging

De Regering wijst naast de voorzitter, een plaatsvervangende voorzitter aan onder de leden van de Mediaraad. De plaatsvervangende voorzitter vertegenwoordigt de voorzitter als deze verhinderd is.

Voor de mandaten van de leden van de Mediaraad wordt een openbare oproep tot de gegadigden gedaan.

De leden van de Mediaraad leggen ten overstaan van de minister die bevoegd is voor Media de eed af bepaald in het decreet van 20 juli 1831 betreffende de eedaflegging bij de aanvang der grondwettelijke vertegenwoordigende monarchie.

Art. 106 - Ambtstermijn

De duur van het mandaat van de leden van de Mediaraad bedraagt vier jaar. Het mandaat gaat in op de eerste vergadering van de Mediaraad.

Na afloop van het mandaat leidt de Mediaraad de zaken verder, totdat de nieuw gekozen Mediaraad als gesteld lichaam bijeenkomt.

Het mandaat van de leden en van de voorzitter kan worden verlengd.

Art. 107 - Persoonlijke voorwaarden en onverenigbaarheden

De leden van de Mediaraad moeten verdiensten, competenties, kennis en beroepservaring hebben op het gebied van media, recht, economie of technologie, deskundigen zijn op het gebied van de elektronische communicatie of het ambt van magistraat van het openbaar ministerie, van gewoon rechter of van staatsraad uitoefenen resp. uitgeoefend hebben. Ze moeten de burgerlijke en politieke rechten bezitten en meerderjarig zijn.

Mogen geen lid zijn van de Mediaraad:

1° de volksvertegenwoordigers, senatoren, leden van een Gewest- of Gemeenschapsparlement, van het Europees Parlement of van de Provincieraad, gemeenteraadsleden, leden van de federale Regering, van een Gewest- of Gemeenschapsregering, leden van de bestendige deputatie, van een gemeentecollege of van een ministerieel kabinet;

2° een provinciegouverneur, arrondissementscommissaris of burgemeester;

3° de leden van de adviesraad, met uitzondering van de voorzitter;

4° personeelsleden en leden van de raad van beheer of van de leiding van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, van een aanbieder van mediadiensten of van een onderneming die elektronische communicatienetwerken, -apparaten of -diensten aanbiedt;

5° personen die functies uitoefenen in of aandelen hebben in een vennootschap of in een ander orgaan dat in het Duitse taalgebied inhoudelijk en/of technisch werkzaam is in de sector van de auditieve of audiovisuele media of elektronische communicatienetwerken, -apparaten of -diensten aanbiedt.

Als bij een lid van de Mediaraad een belangenconflict bestaat omtrent een aangelegenheid waarover de Mediaraad een beslissing moet nemen, mag dat lid niet deelnemen aan de beraadslaging en besluitvorming binnen de Mediaraad. Die procedure wordt vastgelegd in het huishoudelijk reglement van de Mediaraad.

Art. 108 - Redenen van uittreding

Een lid treedt uit de Mediaraad om volgende redenen:

1° per jaar is het zonder verontschuldiging op meer dan de helft der zittingen afwezig;

2° het wordt overeenkomstig artikel 109 door de Regering afgezet.

Treedt een lid van de Mediaraad voortijdig terug, dan dient op grond van de voorschriften inzake benoeming een navolger te worden benoemd om het mandaat te voltooien.

Art. 109 - Ontslag

Als een lid van de Mediaraad niet meer aan de voorwaarden van artikel 107 voldoet of artikel 124 overtreedt, dan wordt hij door de Regering uit zijn functie ontheven.

Het besluit tot afzetting van leden van de Mediaraad wordt bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad* op het ogenblik dat dit besluit wordt genomen. De afgezette leden ontvangen vooraf een toereikende motivering en hebben het recht om de publicatie van die motivering te verzoeken, als zulks anders niet zou geschieden. In dat geval wordt de motivering openbaar gemaakt.

Art. 110 - Vergoeding

De leden van de Mediaraad verkrijgen een passend presentiegeld evenals de vergoeding van reiskosten en andere kosten overeenkomstig de door de Regering vastgestelde bepalingen.

Adviseurs en deskundigen die overeenkomstig artikel 101, § 5, en zonder andere vergoeding aan vergaderingen van de Mediaraad deelnemen, hebben recht op presentiegeld en reiskostenvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgestelde bepalingen.

Art. 111 - Onafhankelijkheid

De leden van de Mediaraad zijn niet aan instructies gebonden. De Regering kan de Mediaraad echter op maatregelen of nalatingen wijzen die inbreuk doen op dit decreet of op de wetten in het algemeen.

Op verzoek van de Regering dient de Mediaraad de m.b.t. het waarnemen van het toezicht noodzakelijke inlichtingen te geven en overeenkomstige documenten voor te leggen.

*Afdeling 3. — Verantwoordelijkheden van de Mediaraad***Art. 112 - Taken**

§ 1 - Overeenkomstig dit decreet en met inachtneming van de doelstellingen vermeld in artikel 5 heeft de Mediaraad inzonderheid de volgende taken:

1° hij stelt een bijgewerkte lijst op van aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten en van videoplatforms overeenkomstig artikel 3, § 2 en 3, resp. § 4 tot 7, van dit decreet waarvoor hij bevoegd is, met vermelding van de criteria waarop zijn bevoegdheid is gebaseerd;

2° overeenkomstig de doelstellingen van artikel 5 stelt hij informatie ter beschikking om de digitale kloof te verkleinen;

3° overeenkomstig artikel 8 ontvangt hij de aanmeldingen;

4° overeenkomstig artikel 9 ontvangt hij de activiteitenverslagen;

5° overeenkomstig artikel 16, § 2, legt hij voorlopige schorsing en verbod op doorgifte van mediadiensten op;

6° overeenkomstig artikel 16, § 3, neemt hij maatregelen tegen bepaalde audiovisuele mediadiensten;

7° overeenkomstig artikel 16, § 4, wordt hij op de hoogte gebracht van de audiovisuele mediadiensten die door exploitanten worden uitgezonden;

8° hij brengt uiterlijk op 19 december 2022 en vervolgens om de drie jaar, verslag uit aan de Europese Commissie over de maatregelen van de aanbieders van audiovisuele mediadiensten overeenkomstig artikel 21 om hun diensten stap voor stap toegankelijker te maken voor personen met ondersteuningsbehoefte. Voor zover mogelijk en proportioneel publiceert de Mediaraad dit verslag op zijn website in een toegankelijk formaat;

9° overeenkomstig artikel 30 stelt hij om de twee jaar een verslag op over de bevordering van de vervaardiging van en de toegang tot Europese producties in de niet-lineaire audiovisuele mediadiensten;

10° het beoordelen van de geschiktheid van de maatregelen genomen door aanbieders van videoplatforms overeenkomstig artikel 32;

11° overeenkomstig artikel 33, eerste lid, 4°, deelt hij de RDS-PI-code mee;

12° overeenkomstig artikel 46, § 1, ontvangt hij de aanmeldingen betreffende het aanbieden van elektronische communicatienetwerken en -diensten;

13° overeenkomstig artikel 46, § 2, houdt hij een register van de exploitanten van elektronische communicatienetwerken en van de aanbieders van elektronische-communicatiediensten bij en publiceert hij dat register;

14° hij overhandigt de in artikel 48 genoemde registratieverklaring;

15° overeenkomstig de artikelen 51 en 63 wijst hij radiospectrum toe;

16° overeenkomstig artikel 52 maakt hij de informatie over de beschikbaarheid van radiospectrum bekend;

17° overeenkomstig artikel 59, 1°, houdt hij toezicht op de afspraken over de levering van programmaonderdelen;

18° overeenkomstig artikel 60 ontvangt hij de mededelingen;

19° overeenkomstig artikel 67, § 1, trekt hij toegewezen radiospectrum in;

20° overeenkomstig artikel 67, § 2, ontvangt hij de verklaringen dat afstand wordt gedaan van een toewijzing;

21° hij neemt de maatregelen overeenkomstig artikel 71;

22° overeenkomstig hoofdstuk 3 van titel 3 zorgt hij voor de marktregulering, maakt hij de marktanalyse overeenkomstig artikel 73 en neemt hij regulerende maatregelen;

23° hij zorgt voor de naleving van de voorwaarden voor de algemene machtiging of het gebruik van radiospectrum, alsook van de bijzondere verplichtingen opgelegd krachtens artikel 73, § 4;

24° hij zorgt voor de naleving van de in artikel 82 beschreven verplichting ten aanzien van ontvangers van lineaire auditieve mediadiensten die via terrestrische radio-uitzendingen worden uitgezonden;

25° hij brengt advies uit over aanvragen en ontwerpovereenkomsten betreffende het recht op verplichte verbreiding die overeenkomstig artikel 96 bij hem zijn ingediend;

26° overeenkomstig de artikelen 97 en 98 legt hij verplichtingen op en houdt hij toezicht op de naleving van die verplichtingen;

27° hij stelt één of meerdere auditeurs aan overeenkomstig artikel 101, § 3;

28° hij neemt de in de artikelen 113 en 114 genoemde maatregelen om geschillen te beslechten;

29° overeenkomstig artikel 115 verzoekt hij om inlichtingen;

30° overeenkomstig artikel 116 wint hij advies in;

31° hij volgt de procedure beschreven in artikel 117;

32° overeenkomstig artikel 118 hoort hij belanghebbenden;

33° overeenkomstig artikel 119 publiceert hij informatie;

34° overeenkomstig de artikelen 120 en 121 verstrekt hij informatie;

35° overeenkomstig de artikelen 121 en 122 werkt hij samen met andere instanties;

36° hij stelt namen voor van eventuele vertegenwoordigers in de adviesraad van aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten via het internet en van videoplatformdiensten op het internet overeenkomstig artikel 127, § 2;

37° hij doet voorstellen overeenkomstig artikel 137;

38° overeenkomstig titel 6, hoofdstuk 1, legt hij administratieve sancties op;

39° hij staat het Belgisch Instituut voor Post- en Telecommunicatie bij met betrekking tot het toezicht, overeenkomstig artikel 5 van Verordening (EU) 2015/2120, op de door de exploitanten van internettoegangsdiensten genomen maatregelen inzake transparantie en de bevordering van de voortdurende beschikbaarheid van niet-discriminerende internettoegangsdiensten op kwaliteitsniveaus die stroken met de stand van de techniek. Daartoe kan de Mediaraad voorschriften inzake technische kenmerken, minimale vereisten inzake de kwaliteit van de dienstverlening en andere passende en noodzakelijke maatregelen opleggen aan een of meer aanbieders van elektronische communicatie aan het publiek, met inbegrip van aanbieders van internettoegangsdiensten, met inachtnaam van de richtsnoeren van BEREC voor de uitvoering van de verplichtingen van de nationale regelgevende instanties uit hoofde van Verordening (EU) 2015/2120;

40° hij controleert de naleving van de bepalingen betreffende de publiekrechtelijke opdracht van het BRF die voortvloeien uit het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en keurt in het bijzonder het nieuwe niet-lineair aanbod van het BRF goed, overeenkomstig artikel 1.8 van dat decreet;

41° hij past de artikelen 101 en 102 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (VWEU) overeenkomstig artikel 35 van Verordening (EG) nr. 1/2003 van 16 december 2002 betreffende de uitvoering van de mededingingsregels van de Europese Unie met betrekking tot inbreuken die de mededinging merkbaar kunnen verhinderen, beperken of vervalsen in markten van de auditieve en audiovisuele sectoren op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap. De procedure bepaalt in boek IV, titel 2, hoofdstuk 1, afdeling 2, van het Wetboek van economisch recht geldt mutatis mutandis. De Regering bepaalt de nadere regels voor die procedure.

§ 2 - De Mediaraad is verantwoordelijk voor de verwerking van persoonsgegevens die zijn verzameld bij de uitvoering van deze taken in de zin van Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming) en Richtlijn 2002/58/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 juli 2002 betreffende de verwerking van persoonsgegevens en de bescherming van de persoonlijke levenssfeer in de sector elektronische communicatie (richtlijn betreffende privacy en elektronische communicatie).

Art. 113 - Buitenrechtelijke beslechting van geschillen

Onverminderd de bevoegdheid van de gewone rechtbanken kunnen geschillen tussen consumenten en ondernemingen die elektronische-communicatienetwerken of -diensten aanbieden, met betrekking tot de voorwaarden en/of de uitvoering van de overeenkomsten over het aanbieden van zulke netwerken en/of diensten, aan de Mediaraad worden voorgelegd overeenkomstig de bepalingen van Richtlijn 2013/11/EU. De consument behoudt de rechtsbescherming die hij op grond van andere rechtsbepalingen geniet.

Aanbieders van elektronische-communicatienetwerken of -diensten zijn ertoe verplicht aan een dergelijke procedure mede te werken en alle inlichtingen te leveren alsmede alle documenten voor te leggen die noodzakelijk zijn om de aangelegenheid te beoordelen.

De Mediaraad dient een consensuele oplossing te vinden of zijn mening betreffende de aangelegenheid aan de partijen mede te delen.

Art. 114 - Beslechting van geschillen tussen ondernemingen

§ 1 - Wanneer geschillen in verband met verplichtingen voortvloeiend uit titel 3 tussen ondernemingen ontstaan die elektronische-communicatienetwerken of -diensten aanbieden of tussen die ondernemingen en andere ondernemingen in de lidstaten waaraan toegangs- en/of interconnectieverplichtingen ten goede komen, dan mag de Mediaraad op verzoek van één der partijen, een bindende met redenen omklede beslissing nemen binnen vier maanden, behoudens in uitzonderlijke gevallen. Er wordt geen afbreuk gedaan aan de bevoegdheid van de gewone gerechten.

De beslissing van de Mediaraad wordt genomen met het oog op de verwezenlijking van de doelstellingen vermeld in artikel 5. De verplichtingen die de Mediaraad aan een onderneming oplegt in het kader van het oplossen van een geschil voldoen aan dit decreet. Onverminderd artikel 124 wordt de beslissing overeenkomstig artikel 119 openbaar gemaakt.

De Mediaraad verstrekt aan de betrokken partijen een volledig verslag van de redenen waarop de beslissing is gebaseerd.

§ 2 - Onverminderd de bevoegdheid van de gewone gerechten kan bij geschillen betreffende de toepassing van titel 3 die tussen partijen in verschillende lidstaten ontstaan en onder de bevoegdheid van nationale regelgevende instanties van op zijn minst twee lidstaten ressorteren, elke partij het geschil bij de bevoegde instanties aanhangig maken. De instanties coördineren hun maatregelen om het geschil te beslechten. Als het geschil gevolgen heeft voor de handel tussen lidstaten, wordt het door de Mediaraad, binnen twee weken na de voorlegging van het geschil, ter kennis van BEREC gebracht om er een consistente beslechting van het geschil voor te vinden, voor zover de nationale regelgevende instantie(s) van de andere lidstaat BEREC nog niet informeerde(n).

De Mediaraad moet zoveel mogelijk rekening houden met het door BEREC gegeven advies, waarin deze laatst de nationale regelgevende instantie of instanties verzoekt specifieke maatregelen te nemen om het geschil te beslechten of om geen maatregelen te nemen. De Mediaraad en/of de andere betrokken nationale regelgevende instantie of

instanties moeten op zo kort mogelijke termijn en in elk geval binnen een maand nadat dit advies werd uitgebracht, behalve in uitzonderlijke omstandigheden, de maatregelen nemen om het geschil te beslechten.

In uitzonderlijke omstandigheden kan de Mediaraad, als er een dringende noodzaak is om te handelen teneinde de mededinging of de belangen van eindgebruikers te beschermen, hetzij op verzoek van de partijen, hetzij op eigen initiatief, voorlopige maatregelen vaststellen, zonder het advies van BEREC af te wachten.

Verplichtingen die de nationale regelgevende instanties aan ondernemingen opleggen in het kader van de beslechting van een geschil zijn in overeenstemming met titel 3.

De bevoegde nationale regelgevende instanties kunnen gezamenlijk besluiten een geschil niet te beslechten wanneer er andere mechanismen bestaan, met inbegrip van bemiddeling, die beter zouden kunnen bijdragen tot het tijdig beslechten van het geschil overeenkomstig artikel 5. De Mediaraad stelt de partijen onverwijld daarvan in kennis. Wanneer het geschil binnen vier maanden niet is beslecht, als het geschil niet voor de rechter is gebracht en als een van beide partijen daarom verzoekt, coördineren de nationale regelgevende instanties hun werkzaamheden om een oplossing voor het geschil te vinden, overeenkomstig artikel 6.

Afdeling 4. — Procedure

Art. 115 - Verzoek om informatie

Onverminderd andere informatie- en rapportageverplichtingen zijn de exploitanten van openbare elektronische communicatienetwerken, de aanbieders van elektronische communicatiediensten, de aanbieders van bijhorende faciliteiten, de houders van spectrumgebruiksrechten, andere mediadienstenaanbieders alsmede alle andere belanghebbenden in het kader van de in dit decreet vastgelegde rechten en verplichtingen ertoe verplicht op verzoek van de Mediaraad inlichtingen te verstrekken die voor de uitvoering van het decreet en van de relevante internationale voorschriften evenredig en objectief gerechtvaardigd zijn. Daaronder worden met name de inlichtingen verstaan die nodig zijn om:

1° hetzij systematisch, hetzij per geval, de naleving te verifiëren van de verplichtingen betreffende:

a) de betaling van administratieve vergoedingen;

b) het effectief en efficiënt gebruik van radiospectrum;

c) specifieke verplichtingen opgelegd aan ondernemingen met een aanmerkelijke macht;

d) de toegankelijkheidsvoorschriften;

e) de interoperabiliteit van autoradio-ontvangers en voor de gebruiker bestemde radio-ontvangers en digitale televisieapparatuur;

2° per geval, de naleving van de voorwaarden en verplichtingen die voortvloeien uit de algemene machtiging en de bijzondere verplichtingen opgelegd overeenkomstig artikel 83, § 4, en de aanvragen om toekenning van gebruiksrechten voor radiospectrum te kunnen controleren;

3° het uitvoeren van procedures voor en de evaluatie van aanvragen om verlening van gebruiksrechten;

4° het publiceren van vergelijkende overzichten van kwaliteit en prijs van diensten ten behoeve van de consumenten;

5° het verzamelen van duidelijk omschreven statistieken, verslagen of onderzoeken;

6° het verrichten van marktonderzoeken voor de toepassing van deze richtlijn, met inbegrip van gegevens over de downstream- of retailmarkten die verband houden met of verbonden zijn aan de markten waarop het marktonderzoek betrekking heeft;

7° het waarborgen van efficiënt gebruik en efficiënt beheer van radiospectrum;

8° het evalueren van toekomstige ontwikkelingen van het netwerk of de diensten die gevolgen zouden kunnen hebben voor de wholesalediensten die beschikbaar zijn gesteld aan concurrenten;

9° het uitvoeren van geografische onderzoeken voor de uitbouw van het netwerk;

10° het beantwoorden van met redenen omklede verzoeken om informatie van BEREC.

De informatie vermeld in het eerste lid, met uitzondering van die vermeld in 3°, mag niet worden vereist vóór of als voorwaarde voor de toegang tot de markt.

Ondernemingen verstrekken dergelijke informatie op verzoek onverwijld, binnen de termijnen die de Mediaraad vaststelt en zo gedetailleerd als de Mediaraad verlangt. De Mediaraad noemt de redenen voor zijn verzoek om informatie en behandelt de informatie overeenkomstig artikel 124.

De Mediaraad verzoekt niet nogmaals om informatie waar BEREC reeds op grond van artikel 40 van Verordening (EU) 2018/1971 om heeft verzocht, als BEREC de ontvangen informatie ter beschikking van de Mediaraad heeft gesteld.

Art. 116 - Raadplegingsprocedure

§ 1 - Behalve in de gevallen die onder paragraaf 3 of artikel 114 vallen, stelt de Mediaraad belanghebbenden in staat binnen een redelijke termijn rekening houdend met de complexiteit van de materie, en in elk geval niet binnen een periode van minder dan dertig dagen, behalve in uitzonderlijke omstandigheden, hun zienswijzen te geven op ontwerpmaatregelen die ze krachtens dit decreet voornemens is te nemen of waarmee ze voornemens is beperkingen vast te stellen en die aanzienlijke gevolgen voor de relevante markt hebben. De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de Mediaraad openbaar gemaakt. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 124. Te dien einde richt de Mediaraad een centraal informatiepunt op waar een lijst met alle lopende hoorzittingen wordt bewaard.

Dit artikel is niet van toepassing op besluiten die tot doel hebben een geschil tussen ondernemingen te beslechten en voor beslissingen genomen op grond van paragraaf 3.

§ 2 - Bovendien stelt de Mediaraad de Europese Commissie, BEREC, alsook de nationale regelgevende instanties van de andere lidstaten in kennis van de maatregelen ontworpen overeenkomstig dit decreet, voor zover deze onder artikelen 72, 73 of 77 vallen en invloed zouden hebben op de handel tussen de lidstaten.

De Mediaraad houdt zoveel mogelijk rekening met de opmerkingen die de Europese Commissie, BEREC en de regelgevende instanties van de andere lidstaten binnen een bepaalde termijn maken. Ze zendt het eruit voortvloeiende ontwerp aan de Europese Commissie toe.

Als een ontwerp betrekking heeft op de vaststelling van een relevante markt die verschilt van de markten die in de aanbeveling inzake relevante markten voor producten en diensten, in hun respectievelijke versie gedefinieerd zijn, of als één of meerdere ondernemingen aanzienlijke marktmacht bezitten, waarbij die beslissing van invloed zou zijn op de handel tussen de lidstaten, en de Europese Commissie binnen de termijn bedoeld in de eerste zin van het eerste lid

verklaart dat het ontwerp een belemmering voor de interne markt opwerpt of dat zij ernstige twijfels heeft omtrent de verenigbaarheid van het ontwerp met het recht van de Europese Unie en inzonderheid met de in artikel 5 genoemde doelstellingen, dan wordt de beslissing omtrent de ontworpen maatregel door de Mediaraad met nog eens twee maanden uitgesteld. Als de Europese Commissie binnen deze termijn beslist van de Mediaraad de intrekking van zijn ontwerp te verlangen, dan is de Mediaraad aan deze beslissing gebonden. Wenst de Mediaraad de door de Europese Commissie voorgestelde wijzigingen te volgen, dan wijzigt hij het ontwerp rekening houdend met de beslissing van de Europese Commissie binnen zes maanden na de datum van de beslissing van de Commissie, houdt hij overeenkomstig paragraaf 1 een hoorzitting en bezorgt hij het gewijzigde ontwerp aan de Commissie.

De Mediaraad houdt zoveel mogelijk rekening met opmerkingen van andere nationale regelgevende instanties, van BEREC en van de Commissie.

De Mediaraad deelt de Commissie en BEREC alle aangenomen definitieve maatregelen mee die onder het derde lid vallen.

§ 3 - Als de Mediaraad in uitzonderlijke omstandigheden van oordeel is dat dringend gehandeld moet worden teneinde de concurrentie te waarborgen en de belangen van de gebruikers te beschermen en dat daarbij geen rekening kan worden gehouden met de procedure vervat in de §§ 1 en 2, eerste tot derde lid, dan kan hij onmiddellijk passende voorlopige maatregelen vaststellen. Hij deelt die maatregelen onverwijld met volledige redenen omkleed mee aan de Europese Commissie, aan de andere nationale regelgevende instanties en aan BEREC. Een besluit van de Mediaraad om die maatregelen duurzaam te verankeren of de looptijd ervan te verlengen, valt onder de bepalingen van § 1 en 2, eerste tot vierde lid.

Art. 117 - Procedure voor de consequente toepassing van bepaalde maatregelen

Als de Europese Commissie de Mediaraad binnen de termijn vastgelegd in artikel 116, § 1, eerste lid, meedeelt waarom ze van oordeel is dat de ontwerpmaatregel een belemmering voor de interne markt opwerpt of waarom ze ernstige twijfels heeft omtrent de verenigbaarheid van het ontwerp met het Unierecht, kan de ontwerpmaatregel binnen een periode van nog eens drie maanden na de kennisgeving van de Europese Commissie niet aangenomen worden. Bij uitblijven van een dergelijke kennisgeving kan de Mediaraad de ontwerpmaatregel vaststellen, waarbij zoveel mogelijk rekening wordt gehouden met de opmerkingen van de Commissie, BEREC of andere nationale regelgevende instanties.

Binnen de periode van drie maanden vermeld in het eerste lid werken de Europese Commissie, BEREC en de Mediaraad nauw samen om de meest geschikte en effectieve maatregel vast te stellen in het licht van de doeleinden van artikel 5, waarbij rekening wordt gehouden met de standpunten van marktdeelnemers en de noodzaak om te zorgen voor de ontwikkeling van een consequente regelgevingspraktijk.

Vóór het einde van de in het eerste lid bedoelde periode van drie maanden kan de Mediaraad:

1° de ontwerpmaatregel wijzigen of intrekken, rekening houdend met de in het eerste lid bedoelde kennisgeving van de Europese Commissie en het advies en de aanbeveling van BEREC;

2° de ontwerpmaatregel handhaven.

Met betrekking tot ontwerpmaatregelen die onder artikel 90, § 3, vallen en waarover BEREC de ernstige twijfels van de Europese Commissie deelt, mag de Europese Commissie een besluit nemen waarbij zij van de Mediaraad verlangt dat hij de ontwerpmaatregel intrekt.

De Mediaraad deelt de vastgestelde definitieve maatregel aan de Europese Commissie en aan BEREC mee binnen een maand na de aanbeveling van de Europese Commissie overeenkomstig artikel 32, lid 5, onder *a*) van het Europees wetboek voor elektronische communicatie of de intrekking van haar voorbehouden overeenkomstig lid 5, onder *b*). Deze periode kan worden verlengd om de Mediaraad in staat te stellen overeenkomstig artikel 116, § 1, een openbare raadpleging te houden.

Als de Mediaraad besluit de ontwerpmaatregel niet te wijzigen of in te trekken op basis van de aanbeveling die overeenkomstig artikel 32, lid 5, onder *a*), van het Europees wetboek voor elektronische communicatie is gedaan, dient hij dit met redenen te omkleden.

De Mediaraad kan de voorgestelde ontwerpmaatregel op elk moment tijdens de procedure intrekken.

Art. 118 - Verhoor van belanghebbenden

In alle aangelegenheden betreffende eindgebruikers- en consumentenrechten m.b.t. openbare elektronische communicatiediensten raadpleegt de Mediaraad de adviesraad om rekening te kunnen houden met de standpunten van eindgebruikers en consumenten, voor zover het zinvol is, inzonderheid wanneer die aangelegenheden een belangrijke impact hebben op de markt.

Art. 119 - Publicatie van informatie

Onverminderd artikel 124 publiceert de Mediaraad op zijn website informatie over rechten, voorwaarden, procedures, administratieve bijdragen en beslissingen betreffende algemene machtigingen, gebruiksrechten, rechten om faciliteiten te installeren en marktregulering. Hij zorgt ervoor dat de informatie voortdurend geactualiseerd wordt. Als de informatie bij andere Belgische organismen of regelgevende instanties beschikbaar is, dan zorgt de Mediaraad voor een gebruikersvriendelijk overzicht van al deze inlichtingen.

De Mediaraad zendt, rechtstreeks of via de Conferentie van Regulators voor de elektronische Communicatiesector, de Europese Commissie en Berc een afschrift van alle door hem vastgestelde definitieve maatregelen inzake marktregulering toe.

Art. 120 - Informatieplicht ten opzichte van de Europese Commissie

Onverminderd artikel 124 verstrekt de Mediaraad de Europese Commissie, op met redenen omkleed verzoek, de informatie die zij nodig heeft om haar taken te vervullen. Wanneer de aan de Europese Commissie te verschaffen informatie betrekking heeft op informatie verstrekt door exploitanten van elektronische communicatienetwerken en aanbieders van elektronische communicatiediensten, stelt de Mediaraad dit mee aan de betrokkenen.

De Mediaraad kan bij die informatieverstrekking aan de Europese Commissie een met redenen omkleed bezwaar voegen tegen het verstrekken van die informatie aan een andere instantie.

Art. 121 - Informatieplicht ten opzichte van een andere Belgische overheid of ten opzichte van een overheid van een andere lidstaat van de EU

Onverminderd artikel 124 verstrekt de Mediaraad, op met redenen omkleed verzoek van een andere Belgische bevoegde instantie of van een bevoegde instantie van een andere lidstaat van de Europese Unie, de informatie die de bedoelde overheid nodig heeft om haar verplichtingen uit hoofde van het Unierecht te kunnen vervullen.

Onverminderd andere wettelijke bepalingen behandelt de Mediaraad de inlichtingen die hij van andere bevoegde instanties gekregen heeft met minstens dezelfde vertrouwelijkheid als de instantie die ze bezorgd heeft.

Art. 122 - Samenwerking in het raam van de richtlijn audiovisuele mediadiensten

De Mediaraad resp. de Regering verstrekt aan de Europese Commissie en de bevoegde instanties van de andere lidstaten de informatie die ze nodig hebben voor de toepassing van de Richtlijn 2010/13/EU.

Daarbij gaat het om inlichtingen over:

1° de toepassing van artikel 3, § 3, respectievelijk § 4 tot 7, en de toepassing van artikel 16, met name het verstrekken van de lijst, met inbegrip van actualiseringen ervan, aan de Europese Commissie met de in het Duitse taalgebied gevestigde aanbieders van audiovisuele mediadiensten en aanbieders van videoplatformdiensten, met vermelding op welke van de in artikel 3, § 3, respectievelijk § 4 tot 6, bedoelde criteria zijn bevoegdheid is gebaseerd en, in voorkomend geval, de vermelding dat er geen overeenstemming kon worden bereikt met de regulerende instanties of organen van andere betrokken deelgebieden of lidstaten;

2° maatregelen overeenkomstig artikel 25 naar aanleiding van nationale en niet-nationale gebeurtenissen die van grote maatschappelijke betekenis zijn en daarom niet via een uitsluitingsbasis mogen worden verspreid, waarbij een groot deel van het publiek de gebeurtenis niet via onmiddellijke of latere berichtgeving via een vrij toegankelijke televisie-uitzending zou kunnen volgen;

3° de toepassing van de artikelen 24 en 30 over Europese werken;

4° rechtsvoorschriften die eventueel uitvoeriger of strenger zijn dan de voorschriften van de Richtlijn 2010/13/EU en die in het bijzonder op basis van artikel 11 worden genomen; en

5° gegevens die overeenkomstig artikel 16 noodzakelijk zijn om bij optredende moeilijkheden een voor beide partijen tevredenstellende oplossing te vinden, als een aanbieder van audiovisuele mediadiensten die onder de bevoegdheid valt van een andere lidstaat of van een staat die ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte, televisieprogramma's aanbiedt die volledig of hoofdzakelijk op het Duitse taalgebied zijn gericht.

Art. 123 - BEREK

De Mediaraad ondersteunt actief de doelstellingen van BEREK ter bevordering van de coördinatie van de regelgeving en ter bevordering van de coherentie.

Art. 124 - Behandeling van vertrouwelijke bedrijfs- en handelsgeheimen

De leden, plaatsvervangende leden, adviseurs, deskundigen en personeelsleden van de Mediaraad moeten de hun ter kennis gegeven bedrijfs- en handelsgeheimen vertrouwelijk behandelen.

*Afdeling 5. — Onkosten***Art. 125** - Financiering

§ 1 - De ontvangsten van de Mediaraad bestaan uit:

1° alle ontvangsten i.v.m. de activiteiten van de Mediaraad;

2° toevallige inkomsten;

3° schenkingen en legaten;

4° de door de Duitstalige Gemeenschap toegekende jaarlijkse dotatie waarvan de uitbetalingsregels van artikel 103, eerste lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap kunnen afwijken.

Ter dekking van de administratiekosten kan de Mediaraad administratieve bijdragen opleggen aan de ondernemingen die een netwerk of een dienst aanbieden of waaraan een gebruiksrecht is toegekend. Als de Mediaraad administratieve bijdragen heft, publiceert hij een jaarlijks overzicht van zijn administratiekosten en van de bijdragen die in totaal zijn geïnd. Overeenkomstig het verschil tussen het totaal van de bijdragen en de administratiekosten worden rechtzettingen doorgevoerd.

De Regering legt de nadere regels vast.

§ 2 - De Regering zorgt ervoor dat de Mediaraad beschikt over voldoende financiële middelen om onder meer in staat te zijn een bijdrage te leveren aan BEREK en bij te dragen aan de werkzaamheden van ERGA.

Daartoe beschikt de Mediaraad over een eigen jaarlijkse begroting. Hij beschikt autonoom over de toegewezen begrotingsmiddelen.

Art. 126 - Transparantieverplichtingen

De Mediaraad maakt jaarlijks een jaarrekening en een eigen begroting op. Die documenten worden aan de Regering bezorgd en gepubliceerd op de website van de Mediaraad.

*HOOFDSTUK 2. — AdviesRAAD voor DE mediadiensten van de duitstalige gemeenschap***Art. 127** - Oprichting en samenstelling

§ 1 - Er wordt een adviesraad voor de mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap opgericht.

De adviesraad is samengesteld uit de groepen van de aanbieders van mediadiensten, van de mediagebruikers, met inbegrip van personen met ondersteuningsbehoefte, en van de vertegenwoordigers van de in het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap verkozen mandatarissen.

De Regering zorgt ervoor dat de notulen van de vergaderingen worden opgesteld en verzorgt het secretariaat van de adviesraad.

§ 2 - De volgende stemgerechtigde leden behoren tot de groep van de aanbieders van mediadiensten:

1° één lid op de voordracht van de raad van bestuur van het BRF;

2° één lid per private aanbieder van lineaire audiovisuele mediadiensten overeenkomstig artikel 53, § 2, 6°, op voordracht van de betrokken aanbieder;

3° één lid op de voordracht van de lokale radio's;

4° één lid per regionale radio, op voordracht van de betrokken radio's;

5° één lid per zendernet, op voordracht van de betrokken zenders;

6° één lid per geregistreerde exploitant van elektronischecomunicatienetwerken of aanbieder van elektronische communicatiediensten, op de voordracht van de exploitant of aanbieder;

7° één lid op de voordracht van het bestuur van de Algemene Vereniging van Beroepsjournalisten in België;

8° drie vertegenwoordigers van de aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten via internet en van videoplatformdiensten via internet, op voordracht van de Mediaraad.

De volgende stemgerechtigde leden behoren tot de groep van de mediagebruikers:

- 1° één lid op de voordracht van de representatieve werknemersorganisaties;
- 2° één lid op de voordracht van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn of de organisaties van de middenstand;
- 3° één lid op de voordracht van de in het Duitse taalgebied gevestigde organisaties voor de bescherming van de consument;
- 4° één lid op de voordracht van de Raad voor Volwassenenvorming;
- 5° één lid op de voordracht van de als Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap erkende vereniging;
- 6° één lid op de voordracht van de adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken;
- 7° één lid op de voordracht van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven; en
- 8° drie vertegenwoordigers van het maatschappelijk middenveld op voordracht van de burgerraad bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap. Daartoe houdt de burgerraad een openbare oproep tot de kandidaten.

De mandatarissen gekozen in het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kunnen voor de lijst waarvoor zij zich kandidaat gesteld hadden, een vertegenwoordiger met raadgevende stem alsmede een plaatsvervangende vertegenwoordiger naar de adviesraad sturen.

§ 3 - Draagt een voordrachtgerechtigde organisatie geen kandidaat voor, zodat de adviesraad niet kan worden samengesteld overeenkomstig de §§ 1 en 2, dan wordt de aanwijzing van de overige leden en plaatsvervangers van de adviesraad alsmede de samenstelling ervan echter als regelmatig beschouwd.

De vacant gebleven mandaten kunnen ook bekleed worden na de installatie van de adviesraad overeenkomstig de in de §§ 1 en 2 vastgelegde procedure.

§ 4 - De adviesraad kiest uit zijn stemgerechtigde leden een voorzitter voor een verlengbare termijn van vier jaar.

§ 5 - De Regering benoemt de leden van de adviesraad evenals een plaatsvervangend lid voor elk lid.

De ambtstermijn van de leden is vier jaar en kan worden verlengd.

Art. 128 - Redenen van ontslag

Een lid neemt ontslag uit de adviesraad om de volgende redenen:

- 1° per jaar is het zonder verontschuldiging op meer dan de helft der zittingen afwezig;
- 2° het in artikel 127, § 2, vermelde orgaan dat de leden voordraagt, trekt het mandaat in.

Bij ontslag van een lid beëindigt het plaatsvervangend lid het mandaat. De Regering wijst een nieuw plaatsvervangend lid aan.

Art. 129 - Taken

De adviesraad heeft volgende taken:

1° op vraag van de Mediaraad, een voorafgaand advies geven in het raam van de raadplegingsprocedure overeenkomstig artikel 116;

2° op aanvraag van de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, een voorafgaand advies geven.

3° op aanvraag van de Regering of uit eigen initiatief, een voorafgaand advies geven over een voorontwerp van decreet of van besluit i.v.m. de media. Wanneer het advies betrekking heeft op een voorontwerp van decreet, dient de Regering het advies samen met het ontwerp van decreet in bij het Parlement;

4° adviezen uitbrengen over:

a) de inhoud van de programma's en de algemene programmatie met toepassing van de wet van 16 juli 1973 waarbij de bescherming van de ideologische en filosofische strekkingen gewaarborgd wordt. Deze adviezen worden naar de betrokken aanbieders gestuurd. Voor zover ze het BRF betreffen, worden de adviezen aan de raad van bestuur van het BRF overgezonden;

b) andere thema's i.v.m. de media;

5° suggesties en voorstellen onderzoeken die de media in het Duitse taalgebied betreffen en die de adviesraad door een natuurlijke of rechtspersoon voorgelegd werden, voor zover deze thema's niet onder de bevoegdheid van de Mediaraad of de Raad voor journalistieke deontologie vallen;

6° per ambtstermijn een verslag over het medialandschap in het Duitse taalgebied opstellen dat onder meer het evenwicht tussen de programma's en het behoud van de opinieverscheidenheid behandelt;

7° voorstellen uitwerken om te regelen hoe diensten toegankelijk gemaakt worden voor personen met ondersteuningsbehoefte en hoe de mediageletterdheid in het Duitstalige gebied kan worden bevorderd en verbeterd. De adviesraad bezorgt de Regering op verzoek een verslag over de maatregelen die zijn genomen ter bevordering van de mediageletterdheid, zodat de desbetreffende rapportageverplichtingen ten aanzien van de Europese Commissie kunnen worden nagekomen;

8° een jaarlijks activiteitenverslag opstellen, dat gelijktijdig aan het Parlement en aan de Regering wordt toegezonden;

9° informatie-evenementen en opleidingen over het gebruik en de regulering van de media organiseren.

De in het eerste lid vermelde adviezen worden uitgebracht binnen de door de aanvragende instelling gestelde termijn, die minstens dertig dagen bedraagt. Als die adviezen niet binnen de gestelde termijn bij de aanvragende instelling worden ingediend, worden ze geacht uitgebracht te zijn.

De adviesraad mag ook op eigen initiatief advies uitbrengen over alle aangelegenheden i.v.m. mediadiensten.

Art. 130 - Werking

§ 1 - De adviesraad stelt zijn eigen huishoudelijk reglement op, dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dit huishoudelijk reglement bepaalt de bijzonderheden van de werkwijze van de adviesraad.

§ 2 - De beslissingen van de adviesraad worden bij meerderheid van stemmen genomen. Bij staking der stemmen is de stem van de voorzitter beslissend. Overeenkomstig het huishoudelijk reglement kunnen besluiten via een schriftelijke procedure worden genomen. Bovendien kan elk lid, overeenkomstig het huishoudelijk reglement, een ander lid machtigen om in zijn naam te stemmen. Elk lid mag slechts één volmacht per vergadering aanvaarden.

De adviesraad mag enkel beraadslagen, als minstens de helft van zijn leden aanwezig of vertegenwoordigd is.

Als dit quorum niet bereikt wordt, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de adviesraad, ongeacht het bepaalde in het tweede lid, kan beraadslagen.

§ 3 - De groep waarvan het standpunt niet werd gevolgd, heeft het recht om een minderheidsadvies uit te brengen.

§ 4 - De plaatsvervangende leden van de adviesraad mogen de vergaderingen bijwonen. Ze hebben slechts raadgevende stem, tenzij ze een gewoon lid vertegenwoordigen. Om zijn taken tot een goed einde te brengen, kan de adviesraad deskundigen uitnodigen om aan zijn vergaderingen deel te nemen met raadgevende stem. De adviesraad kan ook werkgroepen oprichten.

Art. 131 - Vergoedingen

De leden en plaatsvervangende leden van de adviesraad, de vertegenwoordigers van de gekozenen in het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap en de deskundigen die de vergaderingen krachtens artikel 130, § 4, bijwonen, hebben recht op presentiegeld en een kilometervergoeding overeenkomstig de door de Regering vastgestelde bepalingen.

Art. 132 - Belangen van de eindgebruikers

De adviesraad voor de mediadiensten zorgt ervoor dat in zijn adviezen over aangelegenheden die verband houden met alle eindgebruikers- en consumentenrechten, passend rekening wordt gehouden met de belangen van de consumenten, waaronder een gelijkwaardige toegang en keuze voor eindgebruikers met ondersteuningsbehoefte, met betrekking tot voor het publiek beschikbare elektronische communicatiediensten.

TITEL 5. — Bioscoophouders en kortfilmprijs

Art. 133 - Subsidiëring van bioscoophouders en bevordering van hun projecten

De Duitstalige Gemeenschap bevordert de verwezenlijking van de in het tweede lid, 2°, bedoelde projecten van de bioscoophouders door, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een jaarlijkse subsidie toe te kennen, waarvan het maximumbedrag door de Regering wordt vastgelegd.

Om die subsidie te verkrijgen, moeten de bioscoophouders aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° elke bioscoophouder moet jaarlijks ten minste 200 filmprojecties uitvoeren;

2° samen een overeenkomst voorleggen tot regeling van de samenwerking, inzonderheid met het oog op de jaarlijkse organisatie van cineforums en cinedagen, alsmede van de projectie van ten minste vier promotiekopieën per jaar.

De subsidie bedoeld in het eerste lid wordt onder de deelnemende bioscoophouders in gelijke mate verdeeld na voorlegging van de bewijsstukken voor de kosten aangegaan in het kader van het project bedoeld in het tweede lid, 2°.

De Regering kan de nadere regels bepalen.

Art. 134 - Bevordering van de filmproductie

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering subsidies toekennen voor de productie van documentaires, animatiefilms en speelfilms van welke aard en lengte dan ook. Het bedrag van de subsidie en de nadere regels worden bepaald in een overeenkomst tussen de begunstigde en de Regering.

Geheel of gedeeltelijk subsidieerbaar zijn films van beroepsproducenten of -auteurs die in het Duitse taalgebied gevestigd zijn of films die door het behandelde thema historisch, cultureel of architectonisch naar de Duitstalige Gemeenschap verwijzen, in zoverre:

1° het draaiboek klaar is;

2° de film voor publieke vertoning in bioscopen bestemd is;

3° de film geen overwegend reclamekarakter of reclamedoeleinde dient;

4° de film, in artistiek en economisch opzicht, van goede kwaliteit is;

5° de staf en de cast bekwaam zijn.

De Regering kan de nadere regels bepalen.

Art. 135 - Coëfficiënt

De Regering kan de bedragen die in artikel 133 en op basis van artikel 134 worden bepaald, met een coëfficiënt vermenigvuldigen om ze aan te passen aan de beschikbare begrotingsmiddelen.

Art. 136 - Controle

De controle op het gebruik van de in het kader van deze titel toegekende subsidies wordt uitgevoerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Art. 137 - Kortfilmprijs van Oost-België

Met de kortfilmprijs van Oost-België kunnen jaarlijks uitstekende prestaties bij de productie van korte documentaires, animatie- en speelfilms worden onderscheiden.

Voorstellen tot onderscheiding met de kortfilmprijs van Oost-België kunnen worden ingediend door de Mediaraad en door de leden van de jury 'Kortfilmprijs' die door de Regering worden aangewezen.

De Regering bepaalt de nadere regels.

TITEL 6. — Sancties

HOOFDSTUK 1. — Administratieve sancties

Art. 138 - Sancties bij niet-naleving van titel 2

Worden de bepalingen van titel 2 van dit decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan, de algemene wetgeving betreffende de mediadiensten en in het bijzonder de overeenkomsten die overeenkomstig de artikelen 11 zijn gesloten of de bepalingen betreffende de publiekrechtelijke opdracht van het BRF die voortvloeien uit het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap niet nageleefd, dan kan de Mediaraad de volgende sancties opleggen aan aanbieders van mediadiensten:

1° een waarschuwing;

2° voorlopige schorsing van de omstreden uitzending;

3° de publicatie van een bericht in de pers; of

4° de betaling van een administratieve geldboete die kan oplopen tot 25.000 euro.

Bij herhaling binnen een termijn van vijf jaar bedraagt de geldboete 5 % van de jaarlijkse omzet zonder belastingen. De geldboete kan worden opgelegd naast elke andere sanctie waarin dit artikel voorziet.

Art. 139 - Sancties van de bepalingen van titel 3

§ 1 - Bij niet-naleving van de verplichtingen vervat in titel 3, hoofdstuk 2, 3 en 4, en van de verplichtingen vervat in artikel 100, kan de Mediaraad de betrokken aanbieders van elektronischecommunicatienetwerken of -diensten en in het geval van inbreuken op artikel 100 eveneens andere aanbieders van eindapparatuur voor gebruik door consumenten met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten en van tot audiovisuele mediadiensten toegang verschaffende diensten, de volgende sancties opleggen:

1° een waarschuwing;

2° de publicatie van een bericht in de pers;

3° de opdracht om de levering van een dienst of dienstenpakket die - bij voortzetting - zou leiden tot een aanzienlijke verstoring van de mededinging te staken of uit te stellen zolang niet wordt voldaan aan de toegangsverplichtingen die na een marktanalyse uitgevoerd overeenkomstig artikel 73 en volgende zijn opgelegd;

4° de inbeslagneming van de faciliteiten; of

5° de betaling van een administratieve geldboete van 2.500 euro tot 25.000 euro.

§ 2 - In geval van directe of ernstige bedreiging van de openbare orde, de openbare veiligheid of de volksgezondheid of als ernstige economische of bedrijfstechnische problemen voor andere aanbieders of gebruikers van elektronische-communicatienetwerken of -diensten ontstaan, kan de Mediaraad voorlopige spoedmaatregelen nemen. De betrokken onderneming krijgt vervolgens een redelijke gelegenheid om haar standpunt kenbaar te maken en een oplossing voor te stellen. In voorkomend geval kan de Mediaraad de voorlopige maatregelen bevestigen. Die kunnen maximaal drie maanden gelden, maar kunnen met nog eens maximaal drie maanden verlengd worden als bepaalde tenuitvoerleggingsprocedures nog niet afgesloten zijn.

§ 3 - Onverminderd paragraaf 1 kan de Mediaraad de betaling van een administratieve geldboete van 2.500 euro tot 25.000 euro bevelen, wanneer een aanbieder zijn verplichtingen overeenkomstig artikel 116 niet nakomt binnen de door de Mediaraad bepaalde termijn.

Art. 140 - Procedurebepalingen

§ 1 - De auditoren van de Mediaraad zijn bevoegd voor de vervolging van de strafbare feiten vermeld in de artikelen 138 en 139. Voor de strafbaarstelling van die feiten is de Mediaraad bevoegd.

Zodra de Mediaraad kennis heeft van een bezwaar of een daad die een inbreuk of niet-naleving zou kunnen inhouden, wijst de voorzitter van de Mediaraad een auditeur aan om de zaak te onderzoeken en te beslissen over de ontvankelijkheid van de handeling.

Is de handeling ontvankelijk, dan leidt de auditeur het onderzoek. De auditeur kan de zaak seponeren.

De Mediaraad kan de beslissingen van de auditeur over niet-ontvankelijkheid en seponering naar zich toe trekken.

Het verslag wordt aan de voorzitter van de Mediaraad bezorgd.

§ 2 - De voorzitter van de Mediaraad stelt de overtreder in kennis van de ten laste gelegde feiten en van het verslag. De overtreder heeft één maand de tijd om het dossier in te kijken en zijn schriftelijke opmerkingen in te dienen.

§ 3 - De overtreder wordt verzocht te verschijnen op de datum die de voorzitter van de Mediaraad heeft vastgelegd en die aangetekend ter kennis is gebracht. Hij kan zich laten vertegenwoordigen. De Mediaraad kan elke persoon horen die nuttige inlichtingen kan verschaffen.

§ 4 - De Mediaraad neemt een met redenen omklede beslissing binnen zestig dagen na sluiting van de behandeling ter zitting en bepaalt in voorkomend geval de sancties vermeld in de artikelen 138 en 139. Die beslissing wordt aangetekend ter kennis gebracht. De Mediaraad kan uitspraak doen bij verstek.

§ 5 - Sancties kunnen voor de volledige periode van niet-naleving worden opgelegd, ook als de voorwaarden of verplichtingen achteraf vervuld werden.

§ 6 - Als de Mediaraad vaststelt dat zijn beslissing niet werd nageleefd, geeft hij de betrokken persoon of de betrokken onderneming de gelegenheid een eind te maken aan de inbreuken:

1. binnen een maand na de mededeling of

2. binnen een kortere termijn die met de betrokken persoon of onderneming werd onderhandeld of, in geval van herhaalde inbreuken, binnen een door de Mediaraad bepaalde termijn; of

3. binnen een langere termijn bepaald door de Mediaraad.

§ 7 - Als uitspraak wordt gedaan bij verstek, kan de overtreder binnen vijftien dagen na aangetekende kennisgeving van de beslissing verzet aantekenen.

Er wordt een nieuwe zittingsdag bepaald. Als de overtreder opnieuw verstek laat gaan, kan hij geen verzet meer aantekenen.

§ 8 - Als de persoon of de onderneming binnen de in § 5 genoemde termijn geen eind maakt aan de inbreuken, dan neemt de Mediaraad de passende maatregelen om de naleving van de voorwaarden te verzekeren. De met redenen omklede beslissing wordt de onderneming binnen een week meegedeeld. De onderneming wordt daarbij een redelijke termijn toegestaan om aan de maatregelen te voldoen.

§ 9 - Bij herhaaldelijke niet-nakoming van de opgelegde verplichtingen kan de Mediaraad, naargelang van het geval, geheel of gedeeltelijk verbieden mediadiensten verder aan te bieden of elektronischecommunicatienetwerken of -diensten verder aan te bieden of de spectrumgebruiksrechten opschorten of intrekken, voor zover de overeenkomstig de § § 1 tot 4 passende maatregelen zonder gevolg zijn gebleven.

Art. 141 - Vervolging en strafbaarstelling van strafbare feiten, uitvoering

De voorzitter van de Mediaraad is belast met de uitvoering van de beslissing van de Mediaraad, met inbegrip van de inning van de verschuldigde geldboeten, alsook met de uitvoering van de inbeslagneming. Voordat het bevelschrift wordt opgesteld, maant de voorzitter de schuldenaar aangetekend aan om de geldboete te betalen. Als geen gevolg wordt gegeven aan die aanmaning, stelt de voorzitter het bevelschrift op binnen een termijn van drie maanden die ingaat vanaf die aanmaning. Het bevelschrift wordt uitvoerbaar binnen acht dagen na kennisgeving aan de schuldenaar. De gerechtsdeurwaarder voert het bevelschrift uit in de vormen bepaald door het Gerechtelijk Wetboek.

De termijn van drie maanden die in het eerste lid wordt vermeld, wordt niet op straffe van nietigheid opgelegd. De uitvoering van het bevelschrift kan alleen worden geschorst door een met redenen omkleed verzet met dagvaarding. Op straffe van verval moet dit verzet bij deurwaardersexploot worden aangetekend bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap binnen dertig kalenderdagen na de kennisgeving van het bevelschrift.

De geldboeten vloeien in de kas van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 142 - Beroep tegen besluiten van de Mediaraad

Elke belanghebbende kan tegen beslissingen van de Mediaraad in beroep gaan bij de Raad van State, overeenkomstig de gecoördineerde wetten op de Raad van State van 12 januari 1973.

De Mediaraad verzamelt informatie over de algemene strekking van de beroepen, het aantal beroepen, de duur van de beroepsprocedures en het aantal besluiten om voorlopige maatregelen te nemen. Hij verstrekt die gegevens aan de Europese Commissie, respectievelijk BEREC, ingevolge een met redenen omkleed verzoek van de Europese Commissie, respectievelijk BEREC.

HOOFDSTUK 2. — *Strafrechtelijke sancties***Art. 143** - Uitzenden zonder gebruiksrecht van spectrum

Wie willens en wetens gebruikt maakt van het in artikel 50, 51 en 63 genoemde radiospectrum zonder de in dit decreet bepaalde spectrumtoewijzing door de Mediaraad te hebben gekregen, of ervan gebruik maakt wanneer die radiospectrumtoewijzing geschorst, ingetrokken of verstreken is, wordt bestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot vijf jaar en met een geldboete van 100 tot 100.000 euro of met één van die straffen alleen.

Art. 144 - Oneerlijke commerciële communicatie

Wie commerciële communicatie uitzendt die indruist tegen de artikelen 12 tot 15, 18 tot 20, 27, 28 en 34, wordt met een geldboete van 100 euro tot 100.000 euro gestraft.

Art. 145 - Verboden programma's

Wie wetens en willens een audiovisuele of auditieve mediadienst aanbiedt die in strijd is artikel 7, § 2, of een audiovisuele mediadienst aanbiedt in strijd met artikel 17, wordt bestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot vijf jaar en met een geldboete van 100 euro tot 100.000 euro of met één van die straffen alleen.

Art. 146 - Strafwetboek

De bepalingen van Boek I van het Strafwetboek, hoofdstuk VII inbegrepen, en van artikel 85 zijn van toepassing op de in voorliggend hoofdstuk bedoelde misdrijven.

TITEL 7. — Slotbepalingen

Art. 147 - Wijzigingsbepaling

In artikel 1.1, 1^o, 2^o en 3^o, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij decreet van 14 februari 2011, wordt het woord "audiovisuele" vervangen door de woorden "audiovisuele en auditieve".

Art. 148 - Wijzigingsbepaling

In artikel 1.4, 1^o, 2^o en 3^o, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 14 februari 2011, wordt het woord "audiovisuele" telkens vervangen door de woorden "audiovisuele en auditieve".

Art. 149 - Wijzigingsbepaling

In artikel 1.5, tweede lid, 16^o en 17^o, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 14 februari 2011, wordt het woord "audiovisuele" telkens vervangen door de woorden "audiovisuele en auditieve".

Art. 150 - Wijzigingsbepaling

In artikel 1.6, tweede lid, 1^o en 2^o, en derde lid, 1^o en 2^o, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 14 februari 2011, wordt het woord "audiovisuele" telkens vervangen door de woorden "audiovisuele en auditieve".

Art. 151 - Wijzigingsbepaling

Artikel 4 van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 16 oktober 1995, wordt vervangen door:

"Art. 4 - Om te voldoen aan de publiekrechtelijke kernopdracht bedoeld in artikel 1.3, wijst de Regering het Centrum voldoende radiospectrum toe, onder meer krachtens samenwerkingsovereenkomsten met andere gemeenschappen.

Het Centrum mag ook mediadiensten door andere systemen als terrestrische uitzending uitzenden."

Art. 152 - Wijzigingsbepaling

In hetzelfde decreet wordt het volgende artikel 36.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 36.1 - De toewijzing van radiospectrum aan het Centrum volgens de procedures die van toepassing waren vóór de inwerkingtreding van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, blijft van kracht tot hun opheffing."

Art. 153 - Wijzigingsbepaling

HOOFDSTUK II van de wet van 23 juni 1961 betreffende het recht tot antwoord, ingevoegd bij de wet van 4 maart 1977, wordt opgeheven.

Art. 154 - Wijzigingsbepaling

In hoofdstuk 3.6 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020, wordt een artikel 5.12 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.12 - Om de negatieve gevolgen te verzachten van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan, kent de Regering, per bioscoopzaal die in het Duitse taalgebied geëxploiteerd wordt, een eenmalige forfaitaire subsidie van 15.000 euro toe aan de bioscoophouders vermeld in artikel 4, 29^o, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen.

Om die subsidie te ontvangen, richten de bioscoophouders uiterlijk op 31 maart 2021 een aanvraag aan de Regering via het daarvoor door de Regering ter beschikking gestelde formulier.

De subsidie kan worden gecumuleerd met andere subsidies of tegemoetkomingen van de Duitstalige Gemeenschap, het Waals Gewest of de federale overheid."

Art. 155 - Opheffingsbepaling

Het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen, laatstelijk gewijzigd bij decreet van 20 februari 2017, wordt opgeheven.

Art. 156 - Overgangsbepalingen

Zowel erkenningen als aanmeldingen die geregistreerd werden krachtens het tot nu toe vigerend recht, alsook de toewijzing van gebruiksrechten voor radiospectrum blijven geldig voor de oorspronkelijk vastgelegde termijn, zonder dat het tot een stilzwijgende verlenging komt.

De op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet lopende administratieve procedures worden overeenkomstig de bepalingen van voorliggend decreet afgehandeld.

Mediadiensten en elektronischecomunicatienetwerken of -diensten die tot nu toe niet moesten worden geregistreerd, maar voortaan wel zullen moeten geregistreerd overeenkomstig dit decreet, moeten uiterlijk zes maanden na de inwerkingtreding van dit decreet overeenkomstig artikel 8 worden aangemeld.

De Mediaraad zendt de lijst van de ondernemingen die vóór 21 december 2021 overeenkomstig artikel 46 in zijn register zijn opgenomen, uiterlijk op 21 december 2021 naar BEREC.

De ambtstermijn van de leden van de Beslissingskamer en van de Advieskamer van de Mediaraad, die bij inwerkingtreding van dit decreet in functie waren, eindigt uiterlijk op 4 december 2023.

Art. 157- Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt bekendgemaakt.

Bijlage 1 - toegankelijkheidsvoorschriften**Afdeling I. — Algemene toegankelijkheidsvoorschriften**

Eindapparatuur voor gebruik door consumenten, met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten moeten zodanig worden ontworpen en geproduceerd dat zij het te verwachten gebruik door personen met ondersteuningsbehoefte zo veel mogelijk bevorderen, en moeten vergezeld gaan, waar mogelijk in of op het product, van toegankelijke informatie over de manier waarop zij werken en over hun toegankelijkheidsfuncties.

1° Voorschriften betreffende informatieverstrekking

a) De informatie over het gebruik van het product die op het product zelf is aangebracht (etiketten, instructies en waarschuwingen) wordt:

- i) beschikbaar gesteld via meer dan één zintuiglijk kanaal;
- ii) gepresenteerd op een begrijpelijke manier;
- iii) gepresenteerd op een voor de gebruikers waarneembare manier;

iv) gepresenteerd met gebruikmaking van lettertypes in geschikte grootte en vorm, rekening houdend met de te verwachten gebruiksomstandigheden, alsmede met gebruikmaking van voldoende contrast en een aanpasbare letter-, regel- en alinea-afstand.

b) De instructies voor het gebruik van een product die niet op het product zelf zijn aangebracht maar die worden aangeboden bij het gebruik van het product of op een andere wijze zoals via een website, onder meer ten aanzien van de toegankelijkheidsfuncties van het product, hoe ze geactiveerd worden en de interoperabiliteit ervan met hulpvoorzieningen, zijn bij het in de handel brengen openbaar toegankelijk, en worden:

- i) beschikbaar gesteld via meer dan één zintuiglijk kanaal;
- ii) gepresenteerd op een begrijpelijke manier;
- iii) gepresenteerd op een voor de gebruikers waarneembare manier;

iv) gepresenteerd met gebruikmaking van lettertypes in geschikte grootte en vorm, rekening houdend met de te verwachten gebruiksomstandigheden, alsmede met gebruikmaking van voldoende contrast en een aanpasbare letter-, regel- en alinea-afstand;

v) wat de inhoud betreft, weergegeven in tekstformats die in alternatieve hulpformats kunnen worden omgezet, zodat zij op verschillende manieren en via meer dan één zintuiglijk kanaal kunnen worden aangeboden;

vi) vergezeld van een alternatieve weergave van niet-tekstuele inhoud;

vii) vergezeld van een beschrijving van de gebruikersinterface van het product (gebruik, bediening en terugkoppeling, invoer en uitvoer), die wordt verstrekt overeenkomstig de bepaling onder 2°; in de beschrijving wordt voor elk punt in de bepaling onder 2° aangegeven of het product al dan niet van deze functies voorzien is;

viii) vergezeld van een beschrijving van de functionaliteit van het product zijnde het resultaat van functies die gericht zijn op de behoeften van personen met ondersteuningsbehoefte, overeenkomstig de bepaling onder 2°; in de beschrijving wordt voor elk punt in de bepaling onder 2° aangegeven of het product al dan niet van deze functies voorzien is;

ix) vergezeld van een beschrijving van de software- en apparatuurinterface voor aansluiting van het product op hulpparaten; de beschrijving omvat een lijst van dergelijke tegelijkertijd met het product geteste hulpparaten.

2° Ontwerp van de gebruikersinterface en van de functionaliteit:

Het product, met inbegrip van zijn gebruikersinterface, bevat kenmerken, elementen en functies waardoor personen met ondersteuningsbehoefte toegang hebben tot het product, en het product kunnen waarnemen, bedienen, begrijpen en controleren, doordat wordt gezorgd voor het volgende:

- a) bij een product dat zorgt voor communicatie (waaronder communicatie tussen personen), bediening, informatie, controle en oriëntatie, zijn deze functies via meer dan één zintuiglijk kanaal mogelijk; daartoe behoort het aanbieden van alternatieven voor zien, horen, spraak en tactiele elementen;
- b) bij een product met een spraakfunctie zijn alternatieven voor spraak en steminvoer aanwezig voor communicatie, bediening, controle en oriëntatie;
- c) bij een product dat gebruik maakt van visuele elementen zijn de functies flexibele vergroting, helderheid en contrast aanwezig voor communicatie, informatie en bediening, en er is interoperabiliteit met de programma's en hulpparaten voor navigatie door de interface;
- d) bij een product dat voor het overbrengen van informatie, het weergeven van een handeling, het vragen om een reactie of het identificeren van elementen gebruik maakt van kleur is er een alternatief voor kleur voorhanden;
- e) bij een product dat voor het overbrengen van informatie, het weergeven van een handeling, het vragen om een reactie of het identificeren van elementen gebruik maakt van auditieve signalen is er een alternatief voor auditieve signalen voorhanden;
- f) bij een product dat gebruik maakt van visuele elementen zijn er flexibele manieren voorhanden zijn om de helderheid van het beeld te verbeteren;
- g) bij een product dat gebruik maakt van auditieve elementen zijn er functies voor volume- en snelheidsregeling door de gebruiker voorhanden, evenals verbeterde audiofuncties, zoals vermindering van geluidsinterferentie van producten in de nabijheid en functies voor een helder geluid;
- h) bij een product met manuele bediening en controle zijn er alternatieven voor sequentiële controle en alternatieven voor fijnmotorische controle voorhanden, waarbij wordt vermeden dat voor het gebruik simultane controle nodig is, en wordt gebruikgemaakt van via tast te onderscheiden onderdelen;
- i) het product heeft geen bedieningswijzen waarbij grote reikwijdte en veel kracht nodig zijn;
- j) het product kan niet tot aanvallen van fotosensitieve epilepsie leiden;
- k) het product beschermt de privacy van de gebruiker bij het gebruik van de toegankelijkheidsfuncties;
- l) het product biedt een alternatief voor biometrische identificatie en controle;
- n) de functionaliteit van het product is consistent en het biedt voldoende en flexibele interactietijd;
- n) het product is voorzien van software en apparatuur voor aansluiting van het product op hulptechnologieën;
- o) het product beantwoordt aan de in afdeling II bepaalde specifieke voorschriften:

3° Ondersteunende diensten:

Voor zover beschikbaar verstrekken ondersteunende diensten (helpdesks, callcenters, technische ondersteuning, bemiddelingsdiensten, opleidingsdiensten) via toegankelijke communicatiemethoden informatie over de toegankelijkheid van het product en de compatibiliteit ervan met hulptechnologieën.

4° De verpakking en de instructies van de onder deze afdeling vallende producten worden toegankelijk gemaakt om het te verwachten gebruik van de producten door personen met ondersteuningsbehoefte zo veel mogelijk te bevorderen. Dit houdt in:

- a) de verpakking van het product, met inbegrip van de daarin verstrekte informatie (bijvoorbeeld over openen, sluiten, gebruiken, verwijderen), en eventueel verstrekte informatie over de toegankelijkheidskenmerken van het product, wordt toegankelijk gemaakt; en deze toegankelijke informatie wordt, indien mogelijk, op de verpakking verstrekt;
- b) de instructies voor installatie en onderhoud, opslag en verwijdering van het product, die niet op het product zelf staan maar met andere middelen, zoals een website, beschikbaar worden gemaakt, moeten op het moment van het in de handel brengen van het product openbaar beschikbaar zijn en voldoen aan de volgende voorschriften:
 - i) zij zijn beschikbaar via meer dan één zintuiglijk kanaal;
 - ii) zij worden op een begrijpelijke manier gepresenteerd;
 - iii) zij worden op een voor de gebruikers waarneembare manier gepresenteerd;
 - iv) zij worden gepresenteerd met gebruikmaking van een lettertype in geschikte grootte en vorm, rekening houdend met de te verwachten gebruiksomstandigheden, en met gebruikmaking van voldoende contrast, alsmede van een aanpasbare letter-, regel- en alinea-afstand;
 - v) wat betreft de inhoud, worden de instructies aangeboden in tekstformats die in alternatieve hulpformats kunnen worden omgezet, zodat ze op verschillende manieren en via meer dan één zintuiglijk kanaal kunnen worden aangeboden, en
 - vi) bij de instructies met niet-tekstuele inhoud wordt een alternatieve weergave van die inhoud gevoegd.

Afdeling 2. — Toegankelijkheidsvoorschriften voor diensten die toegang verschaffen tot audiovisuele mediadiensten

Om het te verwachten gebruik van de diensten door personen met ondersteuningsbehoefte zo veel mogelijk te bevorderen, wordt bij het verlenen van diensten gezorgd voor het volgende:

- a) de producten die bij het verlenen van diensten worden gebruikt, zijn toegankelijk in overeenstemming met afdeling I en, waar van toepassing, afdeling II van deze bijlage;

b) er wordt informatie verstrekt over het functioneren van de dienst en, wanneer bij het verlenen van de dienst producten worden gebruikt, over de link naar die producten, alsmede informatie over de toegankelijkheidskenmerken en interoperabiliteit van deze producten met hulpapparaten en voorzieningen, en wel als volgt:

- i) de informatie wordt via meer dan één zintuiglijk kanaal aangeboden;
- ii) de informatie wordt op een begrijpelijke manier gepresenteerd;
- iii) de informatie wordt op een voor de gebruikers waarneembare manier gepresenteerd;

iv) de informatie wordt, wat de inhoud betreft, beschikbaar gesteld in tekstformats die in alternatieve hulpformats kunnen worden omgezet, zodat zij door de gebruikers op verschillende manieren en via meer dan één zintuiglijk kanaal kunnen worden weergegeven;

v) de informatie wordt gepresenteerd met gebruikmaking van een lettertype in geschikte grootte en vorm, rekening houdend met de te verwachten gebruiksomstandigheden, en met gebruikmaking van voldoende contrast, alsmede van een aanpasbare letter-, regel- en alinea-afstand;

vi) niet-tekstuele inhoud wordt aangevuld met een alternatieve weergave van die inhoud, en

vii) er wordt elektronische informatie verstrekt die nodig is om de dienst op een consistente en geschikte manier te kunnen leveren, en wel door deze informatie waarneembaar, bedienbaar, begrijpelijk en robuust te maken;

c) websites, inclusief de daaraan gerelateerde onlinetoeepassingen, en diensten op mobiele apparatuur, inclusief mobiele toepassingen, worden toegankelijk gemaakt op een consistente en geschikte manier, door ze waarneembaar, bedienbaar, begrijpelijk en robuust te maken;

d) ondersteunende diensten (helpdesks, callcenters, technische ondersteuning, bemiddelingsdiensten en opleidingsdiensten), die, voor zover beschikbaar, via toegankelijke communicatiemethoden informatie verstrekken over de toegankelijkheid van de dienst en de compatibiliteit ervan met hulptechnologieën;

e) elektronische programmagidsen (EPG's) leveren die voor de gebruikers waarneembaar, bedienbaar, begrijpelijk en robuust zijn, en informatie verstrekken over de beschikbaarheid van toegankelijkheid;

f) zorg dragen voor volledige transmissie van de toegankelijkheidscomponenten (toegangsdiensten) van audiovisuele mediadiensten, zoals ondertiteling voor doven en slechthorenden, audiodescriptie, gesproken ondertiteling en vertolking in gebarentaal, met passende kwaliteit voor accurate weergave, met synchronisatie van geluid en video, en met mogelijkheid tot weergave- en gebruikscntrole voor de gebruiker.

Afdeling III. — INFORMATIE OVER DIENSTEN DIE AAN TOEGANKELIJKHEIDSVORSCHRIFTEN VOLDOEN

De aanbieder van diensten die toegang verschaffen tot audiovisuele mediadiensten vermeldt in de algemene voorwaarden of in een soortgelijk document, in een voor personen met ondersteuningsbehoefte toegankelijke vorm, hoe de dienst aan de in afdeling 2 vermelde toegankelijkheidsvoorschriften voldoet. Deze informatie omvat een beschrijving van de toepasselijke voorschriften en heeft, voor zover relevant voor de beoordeling, betrekking op de vormgeving en de organisatie van de dienst.

Om aan de voorschriften van het vorige lid te voldoen, mag de dienstverlener de geharmoniseerde normen en technische specificaties waarvan de referenties in het Publicatieblad van de Europese Unie zijn bekendgemaakt, geheel of gedeeltelijk toepassen.

Afdeling IV. — Bijzondere toegankelijkheidsvoorschriften

Eindapparatuur voor gebruik door consumenten, met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten maakt de door de verlener van de audiovisuele mediadienst verstrekte toegankelijkheidscomponenten beschikbaar voor personen met ondersteuningsbehoefte wat betreft toegang, keuze, controle en personalisering door gebruikers en wat betreft transmissie naar hulpapparaten.

Bijlage 2 - criteria voor de beoordeling van de onevenredige last

Criteria voor het uitvoeren en documenteren van de beoordeling:

1° Verhouding van de nettokosten van de naleving van de toegankelijkheidsvoorschriften tot de totale kosten (exploitatie- en investeringsuitgaven) van de vervaardiging, distributie of invoer van het product voor, of het verlenen van de dienst aan, de marktdeelnemers.

Elementen voor de beoordeling van de nettokosten voor de naleving van de toegankelijkheidsvoorschriften:

a) criteria met betrekking tot eenmalige organisatiekosten die in de beoordeling moeten worden meegenomen:

- i) kosten voor extra personeel met expertise op het gebied van toegankelijkheid;
- ii) kosten voor opleiding van personeel en competentieverwerving op het gebied van toegankelijkheid;
- iii) kosten voor de ontwikkeling van een nieuwe procedure ter integratie van toegankelijkheid in de productontwikkeling of dienstverlening;
- iv) kosten voor de ontwikkeling van richtsnoeren inzake toegankelijkheid;
- v) eenmalige kosten voor het leren begrijpen van de wetgeving inzake toegankelijkheid;

b) criteria met betrekking tot de lopende productie- en ontwikkelingskosten die in de beoordeling moeten worden meegenomen:

- i) kosten voor het ontwerpen van de toegankelijkheidsfuncties van het product of de dienst;
- ii) kosten van de productieprocessen;
- iii) kosten voor het testen van een product of dienst op toegankelijkheid;

iv) kosten met betrekking tot het samenstellen van documentatie.

2° De geraamde kosten en baten voor de marktdeelnemers, inclusief productieprocessen en investeringen, in verhouding tot de geraamde voordelen voor personen met ondersteuningsbehoefte, rekening houdend met aantal keer dat het specifieke product of de specifieke dienst is gebruikt, en de frequentie van dat gebruik.

3° Verhouding van de nettokosten van de naleving van de toegankelijkheidsvoorschriften tot de netto-omzet van de marktdeelnemer.

Elementen voor het beoordelen van de nettokosten van de naleving van de toegankelijkheidsvoorschriften:

a) criteria met betrekking tot eenmalige organisatiekosten die in de beoordeling moeten worden meegenomen:

i) kosten voor extra personeel met expertise op het gebied van toegankelijkheid;

ii) kosten voor opleiding van personeel en competentieverwerving op het gebied van toegankelijkheid;

iii) kosten voor de ontwikkeling van een nieuwe procedure ter integratie van toegankelijkheid in de productontwikkeling of dienstverlening;

iv) kosten voor de ontwikkeling van richtsnoeren inzake toegankelijkheid;

v) eenmalige kosten voor het leren begrijpen van de wetgeving inzake toegankelijkheid;

b) criteria met betrekking tot de lopende productie- en ontwikkelingskosten die in de beoordeling moeten worden meegenomen:

i) kosten voor het ontwerpen van de toegankelijkheidsfuncties van het product of de dienst;

ii) kosten van de productieprocessen;

iii) kosten voor het testen van een product of dienst op toegankelijkheid;

iv) kosten met betrekking tot het samenstellen van documentatie.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het

Belgisch Staatsblad wordt bekendgemaakt.

Eupen, 1 maart 2021.

O. PAASCH,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport,
Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2020-2021

Parlementair stuk: 123 (2020-2021) Nr. 1 Ontwerp van decreet + Addendum + Erratum

123 (2020-2021) Nr. 2 Verslag

123 (2020-2021) Nr.3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 1 maart 2021 - Nr. 22 Bespreking en aanneming

~~REGION WALLONNE WALLONISCHE REGION WAALS GEWEST~~

~~SERVICE PUBLIC DE WALLONIE~~

~~[C — 2021/30920]~~

~~1^{er} AVRIL 2021. Décret modifiant les articles 1^{er}, 4, 5 et 8 du décret du 1^{er} octobre 2020 organisant jusqu'au 31 mars 2021 la tenue des réunions des organes communaux et provinciaux (1)~~

~~Le Parlement wallon a adopté et Nous, Gouvernement wallon, sanctionnons ce qui suit:~~

~~Article 1^{er}. Dans l'intitulé du décret du 1^{er} octobre 2020 organisant jusqu'au 31 mars 2021 la tenue des réunions des organes communaux et provinciaux, les mots « jusqu'au 31 mars 2021 » sont remplacés par le mot « temporairement ».~~

~~Art. 2. Dans l'article 1^{er} du même décret, les mots « 31 mars 2021 » sont chaque fois remplacés par les mots « 30 septembre 2021 ».~~

~~Art. 3. Dans l'article 4 du même décret, les mots « 31 mars 2021 » sont remplacés par les mots « 30 septembre 2021 ».~~

~~Art. 4. Dans l'article 5 du même décret, les mots « 31 mars 2021 » sont chaque fois remplacés par les mots « 30 septembre 2021 ».~~

~~Art. 5. Dans l'article 8 du même décret, les mots « 31 mars 2021 » sont remplacés par les mots « 30 septembre 2021 ».~~